

# PADERBORNER HISTORISCHE MITTEILUNGEN

Verein für Geschichte an der  
Universität Paderborn



Jg. 23, 2010

Titelbild:

Von der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold zur Musikhochschule 1945-1956 –  
Ein historischer Rückblick.

Foto aus: Rosenberg, Lars: Hans-Peter Schmitz – Musikpädagoge und Flötenvirtuose, in:  
„ad notam“, Jahrbuch der Hochschule für Musik Detmold 2006/07, S. 57.

**IMPRESSUM**

Paderborner Historische Mitteilungen Nr. 23 (PHM), 2010

Herausgeber: Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.  
Stettiner Str. 40–42, 33106 Paderborn  
Dr. Michael Wittig, Prof. Dr. Frank Göttmann, Prof. Dr. Jörg Jarnut

Redaktion: Dr. Guido M. Berndt, Adam-Klein-Str. 145, 90431 Nürnberg  
Ulrike Claßen, Aspenstr. 32a, 59597 Erwitte/Bad Westernkotten  
Gunnar Grüttner M.A., Birkenweg 15, 33102 Paderborn  
Dr. des Manuel Koch, Giersstr. 31, 33098 Paderborn  
Ansgar Köb M.A., Schlesierweg 9, 33104 Paderborn  
Dr. Mareike Menne, Müllmersberg 2, 33154 Salzkotten  
Dr. Joachim Rüffer, Endloser Weg 16, 59494 Soest  
Dr. Michael Ströhmer, Eichendorffstraße 3d, 33014 Bad Driburg  
Sandra Venzke, Ledeburstraße 9 a, 33102 Paderborn  
Dennis Wegener, Im Stehbusch 2, 33181 Bad Wünnenberg

E-Mail-Adresse: Michael.Stroehmer@upb.de

ISSN: 1867-7924

Für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge zeichnen die Autoren verantwort-  
wortlich.

## INHALT

### *Aufsätze*

DIETER RIESENBERGER, Von der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold zur Musikhochschule (1945/46-1955/56) .....	5
PETER FÄBLER, Als „Ochs“ und „Esel“ das SED-Regime zu Fall brachten – Öffentliche Kommunikation und politischer Niedergang der DDR .....	41
MAREIKE MENNE, Exotisches Westfalen.....	55
BARBARA STAMBOLIS, Gedächtnisanlässe und Geschichtspolitik in Paderborn.....	74

### *Miszellen*

MORITZ SCHÄFER, 1989: Die Spuren des Mauerfalls – Bericht über die 18. Tagung „Fragen der Regionalgeschichte“ des Historischen Instituts der Universität Paderborn am 7. November 2009.....	85
MICHAEL WITTIG, Bischof Meinwerk – Ein Mann von Welt. Eine Glosse zur Paderborner Ausstellung .....	89
PHILIPP WIEGERS, Von der Sommerfrische zum Wanderparadies. Das Sauerland: ein konstruiertes Urlaubsziel .....	91
BARBARA STAMBOLIS, Deutsche Historiker Jahrgang 1943, u. a. mit Blick auf ihre lebensgeschichtlichen und berufsbiographischen Bezüge zu Nordrhein-Westfalen .....	99

### *Rezensionen* .....

112

Karin Dengler-Schreiber: Heinrich und Kunigunde (*Berndt*) – Joachim Rüffer: Vererbungsstrategien im frühneuzeitlichen Westfalen (*Lanzinger*) – Heinz Wiemann (Hg.): Geschichte der Dörfer Schlangen, Kohlstädt, Oesterholz und Haustenbeck (*Römer*) – Wilhelm Hagemann: Vörden (*Golücke*) – Ansgar Köb/ Peter Riedel (Hg.): Kleidung und Repräsentation in Antike und Mittelalter (*Hardt*) – Jens Schneider (Hg.): Klosterforschung (*Wittig*) – Norbert Börste/ Gerd Dethlefs (Hg.): Die Sammlung Nachtmann (*Mabytka*) – Bettina Braun/ Mareike Menne/ Michael Ströhmer (Hg.): Geistliche Fürsten und Geistliche Staaten in der Spätphase des Alten Reiches (*Schneider*) – Institut für vergleichende Städtegeschichte – Münster (Hg.): Die Speicherstadt Münster (*Müller*) – Bernhard Fluck: Ein Bild vom Antlitz seiner Herde (*Menne*) – Margarete Niggemeyer: Eine Wolke von Zeugen (*Wittig*) – Hans-Joachim Behr: Recht muß doch Recht bleiben (*Maron*) – Peter Kracht (Hg.): Sassendorf (*Rüffer*) – Henner Schmude: Militärgeschichte des Paderborner Landes (*Knüttel*) – Dietmar Klenke: Schwarz – Münster – Paderborn (*Thomsen*) – Dieter Riesenberger: Den Krieg überwinden (*Brandt*)

### *Autorenverzeichnis*.....

153

### *Vereinsmitteilungen*.....

156



## Von der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold zur Musikhochschule (1945/46–1955/56)

*von Dieter Riesenberger*

Gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik Deutschland 24 Musikhochschulen; unter ihnen nimmt die Detmolder Musikhochschule einen hohen Rang ein. Bei Ende des Zweiten Weltkriegs bestanden dagegen lediglich 10 Musikhochschulen, und zwar in Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Köln, Leipzig, München, Rostock, Stuttgart und Weimar, also mit Ausnahme der beiden letztgenannten Städte in weitgehend zerstörten Großstädten. Im Herbst 1944 hatten die Nationalsozialisten infolge des erbittert geführten totalen Krieges und der alliierten Bombardements die Musikhochschulen, wie auch die Theater und Opernhäuser, geschlossen. Nach der Kapitulation am 8. Mai 1945 konnte man sich kaum eine baldige Erholung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens vorstellen. In der Kleinstadt Detmold, dem Sitz der Lippischen Landesregierung, setzten jedoch bereits im Herbst 1945 Überlegungen ein, hier eine Musikakademie aufzubauen. Außergewöhnlich waren der frühe Zeitpunkt und der Mut, in einer verkehrsmäßig benachteiligten Stadt mit damals 30 000 Einwohnern eine Ausbildungsstätte für hochqualifizierte Musiker zu gründen. Es ist das Verdienst des Professors für Violoncello Hans Münch-Holland und des Professors für Musiktheorie und Musikpädagogik Wilhelm Maler, dazu die Initiative ergriffen zu haben. Beide waren zuvor an der Musikhochschule Köln als Professoren tätig, Münch-Holland seit 1933, Maler – nach seiner zwölfjährigen Tätigkeit als Mitarbeiter und Dozent für Musiktheorie – seit 1937. Wie auch ihre Kollegen Dietrich Stoverock und der „Geigenpapst“ Hermann Zitzmann wurden sie im April 1945 von der Kölner Hochschule entlassen; einige Monate später bot man ihnen die Wiedereinstellung an, ausgenommen Prof. Maler, dem man im August empfohlen hatte, sich eine neue Stelle zu suchen. So war Maler ab 1. Oktober 1945 vorübergehend Stellvertretender und Kommissarischer Direktor der „Schule für Musik und Theater“ in Hamburg. Münch-Holland und Stoverock entschieden sich für Detmold, während der Violinpädagoge Zitzmann nach längerem Zögern nach Köln zurückging und damit die Planung für den Aufbau der Detmolder Musikakademie erschwerte.<sup>1</sup>

### 1. Die Vorgeschichte bis zur Gründung der Musikakademie

Nach der Schließung der Kölner Musikhochschule im Herbst 1944 hielt sich der Cellist Münch-Holland in einem kleinen Ort bei Detmold, in dem 3 km vom Detmolder Ortskern entfernten Hiddesen auf, wo seine zweite Frau Mitbesitzerin der Fremdenpension „Haus Sauerländer“ war; ab Oktober 1945 gab er dort private Unterrichtskurse. Der ab

<sup>1</sup> Lippische Landesregierung an Military Government Detmold vom 26.4.1946, in: Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold (kurz: StA Detmold) D1 Nr. 7581.

Mitte Juni 1945 amtierende Detmolder Bürgermeister Dr. Richard Moes fragte ihn im Oktober, ob er sich vorstellen könne, seine Unterrichtskurse künftig an dem Ende 1944 geschlossenen Lippischen Landes-Konservatorium<sup>2</sup> anzubieten. Münch-Holland lehnte zwar ab, erinnerte sich aber an Gespräche mit seinem Kollegen Zitzmann, in denen es um die Gründung einer „Streicher-Akademie“ ging, die helfen sollte, den kriegsbedingten Mangel an Orchestermusikern zu beheben. Er wandte sich an seinen Kollegen Maler in Hamburg. Nach mehreren Gesprächen kamen sie überein, den Versuch zu wagen, in Detmold eine Akademie für Streicher zu gründen; und so gelten die beiden als „Gründungsväter“ dieser Einrichtung.<sup>3</sup>

Dem Vorhaben standen jedoch nicht nur wirtschaftliche bzw. finanzielle Schwierigkeiten entgegen, es mussten auch politische Probleme bewältigt werden: Die britische Besatzungsmacht musste ihre Zustimmung zu dem Plan geben, und die zu berufenden Professoren und Dozenten mussten den Prozess der Entnazifizierung durchlaufen. Die Gründung der Musikakademie an der Schnittstelle zwischen besiegter Gwalt Herrschaft und aufkeimender Neuordnung gibt Anlass zu untersuchen, wie man in den ersten Nachkriegsjahren mit diesen Problemen umgegangen ist. Da eine Einsicht in die Personalakten der Dozenten nicht möglich war<sup>4</sup>, ist eine Konzentration auf einige maßgebliche Mitglieder der neuen Akademie sinnvoll.

Der „designierte“ Direktor der künftigen Musikakademie Maler hatte große Bedenken, dass Münch-Holland das Entnazifizierungsverfahren unbeschadet überstehen werde, da er „für einen ziemlich überzeugten Anhänger [des Nationalsozialismus] (galt), sodaß ich da gewisse Befürchtungen habe.“<sup>5</sup> Er setzte sich für ihn vehement bei der Lippischen Landesregierung ein: Münch-Holland sei „in den letzten Jahren durch seine kammermusikalische Tätigkeit im Strub-Quartett nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa bekannt geworden“; er werde seine „solistische Tätigkeit“ verstärkt fortsetzen und „damit eine starke Werbung für die Akademie einsetzen lassen“; zudem sei er eine „ganz ausgesprochene Lehrbegabung“, seine pädagogischen Erfolge seien „erstaunlich und weithin bekannt“.<sup>6</sup> Doch das Misstrauen im Hauptquartier der britischen Militärregierung in Bünde muss groß gewesen sein, denn noch im Mai 1946 hatte Münch-Holland „vorläufig“ Spielverbot; Maler glaubte zwar, dass „dieses aufgehoben wird, immerhin ist es wieder eine neue Beunruhigung.“<sup>7</sup>

<sup>2</sup> Ende 1916 gegründet als „Fürstliches Konservatorium für Musik, Theater und Redekunst in Detmold“.

<sup>3</sup> MÜLLER-DOMBOIS, Richard: Die Gründung der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold (Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd. 27), Detmold 1977, S. 7–9.

<sup>4</sup> Ein Schreiben an den Rektor der Detmolder Musikhochschule Prof. Martin Christian Vogel mit der Bitte um Einsicht in die Personalakten wurde leider nicht beantwortet.

<sup>5</sup> Prof. MALER an Oberschulrat Dr. Kühn vom 3.2.1946, S. 1, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>6</sup> Prof. MALER an Lippische Landesregierung/ Schulamt vom 12.4.1946, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>7</sup> Prof. MALER an Oberschulrat Dr. Kühn vom 4.5.1946, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

Es ist außerordentlich schwierig, dem Verhalten Münch-Hollands zwischen 1933 und 1945 gerecht zu werden. In der Weimarer Republik und über das „Dritte Reich“ hinaus gehörte er zu den besten deutschen Cellisten. Am 15. Januar in Bern 1899 geboren, wurde er schon mit 21 Jahren Konzertmeister der Württembergischen Staatsoper und spielte 1924 als Solocellist in Bayreuth; im gleichen Jahr wechselte er als Konzertmeister nach Leipzig (Oper und Gewandhaus) und wurde Lehrer am Sächsischen Landeskonservatorium. Als Solist, Mitglied des Busch-Trios, des Stuttgarter Streichquartetts, des Gewandhaus-Quartetts und des Leipziger Trios unternahm er insgesamt 44 Auslandskonzertreisen.<sup>8</sup> Im Jahre 1931 trat er in die Freimaurerloge „Balduin zur Linde“ ein – „als ‚musikalischer Bruder‘“ – „Grad: ‚musikalischer Lehrling‘ (unterster Grad)“, die er im März 1933 verließ, um am 1. Mai 1933 in die NSDAP einzutreten, obwohl normalerweise keine Freimaurer in die Partei aufgenommen wurden. Während seiner Parteianwärterzeit erfolgte gegen seine Aufnahme „Einspruch missgünstiger Kollegen in denunziativer Art“; ein Disziplinarverfahren und das Parteigericht entschieden aber „zu meinen Gunsten“.<sup>9</sup> „In den Kreisen seiner Berufskameraden wurde diese politische Umstellung skeptisch aufgenommen“<sup>10</sup>, und so musste er, da „politisch nicht tragbar“, seine Stelle aufgeben, erhielt jedoch im Oktober 1933 an der Staatlichen Hochschule für Musik Köln eine Professur. Allerdings blieb er „laufend Demütigungen und Aufregungen, trotz Parteigerichtsentscheid Anfang 1934,“ ausgesetzt, seine erste Frau starb 1934 „infolge der unentwegten Aufregungen“ an Kreislaufschwäche, sein Reisepass wurde ihm abgenommen, Konzertreisen ins Ausland waren nicht möglich. In seiner Not wandte er sich an Wilhelm Furtwängler, der ihm am 7. Juni 1937 antwortete:<sup>11</sup>

„Lieber Herr Münch-Holland,  
ich habe mit dem Minister Dr. Goebbels über Ihren Fall gesprochen. Ich bitte Sie nun, mir in möglichst knapper Form alles mitzuteilen, was für Ihren Fall von Bedeutung ist,  
1.) welche Stellungen Sie schon bekleidet haben (auch ob Parteimitglied, Kriegsteilnehmer, wieviel Kinder usw.),  
2.) wann Sie in die Loge eingetreten und welche praktischen Folgen das für Sie gehabt hat,

<sup>8</sup> Hans MÜNCH-HOLLAND an Wilhelm Furtwängler vom 8.6.1937, Bl. 1, in: Personenakte Münch-Holland, Bundesarchiv (Berlin-Lichterfelde) (kurz: BArch) R 55/ 23919. – Das Schreiben ist die von Furtwängler gewünschte Übersicht über Münch-Hollands Situation (= Lebenslauf in Kurzform); vgl. unter Anm. 10. – Siehe weiter unter Anm. 11.

<sup>9</sup> Hans MÜNCH-HOLLAND an Wilhelm Furtwängler vom 8.6.1937, Bl. 2, in: Personenakte Münch-Holland, BArch R 55/ 23919.

<sup>10</sup> Auskunft der Reichskulturkammer über Münch-Holland vom 12.4.1943 (betr. „Einsatz im Rahmen der Truppenbetreuung“), in: Personenakte Münch-Holland.

<sup>11</sup> W. FURTWÄGLER an H. Münch-Holland vom 7.6.1937, in: Entnazifizierungsakte Münch-Holland (Anlage), Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (kurz: HStA Düsseldorf) NW 1055–2450.

3.) die Schädigungen, die bisher dadurch hervorgerufen wurden und die weiterhin zu befürchten sind.

Ich bitte Sie, das in möglichst knapper und zugleich völlig unpersönlicher Form niederzulegen. Ich werde es dann dem Minister weiterleiten, der mir zugesagt hat, die Sache in Ordnung zu bringen, damit Sie endlich diese Sorge los sind.“

Furtwängler bat Münch-Holland, als Konzertmeister bei den Bayreuther Festspielen mitzuwirken, und fügte hinzu:

„Außerdem wissen Sie von früher her ja, wie es in Bayreuth zugeht und daß das Ganze als ein sehr angenehmer Landaufenthalt betrachtet werden kann, umso mehr, als dieses Jahr, wie schon im vergangenen Jahr, nicht sehr viele Probenarbeit stattfinden wird, da die Aufführungen alle unter meiner Leitung (mit Ausnahme des Lohengrin unter Tietjen) stehen.“

Postwendend schilderte Münch-Holland in einem Bericht an Furtwängler, in dem er auch seine „Arbeit in der Bewegung“ darstellte, seine Situation: Übernahme der kulturpolitischen Schulung, 1934 Ernennung zum Vertrauensdozenten des NS-Studentenbundes der Kölner Hochschule, Fachschaftsleiter für Solisten und Pädagogen in der Landesleitung Rheinland der Reichsmusikkammer, soziale Mitarbeit in der NSV, Mitglied im Reichsluftschutzbund u. a.<sup>12</sup> Diesen Bericht schickte Wilhelm Furtwängler an Goebbels zusammen mit weiteren Unterlagen „über die im Berliner Philharmonischen Orchester vorhandenen Mischlinge bzw. jüdisch Verheirateten, die Sie durch Ihre Entscheidung in unsrer seinerzeitigen Besprechung dem Orchester für die Dauer erhalten wollen.“ Furtwängler setzte sich für die beiden „Mischlinge“ Hans Bottermund (Solocellist) und Bruno Stenzel (Geige) ein und übernahm „die Gewähr für ihre einwandfreie und unangreifbare Gesinnung“. Ferner verwandte sich Furtwängler darin für Hugo Kolberg (Erster Konzertmeister), Ernst Fischer (Soloklarinettist) und Otto Hess (Hornist), die mit jüdischen Frauen verheiratet waren, – alle drei Orchestermitglieder „hervorragende Kräfte“, „nicht ohne weiteres zu ersetzen und bei dem vorhandenen Mangel an wertvollem künstlerischem Nachwuchs zurzeit vielleicht überhaupt nicht ersetzbar.“<sup>13</sup> Wie der Verwendung für die jüdischen Mitglieder seines Berliner Orchesters bekanntermaßen erfolgreich war<sup>14</sup>, so war es auch seine Intervention für Münch-Holland: Dieser erhielt seinen Reisepass zurück, konnte 1938 wieder ins Ausland reisen und blieb künftig wohl unbehelligt. Es ist ungewiss, ob er sich 1943 freiwillig zum „Künstlerkriegseinsatz“ gemeldet hat oder ob er dazu verpflichtet wurde; jedenfalls stellte die Reichskulturkammer auf Anfrage fest: „Gegen

<sup>12</sup> H. MÜNCH-HOLLAND an W. Furtwängler vom 8.6.1937, in: Personenakte Münch-Holland BAArch 55/ 23919 (vgl. Anm. 7).

<sup>13</sup> W. FURTWÄNGLER an Minister Goebbels vom 29.7.1937, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>14</sup> KATER, Michael H.: Die mißbrauchte Muse. Musiker im Dritten Reich, München 2000, S. 374.



seinen Einsatz im Rahmen der Truppenbetreuung habe ich keine Bedenken.“<sup>15</sup> Seine Konzerte in diesem Rahmen vermittelten wohl den Eindruck, er sei ein überzeugter Anhänger des Nationalsozialismus. Im Jahre 1946 verfasste er für das Entnazifizierungsverfahren einen „Bericht“, in dem er festhielt, er habe vielen seiner „verfolgten arischen und jüdischen Freunde“ helfen können und habe selbst weiterhin unter Beobachtung gestanden. Der Bericht schließt mit dem erbitterten Satz: „Ergebnis einer 27jährigen Berufslaufbahn bei allerersten Stellungen: 13.000 RM Schulden, und der Besitz zerstört ohne Entschädigung (Wohnung Köln 4. März 1945 zerstört).“<sup>16</sup> Mit der Aufnahme des regulären Unterrichtsbetriebs nahm er seine Arbeit als Professor für Violoncello in Detmold auf; im Januar 1948 wurde er als „entlastet“ (= „Kategorie V“) eingestuft.<sup>17</sup>

Völlig anders, nämlich fast reibungslos, verlief die Karriere des „designierten“ Direktors Wilhelm Maler (1902–1976), der eine „private Kompositionsausbildung“ bei Hermann Grabner (Heidelberg), Philipp Jarnach (Berlin) und Joseph Haas (München) absolviert hatte und sich mit einer Empfehlung des Letzteren bei Walter Braunfels, Komponist und Rektor der Kölner Musikhochschule, bewarb. Braunfels war von dem jungen Maler so angetan, dass er ihn „nach einem Gespräch von zwei Minuten“ verpflichtete.<sup>18</sup> Dem offensichtlich sehr charmanten und begabten Komponisten – er erhielt beim Rheinischen Musikfest 1929 den Beethovenpreis – gelang jedoch der große Durchbruch nicht; er gehörte bestenfalls zur zweiten Reihe seiner komponierenden Zeitgenossen. Sein „Konzert für kleines Orchester mit Cembalo oder Klavier“ (1927) oder das „Concerto grosso“ (1928) stehen mit ihrer „herben Harmonik und Motorik“ der Musik Paul Hindemiths nahe<sup>19</sup>, weshalb Maler auf der Düsseldorfer Ausstellung „Entartete Musik“ (1938) versehentlich angeprangert wurde, obwohl er sich damals schon längst den Nationalsozialisten gegenüber rehabilitiert hatte. Nach 1945 nutzte Maler diesen Umstand dazu, seine angeblich prinzipielle Gegnerschaft zum Nationalsozialismus zu belegen.<sup>20</sup> Tatsächlich hatte er sich schon vor 1933 von der Musik der „Neuen Sachlichkeit“ verabschiedet und sich der Jugendmusikbewegung, der Laien- und Gebrauchsmusik mit dem Volkslied als dem

<sup>15</sup> Mitteilung der Reichskulturkammer vom 12.4.1943, in: Personenakte Münch-Holland BArchR 55/23919.

<sup>16</sup> „Bericht“ von MÜNCH-HOLLAND vom 10.4.1946, S. 2 (Anlage zum Politischen Fragebogen), in: Entnazifizierungsakte Münch-Holland HStA Düsseldorf NW 1055–2450. – Siehe den „Bericht“ auch in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>17</sup> Case Summary (mit Einstufungsempfehlung des Entnazifizierungs-Ausschusses) vom 3.1.1948, in: Entnazifizierungsakte Münch-Holland HStA Düsseldorf NW 1055–2450.

<sup>18</sup> JUNG, Ute: Walter Braunfels (Studien zur Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts, Bd. 58), Regensburg 1980, S. 177. – Vgl. Hochschullehrerkarteikarte Wilhelm Maler, in: Personenakte Wilhelm Maler BArch R 4901/13271.

<sup>19</sup> HOLTMEIER, Ludwig: Maler, Wilhelm (1902–1976). In: Musik in Geschichte und Gegenwart (MGG), Personenteil, Bd. 11, Stuttgart 2004, Sp. 908.

<sup>20</sup> Fragebogen (Unterschrift vom 2.1.1948), Frage 115, in: Entnazifizierungsakte Wilhelm MALER: HStA Düsseldorf NW 1055–2203.

„zentralen Bezugspunkt“ zugewandt.<sup>21</sup> Nach der „Machtergreifung“ komponierte er mehrere systemkonforme Musikstücke, so das zweistimmige Lied „Einmal noch“ oder eine Musik zu Josepha Berens-Totenohts Trilogie „Freyas Erdenfahrt – Balder segnet die Erde – Lokis Sühne“.

Ein weiterer Beleg für die politische Anpassungsfähigkeit Malers ist die Erfolgsgeschichte seiner Habilitationsschrift „Beitrag zur Dur-Molltonalen Harmonielehre“ (Leipzig 1931) in drei Bänden, einem Textteil, einem Band mit Beispielen (auch von zeitgenössischen Komponisten) und einem Übungsheft. Im Jahre 1941 folgte eine zweite Auflage, allerdings nur der erweiterte dritte Teil unter dem Titel „Praktische Übungen“; parallel dazu veröffentlichte Maler eine Volksliedsammlung, in die auch die „populären NS-Gesänge“ aufgenommen wurden. In wiederum veränderter Form kam im Jahre 1950 eine dritte Auflage heraus unter Mitarbeit von Günter Bialas (1907–1995) und dem Malerschüler Johannes Driessler (1921–1998). In dem neu gestalteten Band sind die (Volks-)Lieder direkt in die praktischen Übungen eingearbeitet; auf eine neue Volksliedsammlung konnte man somit verzichten. Im Jahre 1957 erschien das Lehrbuch als pragmatische Übungs- und Beispielsammlung wieder unter dem ursprünglichen und anspruchsvollen Titel „Beitrag zur Durmolltonalen Harmonielehre“. Nach dem Urteil Ludwig Holtmeiers zeigt die Geschichte dieser in Deutschland erfolgreichsten Harmonielehre des 20. Jahrhunderts exemplarisch die Kontinuität der deutschen Musiktheorie vom „Dritten Reich“ bis in die Nachkriegszeit hinein, die „Diskurs und Analyse“ verdrängte und deren „Leitbild“ die Praxis des Volkslieds war.<sup>22</sup>

Maler trat – auf „Rat der Verwaltung“, wie er betonte, – 1937 in die NSDAP ein, will aber lediglich „Anwärter“ gewesen sein und nie ein Parteibuch erhalten haben.<sup>23</sup> Gegen diese Behauptung spricht, dass seine Parteimitgliedschaft aktenkundig ist.<sup>24</sup> Er wurde zusammen mit seinen Kollegen Otto Siegel, Ernst Gernot Klußmann und dem Klavierpädagogen Josef Streiffeler 1937 am Geburtstag des „Führers“, dem 20. April, zum Professor ernannt<sup>25</sup> und trat dem NS-Altherrenbund bei; 1939 wurde er Mitglied im Deutschen Roten Kreuz und 1943 im Nationalsozialistischen Dozentenbund. Seine Aktivitäten beschränkten sich auf „musikalische Mitarbeit“ in der Reichsjugendführung der Hitlerjugend und auf die Teilnahme an HJ-Führer-Lagern.<sup>26</sup> Diese Zurückhaltung und der jeweilige

<sup>21</sup> HOLTMEIER, Maler, Sp. 908.

<sup>22</sup> HOLTMEIER, Maler, Sp. 908. – Siehe auch den Artikel von HOLTMEIER, Ludwig: Von der Musiktheorie zum Tonsatz, in: HOLTMEIER, Ludwig/ POLTH Michael/ DIEGARTEN, Felix (Hg.), Musiktheorie zwischen Historie und Systematik. 1. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Musiktheorie, Dresden 2001, Augsburg 2004, S. 13–34.

<sup>23</sup> Fragebogen und Anlage 1 zum Fragebogen, in: Entnazifizierungsakte Wilhelm Maler HStA Düsseldorf NW-1055-2203.

<sup>24</sup> NSDAP-Mitgliederkarteikarte (Aufnahme: 1.5.1937), in: Personenakte Wilhelm Maler BArch R 4901/13271.

<sup>25</sup> JUNG, Walter Braunfels, S. 177.

<sup>26</sup> Fragebogen, in: Entnazifizierungsakte Wilhelm Maler HStA Düsseldorf NW 1055-2203.

Zeitpunkt des Eintritts in eher „gemäßigte“ Organisationen legen die Vermutung nahe, dass Maler seine Anpassung an das Regime sehr überlegt dosiert hat und dass er weniger aus Überzeugung denn aus Opportunismus gehandelt hat. Dadurch unterscheidet er sich deutlich etwa von dem Musikwissenschaftler Karl Gustav Fellerer, der 1939 dem Ruf auf ein Ordinariat für Musikwissenschaft an die Universität zu Köln folgte.<sup>27</sup>

Auch Maler hat sich im Verlauf der Entnazifizierung um Entlastungszeugen bemüht. Zu diesen gehörten die Kölner Kollegen Clemens Clettenberg, Heinrich Lemacher und Otto Siegl, die in einer gemeinsamen Stellungnahme erklärten: „Malers politische Einstellung gegen die nationalsozialistische Partei war ausgesprochen kritischer Natur. Er äußerte sich des Öfteren in scharf ironischer Form gegen das Naziregime“.<sup>28</sup> Wie unglaublich solche Entlastungszeugnisse sind, die häufig zur Ausstellung von „Persilscheinen“ führten, geht schon daraus hervor, dass der Zeugnisgeber Lemacher auch Karl Hasse, seit 1933 Direktor der Kölner Musikhochschule, entlastet hat, obwohl Hasse schon vor 1933 für Rosenbergs „Kampfbund für deutsche Kultur“ geworben und im pseudowissenschaftlichen Teil der Ausstellung „Entartete Musik“ in Düsseldorf mitgewirkt hatte; schließlich war Hasses Kampf gegen das Judentum in der deutschen Musik weithin bekannt. Lemacher bestätigte Hasse auch, dass er sich in keiner Weise in parteipolitischen Sinne aktivistisch betätigt habe, dass er vielmehr „kulturpolitisch“ Ansichten vertreten habe, „die der herrschenden Meinung widerstrebten“.<sup>29</sup> Entsprechend unglaubwürdig ist die Aussage eines ehemaligen Studenten über Maler, dass er „die Unzulänglichkeit des Nationalsozialismus frühzeitig erkannt“ und „– so gefährlich das gelegentlich, z.B. in den Vorlesungen sein mochte – mit rücksichtsloser Offenheit daran Kritik geübt“ habe.<sup>30</sup> Unwillkürlich fragt man sich, warum dann weder Hasse noch Maler von den Nazis verhaftet wurden.

Dennoch verlief die Entnazifizierung für Maler nicht ganz so reibungslos, wie er wohl erwartet hatte. So beklagte er sich im Februar 1946 darüber, dass bei der Entnazifizierung eine gewisse „Intransigenz“ vorliege, und drängte darauf, dass möglichst schnell geklärt werden müsse, ob er „die Direktion trotzdem übernehmen kann und ob der Begriff ‚Anwärter‘ weiterhin gilt.“ Er setzte seine Hoffnung darauf, dass man nach der Übertragung der Entnazifizierung an deutsche Ausschüsse „vielleicht für uns Musiker mit einer besonderen Behandlung“ rechnen könne; er drängte auf eine „beschleunigte und vordringliche Erledigung meines Fragebogens und Klärung meiner Person als Leiter.“<sup>31</sup> Offensichtlich war er nicht sicher, dass er das Entnazifizierungsverfahren unbeschadet überstehen würde.

<sup>27</sup> Zu Karl Gustav Fellerer vgl. POTTER, Pamela M.: Die deutscheste der Künste. Musikwissenschaft und Gesellschaft von der Weimarer Republik bis zum Ende des Dritten Reiches, Stuttgart 2000, S. 21.

<sup>28</sup> Affidavit von Cl. Clettenberg, H. Lemacher und O. Siegl, in: Entnazifizierungsakte Wilhelm Maler HStA Düsseldorf NW 1055-2203.

<sup>29</sup> Affidavit Prof. Dr. H. Lemacher (Köln), in: Entnazifizierungsakte Karl Hasse: HStA Düsseldorf NW 1054 Nr. 482.

<sup>30</sup> Affidavit Dr. Dr. Ernst-August Ballin, in: Entnazifizierungsakte Wilhelm Maler HStA Düsseldorf NW-1055-2203.

<sup>31</sup> Prof. MALER an Oberschulrat Dr. Kühn vom 3.2.1946, S. 2, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

Nachdem das Land Lippe ihn zum 1. März 1946 offiziell mit dem Aufbau der Musikakademie beauftragt hatte<sup>32</sup>, wurde er Anfang 1948 ebenfalls als „entlastet“ eingestuft.<sup>33</sup>

Der Musikpädagoge Dietrich Stoverock äußerte in seinem Verfahren, dass er seine Berufung an die Kölner Musikhochschule im Jahre 1936 allein seiner „fachlichen Vorbildung und Leistung“ zu verdanken habe, da er damals nicht Parteimitglied gewesen sei<sup>34</sup>; im gleichen Jahr waren allerdings in der ominösen Zeitschrift „Völkische Musikerziehung“ zwei Artikel von ihm erschienen, die ihn als überzeugten Nationalsozialisten ausweisen.<sup>35</sup> Seine Behauptung, er sei nur auf Druck des damaligen Kölner Kunstdezernenten Dr. Ludwig in die Partei eingetreten und habe kein Parteibuch erhalten, erscheint wenig glaubhaft und stimmt – Zufall oder Absprache – mit der Einlassung Malers überein.<sup>36</sup> Seit 1937 betreute er die Chöre des „Reichsverbandes für gemischte Chöre“ im südlichen Rheinland und festigte seinen Ruf als Chorleiter; im Jahre 1941 gab er mit den regimetreuen Kollegen Adolf Engel, Robert Göttching, Hans Heinrich, Heinrich Martens und Richard Münnich ein Schulbuch für den Musikunterricht heraus.<sup>37</sup> Gegen die Ernennung Stoverocks zum verbeamteten Professor erhoben die Kölner Studentenführer E. und N. im Jahre 1941 Einspruch und bezweifelten dessen fachliche und pädagogische Eignung; sie wurden von der Reichsleitung der NSDAP (Amt Musik), von der Partei-Kanzlei und von der Reichsleitung Rosenberg unterstützt.<sup>38</sup> Stoverock nutzte diesen Vorgang im Entnazifizierungsverfahren zu der Erklärung, er sei „offen gegen die kunstfeindlichen Agitationen des damaligen NS-Studentenbundes“ eingetreten<sup>39</sup>, verschwieg jedoch, dass er ausgerechnet auf Einladung des Reichsstudentenführers Gustav Adolf Scheel anlässlich der „Studentischen Tage deutscher Kunst“ mit dem Collegium musicum und dem Kammerchor der Kölner Schulmusikabteilung mit großem Erfolg in Salzburg aufgetreten war (16. Juli

<sup>32</sup> MALER an die Oberschulbehörde in der Landesregierung Detmold vom 27.2.1946, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>33</sup> Case Summary: „Kategorie V“, in: Entnazifizierungsakte Wilhelm Maler HStA Düsseldorf NW 1055-2203.

<sup>34</sup> Anlage zum Fragebogen, in: Entnazifizierungsakte Dietrich Stoverock HStA Düsseldorf NW 1048-33-7.

<sup>35</sup> STOVEROCK, Dietrich: Musikerziehung in der Höheren Knabenschule. [u. a. zu der im Musikgut sich spiegelnden und weitgehend vom Lehrplan bestimmten in der Schule zu pflegenden „völkischen Gesinnung“], in: Völkische Musikerziehung 2 (1936), S. 161–172. – DERS.: Hausmusikalische Programmgestaltung, in: Völkische Musikerziehung 2 (1936), S. 552–561.

<sup>36</sup> Anlage zum Fragebogen, in: Entnazifizierungsakte Dietrich Stoverock HStA Düsseldorf NW 1048-33-7.

<sup>37</sup> Deutsche Musik in der höheren Schule – Musikbuch I – Ausgabe B für Mädchen (Verlag Carl Meyer).

<sup>38</sup> Zu der Auseinandersetzung der Parteistellen siehe die verschiedenen Schriftstücke in: Personenakte Dietrich Stoverock BArch NS 15/ 239, Bl. 181–187.

<sup>39</sup> Affidavit des ehem. Studenten Dr. Karl Otto Schauerte, in: Entnazifizierungsakte Dietrich Stoverock HStA Düsseldorf NW 1048-33-7.

1942)<sup>40</sup> und anschließend auf Einladung der Gaupropagandaleitung der Gauleitung Bayreuth eine Konzerttournee „durch 11 Städte der bayerischen Ostmark“ unternommen hatte.<sup>41</sup> Stoverock verschwieg auch, dass er sowohl durch die Unterstützung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, des Kölner Oberbürgermeisters als Kurator der Musikhochschule als auch vor allem des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust schließlich Mitte Juni 1943 zum beamteten Professor ernannt wurde. Rust ließ dem Leiter der Parteikanzlei in einer ausführlichen Stellungnahme mitteilen, Stoverock sei auf seine persönliche Anregung „gerade wegen seiner besonderen Eignung auf den Kölner Posten berufen worden. Er hat die ihm übertragenen Aufgaben nach Ansicht der örtlich zuständigen Stellen zur Zufriedenheit erledigt.“<sup>42</sup> Das Urteil der Entnazifizierungskommission lautete: „Kann in seiner Stellung verbleiben.“<sup>43</sup>

Zu den ersten zum 1. Oktober 1946 verpflichteten Kräften der neuen Akademie gehörte auch Dr. Ing. Erich Thienhaus, den Maler wohl in Hamburg kennengelernt hatte. Der Mitarbeiter der einstigen Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin trat schon 1933 in die NSDAP ein, war Mitglied in der Deutschen Arbeitsfront, in der NS-Volkswohlfahrt, im Reichsluftschutzbund und im Kolonialbund, also wohl kaum – wie es beschönigend heißt – ein „passiver PG“. Gleichwohl erhielt er von der britischen Behörde ohne Umstände einen Gewerbeschein. Zudem glaubte Maler, er habe „so gute Beziehungen zu amerikanischen Wissenschaftlern hier im Offiziersrang, daß ich ihn auch hier nicht für gefährdet halte.“<sup>44</sup> Für das Wintersemester 1947/48 konnte man für den Bereich Dirigieren/Chorleitung Kurt Thomas gewinnen, von 1938 bis 1945 Leiter des Frankfurter Musischen Gymnasiums, den die Entnazifizierungskammer am 20. Juni 1947 als „Mitläufer“ eingestuft, zugleich aber festgestellt hatte, dass „sein Fall auf der Grenze zwischen der Gruppe der Mitläufer und Entlasteten liegt.“<sup>45</sup> Zusammen mit ihm kam als Geigenlehrer der Sologeiger Wilhelm Isselmann, der ein Schüler Hermann Zitzmanns (Köln) war und am Musischen Gymnasium unterrichtet hatte.<sup>46</sup> Die Pianistin Clara Spitta, Schülerin von Ernst von Dohnanyi, die am Städtischen Konservatorium in Hannover unterrichtet hatte, und Conrad Hansen, der, wie schon sein Lehrer Edwin Fischer, am Sternschen

<sup>40</sup> Schreiben des Reichsstudentenführers an Prof. Stoverock vom 16.7.1942, in: Personenakte Dietrich Stoverock BArch NS 15/ 239, Bl. 174. – Der Reichsstudentenführer dankte Stoverock ausdrücklich für dieses Konzert und bat um weitere Zusammenarbeit (in: BArch NS 15/ 239, S. 174).

<sup>41</sup> Schreiben des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Leiter der NSDAP-Parteikanzlei in München vom 6. 10. 1942, in: Personenakte Dietrich Stoverock BArch NS 15/ 239, Bl. 173.

<sup>42</sup> Schreiben des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Leiter der NSDAP-Parteikanzlei in München vom 6. 10. 1942, Bl. 172f.

<sup>43</sup> Notiz auf Fragebogen , in: Entnazifizierungsakte Dietrich Stoverock Düsseldorf NW 1048-33-7.

<sup>44</sup> Prof. MALER an Oberschulrat Dr. Kühn vom 3.2.1946, S. 2, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>45</sup> Zitiert in der überaus gründlichen und aufschlussreichen Arbeit von HELDMANN, W.: Musisches Gymnasium Frankfurt am Main 1939–1945. Eine Schule im Spannungsfeld von pädagogischer Verantwortung, künstlerischer Freiheit und politischer Doktrin, Frankfurt a. M. 2004, S. 295.

<sup>46</sup> HELDMANN, Musisches Gymnasium Frankfurt am Main 1939–1945, S. 171.

Konservatorium der Musik in Berlin tätig gewesen war, übernahmen die Klavierklassen. Beide waren unbelastet; Hansen hatte, wie Maler eigens hervorhob, während des Dritten Reiches dreimal eine Professur ausgeschlagen.<sup>47</sup> Maler setzte seine Hoffnungen aber nicht nur auf bereits etablierte und erfolgreiche Kollegen, er bemühte sich auch um junge und vielversprechende Musiker. Bereits 1946 nahm er den 24-jährigen Letten Tibor Varga als „Geigenmeister“ in den Blick, dem man „in 1 Jahr Renommé von Weltklasse voraussagt“<sup>48</sup> und dem dann von Detmold aus eine internationale Karriere gelang. Zum Wintersemester 1947/48 konnte man den ebenfalls noch jungen Oboisten Helmut Winschermann und den noch recht wenig bekannten Dirigenten und Pianisten Hans Richter-Haaser an die Akademie binden, beide ausgezeichnete und schon bald erfolgreiche Musiker.

Obwohl man wusste, dass die britische Besatzungsmacht die Entnazifizierung großzügig handhabte – die Briten hatten vornehmlich pragmatische Absichten, um einen raschen Wiederaufbau zu ermöglichen – und dass das Entnazifizierungsverfahren gerade an den Universitäten in der britischen Besatzungszone „äußerst angenehm und problemlos“ ablief<sup>49</sup>, beklagte sich Maler über die „Intransigenz“ der Militärbehörde und warf dem britischen Hauptquartier in Bünde vor, es bremse „alles Entgegenkommen“ ab und „wolle uns auf allen Gebieten die restlose Unterwerfung fühlen lassen.“<sup>50</sup> Als Strategie bei den Entnazifizierungsverfahren empfahl er: „Das Entscheidende ist, daß wir alle als Spezialisten fungieren.“<sup>51</sup> Dieses Argument, letztlich nicht ersetzbar zu sein, führte in vielen Fällen zum Erfolg. Eine Gefahr nach der Entnazifizierung sah Maler in nachträglichen Denunziationen, denen man „mit Geschlossenheit“ begegnen müsse: „Es darf unter keinen Umständen passieren, daß wir – einmal in Detmold durchgeschleust – aufgrund von Denunziationen etc. nachträglich gekippt werden. Die Einheit des Kollegiums ist so entscheidend, daß das Herausbrechen des einen oder andern das Ganze leiden läßt.“<sup>52</sup>

Der Überblick über das Verhalten der ersten Professoren und Dozenten an der Detmolder Musikakademie in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und in den ersten Nachkriegsjahren erlaubt zwei Feststellungen:

1. Die durch eine Mitgliedschaft in der NSDAP belasteten Dozenten waren, soweit ermittelt werden konnte, nicht durch besondere parteipolitische Aktivitäten hervorgetreten; sie waren aber Anhänger, Mitläufer oder Profiteure eines verbrecherischen Systems, dem sie ihre Fähigkeiten zur Verfügung gestellt hatten. Maler als dem „designierten“ Direktor der Musikakademie ging es vor allem darum, die besten Ver-

<sup>47</sup> Prof. MALER an Oberschulrat Dr. Kühn vom 3.2.1946, S. 2, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>48</sup> Prof. MALER an Oberschulrat Dr. Kühn vom 3.2.1946, S. 2, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>49</sup> POTTER, Die deutsche Kunst, S. 303.

<sup>50</sup> Prof. MALER an Oberschulrat Dr. Kühn vom 4.5.1946, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>51</sup> Prof. MALER an Oberschulrat Dr. Kühn vom 3.2.1946, S. 1, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>52</sup> Prof. MALER an Oberschulrat Dr. Kühn vom 3.2.1946, S. 1, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

treter ihres Faches für das neue Institut zu gewinnen; dabei war es ihm gleichgültig, ob sie politisch belastet waren oder nicht.

2. Die Abneigung, ja Verachtung gegenüber der Entnazifizierung war allgemein verbreitet, die fragwürdige Methode, mit der Entnazifizierung – etwa durch bestellte Zeugnisse – umzugehen, war weitgehend üblich. Auch bei den an die Detmolder Akademie berufenen Dozenten gibt es keine Anzeichen dafür, dass man das eigene Verhalten im Nationalsozialismus selbstkritisch reflektiert hätte – im Gegenteil: Man fühlte sich als Opfer einer selbstgerechten Besatzungsmacht, deren demütigendem Gebaren man sich ausgeliefert sah. Wenn es unumgänglich war, die NS-Diktatur zu erwähnen, dann sprach man von der „letztergangenen Epoche“.<sup>53</sup>

Eine erfolgreiche Entnazifizierung der Lehrkräfte war zweifellos die wichtigste Voraussetzung für die Genehmigung zur Gründung der Akademie durch die britische Militärregierung; zuvor mussten jedoch der Landespräsident von Lippe, Heinrich Drake (1881–1970), und der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Dr. Rudolf Amelunxen (1888–1969), für das ungewöhnliche Vorhaben gewonnen werden, um die Finanzierung abzusichern. Die Stadt Detmold, deren Bürgermeister Dr. Richard Moes das Vorhaben begeistert begrüßte, konnte nur als „Anregerin“ tätig werden und bat in ihrer Denkschrift vom 15. November 1945, die von Gutachten der Professoren Maler und Münch-Holland gestützt wurde, den Landespräsidenten von Lippe um Zustimmung. Der Detmolder Bürgermeister hob die „Schönheit der Lage“ seiner Stadt hervor, auch die zahlreichen Anlagen, die „nach Abzug der starken Besatzung“ öffentlich genutzt werden könnten. Neun Monate nach der katastrophalen Niederlage rechnete man mit einem baldigen Abzug der alliierten Besatzungstruppen, um danach mit dem Aufbau der Musikakademie als „Reichsinstitut“ beginnen zu können.<sup>54</sup> Offensichtlich war man sich des Ausmaßes des moralischen und politischen Zusammenbruchs nicht bewusst. Der Detmolder Bürgermeister erinnerte an die große musikalische Tradition der Stadt, so an Lortzing und Brahms. Er betonte, dass die Liebe zur Musik „auch bei den Veranstaltungen der jüngsten Zeit wieder sehr lebhaft“ zum Ausdruck gekommen sei; es gehe nun darum, „den deutschen Kulturwillen ‚allen Gewalten zum Trotz‘ beherzt zu bekunden.“ Die deutsche Kunst und die deutsche Musik seien berufen, „dem deutschen Gedanken die Töne und Herzen der Welt zu öffnen.“ Mit der Gründung einer Musikakademie diene man „nicht nur der Stadt Detmold, sondern der deutschen Kunst und durch sie der Versöhnung oder wenigstens dem Verstehen der Völ-

<sup>53</sup> So Dr. Richard MOES in seiner – ersten – „Denkschrift zur Errichtung einer Musikakademie in Detmold“ vom 15.11.1945, in: StA Detmold D1 Nr. 7392. – Dagegen sprach Ministerpräsident Dr. Rudolf AMELUNXEN in seiner Rede zur feierlichen Übernahme der Musikakademie Detmold als staatliche Einrichtung des Landes NRW am 26. Januar 1947 von der „Nazizeit“ und dem „geistigen Erbe der Terrorzeit“, die auch „eine ‚Vertrauenskrise der Musik‘ (umfasse)!“ Zitiert in: MÜLLER-DOMBOIS, Die Gründung der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, S. 58.

<sup>54</sup> So Oberschulrat Dr. Richard Kühn, in: MÜLLER-DOMBOIS, Die Gründung der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, S. 30.

ker“.<sup>55</sup> Landespräsident Heinrich Drake setzte sich trotz der Bedenken seines Finanzreferenten in einem Schreiben vom 4. Dezember 1945 an den Oberpräsidenten Amelunxen für die Gründung der Musikakademie ein, um „in dieser Notzeit die künstlerische Tradition zu pflegen. In den schwer zerstörten Großstädten werden sich Institute der gedachten Art vorerst nicht einrichten lassen. So besteht die Gefahr, daß die deutschen Kulturleistungen absinken und ihre Weltgeltung endgültig verlieren.“<sup>56</sup> Die seit Ende des 19. Jahrhunderts vorherrschende Überzeugung von der „Weltgeltung“ der deutschen Musik, an der auch ein Richard Strauss (1864–1949) festhielt, hatte sich im deutschen Bildungsbürgertum festgesetzt und behauptete sich auch nach 1945.

Die beiden Personen, welche die möglichst schnelle Gründung einer Musikakademie anstrebten, waren Professor Maler, der die Verhandlungen mit den von ihm gewünschten Dozenten führte, und Bürgermeister Dr. Moes, der am 14. Januar 1946 den lippischen Landespräsidenten in einer zweiten Denkschrift mit Nachdruck aufforderte: „Die Sache ist inzwischen sehr dringlich geworden und verlangt eine Entscheidung.“ Er wies darauf hin, dass unterdessen die Städte Göttingen und Celle sowie Münster (für Warendorf) eine Musikhochschule anstrebten und dass in der amerikanischen und der französischen Zone der Ausbau bestehender und der Aufbau neuer Musikhochschulen geplant sei; die für Detmold gewonnenen Dozenten hätten bereits Anfragen oder Rufe erhalten: „Eile ist daher geboten.“ Dr. Moes forderte, die notwendigen finanziellen Mittel ab sofort in die Haushaltspläne der entsprechenden Institutionen einzuspeisen. Die laufenden Kosten hielt er für tragbar, weil die sorgfältig auszuwählenden Studenten „im Hinblick auf die in Frage kommenden Meister ihres Faches zu Opfern bereit sein werden [...] Infolgedessen ist das Schulgeld naturgemäß hoch.“<sup>57</sup> Die Semestergebühren etwa für Gesang oder Instrumente betragen zwischen 270 RM (1 Fach) und 400 RM (2 Fächer) – das Internat kostete monatlich 100 RM –, waren also tatsächlich ungewöhnlich hoch; es gab nur wenige Stipendien.<sup>58</sup>

Einige Tage später erläuterte Maler in einem Schreiben an Landespräsident Drake noch einmal ausführlich, warum eine Musikakademie in Detmold wünschenswert und notwendig sei: „Die Großstädte werden für die nächsten Jahrzehnte kaum oder nur in beschränktem Umfange in der Lage sein, kulturelle Belange in den Vordergrund zu stellen, weil die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der alltäglichen Notdurft ein Übermaß an Arbeit und Aufwand erfordern. Kulturleben wird daher immer mehr aus der öffentlichen Hand in die private Unternehmerinitiative (Konzertagent, private Konzertgesellschaften u.

<sup>55</sup> Dr. Richard MOES, Denkschrift zur Errichtung einer Musikakademie in Detmold vom 15.11.1945, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>56</sup> Landespräsident DRAKE an den Oberpräsidenten Westfalen vom 4.12.1945, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>57</sup> Bürgermeister Dr. MOES an den Landespräsidenten DRAKE vom 14.1.1946 (= zweite Denkschrift), S. 1f., in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>58</sup> Nordwestdeutsche Musik-Akademie in Detmold. Merkblatt G: Gebührenordnung (Sept. 1946?), S. 1f., in: StA Detmold D1 Nr. 7392.



a.) hinüberwechseln. Dabei droht derjenige Zweig zu verkümmern, der von der Öffentlichkeit abhängt: die Kunsterziehung. Es ist daher eine vaterländische, soziale und kulturelle Pflicht, dem Nachwuchs die Ausbildungsstätten zu verschaffen, deren seine Begabung bedarf. – Allerwärts ist nun der Gedanke lebendig, diese Erziehungsstätten der Großstadt zu entziehen und – wenn möglich in Verbindung mit dem Internatsgedanken – aufs Land oder in unzerstörte Landschaften zu verlegen.“ Detmold mit seiner „geistigen und künstlerischen Tradition“ sei der ideale Ort für eine solche Akademie, die für die üblichen städtischen Konservatorien keine Konkurrenz darstelle, da man nur Berufsmusiker ausbilden wolle; daran seien wiederum die Städte „im Hinblick auf ihre Orchester“ interessiert, da sie nicht wüssten, wem sie „ihren musikalischen Nachwuchs anvertrauen können.“ Abschließend betonte Maler das große Interesse, das eine Detmolder Akademie bei „namhaften Künstlern und Pädagogen“ gefunden habe.<sup>59</sup>

Nach ersten Kontakten der Lippischen Landesregierung mit der Provinz Münster und der Provinz Hannover, nach Bildung eines vorläufigen beratenden Ausschusses und einem ersten Gespräch des Bürgermeisters mit dem Stellvertretenden Leiter der Controll-Commission, Abteilung Erziehung und Unterricht in Bünde, gelang der Durchbruch bei einer Besprechung in Herford zwischen dem Beauftragten der Lippischen Landesregierung Dr. Walter Kühn und dem Generalreferenten für Finanzen der Provinz Westfalen Dr. Hermann Höpker Aschoff am 1. Februar 1946: Höpker Aschoff erklärte, dass die Regierung der Provinz Westfalen in Münster für die Musikakademie jährlich einen Betrag von 100 000 RM in ihren Haushalt aufnehmen wolle; das Land Lippe stellte 25 000 RM zur Verfügung.<sup>60</sup> Danach legten Dr. Rudolf Amelunxen und Heinrich Drake ein gemeinsames Papier vor: „Zum Plan zur Errichtung einer Musikakademie für Streicher und Pianisten mit angegliedertem Seminar. Sitz in Detmold.“ Das Dokument fasste die Argumente, die für eine Akademie sprachen, zusammen und hob noch einmal hervor, dass die unzerstörten Städte „einen Teil der kulturellen Verpflichtungen“ von den zerstörten Großstädten übernehmen müssten. Die dringlichste Aufgabe sei „die Förderung des durch den Krieg völlig zerschlagenen künstlerischen Nachwuchses, insbesondere des musikalischen. Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß für den Deutschen Musik eine Lebensnotwendigkeit ist wie das tägliche Brot und kein Luxusartikel; denn gerade in den größten Notzeiten war der Konzertbesuch am stärksten.“ Wichtig sei auch, „den internationalen künstlerischen Anschluß“ zu sichern.<sup>61</sup> Am 27. Februar richtete die Landesregierung Lippe ein offizielles Ersuchen, die Gründung einer Musikakademie in Detmold zu genehmigen, an die Education Branch in Bünde. Sie versicherte, dass die Schulgebäude

<sup>59</sup> Prof. MALER an Landespräsident DRAKE vom 21.1.1946, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>60</sup> Ausführlicher dazu berichtet MÜLLER-DOMBOIS, Die Gründung der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, S. 33–35.

<sup>61</sup> Dr. AMELUNXEN (Prov. Westfalen) und Landespräsident DRAKE, Zum Plan zur Errichtung einer Musikakademie für Streicher und Pianisten mit angegliedertem Seminar. Sitz in Detmold, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

in gutem Zustand seien – was nicht stimmte –, dass genügend Material für die Schulausstattung vorhanden sei – was ebenfalls nicht stimmte – und dass „keine der in Aussicht stehenden Lehrpersonen ohne vorherige Zulassung der Militärregierung eingestellt werden soll.“<sup>62</sup> Die schriftliche Lizenz der Besatzungsbehörden traf erst am 29. Juli 1946 bei der Landesregierung ein, eine Folge von Koordinationsproblemen innerhalb der britischen Militärregierung und des anhaltenden Widerstandes der Kölner Musikhochschule gegen die Detmolder Neugründung, so dass der vorgesehene Unterrichtsbeginn zum 1. April oder aber zum 1. Mai 1946 nicht eingehalten werden konnte.

Am 5. April 1946 unterrichtete Maler den Direktor der Kölner Musikhochschule, dass man ihn beauftragt habe, „den Plan einer kleinen aber qualifizierten Fachschule, einer Akademie, auszuarbeiten, an deren Fundierung sich nicht nur Detmold [...] sondern auch das Land Lippe und die Provinz Westfalen beteiligen. Es handelt sich also um mehr als eine lokale Angelegenheit [...] Von einer ‚Hochschule‘ kann natürlich nicht die Rede sein [...] Auf irgendwelche Institute verzichten wir, dazu ist der Boden hier zu schmal, und diese sind die Aufgaben der Kölner Hochschule [...]“. Dort nahm man gern zur Kenntnis, dass man in Detmold nicht beabsichtigte, ein „Konkurrenzunternehmen zu Köln“ aufzubauen, und der Kölner Direktor fügte seiner Antwort hinzu: „Eine staatliche Hochschule wird, dieses – weiß ich – ist der Wunsch der Militärregierung, nur in Köln errichtet werden“.<sup>63</sup> Die Kölner Haltung änderte sich jedoch, als sich die Provinz Westfalen und die Nordrheinprovinz zum Land Nordrhein-Westfalen zusammenschlossen; die Bildung des neuen Landes wurde am 17. Juli 1946 bekanntgegeben und am 23. August durch die Verordnung 46 der britischen Militärbehörde gebilligt. Am 1. September 1946 – noch war die Provinz Westfalen selbstständig – unterschrieb der Oberpräsident und künftige Ministerpräsident des neuen Landes Dr. Amelunxen die erste gültige Satzung der Detmolder Musikakademie, und kurz darauf billigte der Lippische Landtag die Satzung, deren erster Paragraph festhielt: „Die Akademie ist eine Veranstaltung der Provinz Westfalen und des Landes Lippe und besitzt die Rechte einer juristischen Person des öffentlichen Rechts.“ Am 1. Oktober 1946 nahm die Akademie ihren regulären Unterrichtsbetrieb auf;<sup>64</sup> am 12. November 1946 erhielt Professor Maler die Nachricht, dass das Land Nordrhein-Westfalen die Verpflichtungen der aufgelösten Provinz gegenüber der Musikakademie übernehmen werde.<sup>65</sup>

Zwischen Mai 1946 und Januar 1947 – das Land Lippe trat am 21. Januar 1947, zunächst vorläufig, dem neuen Land Nordrhein-Westfalen bei – unternahm die Kölner Mu-

<sup>62</sup> Lippische Landesregierung an die Militärregierung vom 27.2.1946. Betr. Errichtung einer Musik-Akademie in Detmold, in: StA Detmold D1 Nr. 7394.

<sup>63</sup> MÜLLER-DOMBOIS, Die Gründung der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, S. 32.

<sup>64</sup> Prof. MALER an Ministerialdirektor ZINSER, Kultusministerium NRW, vom 11.11.1946: Bericht über Ursprung, Planung, Gründung und Arbeit der Nordwestdeutschen Musik-Akademie in Detmold, S. 2, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>65</sup> MÜLLER-DOMBOIS, Die Gründung der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, S. 36.

sikhochschule mehrere Versuche, den Status der Detmolder Musikakademie zu schwächen und die eigene Position als einzige Musikhochschule in der britischen Besatzungszone zu stärken. Man kritisierte die Bezeichnung „Akademie“ und wollte der Detmolder Institution den „für jede private Lokal-Unternehmung üblichen Namen ‚Musikschule‘ aufzwingen.“ Maler wies darauf hin, dass man zwar bewusst auf die Bezeichnung „Musikhochschule“ verzichtet habe, dass aber bei dem „vorgesehenen Leistungsstand und der Bedeutung der unter Opfern sich für Detmold entschlossen habenden Lehrkräfte“ das Detmolder Institut seiner Leistung nach „es mit jedem andern aufnehmen kann.“ Enttäuscht wies Maler die Kölner Forderung zurück, den Detmolder Dozenten die Bezeichnung „Professor“ zu verweigern, da sie „in ihrem künstlerischen wie pädagogischen Rang unbedingt auf der Leistungs- und Anerkennungsstufe eines jeden Hochschul-Professors“ stünden. Schließlich erklärte Maler, dass er im Verhalten Kölns eine „ausgesprochene Gemeinheit“ sehe und dass auch „der hiesige englische Offizier diese Ansicht berechtigt findet. Wenn deutsche Instanzen in dieser Frage gegeneinander stehen, ist das eine recht unwürdige Sache.“<sup>66</sup> Einige Monate später richtete die Kölner Musikhochschule an das Kultusministerium in Düsseldorf eine weitere Eingabe, die darauf abzielte, der Detmolder Akademie zu schaden. Maler versuchte in einem längeren Schreiben an das Kultusministerium, die Kölner Einwände zu widerlegen:<sup>67</sup>

1. Die schmale finanzielle Basis der Kölner Musikhochschule könne man nicht der Detmolder Akademie zum Vorwurf machen. Eine bessere finanzielle Ausstattung der Kölner Hochschule sei zwar ein „selbstverständliches Gebot“, dürfe aber nicht auf Kosten der Detmolder Instituts erfolgen: „Es lag von vornherein in dem übergreifenden Charakter der hiesigen Gründung, daß sie weder ein städtisches, noch ein lippisches, noch ein rheinisch-westfälisches Institut ist, was auch bei der Namensgebung eine Rolle spielte.“
2. Die von der Kölner Musikhochschule vorgetragene Garantie, dass sie „die einzige ihrer Art im Bereich der englischen Zone sein solle“, existiere nicht. Dennoch habe sich Detmold auf Fachklassen beschränkt und auf berufsständische Institute verzichtet; man versuche nicht, „eine Nachahmung der Kölner Musik-Hochschule zu sein.“
3. Es sei unbekannt, dass die Kölner Musikhochschule „ein Aufsichtsrecht über bzw. ein alleiniges Vorschlagsrecht für die Dienstbezeichnung ‚Professor‘ haben soll; es ist uns unerfindlich, woraus dieses Recht hergeleitet wird.“ Von einer „Inflation“ des Professorentitels könne keine Rede sein.
4. Den – nicht ganz unberechtigten – Vorwurf, die Detmolder Dozenten seien durch Mitgliedschaft in der NSDAP belastet, wies Maler kühl zurück, indem er, formal

<sup>66</sup> Prof. MALER an Landespräsident Drake vom 18.6.1946, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>67</sup> Direktor MALER an das Kultusministerium NRW Abt. VII b vom 11.11.1946: Stellungnahme zu dem Gutachten der Staatlichen Hochschule für Musik in Köln über die Satzung der Nordwestdeutschen Musikakademie vom 1.11.1946, S. 2, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

korrekt, auf die Ergebnisse der Entnazifizierungsverfahren verwies. Abschließend stellte er fest, dass bei „aller Würdigung der Stellung der Kölner Musikhochschule“ sich die Detmolder Akademie „gegen ein Recht Kölns zu einer Art Aufsicht oder auch nur gegen das Recht einer Beanstandung verwahren“ müsse.

Trotz der Wirkungslosigkeit ihrer bisherigen Interventionen versuchte die Kölner Musikhochschule weiter, die Entwicklung der Detmolder Akademie zu behindern. Im Januar 1947 beschwerte sich Maler über ihren Versuch, seiner Akademie das Prüfungsrecht zu bestreiten; dies aber würde nicht nur „der Akademie schweren Abbruch tun, sondern würde auch den landschaftlichen Belangen von Lippe und Westfalen zuwiderlaufen“; es sei nicht einzusehen, „weshalb nach der Ländervereinigung von Nordrhein-Westfalen das kulturelle Schwergewicht vollends an die Rheinprovinz abgegeben werden müßte.“<sup>68</sup> Die Detmolder Akademie begründete in einer Vorbemerkung zu ihrem Haushaltsplan für das Jahr 1947 noch einmal ausführlich die Notwendigkeit ihrer Existenz. Dabei argumentierte sie grundsätzlich, wenn sie auf den fehlenden Nachwuchs für die „Kulturorchester“, vor allem bei den Streichern, hinwies und die Befürchtung äußerte, dass „das Musikleben Deutschlands auf einen hoffnungslosen Tiefstand“ sinken könne. Sie argumentierte pragmatisch, wenn sie darauf aufmerksam machte, dass „bei den heutigen Verkehrsverhältnissen“ die Schülerschaft der Kölner Musikhochschule sich auf die nähere Umgebung Kölns werde beschränken müssen, wie sie sich „bereits von jeher auf die Bevölkerung von Aachen, Koblenz-Trier und den Ruhr-Bezirk gestützt hat.“ Sie argumentierte schließlich strukturell, wenn sie anmerkte, dass in der britischen Besatzungszone mit der Kölner Musikhochschule das „einzige Musik-Institut von Rang“ bestehe, während in der russischen Zone fünf Musikhochschulen (Berlin, Leipzig, Weimar, Dresden, Rostock), in der amerikanischen Zone vier (München Stuttgart, Frankfurt, Karlsruhe) und in der französischen Zone zwei Musikhochschulen (Freiburg, Trossingen) angesiedelt seien.<sup>69</sup>

Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Institutionen waren wohl auch von persönlichen Gegensätzen bestimmt: Seit Oktober 1945 war Walter Braunfels, der 1933 von den Nationalsozialisten als Rektor der Kölner Musikhochschule entlassen worden war, auf Bitte von Konrad Adenauer wieder als Rektor in Köln tätig. Braunfels hatte zusehen müssen, wie sein ehemaliger Mitarbeiter Maler im „Dritten Reich“ Karriere machte, und musste nun zusehen, wie er diese Karriere nach 1945 fast bruchlos fortsetzte. Der Hinweis, dass Detmolder Dozenten durch Mitgliedschaft in der NSDAP belastet seien, war zwar richtig und ist auch menschlich verständlich, blieb aber erwartungsgemäß folgenlos.

<sup>68</sup> Prof. MALER an Oberregierungsrat Dr. Petri und Oberschulrat Sünkel vom 8.1.1947, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>69</sup> Nordwestdeutsche Musik-Akademie Detmold: Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1947. Vorbemerkung, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

## 2. Zur Konzeption der Musikakademie

Der ursprüngliche Plan, eine Akademie für die Ausbildung von Streichern zu gründen, wurde schon bald erweitert. Bereits im November 1946 wandte sich Maler an das Kultusministerium in Düsseldorf mit der Bitte, eine Klavierklasse einzurichten „gegen die in ihrer musikalischen Auswirkung unzuträgliche Beschränkung auf die Streicher-Klassen“ sowie eine Cembalo- und eine Flötenklasse zu eröffnen, um die „Pflege alter Musik“ zu erleichtern; die Einrichtung einer Gesangsklasse unter dem Stimmbildner Fred Husler stehe bevor, Musiktheorie und Kompositionslehre würden späterhin das Angebot abrunden. Ein Seminar für die Ausbildung von Privatmusiklehrern und die Weiterbildung von Musiklehrern in Lippe, für die sich „weit und breit keine geeigneten Ausbildungsstätten finden“, liege ebenso im Interesse einer „lokalen Verankerung“ der Akademie wie die Einrichtung von Chorleiter-Lehrgängen.<sup>70</sup> Die Satzung vom 27. November 1947 nennt als Aufgaben dafür „die Ausbildung von Privatmusiklehrern, die Heranbildung eines qualifizierten Orchesternachwuchses und die Förderung des Chorwesens. Die Ausbildung erfolgt in Fachklassen für Gesang, Tasteninstrumente, Streichinstrumente, Blasinstrumente, Dirigieren und Komposition sowie in der Abteilung Musikseminar mit den dazugehörigen theoretischen, praktischen und pädagogischen Fächern.“<sup>71</sup> Im Juli 1948 empfahl das Kuratorium der Musikakademie die Einrichtung von Bläserklassen (Flöte, Oboe, Klarinette, Fagott, Horn), vor allem „hinsichtlich der Dirigentenausbildung.“<sup>72</sup> Der Aufbau der Bläserklassen machte gute Fortschritte und war „besonders dadurch wertvoll, daß eine Reihe von Studierenden aus dem überbesetzten Klavier-Fach sich durch die Erlernung eines Holzblasinstrumentes eine Verbreiterung ihrer Existenzbasis sichert.“<sup>73</sup> Wenn künftig der außerordentliche Erfolg der Bläserklassen die Bedeutung der Streicherausbildung überstrahlen sollte, so lag dies sicherlich an einem veränderten Klangideal<sup>74</sup>, aber auch, nach der Abschottung der Ostzone, an einem Mangel an Bläsern.<sup>75</sup>

Im Jahre 1947 hatte die Detmolder Akademie noch ausdrücklich auf alle Abteilungen verzichtet, „die im weiteren Sinn den Charakter einer Hochschule bestimmen: keine Schulmusik-, keine Kirchenmusik-Abteilungen, keine Orchester-, Opern- und Opernchor-

<sup>70</sup> Prof. MALER an Ministerialrat Dr. Zinser, Kultusministerium NRW, vom 11.11.1946: Bericht über Ursprung, Planung, Gründung und Arbeit der Nordwestdeutschen Musik-Akademie in Detmold, S. 1, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>71</sup> Satzung der Nordwestdeutschen Musik-Akademie Detmold vom 27.11.1947, in: StA Detmold D1 Nr. 7625.

<sup>72</sup> Kuratoriumssitzung vom 16.7.1948 S. 3, in: StA Detmold D1 Nr. 7397.

<sup>73</sup> Bericht über den Stand der Nordwestdeutschen Musik-Akademie vom 29.6.1949, in: StA Detmold D1 Nr. 7393.

<sup>74</sup> Vgl. MÜLLER-DOMBOIS, Die Gründung der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, S. 10, Anm. 1.

<sup>75</sup> Nordwestdeutsche Musik-Akademie Detmold – Finanzen 1949, S. 2, in: StA Detmold D1 Nr. 7395: Die Einrichtung der Holzbläserklassen „ist im Hinblick auf den gerade durch die Abtrennung der Ostgebiete empfindlich fehlenden Nachwuchs an guten Holzbläsern für die Orchester- und Kammermusik dringend erforderlich und auch in der heutigen Notzeit vertretbar.“

schule. Sie beschränkt sich auf Fachklassen“.<sup>76</sup> Doch bereits im darauf folgenden Jahr regte das Kuratorium auf der erwähnten Sitzung im Juli 1948 die Gründung von Abteilungen für Schulmusik sowie für Kirchenmusik an. Heinrich Drake als Vorsitzender des Kuratoriums wollte mit dem damaligen Paderborner Erzbischof Jaeger über die Einrichtung einer Abteilung für Katholische Kirchenmusik sprechen, hatte jedoch keinen Erfolg. Dagegen zeigte sich die Westfälische Landeskirche sehr interessiert an einer kirchenmusikalischen Abteilung zwecks „Hebung des Organisten- und Kantorenstandes“. Sie wies darauf hin, dass die etwa 800 bis 900 Organistenstellen „in starkem Ausmaße von Stümpfern besetzt sind, daß nur 1,8 % der Stellen hauptamtlich wahrgenommen würden, während in der Thüringischen Landeskirche über 70 % der Organistenstellen hauptamtlich besetzt seien.“<sup>77</sup> Die Kirchenmusikalische Abteilung wurde am 1. April 1950 eröffnet, ein Jahr nach Gründung der „Kirchenmusikschule für die Evangelische Kirche von Westfalen“ in Herford (seit 1991 staatlich anerkannte „Hochschule für Kirchenmusik der Evangelischen Kirche von Westfalen“ in Herford).

Die 1949 eingerichtete Operschule wurde schon ein Jahr später von 16 Studierenden besucht. Immer mehr nahm die Detmolder Akademie den Charakter einer traditionellen Musikhochschule an, sodass sie 1950 in die neu gegründete Arbeitsgemeinschaft der Staatlichen Musikhochschulen aufgenommen wurde, der die Hochschulen in Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, München und Stuttgart angehörten. Man hielt es denn auch für wünschenswert, „daß der de facto-Anerkennung als Staatliche Musikhochschule eine Anerkennung durch das Ministerium de jure folgt“, zumal die Bezeichnung „Akademie“ bei staatlichen Ämtern „auf Zweifel über den Rang der Akademie“ stoße.<sup>78</sup> Trotz der überaus erfolgreichen Entwicklung der Akademie – Maler hielt 1950 ihren inneren und äußeren Aufbau „im wesentlichen“ für abgeschlossen<sup>79</sup> – blieb ihr diese Anerkennung noch auf längere Zeit versagt. Die Entwicklung war in der Tat erstaunlich: Trotz strenger Auswahlkriterien und hoher Studiengebühren gab es noch vor der Eröffnung am 1. Oktober 1946 bereits über 100 Anmeldungen, von Ostwestfalen bis nach Holstein sowie aus dem niedersächsischen und dem hessischen Raum; das Niveau der Studierenden war „sowohl nach der menschlichen, geistigen als auch musikalischen Seite hin überraschend gut.“<sup>80</sup> 1947 waren 175 Studenten eingeschrieben – die angestrebte Höchstzahl lag bei

<sup>76</sup> Nordwestdeutsche Musik-Akademie Detmold: Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1947. Vorbermerkung, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>77</sup> Kuratoriumssitzung vom 5.2.1949, S. 5, in: StA Detmold D1 Nr. 7397.

<sup>78</sup> Kuratoriumssitzung vom 22.7.1950, S. 3, in: StA Detmold D1 Nr. 7397.

<sup>79</sup> Prof. MALER an Regierungspräsident Drake als Kurator vom 16.6.1950, in: StA Detmold D1 Nr. 7396.

<sup>80</sup> Prof. MALER an Ministerialdirektor Zinser, Kultusministerium NRW, vom 11.11.1946: Bericht über Ursprung, Planung, Gründung und Arbeit der Musik-Akademie in Detmold, S. 2, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

300.<sup>81</sup>; im Herbst 1949 zählte die Akademie – trotz der Währungsreform 1948 – über 300 Studenten und 30 Dozenten.<sup>82</sup>

Die Satzung vom 27. November 1947 sah neben den Fachklassen auch ein Seminar für die Aus- und Fortbildung von Volks- und Mittelschullehrern vor. Auf dem Lehrplan standen je eine Semesterwochenstunde für Musikerziehung, Musikwissenschaft, Literaturkunde, Gehörbildung, Musiklehre, Volksliedspiel und für Gesang. Dabei stellte man das Volkslied in den Mittelpunkt und knüpfte somit unmittelbar an die Tradition der Jugendmusikbewegung der 20er- und 30er-Jahre des 20. Jahrhunderts an. Man verwies auf die Bedeutung, „die das Volkslied im Schaffen fast aller Komponisten des In- und Auslandes einnimmt“, und legte Wert auf die Kenntnis der Volkslieder und das Erkennen ihrer Eigenart: „Das deutsche Volkslied wird in seinem geschichtlichen Werdegang aufgezeigt, wobei die Lieder nicht nur gehört, sondern auch gesungen werden.“<sup>83</sup> Um die Studierenden zu befähigen, Volkslieder aus dem Stegreif zu begleiten, richtete man einen Lehrgang für das Volksliedspiel ein, der, ausgehend von den Hauptdreiklängen, über einen mehrstimmigen Unterbau zur freien Improvisation über Volksliedthemen führen sollte. Die wahlfreien Fächer Blockflöte, Fiedel und Laute ermöglichten, das Spielen dieser „Volksinstrumente“ auf eine künstlerische Grundlage zu stellen und so die „Pflege alter Musik“ sowie das „Gemeinschaftsmusizieren“ zu vertiefen.<sup>84</sup> Die erzieherische und gemeinschaftsbildende Funktion der Musik unter dem Einfluss der Jugendmusikbewegung wird in der Begründung für das „Institut für Schul- und Volksmusik“ noch deutlicher betont: Es gehe darum, dem Musikunterricht in der Gesamterziehung der Jugend den gebührenden Platz zu sichern, weil ihm eine „unschätzbare Bedeutung für die seelische Erneuerung unseres Volkes“ zukomme. Vor allem dem Volksschullehrer auf dem Lande erwachse, über seine Tätigkeit in der Schule hinaus, die Aufgabe, „die schulentlassene Jugend, wie überhaupt breiteste Volksschichten, zu Musiziergemeinschaften zusammenzuschließen. Das deutsche Volk möge auf diese Weise wieder zu einem singenden werden.“<sup>85</sup> Hier tritt der beherrschende Einfluss der Musikpädagogik Fritz Jödes unmittelbar zutage, der im Jahre 1935 „eine singende Jugend“ feierte, „die auszog, ihr Volk zu suchen, und als sie es fand, [...] in ihm unter[ging] und [...] mit ihm zum singenden Volk“ wurde.<sup>86</sup> Das „Institut für Schul- und Volksmusik“ sollte zu einem „Sammelbecken für

<sup>81</sup> Nordwestdeutsche Musik-Akademie Detmold: Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1947. Vorbemerkung, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>82</sup> „Die Welt“ vom 1.9.1949, in: StA Detmold D1 Nr. 7393. – Vgl. den Bericht über den Stand der Nordwestdeutschen Musik-Akademie vom 29.6.1949.

<sup>83</sup> Nordwestdeutsche Musik-Akademie in Detmold. Merkblatt B der Musik-Akademie: Seminar-Plan (Sept. 1946?), in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>84</sup> Nordwestdeutsche Musik-Akademie in Detmold. Merkblatt B der Musik-Akademie: Seminar-Plan (Sept. 1946?), in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>85</sup> Haushaltsplan für das Jahr 1950, S. 3, in: StA Detmold D1 Nr. 7395.

<sup>86</sup> JÖDE, Fritz: Deutsche Jugendmusik. Eine Frage nach dem Wesen im Wandel der Zeit, Berlin 1934, S. 15.

alle Fragen der Schul- und Volksmusikpflege“ werden; dafür seien in Detmold gute Voraussetzungen gegeben.<sup>87</sup>

Das Ziel dieser Musikpädagogik war die Erneuerung aus dem Geist der Gemeinschaft durch die Kraft der Musik; Menschen- und Gemeinschaftsbildung durch Musik war ihr Grundanliegen. Daraus ergab sich die Aufgabe, den Musikunterricht, der vor allem in der Volks- und Mittelschule einen „bedrohlichen Tiefstand“ erreicht hatte, in die Hände besonders „fachlich vorgebildeter Lehrkräfte“ zu legen.<sup>88</sup> Das „Institut für Schul- und Volksmusik“ bestand aus vier Abteilungen:<sup>89</sup>

Abt. A: Vorbereitung auf die Prüfung für Musiklehrer an Volksschulen,

Abt. B: Vorbereitung auf die Prüfung für Musiklehrer an Mittelschulen,

Abt. C: Musikpädagogische Lehrgänge und Kurse,

Abt. D: Allgemeine Musikerziehung.

Das für dreißig Studierende geplante Institut wurde schon bald von ca. sechzig Studierenden besucht, sodass eine zusätzliche Planstelle für Klavier und weitere Lehraufträge eingerichtet werden mussten.<sup>90</sup>

Zu Recht befürchtete Maler eine katastrophale Entwicklung der deutschen Musikkultur, eine Abwanderung des Publikums aus den Konzertsälen, den Niedergang der Hausmusik und „ähnliche Verfallserscheinungen“. Eine „lebendige Beziehung“ der Jugend zur Musik sei unerlässlich, dürfe aber nicht allein durch den Musikunterricht in der Schule erfolgen, sondern könne nur mit einer Erweiterung durch eine außerschulische Musikerziehung in den immer zahlreicher werdenden Jugendmusikschulen erreicht werden. Er erwartete von der Detmolder Akademie als einer der „bedeutendsten Musikhochschulen“ besondere Anstrengungen bei der Ausbildung von Musiklehrern an Jugendmusikschulen, um ein „weiteres Absinken unseres Musikbildungswesens zu verhindern.“<sup>91</sup> Maler machte auf die Gründung von Jugendmusikschulen in einer ganzen Reihe von Städten aufmerksam sowie auf die neue „Arbeitsgemeinschaft für Jugendmusikschulen“ unter Vorsitz von Prof. Hans Mersmann und unter Teilnahme des Sozialministeriums; als Reaktion auf die Forderung von Schulen hätten die Staatlichen Musikhochschulen in Hamburg und Köln bereits „Seminare für Jugend- und Volksmusik“ eingerichtet. Im Rahmen einer entsprechenden Initiative beantragte die Akademie im Jahre 1952 drei Lehrkräfte für „Singerarbeit, für rhythmische Erziehung und für Instrumentalspiel.“<sup>92</sup> Ganz im Sinne der Jugendmusikbewegung erwartete man von den Musikschulen, dass sie „größtmöglichen Einfluß auf die musische Entwicklung insbesondere der Jugend nehmen und damit zu echten

<sup>87</sup> Vorbemerkungen zum Haushaltsplan für das Jahr 1950, S. 3, in: StA Detmold D1 Nr. 7395.

<sup>88</sup> Vorbemerkungen zum Haushaltsplan für das Jahr 1950, S. 3.

<sup>89</sup> Kuratoriumssitzung vom 5.2.1949, S. 3, in: StA Detmold D1 Nr. 7397.

<sup>90</sup> Prof. MALER an den Regierungspräsidenten als Kurator vom 16.6.1950, in: StA Detmold D1 Nr. 7396.

<sup>91</sup> Vorbemerkungen zum Haushaltsplan für das Jahr 1952, S. 2, S. 17, S. 2, in: StA Detmold D1 Nr. 7395.

<sup>92</sup> Haushaltsplan für das Jahr 1952. Erläuterungen zu Anlage B, in: StA Detmold D1 Nr. 7395.



Bildungsstätten des Volkes werden.“ Als Vorbilder galten die „Volkssingschule“ (Albert Greiner, seit 1905) und die „Musikschule für Jugend und Volk“ (Fritz Jöde, seit 1924). Den Musikschulen wurden drei Aufgaben gestellt: 1) Pflege und Ausbildung der menschlichen Stimme als „wertvollstes Instrument“ und als „natürlicher Ausgangspunkt jeder musikalischen Erziehung“; 2) Unterweisung im Instrumentalspiel vor allem der für gemeinsames Musizieren geeigneten Instrumente; 3) „lebendige Musiklehre, die – vom Lied ausgehend – in engster Beziehung zum praktischen Musizieren steht.“<sup>93</sup> Mit der unkritischen Weiterführung der Musikpädagogik der Jugendbewegung vor 1933 – als hätte es deren Missbrauch durch den Nationalsozialismus nicht gegeben – fügte sich die Detmolder Akademie in eine allgemeine Entwicklung der Nachkriegszeit ein.<sup>94</sup> Erst als Theodor W. Adorno (1903–1963) auf der Jahrestagung des Instituts für Neue Musik und Musikerziehung in Darmstadt 1954 die Ideologie der Volks- und Jugendmusikbewegung heftig angriff, weil sie den Zugang zum Kunstwerk und seinem Erleben verhindere, begann ein Umdenken.<sup>95</sup>

Während man im Bereich der Musikpädagogik auf vermeintlich Altbewährtes zurückgriff, war man davon überzeugt, mit der Verbindung von Internat und Ausbildung einen neuen Weg zu gehen. Der Flötist Müller-Dombois, selbst lange Jahre in Detmold tätig, bezeichnet die Internatsidee als „eine von den substantiell Malerschen Gedankengängen, die eine völlig neue Haltung der Detmolder Musikstudierenden in Ausbildung und Lebensweise zum Ziele hat, eine Haltung, die geprägt ist von intensivem gegenseitigem Austausch und wechselseitiger Anregung, wodurch die an sich schon vorausgesetzten menschlichen und künstlerischen Qualitäten einer fortlaufenden Vertiefung fähig gemacht werden sollen.“<sup>96</sup>

Sinnvoll und auch praktikabel war die Internatsidee nicht zuletzt deshalb, weil man anfänglich mit höchstens einhundert Studierenden rechnete. Elitärer Anspruch, Begrenzung der Studierendenzahl und Internatsleben bildeten einen unmittelbaren Zusammenhang.

Grundsätzlich war jedoch die Verbindung von Internat und Ausbildung von Funktionsebenen nicht neu, auch nicht im musikalischen Bereich. Sie geht zurück auf Leo Kestenberg, der von 1919 bis 1933 als Musikreferent im Preußischen Kultusministerium eine Reform der Musikerziehung entworfen und in seiner programmatischen Schrift „Musikerziehung und Musikpflege“ (1929) erklärt hatte: „Die Idee, die dem Musikgymnasium [als Internat] zugrunde liegt, ist die allgemeine wissenschaftliche und theoretisch-praktische

<sup>93</sup> Richtlinien für die Einrichtung von Musikschulen (Volks- und Jugendmusikschulen). Entwurf, o. J. (1952?), in: StA Detmold D1 Nr. 7395.

<sup>94</sup> So u. a. auch GRUHN, Wilfried: Geschichte der Musikerziehung. Eine Kultur- und Sozialgeschichte vom Gesangsunterricht der Aufklärungspädagogik zu ästhetisch-kultureller Bildung, 2., überarb. und erw. Aufl., Hofheim 2003, S. 285.

<sup>95</sup> GRUHN, Geschichte der Musikerziehung, S. 294ff.

<sup>96</sup> MÜLLER-DOMBOIS, Die Gründung der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, S. 12.

Ausbildung mit besonderer Anleitung und Hinleitung zum musikalischen Beruf.<sup>97</sup> Sehr wahrscheinlich hat Kestenbergs den späteren Leiter des Musischen Gymnasiums in Frankfurt a. M. Kurt Thomas in seine Überlegungen miteinbezogen. Nach 1933 setzten sich Eugen Bieder, seit 1934 Direktor der Hochschule für Musikerziehung (Berlin-Charlottenburg) und Sachbearbeiter für Musikerziehung im Reichserziehungsministerium, und vor allem Martin Miederer, seit 1937 als Oberregierungsrat und Leiter der Musikabteilung im Reichserziehungsministerium, für die Einrichtung von Musikgymnasien mit Internat ein. Nach der Zustimmung des „Führers“ ordnete Reichserziehungsminister Bernhard Rust am 27. März 1939 die sofortige Errichtung des Musischen Gymnasiums Frankfurt am Main an; Kurt Thomas wurde zum Leiter der Anstalt ernannt, und am 20. Juli 1939 eröffnete Minister Rust das Musische Gymnasium, das er eine „deutsche Neuschöpfung“ und eine „nationalsozialistische Einrichtung“ nannte.<sup>98</sup>

Selbstverständlich kannte Maler die Frankfurter Schule und ihren Leiter Kurt Thomas. Die von ihm realisierte Verbindung von Akademie und Internat war im Grunde die Übertragung der Konzeption des Musischen Gymnasiums auf die Hochschulebene der Detmolder Akademie. Nach Malers Überzeugung hat die Detmolder Einrichtung „dadurch einen völlig neuen Schulcharakter“ erhalten, der sich gegenüber dem „alten Schultyp“ mit seiner Trennung von Unterricht und persönlich-privatem Leben „als eine sehr glückliche Lösung erwiesen hat. Die Geselligkeit des Internats, an der sich die Lehrkräfte sowie andere Persönlichkeiten aus dem künstlerischen und geistigen Leben beteiligen, ist nicht nur ein wesentlicher erzieherischer Faktor, sondern steigert auch die fachlichen Leistungen und Interessen.“<sup>99</sup> Maler sah in der Internatslösung die Grundlage für die Erfolge der Detmolder Studierenden. Zweifellos war die Verbindung von Internat und Ausbildung angesichts der Detmolder Besonderheiten – schlechte Wohnverhältnisse und Verkehrsverbindungen – sinnvoll. Ab 1948/49 ging der Bedarf an Internatsplätzen jedoch zurück. Die sinkende Nachfrage hatte verschiedene Gründe: Die Räume waren zu hellhörig, was beim Üben störte, die Einrichtung der Zimmer war unzulänglich, und die Währungsreform hatte zu einem größeren Angebot an Privatzimmern geführt. Schließlich konnte sich das Internat nicht mehr selbst tragen, und seine Wirtschaftlichkeit wurde in Frage gestellt.<sup>100</sup>

Vermutlich regte die Berufung von Kurt Thomas zum Wintersemester 1947/48 dazu an, den Grundgedanken des Musischen Gymnasiums, die frühe Förderung musikalisch hochbegabter Kinder bzw. Jugendlicher, wieder aufzugreifen; eine wichtige Rolle spielten

<sup>97</sup> Zitiert in HELDMANN, Musisches Gymnasium Frankfurt am Main 1939–1945, S. 37. – Heldmanns Arbeit gibt außerordentlich interessante Aufschlüsse über ein lange übersehenes Experiment nationalsozialistischer Schul- und Kulturpolitik und ist mit zahlreichen Dokumenten ausgestattet.

<sup>98</sup> HELDMANN, Musisches Gymnasium Frankfurt am Main 1939–1945, S. 121.

<sup>99</sup> Nordwestdeutsche Musik-Akademie Detmold: Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1947. Vorbemerkung, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>100</sup> Prüfungsbericht über die Wirtschaftlichkeit des Internats vom 27.2.1950, in: StA Detmold D1 Nr. 7622.

aber auch die großen Erfolge junger russischer Künstler bei den internationalen Wettbewerben. Münch-Holland wies in einem Memorandum vom August 1950 darauf hin, dass in der Sowjetunion der Staat den besonders begabten jungen Menschen ein zehnjähriges Studium finanziere, dass in den folgenden fünf Jahren die Musikhochschulen eine Reihe von Konzerten organisierten, um „Podiumspraxis“ zu vermitteln; ähnliche Ansätze würden in der Ostzone verfolgt. Münch-Holland empfahl eine entsprechende Ausbildungsstätte in Detmold. Er sprach sich für eine erste Phase methodisch-systematischer Ausbildung als „Arbeit am Können“ aus, gefolgt von einem ebenfalls fünfjährigen Literaturstudium und einer abschließenden fünfjährigen Konzertpraxis, wobei er betonte: „[...] dann wären wir weiß Gott konkurrenzfähig! Denn, wenn irgendwo, so sitzen hier in Detmold Pädagogen von überragendem Rang.“<sup>101</sup> Im Kultusministerium zeigte sich Regierungsdirektor Dr. Sünkel begeistert von dem Plan, Kinder so zu fördern, dass sie später vielleicht „nach künstlerischer Vollendung vor aller Welt als Träger und Zeugen deutscher Kultur auftreten können.“ Auch er hielt die technische Beherrschung eines Instruments für unerlässlich, warnte aber vor einem „Verzicht auf gediegene geistige Ausbildung“ gerade bei denen, die „höchste Kulturgüter vollendet vermitteln sollen“. Dr. Sünkel erstellte folgendes Konzept:<sup>102</sup>

- Qualifizierte Fachleute wählen etwa zwanzig hochbegabte Kinder aus, deren Ausbildungskosten das Land für zehn Jahre übernimmt.
- Die Kinder wohnen in einem Internat unter Leitung eines Lehrer-Ehepaars, „am besten in Detmold“.
- Die musikalische Ausbildung liegt in den Händen der Musikakademie, die schulische übernimmt ein örtliches Gymnasium nach besonderen Regelungen für den Schulbesuch.
- Den Schulabschluss bildet eine Prüfung, die „den besonderen Bildungsgang berücksichtigt, aber einer Reifeprüfung gleich gewertet wird.“ Kindern, die abbrechen, „wird der Übergang zu einem normalen Schulbesuch ermöglicht.“

In einem weiteren Memorandum von 1950 an Regierungspräsident Drake warben die Professoren Conrad Hansen, Tibor Varga, Hans Münch-Holland und Kurt Redel für die Förderung musikalischer Frühbegabungen und verwiesen auf die „ungeheuer wirksame und mit hohen Geldmitteln betriebene Kulturpolitik Frankreichs seit altersher.“ Wie schon im ersten Memorandum wies man mahnend auf die UdSSR hin: „Planvoll, weit-sichtig, mit unverrückbarem Ziel und äußerster Konsequenz wird dort auch darin vorangegangen, und das Ergebnis ist heute schon: Erste Preise, wo russische Künstler in Konkurrenz auftreten.“ Man forderte deshalb eine „Übernahme der musikalischen und schulischen Ausbildung überragend begabter Kinder durch den Staat“. Interessant ist der Hinweis, dass durch die Kriegsverluste ein Vakuum von etwa zehn Jahren entstünde, dass

<sup>101</sup> H. MÜNCH-HOLLAND, Memorandum vom 6.8.1950, S. 1f., in: StA Detmold D1 Nr. 7625.

<sup>102</sup> Regierungsdirektor Dr. SÜNKELE an die Nordwestdeutsche Musik-Akademie vom 30.12.1950, in: StA Detmold D1 Nr. 7625.

zwar die Künstler ab dem Alter von vierzig Jahren noch „die große Interpretationstradition“ fortführen könnten, dass aber für die Zeit danach ein „Ersatz“ kaum vorhanden sei.<sup>103</sup> Regierungspräsident Drake unterstützte die Vorschläge und betonte gegenüber Kultusministerin Christine Teusch, dass das Ansehen Deutschlands auf den Gebieten der Wissenschaft und Kunst seit 1933 „schwer gelitten“ habe und dass deshalb „ungewöhnliche Maßnahmen“ notwendig seien; dem Plan der Detmolder Akademie komme daher „hohe Bedeutung“ zu.<sup>104</sup> Wenige Monate später, im April 1951, drängte die Musikakademie in einem dritten Memorandum an das Kulturministerium darauf, sich um den musikalischen Nachwuchs zu kümmern, und verwies warnend auf „die Mißerfolge, die die deutschen Kandidaten bis auf wenige Ausnahmen bei den großen internationalen Wettbewerben der letzten Jahre verzeichnen mußten“. Wiederum folgte der Hinweis auf die wiederholten Erfolge der Russen sowie beim Chopin-Wettbewerb in Warschau 1949 der slawischen Teilnehmer. Die osteuropäischen Staaten, aber auch die Türkei, würden durch Förderung von Sonderbegabten und durch ein „organisiertes Schleusungssystem eine dauernde Auswahl der Begabten“ sichern; und das Conservatoire National in Paris nehme „in strengem Auswahlverfahren“ Kinder ab 10 Jahren auf.<sup>105</sup> Bei einem Besuch des Bundespräsidenten Theodor Heuss und des Ministerpräsidenten Karl Arnold trugen Maler und Münch-Holland ihr Anliegen vor; beide zeigten sich sehr interessiert, und Heuss gab ihnen den – ernst gemeinten? – Rat, „die amerikanische Besatzungsmacht dafür zu interessieren, die für derlei Dinge immer ein besonders großes Verständnis hätte.“<sup>106</sup> Eine offizielle Antwort auf die Memoranden blieb aus, sodass Maler im März 1955 den Kultusminister noch einmal auf das Interesse der Detmolder Akademie an „Fragen des jugendlichen musikalischen Nachwuchses“ und einer „Förderung des Begabtennachwuchses durch den Staat“ aufmerksam machte und mit resigniertem Unterton die Frage stellte, ob man „in Nordrhein-Westfalen überhaupt noch daran interessiert sei.“<sup>107</sup> Die Initiative der Detmolder Professoren, die leider keinen Erfolg hatte, zeigt, dass man schon früh die Notwendigkeit erkannt hat, durch eine systematische Förderung musikalischer Frühbegabungen die Voraussetzungen zu verbessern, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Die Einrichtung eines musisch betonten Oberstufenzweiges am Christian-Dietrich-Grabbe-Gymnasium Detmold mit vier Wochenstunden Musik im März 1958 hat nichts

<sup>103</sup> Memorandum vom 23.11.1950. Betr.: Förderung musikalischer Kinderbegabungen, unterschrieben von C. Hansen, T. Varga, H. Münch-Holland und K. Redel, in: StA Detmold D1 Nr. 7625.

<sup>104</sup> Regierungspräsident DRAKE an Frau Kultusminister Teusch vom 29.1.1951, in: StA Detmold D1 Nr. 7625.

<sup>105</sup> Denkschrift über die Förderung musikalischer Kinderbegabungen vom April 1951, in: StA Detmold D1 Nr. 7625. – Der Autor bzw. die Autoren der Denkschrift sind nicht genannt; der Stil deutet auf Prof. Maler hin.

<sup>106</sup> Aktenvermerk MALER vom 2.7.1951, in: StA Detmold D1 Nr. 7625.

<sup>107</sup> Prof. MALER an den Kultusminister vom 8.3.1955. Betr.: Muisches Kolleg, in: StA Detmold D1 Nr. 7625.

mit dem Plan Malers zu tun, ein „Musisches Kolleg“ einzurichten. Ab Obersekunda (Klasse 11) konnten Schüler, „die bei durchweg guten und befriedigenden Leistungen hervorragende Fähigkeiten in einem der Kunstfächer aufweisen“, den musisch betonten Oberstufenzweig besuchen. Ausdrücklich lehnte die Schulleitung jedoch den Vorschlag ab, eine Art „Akademieerschule“ zu bilden, in der musisch begabte, aber ansonsten schwache Schüler das Abitur ablegen könnten.<sup>108</sup>

Innovativ war der Beschluss, in die Akademie ein „Institut für Musikalische Akustik“ zwecks Ausbildung von Tonmeistern zu integrieren. Die von Maler angeregte Verpflichtung von Dr. Erich Thienhaus als Dozent für Akustik und Instrumentenkunde sollte sich als Glücksfall erweisen. Als ehemaliger Mitarbeiter der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin-Charlottenburg war er für den Aufbau eines solchen Instituts und für die Konzeption eines Studienganges für Tonmeister hervorragend geeignet; zudem verfügte er über wertvolle Apparate, die er teils vor der Zerstörung gerettet, teils privat erworben hatte. Das Institut sollte „alle auf dem Grenzgebiet zwischen Musik und Technik auftretenden Fragen“ bearbeiten; damit sei es „besonders im Hinblick auf die zukünftige Musikentwicklung ein bedeutender Bestandteil der Akademie.“ Als Arbeitsgebiete wurden genannt: Tontechnik und Stimmtone; Stimme und Gehör; Wirkungsweise und Klang der Musikinstrumente, Schallübertragungstechnik (Mikrophone, Tonfilm, Lautsprecher, Tonband, Wiedergabegüte), elektrische Musikinstrumente und Raumakustik (Nachhall, Echo, Raumresonanz in Kirchen, Theatern, Konzertstudios und Konzertsälen); dazu stereophone Schallübertragung und akustische Raumwirkung, Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an Musikinstrumenten, Orgel-, Cembalo- und Klavierbau sowie Glockenbau – mit all diesen Arbeitsgebieten hatte sich Erich Thienhaus bei seinen Untersuchungen intensiv befasst; auch ein Musikstudium in den Fächern Orgel (bei seinem Schwager Hugo Distler), Instrumentation und Partiturspiel hatte er absolviert. Die Ausbildungszeit für Tonmeister betrug zunächst vier, ab 1951 dann sechs Semester; verpflichtend waren vier Vorlesungen und sieben Übungen zur Schallübertragungstechnik, Gehörbildung, Allgemeiner Musiklehre, Tonsatz, Partitürkunde, Instrumentation, Chor und Klavier.<sup>109</sup> Der Schwerpunkt lag eindeutig auf dem musikalischen Gebiet; die technische Komponente war recht schmal.

Das Institut – es war das erste seiner Art in Westdeutschland – konnte zwar aufgrund der technischen Ausstattung einige Erfolge verzeichnen – so wollte der Kölner Rundfunk ab 1948 „künftig die wichtigsten Aufnahmen für Kammermusiksendungen des Rundfunks“ in diesem Institut machen und unter der Bezeichnung „Detmolder Klangaufnah-

<sup>108</sup> REICKE, Eckart: Vom Lippischen Lehrerseminar zum Christian-Dietrich-Grabbe-Gymnasium Detmold, Detmold 1981, S. 22.

<sup>109</sup> Nordwestdeutsche Musik-Akademie Detmold, Merkblatt D: Übersicht über das Institut für Musikalische Akustik (o. D.; Sept. 1946?), in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

men“ verbreiten<sup>110</sup>; dennoch entsprach seine Entwicklung nicht den Erwartungen, weil es nicht möglich war, die jungen Tonmeister „beruflich unterzubringen“. Das Kuratorium der Akademie hielt es im Jahre 1950 nicht mehr für verantwortbar, das Institut „in der bisherigen Form bestehen zu lassen, wenn nicht die technische Seite der Ausbildung für Schallplatten- und Filmindustrie erweitert werde.“<sup>111</sup> Eben diese Thematik wurde auf der 2. Tonmeistertagung in Detmold (3.–5. Oktober 1951) aufgegriffen, die einem Erfahrungsaustausch zwischen Theoretikern und Praktikern der „Elektro-Akustik“, zwischen Musikern und Musikwissenschaftlern sowie erstmals Tonfilmexperten diente. Man empfahl Gespräche mit den Rundfunkanstalten und mit der Vereinigung Deutscher Film-Tonmeister und forderte eine Erweiterung der Ausbildung zum Tonmeister.<sup>112</sup> Maler informierte das Kuratorium über den Erfolg der Tagung, die gezeigt habe, „daß die Entwicklung der Elektroakustik in der Schallwiedergabe ebenso wie in der Klangerzeugung längst über das Stadium des Laboratoriumsexperiments hinausgewachsen ist und nunmehr notwendigerweise Anschluß an die materielle Auswertung, an die künstlerisch-musikalische Verwertbarkeit sucht.“ Er hob die Pionierrolle der Detmolder Akademie hervor und betonte, dass Fragen der elektro-akustischen Klangerzeugung und -verbreitung nur von einer Musikhochschule bearbeitet werden könnten, die, wie die Musikhochschule Detmold, den Bereich „Musik und Technik“ in ihren Lehrplan aufgenommen habe.<sup>113</sup> Die Leitung der Akademie zog aus den bisherigen Defiziten der technischen Komponente des Tonmeisterstudiengangs die Folgerung, dass man nunmehr bei den Studienbewerbern „eine ausgesprochene Doppelbegabung“ voraussetze, d. h. dass man Vorkenntnisse in der höheren Mathematik, in der Schwachstromtechnik, praktisch-handwerkliche Befähigung sowie „Klavierspiel in fortschrittlichem Grad“ erwarte.<sup>114</sup> Damit waren die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit des Instituts gegeben. Es diente dann als Vorbild für eine entsprechende Einrichtung an der Technischen Universität in Westberlin, an der 1952/53 das Lehrgebiet „Musikwissenschaft und ihre naturwissenschaftlichen Grundlagen“ unter Leitung von Privatdozent Dipl.-Ing. Fritz Winkel gegründet wurde, einem Studienkollegen von Erich Thienhaus. Der in Zusammenarbeit zwischen der TU Berlin und der Hochschule für Musik entwickelte Studiengang für Tonmeister legte das Hauptgewicht der Ausbildung von Anfang an auf die technische Komponente; für die TU zeichnete Fritz Winkel verantwortlich, für die Musikhochschule Dietrich Stoverock, der 1948/49 die Detmolder Akademie verlassen hatte.

<sup>110</sup> Prof. MALER an den Regierungspräsidenten als Kurator vom 31.1.1948, in: StA Detmold D1 Nr. 7393.

<sup>111</sup> Kuratoriumssitzung vom 22.7.1950, S. 4, in: StA Detmold D1 Nr. 7397.

<sup>112</sup> Kuratoriumssitzung vom 10.10.1952, S. 1, in: StA Detmold D1 Nr. 7397.

<sup>113</sup> Ausarbeitung Prof. MALERS über das Akustische Institut für die Kuratoriumssitzung vom 10.10.1952, in: StA Detmold D1 Nr. 7397.

<sup>114</sup> Merkblatt zur Tonmeister-Ausbildung (o. D.; 1952), in: StA Detmold D1 Nr. 7397. – Das Merkblatt weist auf die Vereinbarung mit der Ingenieurschule in Lage hin, dass Studierende dort Kenntnisse in Mathematik und Tonfrequenztechnik als Gasthörer erwerben können.

### 3. Der Weg zur Anerkennung als Musikhochschule

In einer Stellungnahme zu dem Vorhaben, in Detmold eine Ausbildungsstätte für musikalischen Nachwuchs zu gründen, konnte man im November 1945 lesen: „Der Plan [...] hat ungemein viel für sich: die günstigen Wohn- und Ernährungsverhältnisse einer vom Krieg so gut wie verschonten kleinen Stadt im Gegensatz zu den Trümmerfeldern der Großstadt, wo ein Großteil der Kräfte nur um die plattesten Notwendigkeiten des Alltags aufgebraucht werden muß, die stärkere Verbundenheit der Studierenden untereinander sowie zwischen Lehrern und Schülern – ein gleichgesinntes, aufgeschlossenes Lehrerkollegium vorausgesetzt –, wie es der enger begrenzte Umkreis der kleinen Stadt von selbst mit sich bringt, dazu die besonders schöne Landschaft, in die Detmold eingebettet ist, – dies alles dürfte schon dem Rahmen des geplanten Instituts allein starke Anziehungskraft verleihen. Wenn dazu noch die Werbekraft erstrangiger Künstler hinzukommt, wird der Erfolg nicht ausbleiben.“<sup>115</sup> Die Wirklichkeit sah jedoch anders aus. Detmold war zwar nicht zerstört, aber überbelegt mit Dienststellen der Landesregierung Lippe und der Militärbehörden, mit Clubs und Messen für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften; über 6 000 Flüchtlinge, darunter eine große Zahl an Esten, Letten und Litauern, mussten untergebracht und versorgt werden. So wurde es für die Akademie außerordentlich schwierig, geeignete Räumlichkeiten zu finden, bis schließlich im September 1946 einige Räume im Neuen Palais und im Oktober die Tiergarten-Kaserne als Internat genutzt werden konnten.<sup>116</sup> Auch die Suche nach Wohnungen für die Dozenten und ihre Familien gestaltete sich langwierig. Maler befürwortete eine „Umgruppierung“ der Evakuierten und Eingewiesenen aus der Stadt aufs Land; die Wohnungsprobleme der Akademie und ihrer Dozenten dürften nicht zu Lasten der einheimischen Bevölkerung gelöst werden, dies würde das Institut „psychologisch stark belasten.“ Auch für die Flüchtlinge aus den baltischen Ländern, „die so viel Raum beanspruchen“, müsse eine andere Lösung gefunden werden.<sup>117</sup> Die ersten Dozenten und ihre Familien kamen in der Fremdenpension „Sauerländer“ unter, deren Mitinhaberin Münch-Hollands Frau war; hier fanden die ersten Unterrichtsstunden und die ersten Konzerte statt. Die Fremdenpension gilt als „Ur- und Keimzelle der NWD-Musikakademie“.<sup>118</sup> Verschiedene Studenten beklagten sich im Wintersemester 1947/48 darüber, dass sich die Musikakademie trotz schriftlicher Zusicherung nur ungenügend um Unterkünfte bemühe. Zwei Studenten aus Leipzig erklärten, nur für drei Nächte eine Schlafstelle gefunden zu haben; zwischendurch mussten sie auf dem Bahnhof übernachten und ihre Instrumente – darunter ein Cello – bei der Gepäckaufbewahrung abgeben. Der Stadtdirektor stellte die Frage, ob die Akademie weiter ausgebaut werden könne, „ohne

<sup>115</sup> Zitiert in: MÜLLER-DOMBOIS, Die Gründung der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, S. 5f.

<sup>116</sup> Zu den Raumproblemen der Akademie siehe MÜLLER-DOMBOIS, Die Gründung der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, S. 37–55.

<sup>117</sup> Prof. MALER, Denkschrift betr. Nordwestdeutsche Musikakademie vom 11.7.1946, S. 2, in: StA Detmold D1 Nr. 7396.

<sup>118</sup> MÜLLER-DOMBOIS, Die Gründung der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, S. 13.

daß auch nur im entferntesten ein entsprechender Wohnraum vorhanden ist oder in absehbarer Zeit geschaffen werden kann.“ Er empfahl der Akademie, den Numerus clausus einzuführen.<sup>119</sup> Wenn auch im Februar 1948 die ersten Neubauten einer geplanten Wohnsiedlung für Mitglieder der Akademie und für Studenten, die beim Aufbau mithalfen, fertiggestellt wurden, so blieb die Wohnungsnot doch groß, zumal die umliegenden Gemeinden keine möblierten Zimmer bereitstellen konnten. Eine Verbesserung kündigte sich im Herbst 1949 an, als vier Doppelhäuser und drei Reihenhäuser für ca. 20 Dozenten mit ihren Familien und ein Studentenwohnheim für ca. 100 Studierende errichtet wurden.<sup>120</sup>

Nicht besser stand es – trotz der ländlichen Umgebung – um die Ernährung von Studenten und Dozenten. Im Juli 1947 äußerte sich Maler in einem persönlichen Schreiben an den Regierungspräsidenten Drake sehr besorgt über den Gesundheitszustand seiner Kolleginnen und Kollegen: Sie hätten keinen Zugang zum „Schwarzen Markt“, denn „Kompensationsgeschäfte mit Musik – das gibt es noch nicht, Beziehungen nahrhafterer Natur haben sich nicht anbahnen lassen.“ Er bat um eine höhere Lebensmittelzuteilung, wie sie in der Sowjetzone gewährt werde. Die Kolleginnen und Kollegen litten an bis zu 25 % Untergewicht, drei Kollegen hatten „schwere gesundheitliche Zusammenbrüche erlebt.“<sup>121</sup> Die Studierenden waren auf eine „karge Gaststättenverpflegung“ angewiesen, bis ihnen die Genehmigung zur Einrichtung einer „Werksküchenverpflegung“ erteilt wurde, die sie als erfreulichen Beginn einer „Höherwertung geistiger Leistung auch in kaloriöser Hinsicht“ erfreut zur Kenntnis nahmen.<sup>122</sup>

Trotz der widrigen Lebensverhältnisse, trotz der hohen Studiengebühren wie auch der hohen Anforderungen verlor die Akademie selbst nach der Währungsreform im Juni 1948 nicht ihre Anziehungskraft. Allerdings führte die Kürzung staatlicher Gelder dazu, „daß eine ordnungsgemäße Durchführung des Studienbetriebes nicht mehr gewährleistet werden kann.“ Maler machte geltend, dass sich die Akademie noch im Aufbau befinde und daher „nicht den Einschränkungen unterworfen werden kann, die bei seit Jahrzehnten bestehenden Instituten ohne Gefährdung ihrer Existenzgrundlagen möglich sind.“ Er beantragte eine Erhöhung der Haushaltsansätze um 40 000 DM, die dann auch bewilligt wurden.<sup>123</sup> Die „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Nordwestdeutschen Musikakademie“ richtete in einem Rundschreiben an ihre Mitglieder die dringende Aufforderung, gerade „unter den schwersten Umständen“ die Ausstattung der Akademie und des angeschlossenen Internats zu sichern und die Studierenden zu unterstützen, „deren soziale

<sup>119</sup> Stadtdirektor SCHMIDT an Prof. Maler vom 11.11.1947, in: StA Detmold D1 Nr. 7393.

<sup>120</sup> „Die Welt“ vom 1.9.1949, in: StA Detmold D1 Nr. 7393.

<sup>121</sup> Prof. MALER an Regierungspräsident Drake, persönlich, vom 15.7.1947, in: StA Detmold D1 Nr. 7581.

<sup>122</sup> Studentenschaft der Nordwestdeutschen Musik-Akademie an Regierungspräsident DRAKE (o. D.; 1948?), in: StA Detmold D1 Nr. 7396.

<sup>123</sup> Prof. MALER über den Regierungspräsidenten an den Kultusminister vom 10.11.1948, in: StA Dt D1 Nr. 7393.



Lage durch den Krieg und seine Folgen in vielen Fällen sehr schwierig ist.“ Die Gesellschaft rief dazu auf, einen Hilfsfonds für soziale Beihilfen und notwendige Sachmittel zu gründen.<sup>124</sup>

Die Anziehungskraft der Akademie beruhte in erster Linie auf der fachlichen und der didaktischen Qualität der Dozenten, die sich freiwillig über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus engagierten und statt der vorgeschriebenen 22 bis zu 27 Wochenstunden ohne gesonderte Vergütung unterrichteten.<sup>125</sup> Man erwartete von den Lehrkräften „peinliche Arbeit in den Arbeitswochen, schon wegen des hohen Schulgeldes“. Attraktiv waren neue Unterrichtsformen; neben dem Einzelunterricht wurden Kurse zur Besprechung instrumental- und vortragstechnischer Fragen abgehalten, so z. B. über „Die Klaviersonate bei Scarlatti und Haydn“. Bis auf den Unterricht in Blockflöte und Querflöte stand jedem Leiter einer Instrumentalklasse ein Assistent zur Seite, der in Absprache auch die Meisterklasse unterrichten konnte und umgekehrt der Leiter die Vorklasse.<sup>127</sup>

Die Auflagen für die Studierenden waren streng. Das erste Semester galt als Probezeit, der Stundenplan war „genauestens einzuhalten“; regelmäßiger und pünktlicher Besuch der Haupt- und Nebenfächer, vor allem Chor und Collegium musicum, sowie die Führung eines Testatheftes waren verbindlich. Vollstudierende durften ohne Erlaubnis des Akademieleiters und der Fachlehrer „weder öffentlich auftreten, Unterricht erteilen, anderwärts Unterricht nehmen noch eigene Werke in Druck geben.“ Von den Bewohnern des Internats erwartete man „äußerste Disziplin“, Verstöße gegen das Ansehen der Akademie, wie „unsittlicher Lebenswandel, fortgesetztes Versäumen des Unterrichts, Verletzung der den Lehrern schuldigen Achtung“ wurden vom einfachen Verweis bis zum Ausschluss geahndet.<sup>128</sup> Trotz der strengen Reglementierungen lag die Zahl der Studierenden auch im Sommersemester 1950 bei rd. 300; 10 % kamen aus dem Land Lippe. Studierende aus Südamerika, Schweden, Ungarn und der Türkei, aus Polen und den baltischen Ländern verliehen der Akademie ein „leicht internationales Gepräge“. Auffallend viele Studierende kamen aus Berlin und aus den ostdeutschen Städten Dresden, Leipzig, und Weimar; die meisten Studierenden kamen aus westdeutschen Städten, aus Frankfurt, Köln, Hamburg, München, Stuttgart und Freiburg, aus Städten also, in denen bereits Musikhochschulen bestanden.<sup>129</sup> Zwei Studierende der Akademie, Klaus Storck (Cello) und Daniela Ballek

<sup>124</sup> Rundschreiben der Akademie „An die Freunde der Nordwestdeutschen Musik-Akademie“ vom 17.11.1948, in: StA Detmold D1 Nr. 7614.

<sup>125</sup> Bericht über den Stand der Nordwestdeutschen Musik-Akademie vom 29.6.1949, in: StA Detmold D1 Nr. 7393.

<sup>126</sup> Merkblatt für die Lehrkräfte (Sept. 1946?), in: StA Detmold D1 Nr. 7393.

<sup>127</sup> Prof. MALER an Ministerialdirektor Zinser, Kultusministerium NRW, vom 11.11.1946: Bericht über Ursprung, Planung, Gründung und Arbeit der Nordwestdeutschen Musik-Akademie in Detmold, S. 1, in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>128</sup> Nordwestdeutsche Musik-Akademie in Detmold. Merkblatt F: Allgemeine Anweisungen für Studierende (Sept. 1946?), in: StA Detmold D1 Nr. 7392.

<sup>129</sup> Freie Presse – Volksecho vom 22.5.1950: „Die Nordwestdeutsche Musikakademie“, S. 2., in: StA Detmold D1 Nr. 7618.

(Klavier), wurden auf dem Internationalen Musikwettbewerb in Genf 1952 als einzige deutsche Bewerber mit einer Medaille ausgezeichnet.<sup>130</sup>

Die Studierenden beschäftigten sich nicht nur mit ihrer Ausbildung, sondern waren auch politisch interessiert. Sie unterstützten die Protestbewegung gegen die von der Bundesregierung beschlossene Wiederbewaffnung. In einer Resolution, wohl nach der Stalinnote vom 10. März 1952 beschlossen, wandte sich die Studentenschaft gegen den „geplanten Wehrbeitrag des Bundesrepublik, weil dieser 1. keine Sicherheit gegen einen möglichen Angriff bietet, 2. die internationalen Spannungen verschärft, 3. den verderblichen Rechtsradikalismus in Deutschland verschärft.“ Die Entschliebung lehnte eine Beteiligung an den Vorbereitungen zur „kollektiven Massenvernichtung“ ab, bekannte sich jedoch zum „persönlichen Widerstand gegen jede Form totalitärer Gewaltpolitik.“ Bemerkenswert ist die Begründung der persönlichen Form des Widerstandes:

„Wir sind fest davon überzeugt, daß im Zeitalter des Atomkrieges persönliche Opferbereitschaft die einzig menschenwürdige Haltung gegenüber allen Gewaltmethoden ist [...] Im persönlichen Widerstand jedoch wird jedes Opfer sinnvoll, da es der Zufälligkeit [der Wehrpflicht] enthoben ist [...] Auch diese Form des Widerstandes kann organisiert werden, und wenn die Mehrheit einer Lebensgemeinschaft, gleichgültig welcher Ausdehnung, zu diesem Widerstand bereit ist, so kann keine Diktatur bestehen bleiben. Ist jedoch die Mehrheit zu einem Widerstand gegen Unmenschlichkeit nicht bereit, so wären erst recht die ungeheuren Verluste eines neuen Weltkrieges sinnlos. Wir halten die Erziehung zum persönlichen Widerstand gegen Unmenschlichkeit für absolut unverträglich mit einer Erziehung zum militanten Gehorsam im Dienst kollektiver Massenvernichtung, die als Mittel jeden Endzweck entheiligt.“<sup>131</sup>

Anfang der fünfziger Jahre hatte sich die Detmolder Akademie einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Dank der intensiven Ausbildung durch anerkannte Dozenten wie Fred Husler (Gesang), Tibor Varga (Violine), Conrad Hansen (Klavier), Kurt Redel (Querflöte), Helmut Winschermann (Oboe), Hans Richter-Haaser (Klavier und Kammermusik), Kurt Thomas (Chorerziehung und Dirigat) u. a. konnten die meisten Absolventen eine Anstel-

<sup>130</sup> Kuratoriumssitzung vom 10.10.1952, in: StA Detmold D1 Nr. 7397.

<sup>131</sup> „Nein zur Wehrmacht. Ja zum Widerstand“ (o. D.), in: StA Detmold D1 Nr. 7618. – Der angegebene Zeitpunkt ergibt sich aus dem Schreiben der Studentenvertretung vom 19.3.1952 an Regierungspräsident Drake, der um Weiterleitung der Resolution über den Ministerpräsidenten von Nordrheinwestfalen an den Bundestag gebeten hatte; Drake hatte keine Bedenken, diesem Wunsch nachzukommen (siehe sein Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 25.3.1952 in: StA Detmold D1 Nr. 7618). – Zur Diskussion um die Wiederbewaffnung siehe BALD, Detlef: Handlungsspielräume der Deutschen. Politische Chancen in der Besatzungszeit, in: BALD, Detlef/ WETTE, Wolfram (Hg.), Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945–1955, Essen 2008.

lung finden. An den Tagungen für Tonmeister und an den Tagungen über „Musikerziehung in der Schule“ nahmen zahlreiche Kollegen aus dem In- und Ausland teil. Wilhelm Maler und Dr. Lia Jung wurden 1952 in die Jury für die Verleihung des „Großen Kunstpreises des Landes Nordrhein-Westfalen“ berufen; im gleichen Jahr nahm Maler als Leiter der deutschen Delegation an der internationalen UNESCO-Tagung in Brüssel teil (30. 6.–10.7.1952). Von großer Bedeutung war die erste Konzertreise des Collegium musicum der Akademie mit der Detmolder „Singakademie“ im Herbst 1952 unter der Stabführung von Kurt Thomas nach Amsterdam, Gent, Antwerpen, Brüssel und Paris. Auf dem Programm standen die Oratorien „Israel in Ägypten“ und „Messias“ von Händel sowie die Johannes-Passion von J. S. Bach. Obwohl das Konzert in Amsterdam „offensichtlich boykottiert“ wurde, haben die 650 Besucher der Aufführung des „Messias“ einen „für holländische Verhältnisse sehr starken Beifall gezollt.“ Die Konzerte in Belgien fanden durchweg großes Lob, wenn auch „angesichts der Zurückhaltung, die in weiten belgischen Bevölkerungskreisen zu beobachten ist“, die Preise gesenkt werden mussten. Nach der Aufführung der Johannes-Passion in Brüssel nannte der belgische Erziehungsminister das Konzert „den ersten Sieg deutscher Kultur nach dem Krieg.“ Selbst wenn die Konzertreise auch ein Defizit von fast 23 000 DM verursacht hatte, so konnte nach Meinung von Kurt Thomas doch „der künstlerische und politische Erfolg nicht hoch genug bewertet werden.“<sup>132</sup> Nach den Konzerten stieg im Ausland das Interesse an Stipendien, was Maler als erfreulich „im Interesse der deutschen Musikgeltung im besonderen und der Musikgeltung im allgemeinen“ hervorhob.<sup>133</sup> Das Königliche Konservatorium Antwerpen schlug noch im Dezember 1952 den Austausch von Studierenden vor, und das Conservatoire National de Paris bot zehn Stipendienplätze für Detmolder Studierende gegen fünf Stipendienplätze für französische Studierende in Detmold an (Austausch 20. 2. 1953–2. 3. 1953 Detmold; Juli 1953 Paris). Maler beantragte daraufhin einen „Landeszuschuß zur Förderung der internationalen Begegnung Studierender aus Mitteln des Landesjugendplanes in Höhe von 3000.– DM“; <sup>134</sup> im Herbst 1954 schlug er dann einen Fonds der Kulturminister für internationale Musikwettbewerbe vor.<sup>135</sup> Ab Sommer 1953 forderte Maler auch immer dringlicher und schärfer den Professorentitel für angestellte Leiter der Fachklassen und die Bezeichnung „Hochschule“. Er wiederholte diese Anträge im Jahr

<sup>132</sup> K. THOMAS an Regierungspräsident Drake vom 23.1.1952, in: StA Detmold D1 Nr. 7608. – Zum Programm und den Solisten Gunthild Weber, Ruth Sievert, John van Keteren und Bruno Müller, in: StA Detmold D1 Nr. 7630.

<sup>133</sup> Prof. MALER an Kultusministerium vom 28.11.1952, in: StA Detmold D1 Nr.7608.

<sup>134</sup> Verwaltungsleiter DRIFTE an Kultusministerium vom 8.12.1952; MALER an Kultusministerium vom 5.5.1953, in: StA Detmold D1 Nr.7608.

<sup>135</sup> Prof. MALER an Kultusminister vom 29.10.1954, in: StA Detmold D1 Nr.7608. – Siehe Antwort des Kultusministers vom 14.12.1954 in: StA Detmold D1 Nr.7608: Will in einzelnen Fällen Beihilfen aus Landesmitteln unmittelbar an die Wettbewerbsteilnehmer zahlen.

1954 mit Unterstützung der Konferenz der Direktoren und Verwaltungsleiter der Musikhochschulen in Königstein im Taunus (13. 6.–15. 6. 1954), aber wiederum ohne Erfolg.<sup>136</sup>

Der Musikakademie war bewusst, wie wichtig ihre lokale und regionale Verankerung war. Durch die Ausbildung von Chorleitern und Kirchenmusikern sollten die kulturellen und kirchlichen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt und durch die Errichtung von Jugendmusikschulen das musikalische Interesse geweckt werden; freier Zugang zu den Konzerten von Dozenten und Studierenden sollte die Bürger der Stadt mit der Arbeit der Akademie vertraut machen. Ausdrücklich hält das „Merkblatt für Lehrkräfte“ fest: „Da die Akademie hierzulande noch ein Neuling und der Lehrkörper ein Fremdling ist, muß das Institut alles daransetzen, sich in Stadt und Landschaft zu verankern. Dies geschieht am besten durch Veranstaltungen der Schule, die – solange die Studierenden selbst noch nicht fähig dazu sind – zunächst von den solistisch tätigen Lehrkräften getragen werden müssen.“<sup>137</sup> Andererseits war es selbstverständlich, dass die Akademie in die Diskussion um die Gestaltung der noch ungeklärten kultur- und musikpolitischen Verhältnisse im lippisch-ostwestfälischen Raum einbezogen wurde; dabei ging es zunächst um die Zukunft des Detmolder Theaters.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schienen die Voraussetzungen für eine Wiederbelebung der Detmolder Theatertradition ungünstig zu sein, obwohl das Theater die Kriegsjahre unbeschädigt überstanden hatte.<sup>138</sup> Allerdings beschlagnahmte die britische Besatzungsmacht den Theaterbau und nutzte ihn als Casino; erst 1948 gab sie einige Tage das Theater für Proben und Aufführungen gegen Mietzahlung frei, räumte es dann 1952 ganz. Das alte (Landes-)Orchester hatte sich nach dem Krieg unter dem jungen Dirigenten Hans Richter-Haaser als Städtisches Orchester neu aufgestellt und konnte nur nach schriftlicher Anfrage für Opern- und Operettenaufführungen herangezogen werden.<sup>139</sup> Es wirkte zwar bei einigen Opernproduktionen wie Donizettis „Don Pasquale“ oder Wolf-Ferraris „Susannes Geheimnis“ mit, war aber meist mit Operettenaufführungen beschäftigt; zudem war sein Niveau nicht gerade hoch. Es stand in Konkurrenz mit dem 1946 gegründeten „Herforder Symphonischen Orchester“ unter Kapellmeister Heinz Schlüter und der im gleichen Jahr gegründeten „Nordwestdeutschen Philharmonie“ in Bad Pyrmont, deren Kern 22 ehemalige Musiker des Brucknerorchesters St. Florian (Linz) bildeten und die sich eines guten Rufes erfreuten.<sup>140</sup> Mit der Gründung der Musikakademie war nun eine Situation entstanden, in der über die Zukunft des Städtischen Orchesters Detmold

<sup>136</sup> Bericht Prof. MALER an Frau Kultusminister Teusch vom 26.6.1954, S. 2, in: StA Detmold D1 Nr. 7625.

<sup>137</sup> Merkblatt für die Lehrkräfte (1946?), in: StA Detmold D1 Nr. 7393.

<sup>138</sup> Vgl. PETERS, Hans Georg: Vom Hoftheater zum Landestheater. Die Detmolder Hofbühne 1825–1969 (Lippische Studien), Detmold 1972.

<sup>139</sup> SCHRÖDER, Holger: ... das Landestheater 1945–49, in: *Introite, nam et heic dii sunt! 175 Jahre Theater Detmold 1825–2000*, Detmold 2000, S. 40.

<sup>140</sup> Nordwestdeutsche Philharmonie e. V. (Hg.), 1950 bis 2000. Fünfzig Jahre Nordwestdeutsche Philharmonie, Herford 2000, S. 8.

nachgedacht werden musste. Stadtdirektor Schmidt wandte sich an die Professoren Maler und Münch-Holland und bat sie um Stellungnahme. Maler bekundete sein „lebhaftes Interesse an erstklassigen Konzertdarbietungen“, stellte aber fest, dass diese „bei dem heutigen Stand des Orchesters leider nicht gewährleistet seien“. Eine direkte Verbindung von Akademie und Städtischem Orchester sei von nachgeordneter Bedeutung, die feste Anstellung von Orchestermitgliedern an der Akademie sei nicht vorgesehen. Maler empfahl eine „völlige Regeneration“ des Orchesters, die auf zwei Wegen erreicht werden könne: 1. durch Kündigung aller Orchestermitglieder und anschließendem Probespiel für eine „neue strengste Auslese“, 2. durch Neuverpflichtungen „maßstabbildender Kräfte“ für den Spielkörper.<sup>141</sup> Münch-Holland sprach sich für eine Neuverpflichtung „wirklich erstklassiger Leute aus Berlin“ unter der Stabführung des hervorragenden Dirigenten Richter-Haaser aus, dem man den Leistungsschwund des Städtischen Orchesters nicht anlasten dürfe, das von einer „wirklich künstlerischen Leistung“ weit entfernt sei. Das Bad Pyrmont Orchester hielt er dagegen für „so gut, daß es inzwischen das Detmolder Orchester verdrängt hat.“ Es bleibe somit entweder die Verpflichtung von Berliner Musikern oder die Auflösung des Detmolder Orchesters.<sup>142</sup> Richter-Haaser schloss sich den Ausführungen Münch-Hollands an, konnte sich beim Städtischen Orchester jedoch nicht durchsetzen und trat in den Dienst der Akademie.<sup>143</sup> Eine Entscheidung wurde vertagt, bis die Währungsreform vom 20. Juni 1948 zu einer wirtschaftlich vertretbaren und regionalpolitisch sinnvollen Lösung drängte. Maler unterstützte zwar in einer weiteren Stellungnahme den Anspruch Detmolds, „seine Stellung als kulturelles Zentrum Ost-Westfalens zu festigen und das Orchester zu halten“, hielt dies aber nur für möglich, wenn ein Sinfonieorchester „aus den besten Kräften“ des Detmolder und des Bad Pyrmont Orchesters entstünde.<sup>144</sup> Malers Gutachten entsprach zwar dem Interesse der Akademie an einem Sinfonieorchester, missachtete aber die lange Detmolder Operntradition und das Publikumsbedürfnis; schließlich ignorierte er die Existenz des Philharmonischen Orchesters in Herford. Nach dem Erlass von Kultusministerin Teusch vom 24. Oktober 1949, der die „Bildung eines leistungsfähigen, für den ganzen Regierungsbezirk zuständigen Orchesters“ forderte, fanden Gespräche über eine Fusion der Orchester Detmold und Bielefeld oder auch über eine Fusion der Orchester Detmold und Bad Pyrmont statt, die aber zu keinem Ergebnis führten.<sup>145</sup> Der Durchbruch gelang in einem Gespräch im März 1950 zwischen Regierungspräsident Drake und seinem Dezernenten Herbert von Kaven, der eine Fusion der Orchester in Bad Pyrmont und Herford vorschlug: „Wenn Herford Sitz

<sup>141</sup> Prof. MALER an Stadtdirektor Dr. Schmidt vom 27.3.1947, in: StA Detmold D1 Nr. 7393.

<sup>142</sup> Prof. MÜNCH-HOLLAND an Stadtdirektor Dr. Schmidt vom 27.3.1947, in: StA Detmold D1 Nr. 7393.

<sup>143</sup> SCHRÖDER, ... das Landestheater 1945–1949, S. 40.

<sup>144</sup> Prof. MALER an Ministerialdirigent Dr. Burghardt (Kultusministerium) vom 14.12.1948, in: StA Detmold D1 Nr. 7393.

<sup>145</sup> Nordwestdeutsche Philharmonie e. V. (Hg.), 1950 bis 2000. Fünfzig Jahre Nordwestdeutsche Philharmonie, S. 8.

eines überörtlichen Kulturorchesters wird und auf sein Theater zu Gunsten von Detmold verzichtet, gibt es kulturpolitisch eine klare Lösung mit zwei Zentren: Herford für das Orchester und Detmold für das Theater.“<sup>146</sup> Das Städtische Orchester Detmold wurde 1949 wieder vollständig dem Landestheater zugeordnet<sup>147</sup> und konnte seine Qualität innerhalb kurzer Zeit entscheidend steigern, die Orchester in Herford und Bad Pyrmont fusionierten zur „Nordwestdeutschen Philharmonie“ mit Sitz in Herford. Zwischen 1950 und 1952 gelang auch eine Stabilisierung des Detmolder Sprechtheaters, als das „Neue Theater Herford“ und das „Neue Westfalentheater Gütersloh“ sich auflösten und dem Theaterverein Detmold beitraten.<sup>148</sup> Zwischen 1946 und 1952 entstand unter – nicht immer glücklicher – Mitarbeit der Musikakademie als einer Art Katalysator eine kulturpolitische Struktur der Region, die sich bis heute bewährt hat.

Das Verhältnis zwischen dem Musiktheater Detmold und der Musikakademie, deren Leitung sich für den Wegfall der Opernsparte ausgesprochen hatte, blieb längere Zeit angespannt, auch wenn Maler bereits im Januar 1951 den „ungewöhnlich hohen Leistungsstand“ des Theaters hervorhob und betonte, die Akademie fühle sich ihm „durchaus freundschaftlich verbunden“ und revidiere ihr „weniger positives Urteil aus früheren Jahren nun [...] mit aufrichtiger Genugtuung“.<sup>149</sup> Da die Missverständnisse und auch gegenseitigen Anfeindungen nicht aufhörten, trafen sich Maler und der Intendant des Landestheaters Otto Will-Rasing im August 1951 zu einer Aussprache. Maler beteuerte seine Wertschätzung für den „großen künstlerischen Aufschwung“ des Landestheaters und hielt es für „bedauerlich und abwegig, wenn sich in Theater und Akademie feindliche Fronten bildeten“. Er müsse aber aus verschiedenen Vorkommnissen schließen, dass „das Theater [...] der Sammelpunkt von Kräften (sei), die der Akademie übel wollen.“ Als Anfang einer „gemeinsamen Arbeitsbasis“ bot er die Mitwirkung von Studierenden im Opernchor an, auch – bei passender Gelegenheit – einen Lehrauftrag des Opernspielleiters am Landestheater für dramatischen Unterricht an der Opernschule der Akademie.<sup>150</sup> Tatsächlich wurde der Opernregisseur Wolfram Humperdinck, Sohn des Komponisten Engelbert Humperdinck, im März 1952 zum Leiter der Opernschule der Akademie ernannt, um die Verbindung zwischen Akademie und Landestheater zu stärken. In dem Gespräch mit Will-Rasing regte Maler auch einen „völligen Strukturwandel“ des Theaters auf lange Sicht an; ihm schwebte vor, das Operntheater zu einer ausgesprochenen „Nachwuchsbühne auszubilden, an der hochbegabte junge Sänger und Sängerinnen ihr erstes Debut absolvieren können.“ Im Kultusministerium sei man an dieser Überlegung durchaus interessiert, weil damit „die beiden bezuschußten Institutionen in Detmold sich

<sup>146</sup> Nordwestdeutsche Philharmonie e. V. (Hg.), 1950 bis 2000, S. 8.

<sup>147</sup> SCHRÖDER, ... das Landestheater 1945–1949, S. 41.

<sup>148</sup> SCHRÖDER, ... das Landestheater 1945–1949, S. 58f.

<sup>149</sup> Prof. MALER an Dr. H. G. Peters vom 17.1.1951, in: StA Detmold D1 Nr. 7618.

<sup>150</sup> Vermerk von Prof. MALER vom 2.8.1951 über ein Gespräch mit Intendant Will-Rasing, in: StA Detmold D1 Nr. 7620.

auf dem pädagogischen Gebiet annähern würden.“ Allerdings müsse dann die Akademie „stärker in die musikalische Planung etc. einbezogen werden.“ Damit könnte Detmold „beispielgebend für ganz Deutschland und darüber hinaus sein.“<sup>151</sup> Die Vermutung liegt nahe, dass die verschiedenen Initiativen Malers in eine umfassende Konzeption eingebunden waren, die für Detmold einen Ausbildungsverbund für hervorragenden Musikernachwuchs von nationaler Bedeutung aufbauen wollte, bestehend aus dem Musischen Kolleg, der Akademie und einem angeschlossenen Operntheater für erste Bühnenerfahrung. Als Intendant eines Landestheaters konnte Will-Rasing dieser Überlegung jedoch nicht folgen, weil sie die Unabhängigkeit seiner Institution eingeschränkt hätte. Wenn Maler mit seinem großen Entwurf auch gescheitert ist, so ist es ihm doch gelungen, die Akademie zu einem führenden Institut für die Ausbildung des musikalischen Nachwuchses zu formen.

Im Frühjahr 1955 wurde allerdings das Ansehen der Akademie durch die Aufdeckung von schweren Missständen in der Verwaltung zeitweise nicht unerheblich beschädigt. Regierungspräsident Galle berichtete in seiner Eigenschaft als Kurator der Akademie über die Ergebnisse einer Überprüfung des Verwaltungsgebarens der Akademie durch fünf Beamte an das Kultusministerium:<sup>152</sup> „Vorweg bemerke ich, daß die Prüfung Verstöße größter Art in formeller und materieller Hinsicht ergeben hat.“ Der Bericht führt folgende Beispiele an:

1. Prof. Maler hat mit seiner eigenen Frau einen Dienstvertrag abgeschlossen, „ein Vorgang, wie er bei einer leitenden Persönlichkeit der Staatsverwaltung einzig da steht.“
2. Regierungsamtmann Walter Drifte hat im Februar oder April 1952 aus den Konzerteinnahmen 400,- DM entnommen und erst am 4. 1. 1955 zurückgezahlt.
3. In der Haushalts- und Rechnungsführung herrscht „eine solche Unordnung, dass sich ein großer Teil der Vorgänge nicht mehr aufklären lässt. Es fehlen jegliche Nachweise der Lehrbeauftragten über die erteilten Stunden; auch die Angestellten wurden nicht kontrolliert. Statt seine Pflicht zu tun, wurde Drifte Vorsitzender der Singakademie und ging mit ihr auf Auslandsreisen, anschließend wurde er Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft gemischter Chöre.
4. Wegen mangelnder Dienstaufsicht sind erhebliche Beträge nicht mehr nachzuweisen. Über die Abonnementskonzerte für 1950/51 fehlen alle Unterlagen, für 1951/52 sind nur Aktennotizen vorhanden. Aus nicht abgeführten Beiträgen der Internatsleiterin wurde ein ‚schwarzer Fonds‘ angelegt, wertvolle Geschenke sind nicht inventarisiert.“

<sup>151</sup> Vermerk von Prof. MALER vom 2.8.1951 über ein Gespräch mit Intendant Will-Rasing, in: StA Detmold D1 Nr. 7620.

<sup>152</sup> Regierungspräsident GALLE als Kurator der Musikakademie an den Kultusminister vom 11.3.1955. Betr.: Unhaltbare Zustände bei der Musikakademie Detmold, in: StA Detmold D1Nr. 7625.

Abschließend stellte der Regierungspräsident fest: „Die Unregelmäßigkeiten werden sich zum größten Teil nicht klären lassen, weil der Betrieb vollständig verfilzt ist.“

Bei dem anschließenden Verwaltungsverfahren gegen Regierungsamtmann Drifte und eine Verwaltungsangestellte wurde Maler als Zeuge gehört, weil er als Direktor der Akademie laut Satzung vom 27. November 1947 „unter Mitwirkung des Kurators die laufenden Verwaltungsgeschäfte“ zu führen hatte. Maler, der an Verwaltungsgeschäften denkbar uninteressiert war, hat als Zeuge „vor der Öffentlichkeit einen Eindruck hinterlassen, der dem Ansehen des Direktors einer solch bedeutenden Institution einen unangenehmen Beigeschmack gegeben hat.“ Regierungspräsident Galle gab dem Kultusminister zu bedenken, „ob nicht eine Versetzung des Prof. Maler geeignet wäre, das Ansehen der Akademie wieder ins rechte Licht zu rücken [...]“.<sup>153</sup>

Der Kultusminister war jedoch nicht dieser Meinung, Maler blieb im Amt. In einem Schreiben an den Kultusminister vertrat er die von seinen Kollegen geteilte Auffassung, dass die Satzung der Akademie geändert und eine Senatsverfassung eingeführt werden solle. Er äußerte Verständnis für die Sorge um das Ansehen der Akademie und bat gleichzeitig darum, den Detmolder Kollegen „beschleunigt“ die Dienstbezeichnung „Professor“ zu gestatten, um damit zu zeigen, „daß das Kultusministerium die Leistungen der Akademie von den Vorkommnissen in deren Verwaltung trennt.“<sup>154</sup>

Am 10. Dezember 1955 veröffentlichte das Kultusministerium den Erlass „Einstellung von Lehrern an der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf und der Nordwestdeutschen Akademie für Musik in Detmold“: Nach Ziffer 4 des Erlasses führen die nichtbeamteten Leiter der Hauptfachklassen für die Dauer ihrer Lehrtätigkeit den Titel „Professor“, in Ausnahmefällen kann der Titel auch Dozenten und Lehrbeauftragten verliehen werden. Gegen Widerstände auch im Kultusministerium konnte Maler durchsetzen, dass – nach der Herauslösung des Instituts für Volks- und Realschulmusik – das Kultusministerium der Akademie die Ausbildung von Musiklehrern an Höheren Schulen übertrug.<sup>155</sup> Diese Ausbildung begann im Wintersemester 1955/56, die Ausbildungskapazität wurde zunächst auf 50 Studenten begrenzt. Im Jahre 1956 erhielt die Akademie die Bezeichnung „Nordwestdeutsche Musikakademie. Staatliche Hochschule für Musik“. Damit war die lang erwartete formale Gleichstellung mit den anderen Musikhochschulen erreicht.

Seit 1987 lautet der Name des Instituts „Hochschule für Musik Detmold“.

<sup>153</sup> Regierungspräsident GALLE an den Kultusminister vom 14.10.1955, in: StA Detmold D1Nr. 7625.

<sup>154</sup> Prof. MALER an Kultusminister vom 11.10.1955, in: StA Detmold D1Nr. 7625.

<sup>155</sup> Vermerk über die Besprechung im Kultusministerium am 7.6.1955 über die Einrichtung der Ausbildungsmöglichkeit für Musikerziehung an Höheren Schulen an der Detmolder Musikakademie, in: StA Detmold D1Nr. 7625. – Vgl. EHRENFORTH, Karl Heinrich: Detmold – ich erinnere mich. 60 Jahre Musikpädagogik, in: ad notam. Jahrbuch der Hochschule für Musik Detmold 2005/06, S. 15f.



# Als „Ochs“ und „Esel“ das SED-Regime zu Fall brachten – Öffentliche Kommunikation und politischer Niedergang der DDR<sup>1</sup>

von Peter Fäßler

## 1. Die falschen Worte zur falschen Zeit

Erich Honecker strahlte – endlich einmal ein erfreulicher Termin in diesen turbulenten Sommermonaten des Jahres 1989. Soeben hatte ihm Prof. Heinz Wedler, Generaldirektor des Erfurter VEB Kombinars Mikroelektronik „Karl Marx“, im Rahmen eines Festaktes den lange ersehnten Hoffnungsträger „808701“ überreicht. Dabei handelte es sich um einen 32-Bit-Arbeitsprozessor, genau genommen um ein Funktionsmuster; die Serienfertigung mit all ihren Unwägbarkeiten stand noch aus. Dessen ungeachtet fand der Erste Mann im Arbeiter- und Bauernstaat nur lobende Worte. Der Mikrochip stellte eine technische Spitzenleistung ostdeutscher Ingenieure dar. Mit seinem Einsatz ließe sich die Industrieproduktion rationalisieren, zugleich würde er die Exportchancen mikroelektronisch gesteuerter Maschinen „made in GDR“ deutlich erhöhen. Allen westlichen Unkenrufen zum Trotz stünde der DDR eine goldene Zukunft bevor. Gegen Ende seiner Lobesrede griff der SED-Generalsekretär tief in das Zitatenschatzkästlein der Arbeiterbewegung und verkündete mit erhobener Stimme: „Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs’ noch Esel auf.“<sup>2</sup>

Es waren die falschen Worte zur falschen Zeit. Die falschen Worte, weil „808701“ mitnichten als Chiffre für den sozialistischen Siegeszug durch die Geschichte taugte. Seine technischen Leistungsdaten entsprachen keineswegs dem vollmundig verkündeten „Welt-niveau“, sondern dokumentierten einen Entwicklungsrückstand gegenüber der westlichen Konkurrenz von rund sieben Jahren.<sup>3</sup> Hingegen lagen die Herstellungskosten um ein Vielfaches über jenen vergleichbarer westlicher Chips. Das ernüchternde Preis-Leistungs-verhältnis minderte die Absatzchancen für prozessorgesteuerte Maschinen im Ausland erheblich.

Letztlich erwies sich das gesamte, im Jahre 1977 auf den Weg gebrachte mikroelektronische Forschungs- und Entwicklungsprogramm der DDR als eine über 14 Mrd. Mark teure Sackgasse. Es schloss nicht, wie erhofft, die technologische Lücke zu den westlichen

<sup>1</sup> Es handelt sich um die schriftliche Fassung eines Vortrages, gehalten während der Tagung „Fragen der Regionalgeschichte“ an der Universität Paderborn am 7. November 2009.

<sup>2</sup> Neues Deutschland, 44. Jg., Nr. 191 vom 15. August 1989, S. 1. Der Spruch wird August Bebel zugeschrieben und drückt den um 1900 vorherrschenden politischen Optimismus innerhalb der Sozialdemokratie aus.

<sup>3</sup> BARKLEIT, Gerhard: Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettlauf der Systeme, Dresden 2000, S. 27; BARKLEIT, Gerhard: Höhenflug mit harter Landung. Dresdner Mikroelektronik und Kerntechnik in der Krise, in: Dresdner Hefte 28/1 (2010), S. 18–26; KLENKE, Olaf: Kampfauftrag Mikroelektronik. Rationalisierung und sozialer Konflikt in der DDR, Hamburg 2008; BEYERMANN, Andre: Staatsauftrag „Höchstintegration“. Thüringen und das Mikroelektronikprogramm, Erfurt 1999.

Branchenführern, blockierte aber dringend erforderliche Investitionen in andere Industriezweige. Verfallene Fabrikgebäude und verschlissene Produktionsanlagen bildeten gewissermaßen die Kehrseite des finanziellen Kraftaktes.<sup>4</sup> Auch die maroden Straßen-, Schienen- und Telefonnetze wären in dem Zusammenhang zu nennen. Damit trug das mikroelektronische Forschungs- und Entwicklungsprogramm unmittelbar zum ökonomischen Niedergang und mittelbar zur politischen Destabilisierung der DDR bei. Auf den Punkt gebracht: Mikroprozessor „808701“ war kein Hoffnungsträger, eher ein Sargnagel.

Ganz offensichtlich wählte Erich Honecker die falschen Worte, vor allem aber äußerte er sie zur falschen Zeit! Denn sein dümmlicher Knüttelvers vermittelte einer bereits ausgesprochen kritischen Öffentlichkeit die Botschaft, er habe den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt, er würde wie all die Jahre zuvor ökonomische Missstände ignorieren, technologische Rückständigkeit in Spitzenleistung umdeuten und politische Kritiker verunglimpfen – in diesem Falle als uneinsichtige „Ochsen“ und „Esel“. Zwar spielte der SED-Generalsekretär vordergründig auf die westlichen Medien an, tatsächlich aber meinte er die Bürgerrechtsbewegung. Honeckers Argumentationsmuster entsprach den langjährigen Gepflogenheiten politisch-öffentlicher Kommunikation in der DDR, ohne dass es dem Regime erkennbar geschadet hätte. In der aufgeheizten Atmosphäre des Sommers 1989 galten jedoch neue Handlungsmechanismen. Jetzt bestärkte die unerträgliche Kombination von Ignoranz und Arroganz die Opposition in ihrem Widerstandswillen und bescherte ihr rasch wachsenden Zulauf aus der bislang abwartenden Bevölkerung. Um im Bilde zu bleiben: „Ochs“ und „Esel“ fühlten sich erst recht angespornt, den Sozialismus doch zu Fall zu bringen.

Mit seinem Aphorismus hatte Honecker Öl ins Feuer gegossen. Indes stellte seine Fehlleistung in Sachen public relations keinen Einzelfall dar, sie reihte sich nahtlos in eine Serie peinlicher Auftritte führender Genossen ein. „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört“<sup>5</sup>, stellte das „Neue Forum“ um Katja Havemann und Bärbel Bohley in seinem Gründungsaufruf vom 9. September 1989 fest – eine zutreffende, wenn auch keine neue Einsicht. Schon lange hatte die Bevölkerung das Gefühl beschlichen, das Greisenkolleg „Politbüro“ lebte in seiner eigenen, überkommenen Welt und befeißigte sich einer ebenso eigenen politischen Sprache. Auch SED-Funktionäre nachrangiger Hierarchieebenen pflegten diesen verquasteten, in sozialistischen Phrasen erstarrten Parteijargon.<sup>6</sup> Ihre Weigerung, offen und konstruktiv über

<sup>4</sup> STEINER, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 210; KNORZ, Heike: „Bei Windgeschwindigkeiten über 55 km/h müssen 22 Gebäude aus Sicherheitsgründen von den Werktätigen verlassen werden.“ Gesundheitsgefährdung, Umweltzerstörung und verschlissene Produktionsanlagen in Berichten des MfS, in: Deutschland-Archiv 43/3 (2010), S. 462–469.

<sup>5</sup> Zitiert nach: NEUBERT, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997, S. 836.

<sup>6</sup> KOWALCZUK, Ilko-Sascha: Berlin 1987. Auf dem Weg zur friedlichen Revolution? Inszenierung, Wahrnehmung, Realität, in: Deutschland-Archiv 40/4 (2007), S. 681–688, hier S. 686.

Produktionskrisen, Versorgungsengpässe, Umweltverschmutzung, Menschenrechte, Friedenspolitik oder Reisefreiheit zu diskutieren, ihr stereotypes Hochjubeln jeder noch so kleinen Errungenschaft zum historischen Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus und vor allem die sofortige Unterdrückung unbotmäßiger Meinungen hatte seit Mitte der 1970er Jahre jene vielfach beschriebene „DDR-Müdigkeit und Zermürbung“<sup>7</sup> befördert.

Im Herbst 1989 entwickelte sich diese politische Rhetorik zum Bumerang. Auf einmal entteten Parteiredner wütende Pfiffe und sarkastische Zwischenrufe, zahlreiche Spitzelberichte dokumentierten die argumentative Hilflosigkeit der Genossen gegenüber aufgebrachtten Bürgern. Binnen weniger Wochen verdrängte eine überwältigende Aufbruchsstimmung die bis dato vorherrschende Lethargie, eine ungeheure Handlungsdynamik schwappte über das Land und spülte das Regime hinweg.

Öffentliche Kommunikation spielte während der friedlichen Revolution eine gewichtige Rolle, was dem erwähnten Gründungsauftrag der einflussreichen Oppositionsgruppe „Neues Forum“ zu entnehmen ist. Natürlich hätte eine geschicktere politische Rhetorik das SED-Regime nicht vor dem Zusammenbruch bewahrt. Dafür waren die funktionalen Schwächen des sozialistischen Systems zu offenkundig, die gesellschaftliche Kritik zu grundsätzlich und das benachbarte Westdeutschland zu verlockend.<sup>8</sup> Aber dass darüber hinaus die Protagonisten moralisch diskreditiert waren, dass sie jegliches öffentliches Vertrauen verspielt hatten, dass sie als Lügner, Wahlfälscher und Unterdrücker in kollektiver Erinnerung geblieben sind, das ist auch eine Folge ihrer mangelhaft gestalteten public relations. Im Kontrast dazu erlangte die Oppositionsbewegung aufgrund ihres frischen, offenen Auftretens Glaubwürdigkeit, schwamm auf einer Welle öffentlicher Sympathie und erfreute sich großen Zulaufes.

In diesem Sinne verdeutlichen die nachfolgenden Ausführungen, dass die verfehlte politische Rhetorik der SED sowohl Teil der Systemkrise als auch ein sie verschärfendes Moment darstellte.

<sup>7</sup> GIESEKE, Jens: Bevölkerungsstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft. MfS-Berichte an die DDR-Führung in den 1960er und 1970er-Jahren, in: Zeithistorische Forschungen. Studies in Contemporary History 5/2 (2008), S. 236–257, hier S. 237f.

<sup>8</sup> Zahlreiche Sammelbände: HENKE, Klaus Dietmar (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009; MAIER, Charles S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1999; NEUBERT, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008; SCHÖNE, Jens: Die friedliche Revolution. Berlin 1989/90 – Der Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2008; JARAUSCH, Konrad H./ SABROW, Martin (Hg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999; KOWALCZUK, Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009; RICHTER, Michael: Die friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, Göttingen 2009; SCHULLER, Wolfgang: Die deutsche Revolution 1989, Berlin 2009.

## 2. Sechs Faktoren des Nieder- und Untergangs

Für den Nieder- und Untergang des sozialistischen Regimes in der DDR können sechs Faktoren dingfest gemacht werden, die ihrerseits eng mit kommunikativem Handeln verknüpft sind:

1. *Wachsende Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit:* Das SED-Regime hatte seit den 1970er Jahren weitreichende Ankündigungen und Versprechungen gemacht und dementsprechend große Erwartungen im Volk geweckt. Allerdings vermochte das Regime nur selten seinen Worten zufriedenstellende Taten folgen zu lassen. Die daraus erwachsende Kluft zwischen selbstgestecktem Anspruch und selbstverschuldeter Wirklichkeit enttäuschte die Bevölkerung. Am Schluss hatte das Regime den ohnehin geringen Vertrauenskredit gänzlich verspielt und durfte auf keine Loyalität mehr hoffen.
2. *Relative Abstiegs Erfahrung und düstere Perspektiven:* Die Bewertung des individuellen Lebensstandards orientierte sich vornehmlich an zwei Referenzgrößen. Zum einen an den individuellen Erfahrungen früherer Zeiten, zum anderen am Lebensstandard der bundesdeutschen Gesellschaft.<sup>9</sup> Dabei dominierte Ende der 1980er Jahre der Eindruck, dass die aktuelle Lebensqualität deutlich unter jener zu Beginn der Dekade lag. Auch im Vergleich zum westlichen Lebensstandard hinkte man immer weiter hinterher. Und weil es keinerlei Anhaltspunkte für eine bevorstehende Trendumkehr gab, erschien die Zukunft in ausgesprochen trübem Licht. Diese Kombination von doppelter Abstiegs Erfahrung und fehlender Perspektive ließen das öffentliche Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der SED-Oberen stetig erodieren.
3. *Herausbildung einer zivilgesellschaftlichen Diskussions- und Handlungskultur:* Parallel zu westeuropäischen Gesellschaften gründeten sich auch in der DDR seit den 1970er Jahren zahlreiche Gruppen und Netzwerke, die über Probleme verschiedenster Art diskutierten und durch phantasie reiche Aktionen Öffentlichkeit herzustellen suchten. Damit hatten sie soziale Strukturen geschaffen und einen Erfahrungsschatz an Aktionsformen erworben, welche für den Verlauf der friedlichen Revolution von großer Bedeutung sein sollten.
4. *Schaffung neuer Handlungsspielräume:* In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zeichnete sich ab, dass das Reformen ablehnende SED-Politbüro innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft zunehmend isoliert war. Die Aufbruchstendenzen in Prag, Warschau, Budapest und vor allem in Moskau ermutigten die oppositionellen Gruppen in der DDR und erweiterten ihre Handlungsräume.
5. *Wahrnehmung von Handlungsalternativen:* Sowohl die gesellschaftlichen Diskussionen in der Bundesrepublik über Fragen von Umweltschutz und Friedenspolitik als auch die Reformdebatten in der UdSSR, in Polen und Ungarn vermittelten der ostdeutschen

<sup>9</sup> GIESEKE, Bevölkerungsstimmungen, S. 256.

Gesellschaft einen Eindruck davon, wie gesellschaftliche Konflikte erfolgreich ausgetragen werden konnten. Daraus schöpften sie Anregungen und Selbstbewusstsein.

6. *Öffentliche Kommunikation*: Als letzter Faktor wäre die überragende Rolle der politischen Kommunikation in den stürmischen Monaten des Jahres 1989 zu benennen. Dabei kontrastierten dröge Parteisprache und inhaltsleere Rituale wie Ordensverleihungen, Paraden oder Feierstunden mit der offen-sarkastischen Oppositionsrhetorik und der dazugehörigen bunten, kreativen Aktionsvielfalt. Der Gegensatz ruft eine triviale, daher oftmals vergessene Einsicht in Erinnerung: Politik ist in erster Linie Kommunikation – auch in einer Diktatur!

### 3. Versprechen und enttäuschte Hoffnungen

„Le roi est mort, vive le roi!“ Auch Erich Honecker weckte vielfältige Erwartungen, als er in den frühen 1970er Jahren schwungvoll Walter Ulbrichts Erbe antrat. Sein Programm „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ versprach spürbaren Wohlstandszuwachs, in der Innen- und Kulturpolitik schien ein liberalerer Geist Einzug zu halten und für eine frischere Gesellschaftsatmosphäre in der DDR zu sorgen. Doch die Hoffnungen trogen.

#### *Handlungsfeld Wirtschaft*

Honeckers Programm „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ beinhaltete zahlreiche Einzelmaßnahmen, welche die materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern sollten.<sup>10</sup> Einen wesentlichen Baustein stellte das gewaltige Wohnungsbauprogramm mit knapp drei Millionen zu errichtender Wohneinheiten bis zum Jahre 1990 dar. Ausgestattet mit Zentralheizung und fließend warmem Wasser, boten sie vielen Menschen einen bis dahin ungekannten Wohnkomfort. Weiterhin schütteten die staatlichen Planer ein Füllhorn sozialer Wohltaten aus, genannt seien großzügigere Urlaubsregelungen, höhere Rentenzahlungen, umfassende Kinderbetreuung, Anhebung von Mindestlöhnen sowie Vergünstigungen für Mütter. Zudem subventionierten sie Mieten, Grundnahrungsmittel, öffentlichen Verkehr und Kinderkleidung mit gewaltigen Summen.

Zwei strategische Ziele verfolgte die politische Führung mittels dieses Maßnahmenpakets: Herrschaftsstabilisierung und Produktivitätssteigerung. Angenehmere Lebensbedingungen, die auch einen Vergleich mit dem Westen nicht zu scheuen bräuchten, würden die Bevölkerung von der Leistungsfähigkeit des SED-Regimes überzeugen, ihre Arbeitsmoral beflügeln, die allgemeine Arbeitsproduktivität steigern und auf diese Weise die ostdeutsche Volkswirtschaft wieder in die Erfolgsspur setzen. Auf lange Sicht, so das Kalkül, re-

<sup>10</sup> Grundlegend: STEINER, Plan; STEINER, André: Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: HENKE (Hg.), Revolution, S. 113–129.

finanzierten sich die Subventionen und Sozialausgaben von alleine. Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ – ein Wechsel auf die Zukunft!<sup>11</sup>

Der Wechsel konnte indes nie eingelöst werden. Zum einen gewöhnte sich die Bevölkerung rasch an die sozialpolitischen Wohltaten, die sie als Selbstverständlichkeit und nicht mehr als besonderes Verdienst des Regimes wertete. Zum anderen murrte sie wegen unübersichtlicher Fehlentwicklungen, die bei Lichte betrachtet Folgen der überbordenden Subventionen waren. Besonders eindrücklich lässt sich dieser Zusammenhang bei der Lebensmittelversorgung nachweisen. Die billigen, weil hochsubventionierten Grundnahrungsmittel wurden dem Regime nicht als Leistung gut geschrieben, wohl aber legte man ihm Versorgungsmängel bei hochwertigen Lebensmitteln wie Obst, Gemüse, Südfrüchten oder Kaffee zur Last.<sup>12</sup> Der Zusammenhang zwischen beiden, zwischen Subventionen einerseits und knappen Devisenbeständen für Lebensmittelimporte andererseits, spielte in den kritischen Eingaben an die zuständigen Behörden kaum eine Rolle.

Auch auf einem anderen Feld erwies sich staatliches Handeln als zweischneidiges Schwert. Das Wohnungsbauprogramm beseitigte nicht, wie versprochen, den bestehenden Engpass im erforderlichen Maße. Dieses nicht eingelöste Versprechen schürte wiederum allgemeinen Unmut. Zudem wollte sich das sozialistische Lebensgefühl in den riesigen Plattenbauvierteln nicht so recht einstellen; dort herrschte die systemübergreifend zu beobachtende „Unwirtlichkeit der Städte.“<sup>13</sup> Und schließlich konnte die „Platte“ nur deshalb so rasch aus dem Boden gestampft werden, weil man im Gegenzug die Altstadtkerne bewusst dem Verfall preisgab.<sup>14</sup> Natürlich litt die Lebensqualität und damit die öffentliche Stimmung in Städten, deren Erscheinungsbild zwischen sterilen Plattenbauvierteln und dem morbiden Charme unsanierter Altbauquartiers changierte.

Diese Alltagsprobleme bildeten nur die Spitze des Eisbergs. Die eigentlichen Schwierigkeiten waren umfangreicher und vor allem grundsätzlicherer Natur. Denn die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ überforderte schlicht die volkswirtschaftliche Kraft der DDR. Die Subventionen schnellten von 11,4 Mrd. Mark zu Beginn der Ära Honecker auf 61,6 Mrd. Mark im Jahre 1988. Bezogen auf den gesamten Staatshaushalt belief sich

<sup>11</sup> BOYER, Christoph (Hg.): Deutsche Demokratische Republik 1971–1989. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 10), Baden-Baden 2008; STEINER, André: Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR, in: JARAUSCH, Konrad H./ SABROW, Martin (Hg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 153–192, hier S. 155f.

<sup>12</sup> WÜNDERICH, Volker: Die „Kaffeekrise“ von 1977. Genussmittel und Verbraucherprotest in der DDR, in: Historische Anthropologie 11 (2003), S. 240–261.

<sup>13</sup> MITSCHERLICH, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a. M. 1965.

<sup>14</sup> BUCK, Hannsjörg: Mit hohem Anspruch gescheitert. Die Wohnungspolitik der DDR, Münster 2004; SCHÖTZEL, Dieter: Zwischen Triumph der Semperoper und Verfall der Neustadt. Ambivalenz des Städtebaus, in: Dresdner Hefte 28 (2010) 1, S. 6–17; SCHELIHA, Wolfram von: „Schuttmassen wie nach dem Krieg.“ Der Verfall historischer Innenstädte in der DDR, in: Horch und Guck. Zeitschrift zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur, 18/64 (2009), S. 4–8.

der Anstieg im benannten Zeitraum von 18,6 % auf 24,6 %.<sup>15</sup> Zur Gegenfinanzierung sparte die Parteiführung bei Investitionen in Infrastruktur und Produktionsanlagen, aber das reichte bei Weitem nicht aus. Zudem sparte sie an der falschen Stelle, nämlich bei den Zukunftsinvestitionen. Auf lange Sicht sollte sich dieser Kurs rächen. Innovationsdynamik und Arbeitsproduktivität stagnierten auf niedrigem Niveau, letztere erreichte im Jahre 1989 gerade einmal 30 % des westdeutschen Vergleichswertes. Die Ursachen für die dauerhafte DDR-Exportschwäche sind u.a. in der niedrigen Investitionsquote im produktiven Bereich zu sehen. Bei konstant hohen Importen für Konsumgüter wies dieser Weg zwangsläufig in die Schuldenfalle.

Zu den hausgemachten Schwierigkeiten gesellten sich externe Krisenmomente, die sich naturgemäß jeglicher nationalen Wirtschaftsplanung entzogen. Zu ihnen zählte vor allem die internationale Kreditkrise Osteuropas während der frühen 1980er Jahre, konkret die Zahlungsunfähigkeit Polens und Rumäniens. Obwohl die DDR bis dato ihre internationalen Zahlungsverpflichtungen einhalten konnte, verlor auch sie das Vertrauen westlicher Gläubiger. Binnen weniger Monate forderten diese rund 40 % der kurzfristigen Kredite zurück. In der Folge vermochte die DDR bereits im Westen bestellte, dringend benötigte Industrieanlagen nicht mehr zu bezahlen und internationale Kredite nur mit größter Mühe zu bedienen. An neue Auslandskredite war in dieser Situation ohnehin nicht zu denken, es drohte der Staatsbankrott.

Einer wusste Rat. Der einflussreiche CSU-Parteichef und bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß fädelte 1983/84 zwei Milliardenkredite für die DDR ein. Die dadurch erlangte Atempause bezahlte das Regime mit politischen Zugeständnissen bei der Ausreisepolitik und beim Abbau von Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze. Allerdings ließ es die gewonnene Zeit ungenutzt verstreichen, keines der volkswirtschaftlichen Strukturprobleme konnte gelöst werden. Zu Beginn des Jahres 1989 hatte sich die außenwirtschaftliche Lage so zugespitzt, dass abermals die Schuldenfalle drohte.<sup>16</sup>

Es kam noch ein weiteres externes Krisenmoment hinzu. In den frühen 1980er Jahren kündigte die Sowjetunion an, ihre Erdöllieferungen an die DDR um 10 % pro Jahr zu kürzen, zugleich auch den Verkaufspreis dem Weltmarkt anzupassen. Diese doppelte Hiobsbotschaft brachte die ostdeutschen Wirtschaftsexperten in große Verlegenheit, erwirtschaftete die DDR doch bis zu 30 % ihrer Exporterlöse im westlichen Ausland mit Erdölderivaten.<sup>17</sup> Zwar setzten sie nun verstärkt auf heimische Braunkohle, um ein möglichst großes Kontingent an Mineralölprodukten im Westen zu verkaufen. Doch erwies sich Braunkohle als sehr teuer, war ineffizient und zog erhebliche Umweltbelastungen nach sich. Die Öffentlichkeit registrierte den Schwenk von Öl auf Kohle als technischen Rückschritt und Beeinträchtigung der allgemeinen Lebensqualität.

<sup>15</sup> STEINER, Plan.

<sup>16</sup> AHRENS, Ralf: Außenwirtschaft in der Schuldenfalle, in: HENKE (Hg.), Revolution, S. 104–112.

<sup>17</sup> AHRENS, Außenwirtschaft, S. 109.

Nur Wenige durchschauten die komplizierte volkswirtschaftliche Gesamtsituation. Allerdings spürte jeder einzelne die Auswirkungen der sich verschärfenden Krise im Alltag, sei es in Form von sich häufenden Produktionsunterbrechungen aufgrund störanfälliger, weil veralteter Produktionsanlagen, sei es in Form längerer Warteschlangen vor den Geschäften. Besorgt registrierte das Ministerium für Staatsicherheit ab 1988 eine dramatische Zunahme von Klagen über Versorgungsmängel.<sup>18</sup> Nicht von ungefähr galt die Banane als Sinnbild ostdeutscher Mangelwirtschaft.

Die Erinnerungen an die vermeintlich bessere Versorgungslage früherer Zeiten und die Eindrücke einer bunten Warenvielfalt in der Bundesrepublik bildeten die Kontrastfolien zur Lebenswirklichkeit des Jahres 1989. Vor allem das westdeutsche „Konsumparadies“ ließ mit seinen betörenden Bildern, die via Fernsehen in die Wohnstuben der ostdeutschen Familien gelangten, den realsozialistischen Alltag besonders grau erscheinen. Liebevoll bestückte Westpakete machten deutlich, dass die Warenvielfalt keine virtuelle Vorspiegelung darstellte, sondern dass sich dahinter handfeste Produkte verbargen. Dies bestätigten auch zahlreiche DDR-Bürger nach ihrer Rückkehr von Verwandtschaftsbesuchen in der Bundesrepublik. Neueren Studien zu Folge trugen ihre Schilderungen nachweislich dazu bei, die Akzeptanz des sozialistischen Systems zu untergraben.<sup>19</sup> Dies umso mehr, als Honeckers Bemerkung vom Dezember 1988, der ostdeutsche Lebensstandard überträfe das westdeutsche Niveau, bei vielen den Eindruck nachhaltigen Realitätsverlustes erweckte.<sup>20</sup> Das Politbüro lebte offenkundig in einer Parallelwelt.

### *Handlungsfeld Umwelt*

Für die SED-Führung bedeutete die sowjetische Entscheidung, weniger Öl zu höheren Preisen zu liefern, nicht nur aus volkswirtschaftlicher Sicht eine Katastrophe. Auch die ökologische Bilanz des unumgänglichen Rückgriffs auf den heimischen Energieträger Braunkohle fiel desaströs aus. Neben der ausgreifenden Landschaftszerstörung – weite Gebiete südlich von Leipzig und in der Lausitz erinnerten an Bilder von kraterübersäten Mondgebieten – nahm die Luftbelastung mit Schwefeldioxid, Stickoxiden und Staub im europäischen Vergleich den Spitzenplatz ein. In der Folge waren die kahlen Höhenzüge im Harz und Erzgebirge nicht zu übersehen, die Atemwegserkrankungen vor allem bei Kindern kaum zu überhören.

Tatsächlich erreichte die DDR das vielfach beschworene „Weltniveau“ vor allem bei den Umweltbelastungen. Bitterfeld, ein Schlüsselort des berühmten mitteldeutschen Che-

<sup>18</sup> GIESEKE, Jens: „Seit Langem angestaute Unzufriedenheit breitet sich in den Stimmungsbildern des Staatssicherheitsdienstes, in: HENKE (Hg.), Revolution, S. 130–148, hier S. 133.

<sup>19</sup> GIESEKE, Unzufriedenheit, S. 136.

<sup>20</sup> SÜß, Walter: Die Stimmungslage der Bevölkerung im Spiegel von MfS-Berichten, in: KUHRT, Eberhard/ BUCK, Hannsjörg/ HOLZWEIBIG, Gunter (Hg.): Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen 1996, S. 237–288, hier S. 242.



miedreiecks, galt als schmutzigste Stadt Europas. Monika Maron verhalf Bitterfeld in ihrem Debütroman „Flugasche“ zu literarischem Ruhm, auf den es vermutlich gerne verzichtet hätte.<sup>21</sup> Von der Elbe bei Dresden wusste der Volksmund zu berichten, dass man darin Photofilme entwickeln könnte – der hohe Silberchloridgehalt mache dies möglich. Die geheimnisumwitterte SDAG Wismut hinterließ ein „strahlendes Erbe“<sup>22</sup> des Uranbergbaus im Erzgebirge, dessen Ausmaß erst nach der deutschen Einheit erkannt wurde. Die bläuliche Abgasfahne des Trabanten hingegen sah bzw. roch man sofort. Wie kaum ein anderes Produkt galt dieses Auto als Abbild der technologisch-ökonomischen Unzulänglichkeit und eklatanten Umweltverschmutzung Ostdeutschlands.<sup>23</sup>

Auch beim Thema „Umwelt“ versagte die öffentliche Kommunikation der SED auf ganzer Linie. Organisatorische Akzente wie das 1972 geschaffene *Ministerium für Umwelt und Wasservirtschaft* oder die 1980 ins Leben gerufene *Gesellschaft für Natur und Umwelt* dienten allzu offensichtlich der Beschwichtigung und Beschönigung. Gerade deshalb verfehlten sie die ihnen zugeordnete Funktion, ja die DDR-Bevölkerung misstraute den Verlautbarungen beider Einrichtungen im hohen Maße. Dazu trugen auch Gerüchte über wissenschaftliche Umweltgutachten und epidemiologische Studien bei, die aufgrund ihrer brisanten Inhalte in irgendwelchen Schubladen verschwunden wären – ein offenkundig systemübergreifendes bürokratisches Verhaltensmuster. Allerdings gab es doch einen entscheidenden Unterschied: Die restriktive Öffentlichkeitsarbeit beruhte in der DDR auf einer regierungsamtlichen Verordnung zur Geheimhaltung von Umweltdaten aus dem Jahre 1982.<sup>24</sup> Verfehlungen westdeutscher Behörden dagegen blieben auf konkrete Einzelfälle bezogen.

Neben dem Verschweigen oder Vertuschen ökologischer Schäden ärgerte vor allem der parteiamtliche Öko-Syllogismus die Umweltbewegung. Ihm zu Folge lägen Umweltbelastungen in der Logik kapitalistischer Wirtschaftsgesinnung und -praxis, weil sie nun mal auf der skrupellosen Ausbeutung von Mensch und Natur basiere. Hingegen stünde die sozialistische Produktionsweise im Einklang mit den Bedürfnissen von Mensch, Tier und Pflanze. Etwaige Umweltschäden seien Übergangserscheinungen, sie würden mit dem weiteren Ausbau des Sozialismus verschwinden. Angesichts der bestürzenden Ausmaße ökologischer Schadensbilder empfanden immer mehr Bürgerinnen und Bürger eine derart sophistische Argumentation als dummdreist.

<sup>21</sup> MARON, Monika: *Flugasche*, Berlin 1981.

<sup>22</sup> KARLSCH, Rainer: „Strahlende Vergangenheit“. Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut, St. Katharinen 1996; BELEITES, Michael: *Pechblende – der Uranbergbau und seine Folgen in der DDR*, Berlin 1988.

<sup>23</sup> THUNICH, Martin: Käfer und Trabi – Ikonen auf Rädern, in: KLEBMANN, Christoph/ LAUTZAS, Peter (Hg.): *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte*, Bonn 2005, S. 192–215.

<sup>24</sup> BELEITES, Michael: Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR, in: BEHRENS, Hermann/ HOFFMAN, Jens (Bearb.): *Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte*. Bd. 3: Beruflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Umweltschutz, München 2007, S. 179–224.

Verschweigen, vertuschen, „wegdiskutieren“ und gegebenenfalls öffentliche Proteste unterbinden – die ostdeutsche Bevölkerung störte sich nicht nur an der wachsenden Umweltbelastung, sondern vor allem an der beschönigenden Rhetorik bzw. repressiven Vorgehensweise der Behörden. Dass es auch anders ging, zeigte die aufblühende Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik. Dort erwuchs in einem spannungsgeladenen, zuweilen aggressiven, auf jeden Fall unbequemen Prozess ein letzten Endes konstruktives Wechselspiel zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften. Der Vorgang unterstrich die Fähigkeit der Demokratie, flexibler, ja angemessener auf neue Herausforderungen reagieren zu können, als dies in sozialistischen Diktaturen zu beobachten war.

### *Innen- und Kulturpolitik*

Helsinki 1975: Vermutlich ahnte Erich Honecker nicht, welche nachhaltigen Konsequenzen seine Unterschrift unter die KSZE-Schlussakte nach sich ziehen würde. Gut vorstellbar, dass er diesen Schritt später bereute. Denn vor den Augen der Weltöffentlichkeit verpflichtete sich die Staats- und Parteiführung der DDR aus freien Stücken u. a. zur Einhaltung der unveräußerlichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, zur Reise- und Niederlassungsfreiheit sowie zum Öffentlichkeitsprinzip. An diesem eindeutig formulierten und bestens dokumentierten Anspruch musste sie sich fürderhin messen lassen. Ausreisewillige, Umweltschützer, Künstler – zahlreiche Menschen forderten aus unterschiedlichen Motiven ihre Rechte ein, welche sich aus Honeckers Unterschrift ableiten ließen. Jede Missachtung der KSZE-Bestimmungen – und deren gab es viele – untergrub die Glaubwürdigkeit des SED-Regimes gegenüber dem In- und Ausland.

Das galt insbesondere mit Blick auf das Bekenntnis zu kultureller Vielfalt und Toleranz. Als zu Beginn der Ära Honecker der Empfang bundesdeutscher Fernsehprogramme nicht länger unterbunden wurde, als systemkritische Literatur wie Ulrich Plenzdorfs „Die neuen Leiden des jungen W.“<sup>25</sup> 1972 den Weg auf die Bühne und in die Buchläden fand, als Rockkonzerte in großer Zahl veranstaltet werden durften, da hofften viele auf eine neue geistige Freiheit.

Doch das Schlüsseljahr 1976 zerstörte alle Hoffnungen. Es war jenes Jahr, in dem das Regime den einen nicht mehr rein, den anderen nicht mehr raus ließ. Der unbequeme Barde Wolf Biermann, seit etlichen Jahren in der DDR mit Auftrittsverbot belegt, sang in Köln. Seine Texte waren gewohnt frech, respektlos, kritisch. Als Biermann zurück in die DDR wollte, wiesen ihn die Grenzbeamten zurück – das Politbüro hatte kurzerhand seine Ausbürgerung angeordnet. Im Fall Robert Havemann, dem nicht minder unbequemen Marxisten und Physiker, setzte es hingegen auf Hausarrest.<sup>26</sup> Offenkundig hofften die Mannen um Erich Honecker, störende Fragen und unliebsame Gedanken aus- bzw. ein-

<sup>25</sup> PLENZDORF, Ulrich: Die neuen Leiden des jungen W., Berlin 1972.

<sup>26</sup> WILKE, Manfred: Robert Havemann und das Programm der friedlichen Revolution von 1989, in: Deutschland-Archiv 43/2 (2010), S. 250–257.

grenzen und auf diese Weise Diskussionen aus dem Weg gehen zu können. Beide Maßnahmen zogen ein verheerendes internationales Echo nach sich. In der DDR selbst wuchs das kritische Potential, spätestens seit 1976 gab sich die ostdeutsche Intellektuellenszene keiner Illusionen mehr hin. Der real existierende Sozialismus blieb ein repressives System, unfähig, eigenständige Geister zu ertragen.<sup>27</sup>

Mehrfach erinnerten die Bürger ihre Regierung an die Zusagen, die sich aus der KSZE-Schlussakte ergaben – zwei Beispiele seien herausgegriffen: Zum einen reichten Anfang der 1980er Jahre viele junge, gut ausgebildete Personen unter Berufung auf Helsinki Ausreiseanträge ein. Obwohl die Behörden alle Register zogen, von der raschen, geräuschlosen Bewilligung über die zögerliche Bearbeitung bis hin zu harten Repressionen gegen die Antragssteller oder gegen deren Familienangehörige, gelang es den Ämtern nicht, den demographischen Aderlass zu mindern.<sup>28</sup> Die willkürliche Genehmigungspraxis erregte massiven Unmut und stellte einen Hauptfaktor für das Protestpotential im Herbst 1989 dar.

Die von zahlreichen Bürgerrechtlern angefochtene Kommunalwahl im Frühjahr 1989 – das wäre das zweite Beispiel – widersprach in ihrer Durchführung sowohl der Schlussakte von Helsinki, als auch der DDR-Verfassung. Weder die Voraussetzungen für eine geheime Stimmabgabe, noch die Überprüfung der Stimmauszählungen noch die detaillierte Veröffentlichung der Ergebnisse wurden eingehalten. Beide Handlungs- und Kommunikationsvorgänge können als Beleg dafür gelten, dass auf lange Sicht ein politisches Regime seine eigenen Zusagen nicht ungestraft missachten darf.

#### 4. Aufbruch in die Zivilgesellschaft

Die vielfältigen Missstände in der DDR und der verlogene Umgang der SED mit selbigen rief Widerspruch hervor. Parallel zur aufblühenden Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik befassten sich auch in der DDR zahlreiche Personen, Gruppen und Netzwerke mit Fragen des Umweltschutzes, der Friedenspolitik, der Wahrung von Menschenrechten und kultureller Freiräume.<sup>29</sup> Dabei fungierte die protestantische Kirche als wichtiger institutioneller Hafen auch für nicht-kirchliche Gruppen. Der *ökologische Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke* wirkte seit 1980, das 1927 gegründete *Kirchliche Forschungsheim Wittenberg* entwickelte sich in der DDR zum umweltwissenschaftlichen, theologischen und gesellschaftspolitischen Kraftzentrum. Schließlich spielte die Leipziger Nikolaikirche als oppositioneller Kristallisationskern eine herausragende Rolle. Von 1982 an versammelten sich hier jeden Montag Christen zum Friedensgebet; aus dieser Veranstaltungsform gingen bekanntlich im Herbst 1989 jene entscheidenden Massendemonstrationen hervor, vor deren „kri-

<sup>27</sup> GROTH, Joachim-Rüdiger: Der Beitrag der Literatur zum Untergang der DDR, in: Deutschland-Archiv 43/2 (2010), S. 275–287.

<sup>28</sup> DETJEN, Marion: Permanente Existenzbedrohung: Abwanderung, Flucht, Ausreise, in: HENKE (Hg.), *Revolution*, S. 67–80, hier S. 74.

<sup>29</sup> Einen detaillierten Überblick bei NEUBERT, *Opposition*.

tischen Masse“ Staatssicherheit und Volkspolizei die Segel strichen. Auch Gruppierungen außerhalb der Kirche wurde die besondere Aufmerksamkeit sowohl seitens der Opposition als auch des Ministeriums für Staatsicherheit zuteil. Genannt sei an dieser Stelle die 1986 gegründete Berliner *Umweltbibliothek*.

Eines zeichnete sich bereits während der 1970er Jahre ab. Die Oppositionellen erprobten eine Fülle neuer Aktionsformen, welche sowohl Volkspolizei als auch Staatssicherheit überraschten und -forderten. Dabei erwiesen sich zwei Handlungsweisen als besonders listig und damit erfolgreich:

1. Das Unpolitische als Politikum: Vermeintlich unpolitische Verhaltensweisen erfuhren durch den gesellschaftlichen Kontext eine politische Aufladung. „Mobil ohne Auto“ hieß es beispielsweise am 30./31. Mai 1981, Sternfahrten mit dem Fahrrad zu stinkenden Industrieanlagen schufen Gemeinschaft und Öffentlichkeit gleichermaßen. Aus der ersten Baumpflanzaktion in Schwerin 1979 ging eine Veranstaltungstradition hervor, die auf unanfechtbare Weise Mängel im Städtebau thematisierte. „Wir wollen nicht mehr im Trüben fischen.“ Unter diesem Motto veranstalteten Umweltgruppen ein „Schauangeln“ an der hoch belasteten Saale. Mit der Aktion „Eine Mark für Espenhain“ ließ sich unwiderlegbar eine Massenbasis für die Proteste gegen das VEB Braunkohleveredelungswerk Espenhain nachweisen. Mehr als 80.000 Menschen überwiesen im November 1988 den Betrag von 1 Mark auf das Aktionskonto. Im Herbst 1989 nutzte die Gruppe der 20 in Dresden das Instrument erneut mit Erfolg, um ein halbwegs demokratisch legitimes Verhandlungsmandat zu erhalten.
2. Ein überaus geschickter Schachzug der Oppositionellen bestand darin, sich zuweilen der sozialistischen Symbolsprache zu bedienen. So bereitete die rasche Verbreitung des Emblems „Schwerter zu Pflugscharen“ während der Jahre 1981/82 in Form von Buttons, Aufnähern, Lesezeichen oder sogar als weithin sichtbares Transparent an Kirchtürmen den Behörden großes Kopfzerbrechen. Fraglos ein Ausweis systemkritischer Gesinnung, ging die bildnerische Ausgestaltung des biblischen Motivs auf den sowjetischen Künstler Jewgenij Wutschetitsch zurück. Die UdSSR hatte eine Kopie der von ihm geschaffenen Plastik im Jahre 1959 der UNO geschenkt, eine Abbildung fand sich in dem Buch, welches den Jugendlichen anlässlich ihrer Jugendweihe zur geistig-sozialistischen Erbauung überreicht wurde. Vor diesem Hintergrund fiel es den Behörden schwer, ein allgemeines Trageverbot zu rechtfertigen. Die Aneignung und Umdeutung sozialistischer Symbole nutzten auch die Initiatoren der „Friedensfahrt ohne Sieger“, eine hintersinnige Anspielung sowohl auf das gleichnamige sozialistische Radrennen – mit Sieger wohlgermerkt – als auch auf die fragwürdige, weil einseitige SED-Sicherheits- und Friedenspolitik.

Diese bunte Vielfalt an Organisationen und Aktionen erlebten die Beteiligten als „vortreffliche Schule der Demokratie“. <sup>30</sup> Damit waren wesentliche soziale und kommunikative Voraussetzungen für die Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit im Sommer und Herbst des Jahres 1989 geschaffen. <sup>31</sup> Die sozialistische Obrigkeit reagierte jahrelang ähnlich hilflos wie in jenen entscheidenden letzten Monaten ihrer Existenz.

### 5. Die friedliche Revolution – Lehrstück politischer Kommunikation

Gegen Ende der 1980er Jahre hatte sich die ökonomische Lage dramatisch zugespitzt, ökologische Schäden erforderten neue Maßnahmen, Friedenspolitik und Menschenrechte drängten in den Vordergrund, eine erwachende Zivilgesellschaft forderte Dialogbereitschaft und aus den sozialistischen Bruderstaaten schwappten Reformgedanken in die umfriedete DDR. All dies focht die SED-Führung dem äußeren Anschein nach nicht weiter an. Sie lebte weiter in ihrer Parallelwelt und hielt unbeirrt an überkommenen Inhalten und Formen öffentlicher Kommunikation fest.

Die Endphase des SED-Regimes lässt sich durchaus als Lehrstück misslungener politischer Rhetorik lesen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Angesprochen auf „Glasnost“ und „Perestroika“ wies Chefideologe Kurt Hager gegenüber dem Wochenmagazin STERN im April 1987 die Notwendigkeit von Reformen in der DDR zurück. Er würde seine Wohnung nicht renovieren, nur weil der Nachbar, sprich die Sowjetunion, seine Wohnung neu tapeziere, so Hagers krude Heimwerkeranalogie. <sup>32</sup> Quittierte man seine Uneinsichtigkeit noch mit stillschweigendem Kopfschütteln, so machte sich anlässlich der gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 lautstarke Empörung breit. Für das verlogene „98 % + x“-Ritual zeichnete mit Wahlkommissionsleiter Egon Krenz ein weiterer SED-„Hoffnungsträger“ verantwortlich. Allerdings galt Honeckers Kronprinz im Volk als unbeliebter Karrierist und Apparatschik, dem wegen der Wahlfälschung kaum ernsthafte Reformbereitschaft zugetraut wurde. Spätestens nachdem er Verständnis für die „chinesische Lösung“ <sup>33</sup> geäußert hatte, war er in den Augen der Opposition als Verhandlungspartner unannehmbar geworden. Das dritte Beispiel fehlgeleiteter politischer Rhetorik erinnert an Erich Honeckers verbales Nachtreten gegenüber den Ausreisenden aus den besetzten Botschaften in Prag und Budapest. Man möge ihnen „keine Träne nachweinen“, so der SED-Generalsekretär, da die Ausreisewilligen „die moralischen Werte des Sozialismus mit

<sup>30</sup> BELEITES, Michael: Einführung, in: DERS. (Hg.): Pflanzzeit. Stationen der kirchlichen Umweltbewegung in der DDR. Bilder einer Ausstellung, Wittenberg 1999, S. 4f., hier S. 5.

<sup>31</sup> GERHARDS, Jürgen/ NEIDHARD, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: MÜLLER-DOHRN, Stefan/ NEUMANN-BRAUN, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation, Oldenburg 1991, S. 31–90, hier S. 34f.

<sup>32</sup> STERN vom 9. April 1987, S. 26ff.; auch in Neues Deutschland, 42. Jg., Nr. 85 vom 10. April 1987, S. 3.

<sup>33</sup> Darunter verstand man die blutige Niederschlagung von öffentlichen Protesten, wie sie die chinesische Führung am 3. und 4. Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz in Peking praktiziert hatte.

Füßen getreten“ hätten.<sup>34</sup> Gewiss, es war nur der zynische Nachruf eines alten, verbitterten Mannes, trotzdem verletzte er die zurückbleibenden Freunde und Verwandten zutiefst. Man hatte bei der SED-Führungsriege den Eindruck, dass Altersstarrsinn zur politischen Maxime erhoben worden war. Dass sich dahinter Rat- und Hilfslosigkeit verbarg, wurde rasch klar – spätestens als Erich Mielke im November 1989 sein absurdes Liebesgeständnis den Abgeordneten der Volkskammer, ja der gesamten DDR-Bevölkerung via Fernsehübertragung kundtat.

Auch wenn mit einer geschickten Öffentlichkeitsarbeit das SED-Regime in der bisherigen Form kaum zu retten gewesen wäre, spielte die völlig verfehlte Kommunikation eine wichtige Rolle während der Ereignisse der Jahre 1989/90. Jeder öffentliche Fauxpas der politisch Verantwortlichen goss weiteres Öl ins Feuer der allgemeinen Missstimmung, empörte die breite Masse und brachte auch jene auf die Straße, die sich als eigentlich unpolitisch betrachteten. Jede verbale Entgleisung, jede gewaltsame Überreaktion trug mit dazu bei, dass den Bürgerrechtlern im Herbst 1989 genau das zuteil wurde, was ihnen all die Jahre zuvor vorenthalten blieb: Massenzulauf.

In dem Maße, in dem das Regime auf offene Ablehnung stieß, gewann die Bürgerrechtsbewegung an öffentlicher Zustimmung. Dazu trugen vor allem ihre in Form und Inhalt ebenso erfrischenden wie glaubwürdigen Botschaften bei. Den Solidaritätsbekundungen der SED-Führung an die chinesischen Genossen nach dem Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens setzte sie Trommelfasten und Gebetskreise entgegen. Dem harten Prügeleinsatz informeller und formeller Sicherheitskräfte antworteten sie mit dem Aufruf zur Gewaltlosigkeit und setzten damit auf das Erfolgsrezept von Mahatma Gandhi und Martin Luther King jr. Die amtliche Berichterstattung, welche die Proteste erst verschwieg und dann verleumdete, entkräfteten sie mit Massendemonstrationen und klaren Forderungen.

Die Kontrapunkte waren deutlich gesetzt und überzeugten schließlich auch jene, die sich im System eingerichtet hatten. Gegen die Lüge setzte man unbequeme Fragen und Wahrheiten, verknöcherten, humorlosen Parteiphrasen begegnete man mit origineller, bis-siger, ja bisweilen witziger Ironie. Dabei kehrte sich so mancher Spruch gegen seinen Urheber, etwa wenn auf einer Leipziger Montagsdemonstration das Spruchband zu lesen war: „Die Demokratie in ihrem Lauf, hält weder Ochs‘ noch Esel auf.“ Das war zwar ebenfalls ein Knüttelvers, aber er sollte sich bewahrheiten – zumindest im Herbst des Jahres 1989.

<sup>34</sup> Abgedruckt in Neues Deutschland, 44. Jg., Nr. 232 vom 2. Oktober 1989, S. 2.

# Exotisches Westfalen<sup>1</sup>

Mareike Menne

Die Suche nach Exotischem<sup>2</sup> in das vormoderne Westfalen<sup>3</sup> zu verlegen scheint zunächst dem wissenschaftlichen und politischen Mainstream geschuldet zu sein. Eine Reihe von Faktoren lässt die Untersuchung von Exotischem in Westfalen befremdlich erscheinen. Anders als in Frankreich, Sachsen oder Bayern gab es hier im 17. und 18. Jahrhundert keine zentralen Höfe, an denen Exotisches in Architektur und Repräsentationskonzepte stilprägend hätte aufgenommen werden können. Die vornehmlich durch geistliche Herrschaften geprägte politische Landschaft folgte, so lautet zumindest derzeit noch der Konsens, anderen Repräsentationsstrategien als weltliche Fürstentümer. Ein Element von *Langer Dauer* sind die bodenständige westfälische Identität und Tradition, die ihre Weltläufigkeit eher aus sich selbst heraus gewinnen.

Der vorliegende Aufsatz zielt daher zunächst auf eine Bestandsaufnahme, die, dies sei vorweggenommen, aufgrund der nun endlich erschlossenen Wege zu den Quellen, vorläufig und unvollständig sein muss<sup>4</sup>, aber wesentliche Strukturen und Charakteristika freilegen kann. Ich frage, welche Exotika auf welchen Wegen zum wem in Westfalen kamen und welche Funktion sie einnehmen bzw. welche Wirkung sie entfalten konnten. Auch hier sei darauf verwiesen, dass der vorliegende Text ein Türöffner ist, der noch nicht problem-

<sup>1</sup> Diese Studie ist Teil eines größeren Forschungsprojekts: China als diskursive Praxis in der Spätphase des Alten Reiches (siehe die Kurzbeschreibung unter <http://mareikemenne.de/images/pdf/chinaalsdiskursivepraxis.pdf>, 31.8.10).

Es wird gefördert von der Gerda-Henkel-Stiftung und der Universität Paderborn. Mein herzlicher Dank gilt zudem Benita Wister, Graz, die mir aus ihrer Forschung zur Verbreitung der Schokolade in Westfalen viele Daten zur Verfügung stellte.

<sup>2</sup> Unter „Exotisch“ verstehe ich sowohl – wie in der heutige Alltagssprache – fremdländische, in Westfalen nicht endogene Tiere und Pflanzen bzw. von jenen stammende Naturalia in Sammlungen als auch Artefakte, die aus nicht europäischen Kulturen stammten. Weiterhin verstehe ich unter Exotika auch Produkte aus europäischer Eigenproduktion, die bewusst und kreativ mit dem Fremden oder Verfremdenden arbeiten, wie etwa Chinoiserien oder Turquerien. Die in den Quellen häufig verwendete Bezeichnung als „indianisch“ kann als unreflektierte Benennung aller Teile der neuen Welt und Asiens verstanden werden; indisch, chinesisches, indianisch wurden nicht immer getrennt, auch wenn im zeitgenössischen wissenschaftlichen Diskurs natürlich ein Verständnis für die jeweilige Verortung vorlag. Hinzukommt, dass in Europa die Provenienz z. B. von Waren nicht immer klar geschieden werden konnte. So wurden etwa Stücke, die die Chinamode befriedigen sollten, nicht nur in China und Europa hergestellt, sondern auch in der Gegend, die heute Mexiko ist – wohlgemerkt: als „chinesisch“! Insofern konnte das „Chinesische“ durchaus „indianisch“ im heutigen Sinne sein. Auskunft von Benita Wister, Graz.

<sup>3</sup> Unter „Westfalen“ verstehe ich hier das Gebiet, das die Grafschaft Lippe, die Abtei Corvey, das Hochstift Paderborn, die Grafschaft Mark, die Freie Reichsstadt Dortmund, die Grafschaft Nassau-Siegen, die zu Brandenburg gehörigen Territorien Ravensberg und das ehemalige Hochstift Minden, das Oberstift Münster, die Grafschaften Bentheim, Steinfurt und Tecklenburg, die Enklave Gemen, das Herzogtum Westfalen (zu Kurköln) und die Herrschaft Rheda umfasst.

<sup>4</sup> Gern nehme ich Hinweise auf weitere, hier nicht erwähnte Stücke und Sammlungen entgegen.

orientiert alle Erscheinungen einordnet und hinterfragt – dies wird eine größere Arbeit in der Zukunft leisten.

Die Exotik der Frühen Neuzeit und insbesondere die Chinoiserie wird meist als „Mode“ bezeichnet. Abgesehen davon, dass die herkömmliche Geschichtswissenschaft Phänomene wie „Mode“ aufgrund ihrer scheinbaren Politikferne nicht behandelt, ist sie insbesondere wegen ihrer Kurzlebigkeit für Historiker meist uninteressant. Am Beispiel der Exotikmode lässt sich gut ablesen, in welchen Fällen es sich tatsächlich um kurzlebige Erscheinungen handelte: etwa in Fragen der konkreten Ausstattung (auch wenn sie den Sammler überdauerte) oder der jeweiligen Innen- und Außengestaltung. Die Einbettung der Exotika in Raumprogramme und -bezüge ist bereits nicht mehr isoliert unter der Frage nach Individualität und Mode zu beantworten: Mit dem Ende der Ständegesellschaft war notwendig auch das vormoderne höfische Zeremoniell in Hauptraumfolgen überholt. Folglich kam auch den in den jeweiligen Räumen verwendeten exotischen Accessoires und der in der Ausstattung zum Ausdruck gebrachte Geschmack keine ständisch-repräsentative – und damit politische, soziale – Funktion mehr zu.

Von *Langer Dauer* hingegen waren überständische Wandlungsprozesse in Wahrnehmung und Wissenshaushalt. Die neuen Waren und Artefakte erweiterten den Geschmackssinn um Bitternoten (Kaffee), eine ungewohnte Schärfe (Chili, Ingwer) und Süße (Zucker), ließen dank Gewürzen und Pflanzen neue Gerüche Einzug halten, erlaubten das Gefühl glatter, kühler Oberflächen an Lack, Seide und Porzellan, veränderten das Sehen von Landschaft mit der Gestaltung von Gärten und bereicherten das Gehör um Sprachen oder auch neue Instrumente und Windspiele wie Glocken. Die Verfügbarkeit und der Handel mit den späteren „Kolonialwaren“, der ständeübergreifende Konsum von überseeischen Produkten zogen eine Konsumentenrevolution<sup>5</sup> nach sich. Die hohe Mobilität von Menschen und Gütern und die steigende Zahl der Medien erlaubten es immer mehr Menschen, nicht nur über die Welt belehrt zu werden, sondern selbst Welt zu erfahren – sei es durch die eigene Reise, sei es im Konsum oder in der Lektüre. Insofern korrespondiert der Wissenserwerb über die Reise- und Konsumerfahrung mit der in der wissenschaftlichen Revolution postulierten Empirie und erweiterte so das scholastisch und hermeneutisch erzeugte Wissen auch außerhalb der Akademien.

Und Westfalen? Ein zentraler, dynastisch geführter Hof fehlte. Daher bildete sich nicht, wie dies in anderen Teilen des Reiches oder auch in Frankreich war, ein klarer Stil oder ein eindeutiger Formenkanon heraus. Die analytische Schwierigkeit liegt in der Menge der scheinbar bezugslosen exotischen und chinesisches Elemente und Anspielungen, denen so eben keine eindeutige Funktion oder Bedeutung zugeschrieben werden kann. Der Erkenntnisgewinn für eine tiefgehende Analyse wird darin liegen, einerseits auch die Rezeptionsbedingungen im Umfeld außerwestfälischer prägender Höfe und Persönlich-

<sup>5</sup> COOK, Harold J.: *Matters of Exchange. Commerce, Medicine, and Science in the Dutch Golden Age*, New Haven/ London 2007, S. 13f., 39.



keiten mehr Dimensionen als das Zitat der Mächtigen und Prächtigen bereitzustellen, andererseits Westfalens Vielfalt und Weltoffenheit vergangener Zeiten zu erkennen.

### Rezeptionsgruppen und Rezeptionsbedingungen

#### *Geistliche Herrscher*

Besichtigt man heute die fürstbischöflichen Residenzen fällt zunächst auf, dass sie keinerlei Exotik ausstrahlen. Schloss Neuhaus, die Residenz Münster und die Abtei Corvey sind frei von Chinesen- oder Porzellankabinetten, Chinoiserien im Stuck oder „indianischen“ Gartenhäuschen.

An dieser Stelle ist es zunächst wenig hilfreich, die Frage nach der Zusammensetzung der Doppelrolle Fürst-Bischof, Fürst-Abt und Fürstin Äbtissin zu stellen; nicht also das Handeln dieser Potentaten in seiner spirituellen Dimension wird hier thematisiert (dazu unten mehr). Die politische Landschaft Westfalens mit seinen dominanten geistlichen Herrschaften ist u. a. davon gezeichnet, dass es keine kulturelle „westfälische“ Hegemonie gab, die sich bei einem Landesherrn entfaltete. Bistumskumulationen der Fürstbischöfe, eine für den Untersuchungszeitraum dominante Besetzung der Bischofsstühle mit bayerischen Prinzen, die Westfalen und Kurköln als Sekundogenitur erscheinen lassen, nach dem jülich-kleveschen Erbfolgestreit waren das Bistum Minden, Ravensberg und Berg faktisch brandenburgische Filialstaaten – dies waren Faktoren dafür, dass sich kein kulturell prägender, hegemonialer Hof in Westfalen herausbildete. Hinzu kam, dass, ausgehend von den geistlichen Staaten als Wahlstaaten, Residenzen den Fürstbischöfen prinzipiell für ihre Amtszeit bzw. für ihr Amt zur Verfügung standen. Deren Innenausstattung war zwar nicht unerheblich, jedoch in ihrer Komposition nicht auf Dauer angelegt. Wenn Fürstbischöfe überhaupt den Bau der Residenz in ihr politisches Programm aufnahmen, so galt ihr Interesse in der Regel dem dauerhaft Sichtbaren, dem, was für die Zukunft mit ihrer Regentschaft oder Persönlichkeit verbunden werden konnte: dem Schloss selbst, der Fassade, vielleicht dem Garten und der Raumfolge. Mitnichten waren sie jedoch dauernde Wohnorte einer Familie bzw. einer Dynastie. Entsprechend fehlt eine Ausstattung, die einem persönlich gezeugten, ausgewählten, ausgebildeten Nachfolger übergeben werden konnte. Legten geistliche Herrscher doch Wert auf die Ausstattung, wie etwa Clemens August von Bayern (1700–1761), so verblieben die Objekte nach dem Tod des Regenten und damit dem Neubezug der Residenz in der Regel nicht dort, sondern wurden an externe Personen vererbt oder veräußert. An weltlichen Höfen hingegen zeigt sich eine Dynamik im Sammelbestand: Unterschiedliche Generationen trugen dazu bei, gleichfalls wurden Stücke vererbt, veräußert, verloren oder verließen in Mitgiften das Haus. Deren Anschaffung allerdings reflektierte nicht zwangsläufig, dass die Residenz als Aufstellungsort des Stücks nur einen zeitlich begrenzten Rahmen bieten würde. Eine repräsentative Zurschaustellung exotischer Gegenstände – etwa Lackschränke, Porzellanvasen, Pflanzen – war Ausdruck der fürstlichen Persönlichkeit, Individualität, insbesondere aber auch seines Besitzes und „Geschmacks“, womit weniger persönliche Liebhaberei als Kennerschaft

und Marktpotenz gemeint ist – und damit Element von Staatsräson.<sup>6</sup> Zudem brachten oft die Ehefrauen Exotika als Mitgift oder ihren Besitz mit an die Höfe. Dieser Akquiseweg entfiel für die fürstbischöflichen Residenzen. Letztens weisen weltliche Residenzen verstärkt exotische und chinoise Elemente in den Räumen der Fürstin auf. Mit dem Fehlen der Fürstinnenappartements hatten geistliche Residenzen somit auch nur ein eingegrenztes Raumrepertoire zur Gestaltung zur Verfügung.

Die Residenzen waren für die Fürstbischöfe folglich in der Regel keine Wohnräume auf Dauer, sondern lediglich „Amtssitz“. Zudem waren die Residenzen in Münster und Paderborn z. B. für Clemens August nur Nebenresidenzen. Der heutige Zustand ist entsprechend das Resultat von Veräußerungen und Vererbungen in andere Häuser, neugestaltenden Nachfolgern und natürlich der Säkularisation. Entsprechend wenig Auskunft gibt die Innenausstattung über die Persönlichkeit der Amtsträger. Letztlich auch, weil die Fürstbischöfe über „private“ Wohnsitze oder Familienschlösser verfügen konnten, war ihnen, im Gegensatz zum weltlichen Herrscher, eine Trennung von persönlichem, dynastischem und Arbeitsbereich möglich. Geistliche Herrscher engagierten sich durchaus in Exotika, doch blieben sie nicht am Ort. Christoph Bernhard von Galen brachte eine bemerkenswerte Sammlung an Porzellan- und Lackwaren sowie an Chinoiserien zusammen und vereinigte sie in Haus Assen.<sup>7</sup> Die Rechnungen und Quittungen weisen darüber hinaus auch den Kauf bzw. die Beauftragung exotischer Kleidungsstücke auf: 1677 kaufte er in Hamburg einen „japonischen nachtrock“,<sup>8</sup> bereits 1664 hatte er in Wien „1 Stück Japponische Watta“ gekauft.<sup>9</sup> Auch die Fürstäbtissin Hedwig Sophie von Holstein zu Herford besaß chinesisches Dekor: „neun verguldete Consolen mit Neun Aufsätzen von Indianisch Porcellainen Figuren“, „die gemahlte Tapete von Wachstuch graue Grund mit indianischen Figuren“ und „Neun Figuren von Indianischen Porcellain übers Camin“. Außerdem hinterließ sie zahlreiches Geschirr „an indianischen Porcellain“. <sup>10</sup> Dass exotische Pflanzen auch in „Nebenresidenzen“ wie Neuhaus beliebt und wichtig waren, zeigt ein minutiöser zeitgenössischer Bericht, der alle Phasen schildert, wie in der Nacht vom 22. zum 23. 7. 1767 in der Orangerie zu Schloss Neuhaus eine Silberkerze („*Cereus major serpens americanus*“, heute *Cleistocactus serpens*) blühte und wieder abstarb.<sup>11</sup> Auch für die Residenz Münster sind im Nachlassinventar Maximilian Friedrichs

<sup>6</sup> Zur Rolle des Geschmacks siehe COOK, *Matters of Exchange*, S. 14f., GADAMER, Hans-Georg: *Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik. Gesammelte Werke 1*, Tübingen 1990, S. 40.

<sup>7</sup> Siehe Kat. Sotheby's: *The Graf von Galen Collection from Haus Assen*, Amsterdam 2004, bes. S. 29–41

<sup>8</sup> Vereinigte Westfälische Adelsarchive [= VWA], Archiv Assen, Landessachen, Rechnungen und Quittungen von Christoph Bernhard von Galen, Nr. 626.

<sup>9</sup> Ebd. Nr. 634.

<sup>10</sup> Landesarchiv Münster [= LAM], Fürstabtei Herford, Akten Nr. 226.

<sup>11</sup> Altertumsverein Paderborn, *Chronik von Schloss Neuhaus von 1793*, Akta 88, Kap. 4, Ziff. 35, nach SCHOPF, Regine von: *Barockgärten in Westfalen*, Worms 1988, S. 147.

„indianische“ Tapeten verzeichnet.<sup>12</sup> Für die Abtei Corvey ist ein als fürstbistliches Teehaus und Orangerie genutztes Gebäude, entworfen von Franz Christoph Nagel, belegt.<sup>13</sup>

Außerhalb Westfalens hingegen wurden exotische Elemente intensiver in das Raumkonzept geistlicher Potentaten integriert. Die Chinoiserien und Exotika in den Brühler Schlössern samt indianischem Haus haben sowohl semi-offiziellen (Falkenlust) bzw. repräsentativen, wenn auch der Hauptraumfolge untergeordneten Charakter (indianisches Haus im Garten). Die Würzburger Residenz wartet gar mit dem Spiegelkabinett im Staatsappartement mit einem Schatzkasten an Exotika im Herzen der Staatsgemächer auf.

Wir können für Westfalen also festhalten: Auch geistliche Herrscher nahmen an Chinamode und Exotik teil. Es war jedoch in der Regel nicht Teil ihres Amtes und somit auch nicht Teil der Staatsräson. Exotika zählten in den Bereich des Persönlichen, „privaten“, auch in „Zwischenräume“. Fürstbischöfliche Herrschaft in Westfalen bot diesen Bereich nicht oder in der Regel nicht an.

#### *Weltliche Herrscher und Adel*

Im westfälischen Adel war alles an Exotika vorhanden, was der vormoderne Markt anbot. Heute allerdings ist es schwierig, die Provenienz der Stücke zu bestimmen bzw. die Ausstattung zu einem bestimmten Zeitpunkt nachzuvollziehen; zu hoch ist die Fluktuation der Objekte, die zum einen durch familiäre Veränderungen wie Hochzeiten, weiterhin durch Umzüge bzw. Aufenthalte an Nebenwohnsitzen, Verlust, Zerstörung, Tausch, Ersatz usw. aus den Quellen und aus dem Sammlungsbestand verschwinden. Exotische Stücke dienten nicht nur zum Dekor, sondern waren auch Nutzgegenstände; deutlich wird dies z. B. an der Verwendung des Porzellans, auch Lebensmittel wurden selbstverständlich verspeist. An allen westfälischen Adelshöfen lässt sich für das 18. Jahrhundert Porzellan nachweisen. Gleichfalls wurden, abgesehen von wenigen Ausnahmen, an allen Höfen exotische Heißgetränke, in der Regel Kaffee, oft Tee, selten Schokolade, konsumiert. Auch die hohe Zahl von Orangerien weist auf einen hohen Stellenwert und eine recht weite Verbreitung exotischer Pflanzen hin (s.u.). Ausnahmen hingegen waren Lackwaren, die erst ab ca. 1800 eine weitere Verbreitung finden.

Das Wissen und der Bezug der fremden Gegenstände speisten sich aus unterschiedlichen Quellen. Eigene Reisen stellten unmittelbare Erfahrungen sowohl vom Handel mit außereuropäischen Produkten als auch deren Einbettung in die bürgerliche Kultur der niederländischen Städte und höfische Kreise in Frankreich dar, die Orientierung und Inspiration bieten konnten.<sup>14</sup> Auch die mittlerweile in hohen Auflagen verfügbare, aber in

<sup>12</sup> LAM Fürstbistum Münster, Kabinettsregistratur, Br. 108.

<sup>13</sup> BUFE, Thomas: Gartenreise. Ein Führer durch Gärten und Parks in Ostwestfalen-Lippe, Münster 2000, S. 191.

<sup>14</sup> Neben den Reisen der von Bentheim-Tecklenburg sind in den VWA Reisen des Hermann Otto II. von Landsberg-Velen zu Gemen nach England, in die Niederlande, nach Wien und nach Italien um

ihrer gesamten Anzahl überschaubare Fachliteratur zur Innenausstattung, Architektur und zum Gartenbau, meist mit Kupferstichbeigaben versehen, wurde im westfälischen Adel rezipiert. Gegenseitige Besuche und nicht zuletzt familiäre Verbindungen wie Eheschließungen stellten nicht nur dynastische Stabilität und Repräsentationsplattformen dar,<sup>15</sup> sondern brachten auch in kreativen Belangen „frisches Blut“ in die Gestaltungsplanung des eigenen Wohnsitzes. Aus den untersuchten Quellen lässt sich ablesen, dass alle verfügbaren Kanäle für Waren und Informationen genutzt wurden: Reichsgrenzen- und konfessionsübergreifend, Hamburg und Bremen, lokale Händler, eigene Korrespondenten in Amsterdam und Harlem, die Netze der Händler nach Frankreich und Italien, eigene Aufenthalte, z. B. in Wien. Sie orientierten, kauften und bedienten sich also überall, wo es möglich war – bereits der Erwerb exotischer Objekte hing stark von Engagement und der Kenntnis der Erwerbswege ab. Stellten allerdings die lokalen Strukturen bereits überseeische Produkte wie Kaffee, Tee und Porzellan zur Verfügung, zählten diese Produkte zur Grundausrüstung eines einigermaßen repräsentativen Hauses und verfügten kaum noch über den Reiz des Seltenen, Außergewöhnlichen, Unbekannten. Diese Funktion mussten entsprechend neue Objekte, Eigenkreationen oder eine veränderte Nutzung übernehmen, wie die Verwendung von Dekor- zu Nutzzwecken.

Porzellan kann folglich für eigentlich alle Höfe im 18. Jahrhundert angenommen werden. Das laut Inventar von Haus Rheder für 1772 gelistete Porzellan weist einerseits auf veränderte Tischsitten, nämlich die Integration der exotischen Heißgetränke und die Verwendung von Porzellan für alle Gänge, andererseits auch schon auf eine differenzierte Benutzung des Materials hin:

„An porcellain: ein feines service blau und goldt für die tafell. Ein Caffee service blau und weiß. [...] Im Saal [...] auf denen caminen porcellain figuren auff jedem 5 [...] Im blauen Zimmer am Saal [...] 1 kleiner theetisch [...] Im gelben Zimmer Tapet gelb pekin. [...] ein roth laquirter theetisch [...]“<sup>16</sup>

Auch am Hof Rheda wurde zwischen Dekor- und Nutzporzellan unterschieden, ein Inventar aus dem 19. Jahrhundert belegt zudem, dass das Porzellan sowohl aus der Fürsten-

1700 überliefert, Alexander von Velen reiste 1673 nach Italien und 1675 nach Den Haag bzw. in die Niederlande und nach Rom. Von Plettenberg reiste 1736/37 nach Wien und Rom, Franz Otto und Clemens August von Korff gen. Schmising zu Tatenhausen reisten 1738 gleichfalls nach Rom (siehe BENTHEIM-TECKLENBURG, Maximilian Prinz zu: *The Diary and the Patronage of Count Adolph of Bentheim-Tecklenburg and Steinfurt*, in: <http://www.fuerst-bentheim.de/graf-adolf> [2.9.10]. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 2867, 3631 und 35216. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Gemen), Akten Nr. 30388, 30389 und 33168. VWA Nordkirchen Nr. 12883 und 14363. VWA Tatenhausen, Akten Nr. 58).

<sup>15</sup> EYINK, Schloßgarten Rheda, S. 6.

<sup>16</sup> VWA Rheder, Akten Nr. 2523.

berger Manufaktur als auch aus Meissen und Sèvres stammte.<sup>17</sup> Chinesische und japanische Stücke und Dekore werden in dem Inventar nicht erwähnt.

Lackwaren wurden verstärkt erst in den Dokumenten des 19. Jahrhunderts erwähnt; folglich können sie als nicht selbstverständlich für die Vormoderne angenommen werden. Hervorzuheben ist hier das nach Osten gerichtete, ursprünglich als Frühstücksraum verwendete schwarz-goldenes Lackkabinett zu Tatenhausen, das mit einer Entstehung in den 1720er Jahren eines der ältesten und in der Vollständigkeit des Ensembles selten in Mitteleuropa sein müsste. Auf die Seidentapeten, die die Lacktafeln ergänzten, lassen die Rahmen schließen. Ein Lackschrank gleichen Dekors, allerdings mit europäischem Fuß (also vermutlich eine Verarbeitung der Lackplatten in Europa) ist ebenfalls erhalten. Hervorragend lässt sich am Beispiel dieses Kabinetts das Streben nach Vollständigkeit ablesen: Ein Ofen mit vermutlich niederländischen Kacheln, die chinoise Szenen zeigen, ist in den Raum eingebaut. Zu einem Zeitpunkt, zu dem Elektrizität Einzug in das Schloss hielt, ergänzte man auch das Chinesenkabinett um eine schwarzgoldlackierte Lampe. Und von 1797 stammt eine Stickerei, die einen Chinesen mit einer Feder darstellt.<sup>18</sup>

Weiterhin weist Schloss Vinsebeck bemerkenswerte Exotismen auf. Neben den italienischen und französischen Bezügen im Driburger, Italienischen und Grünen Zimmer verwendete Justus Wehner 1720 chinoise und exotische Anspielungen im Mohrenkabinett und Chinesenzimmer.<sup>19</sup> Zwar nicht explizit als „Chinesenkabinette“ bezeichnet, aber dennoch mit chinesischem Tapeten ausgestattet waren zwei Räume auf Schloss Lembeck.

Der Park zu Schloss Rheder zählt heute noch zu den bedeutenden Landschaftsgärten Westfalens. Clemens August von Mengersen interessierte sich offensichtlich persönlich und intensiv für dessen Gestaltung, wie der Bezug des „Ideenmagazin für Liebhaber von Gärten, Englischen Anlagen und für Besitzer von Landgütern“ belegt. Die Ausgaben enthalten viele Vorschläge für Gartenelemente in „Sinesischen Geschmacksmanieren“<sup>20</sup>. Bemerkenswert ist jedoch weniger diese Auswahl der Herausgeber als vielmehr der Umstand, dass die prominentesten Entwürfe aus den Heften herausgenommen wurden (wobei es sich aufgrund der wiederkehrenden Motive kaum um zufälligen Verlust handelt). In Nr. VII fehlt der Plan eines Gartens, in den ein „Kleiner Chinesischer Pavillon mit fremden Bäumchen und Blumenplätzen umgeben“ integriert werden sollte. In Nr. XVI fehlt die „Beschreibung eines Gebäudes für eine Reitmaschine, Dach im chinesischem Styl [...] an den Ecken mit Schellen verziert, welche vom Winde bewegt werden können.“<sup>21</sup> In Nr. XXI fehlen die Abbildungen I und IX, in Nr. IV die Abb. I. Bemerkenswert ist: Die aufgeführten Lücken sind alle Fehlstellen dieses Bestands, was auf eine systematische Herausnahme von Elementen im „chinesischen Styl“ verweist. Ob die Blätter zur Umsetzung

<sup>17</sup> VWA Rheda VII Nr. 1650.

<sup>18</sup> Freundliche Auskunft von Birgit Baronin Teuffel zu Birkensee.

<sup>19</sup> Vgl. BÁLINT, Kreis Höxter.

<sup>20</sup> VWA Rheder, Akten Nr. 1640 No. VII, Leipzig 1796, Titelblatt.

<sup>21</sup> Ebd., Akten Nr. 1641, Abb. X.

oder Diskussion weitergereicht wurden, selbst als Dekoration (es handelte sich z. T. um kolorierte Stiche) die Räume schmückten oder es doch Zufall ist, muss offen bleiben.

Das Bagno in Steinfurt, ab 1780 zu einem englischen Landschaftsgarten ausgebaut, hatte gleichfalls orientalische und fernöstliche Elemente wie einen chinesischen Palais, eine türkische Moschee und einen ägyptischen Turm. Auch exotische Bäume wurden angepflanzt. Außergewöhnlich war zudem, dass die Anlage vom Landesherrn für die Allgemeinheit zugänglich gemacht wurde.<sup>22</sup> Chinesische Teehäuschen gab es zudem im Park von Schloss Bodelschwingh.<sup>23</sup> Exotische Pflanzen (s. a. unten, Abschnitt zur Orangerie) waren insgesamt an den Höfen sehr beliebt. Pflanzlisten von fünf Schlössern erwähnen fast 100 verschiedene Arten; in Rheda zog man während der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts laut Inventarien Zitronen- und Orangenbäume, Granatäpfel, Agaven, Feigen, Oleander und Lorbeerbäume.<sup>24</sup> Dass diese Pflege auch ökonomisch genutzt wurde, zeigt der Verkauf von Orangenblüten im Jahr 1733.<sup>25</sup> Über die Einfuhr der Pflanzen ist recht wenig bekannt; der Import über Bremen und die Entsendung des Gärtners von Welbergen 1740 zum Pflanzenkauf nach Amsterdam und Harlem sind belegt.<sup>26</sup>

<sup>22</sup> STRICKLING, Hildegard: Das Bagno in Steinfurt: ein Gang durch den historischen Park in seiner Blütezeit, Steinfurt 2004.

<sup>23</sup> Freundliche Auskunft von Dr. Mireta von Gerlach.

<sup>24</sup> Die ausführlichsten Listen stammen aus dem Archiv Schwarzenraben, vgl. SCHOPF, Barockgärten, S. 225. Zu Rheda EYINK, Schlossgarten Rheda, S. 20.

<sup>25</sup> EYINK, Schlossgarten Rheda, S. 20.

<sup>26</sup> StadtA Bielefeld, Bestand Hüffe, Akte Nr. 140, nach SCHOPF: Barockgärten, S. 216.

## Liste exotischer Ausstattungselemente und Naturalien:

28 mal Porzellan,<sup>27</sup> 12 mal Kaffee, Tee etc.,<sup>28</sup> je 8 indianische Nüsse;<sup>29</sup> Lackwaren<sup>30</sup> und Bücher,<sup>31</sup> 6 mal Möbel,<sup>32</sup> 5 mal die Verwendung chinesischer Medizin,<sup>33</sup> je 4 mal Stoffe;<sup>34</sup> „chinesische“ Gartenelemente<sup>35</sup> und „Pommes de China“ – Orangen als Le-

- <sup>27</sup> LAM Familie Raet von Bögelcamp, Akten Nr. 93. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Velen), Akten Nr. 15694, 10373 und 10373. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 7137 und 9437. LAM Verein für Geschichte und Altertumskunde, Sammlung Tyrell 43/45. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Gemen), Akten Nr. 30009 und 11209. LAM Fürstabtei Herford, Landesarchiv, Akten Nr. 226. VWA Tatenhausen, Keuschenburg, K 217 und heutiger Bestand. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Pröbsting), Akten Nr. 11771. VWA Lembeck W, Akten 1, Nr. 154 und 1029. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Wocklum), Akten Nr. 17061. LAM Fürstbistum Münster, Kabinettsregistratur Nr. 2188. LAM Fürstbistum Münster, Kabinettsregistratur, Br. 108. VWA Rheder, Akten 1, Nr. 2716. LAM Gesamtarchiv von Spiegel (Dep.), Akten Nr. 5245. VWA Hülshoff, Akten Nr. 454. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen, Nr. 11771. Detmold: heutiger Bestand in der Residenz. Höllinghofen: heutiger Bestand. Herdringen: heutiger Bestand nach Auskunft von Herrn Jolk. VWA Archiv Haus Rheder, Akten, Nr. 3630 und 2523. VWA Rheda VII, Nr. 1644.
- <sup>28</sup> LAM Gesamtarchiv von Spiegel (Dep.), Akten Nr. 6329. VWA Rheder, Akten 2, Nr. 2641. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Gemen), Akten Nr. 21515 und 18881. LAM Grafschaft Rietberg, Akten Nr. 445. VWA Tatenhausen, Keuschenburg, K 29. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Wewer), Akten Nr. 12774. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 12080. LAM Fürstbistum Münster, Kabinettsregistratur, Nr. 3049. VWA Egelborg, Akten Nr. 1351. LAM Gesamtarchiv von Romberg, Akten Nr. 4626 und 6560.
- <sup>29</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 18444. VWA Stapel, Akten Nr. 57, 195 und 558. LAM Altertumsverein Münster, Handschriften Nr. 386/12. LAM, Stift Busdorf, Paderborn, Akten Nr. 550. LAM Grafschaft Rietberg, Akten Nr. 367. VWA Rheder, Akten 1, Nr. 2964.
- <sup>30</sup> VWA Rheder, Akten Nr. 2523. VWA Rheda E VII 260. Weiter befanden sich Lackschränke in mindestens drei Adelsitzen (Höllinghofen, Tatenhausen [heutiger Bestand], Herdringen [Bestand um 1960, nach den Fernsehspielen Edgar Wallace: Der Fälscher von London, Deutschland 1961; Ders.: Der schwarze Abt, Deutschland 1963]).
- <sup>31</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 7137. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 37419. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 7137. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Erwitte), Akten Nr. 1047. LAM Fürstbistum Paderborn, Kanzlei Nr. 284. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 17866. LAM, Grafschaft Rietberg, Akten, Nr. 948.
- <sup>32</sup> LAM, Grafschaft Rietberg, Akten, Nr. 917. LAM Grafschaft Rietberg, Akten Nr. 367. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 37419. VWA Assen A, Akten 1, Nr. 1399. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Pröbsting), Akten Nr. 11771. LAM Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 37420.
- <sup>33</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Wocklum), Akten Nr. 10613. VWA Tatenhausen, Akten Nr. 151. LAM Altertumsverein Münster, Handschriften 388/4. VWA, Assen, Landessachen Nr. 625. LAM Fürstbistum Münster, Landesarchiv, Militaria, Nr. 200.
- <sup>34</sup> VWA Assen, Landessachen Nr. 634. VWA Nordkirchen, Nr. 14363. VWA Rheder, Akten Nr. 296 und 745.
- <sup>35</sup> Rheder, Steinfurt, Bodelschwingh, Pflanzen in Rheda (EYINK, Hagen P.: Schloßgarten Rheda, Münster 1988, S. 20).

bensmittel,<sup>36</sup> je 2 mal chinesische Wurzel,<sup>37</sup> chinesische Bilder,<sup>38</sup> indianische Kabinette,<sup>39</sup> Süßwaren<sup>40</sup> und indianische Lichter,<sup>41</sup> je 1 indianischer Flitzebogen,<sup>42</sup> chinesischer Schirm,<sup>43</sup> „Cammin-Schirm von Mahony Holtz mit indianischen Figuren“,<sup>44</sup> Tapete<sup>45</sup> und Teetablett,<sup>46</sup> 1 indianische und 2 japanische Decken,<sup>47</sup> 1 indianischer und 2 japanische Nachtröcke,<sup>48</sup> je 1 mal Ziegenhörner,<sup>49</sup> Japan-Haut,<sup>50</sup> Figuren,<sup>51</sup> indianische Hühner,<sup>52</sup> indianisches Leder,<sup>53</sup> je 1 Chinesen- und Mohrenzimmer<sup>54</sup> und 1 mal nicht näher bezeichnete Innenausstattung.<sup>55</sup>

Meines Wissens wurden Exotik, China- und Orientmode für eine Region noch nicht übergreifend für den Adel aufgenommen. Westfalen erweist sich hier als sehr reges Beispiel, aus der sich zwar keine spezifische Formenlehre entwickeln lässt, sich aber zeigt, dass

- a) Exotika und der Umgang mit ihnen auch in Westfalen alltäglich, erschwinglich und fester Teil der Innenausstattung wurden,
- b) es kein ideales Vorbild für eine „richtige“, „normale“ Exotikmode gibt, sondern wir immer auf Eigenkreationen bzw. individuelle Situationen treffen,

<sup>36</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 8318. VWA Assen, Landessachen Nr. 572. VWA Lembeck, Akten 1, Nr. 954.

<sup>37</sup> VWA Hülshoff, Akten Nr. 445. VWA Egelborg, Akten Nr. 273.

<sup>38</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 7137. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 7137.

<sup>39</sup> VWA Lembeck, Akten 1, Nr. 868. Hervorzuheben ist das Lackkabinett auf Schloss Tatenhausen, das laut freundlicher Auskunft von Birgit Baronin von Teuffel-Birkensee aus der Zeit nach 1720 stammt und damit zu den frühen und vollständig erhaltenen Kabinetten zählt. Dieses Kleinod ist unbedingt erhaltenswert.

<sup>40</sup> VWA Tatenhausen, Keuschenburg Nr. K 67.

<sup>41</sup> VWA Egelborg, Akten Nr. 1348. LAM Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 37420.

<sup>42</sup> LAM Grafschaft Rietberg, Akten Nr. 948.

<sup>43</sup> LAM Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 37420.

<sup>44</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen, Nr. 11771.

<sup>45</sup> VWA Rheder, Akten Nr. 2523.

<sup>46</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 37419.

<sup>47</sup> LAM Fürstentum Siegen, Landesarchiv, Akten Nr. 34 E.A. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Falkenhof), Nr. 11590, fol. 13v

<sup>48</sup> LAM Fürstentum Siegen, Landesarchiv, Akten Nr. 34 E.A. VWA Assen, Landessachen Nr. 626. LAM, Grafschaft Rietberg, Akten Nr. 948.

<sup>49</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 9437.

<sup>50</sup> LAM Grafschaft Minden, Landstände Nr. 176.

<sup>51</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Gemen), Akten Nr. 11209.

<sup>52</sup> LAM Archivische Sammlungen, Manuskripte Nr. 45.

<sup>53</sup> VWA Nordkirchen, Nr. 14363.

<sup>54</sup> Vinsebeck, heutiger Bestand.

<sup>55</sup> „Rauchzimmer“ im oberen Geschoss des Hauptflügels Schweckhausen: Chinoiserien mit Zierformen wie rauchenden Figuren und Wasservögeln als Stuckmotiv, nach BALINT, Anna: Burgen, Schlösser und historische Adelsitze im Kreis Höxter, Höxter 2002.



- c) die Persönlichkeit der Bauherren und Sammler sowie ihre Kommunikation mit den beauftragten Architekten, Gärtnern, Kaufleuten ausschlaggebend ist für den „Stil“ der Gesamtanlage und die Zuweisung von Funktion und Platz der Exotika,<sup>56</sup>
- d) der regionale Adel, auch in Ermangelung eines zentralen Hofes, die Stelle des Kulturhegemonen übernahm.

Kulturhegemonie in Westfalen war folglich kein bestimmtes Konzept, kein konkreter Inhalt, keine eindeutige Form. Es war eher ein Habitus, sensibel für Strömungen zu sein, sie aufzunehmen, sie zu adaptieren, kreativ mit ihnen und den eigenen Mitteln umzugehen. Ausschlaggebend für die Anschaffung und die Energie, die in den Erwerb oder die stete Ergänzung der Sammlung gesteckt wurde, war das persönliche Interesse der Sammler, doch kamen weitere Motive hinzu: die Verfügbarkeit von Waren, die Gelegenheit, Sammlungen aufzustellen oder Landschaft zu gestalten, finanzielle Mittel, Architektur- oder Gärtnerkompetenz, der eigene Aufenthaltsort, die politischen Rahmenbedingungen.

#### *Geistlichkeit*

Wie bereits gezeigt war auch die Geistlichkeit nicht von persönlichem Interesse an exotischen Waren und Lebensmitteln gefeilt. Wie auch dargestellt ist dies nicht immer an dem heutigen Zustand ihrer Residenzen zu erkennen. Darüber hinaus spielte die Geistlichkeit jedoch eine eigene Rolle in der europäischen Expansion und arbeitete ihrerseits auf mehr als einer Ebene mit ihren Phänomenen. Bereits der Paderborner Fürstbischof Dietrich Adolf von der Recke scheint sich für die asiatischen Religionen interessiert zu haben, wie die Erwähnung von „De religione japonia“ in seinem Nachlass belegt.<sup>57</sup> Leider wissen wir nichts über seine Motive oder die Verarbeitung der in dem Werk enthaltenen Informationen.

Das „weltumspannende“ Denken seines Nachfolgers Ferdinand von Fürstenberg ist hingegen deutlicher motiviert und kann insgesamt dem Bild des „gelehrten“ Fürstbischofs zugeschrieben werden. Seine Chinamission, die, wie Ernesti erläutert, gemeinsam mit Diasporamission in Norddeutschland und Volksmission als konzeptionelle Einheit verstanden werden muss, ist natürlich dennoch als Paderborner Beitrag zur Arbeit der Jesuiten in China zu verstehen. In einer Gesamtschau der Unterstützungen ist ihr Stellenwert jedoch eher marginal:<sup>58</sup> Es ist kein unmittelbarer Kontakt zu einzelnen Missionaren oder gar ein Briefwechsel mit Jesuiten in Übersee überliefert; auch Trigault besuchte auf seiner „Werbereise“, die vornehmlich dem „Fundraising“ diente, nicht Münster und Paderborn. Insofern ist hier von dem – vielleicht unerwarteten – Weg über den (Protestanten) Leibniz

<sup>56</sup> Siehe auch SCHOPF, Barockgärten, S. 166–169, die diese These für die Barockgartengestaltung in Westfalen bestätigen konnte.

<sup>57</sup> LAM Fürstbistum Paderborn, Kanzlei, Nr. 284, fol. 11v.

<sup>58</sup> Siehe ERNESTI, Jörg: Ferdinand von Fürstenberg (1626–1683). Geistiges Profil eines barocken Fürstbischofs, Paderborn 2004, S. 132–149: Mission in China, Norddeutschland (Diaspora), Volksmission.

mehr zu erwarten als über den direkten Kontakt zu Jesuiten.<sup>59</sup> Nichtsdestotrotz spielte die *Missio Ferdinandea* eine Rolle in der Frömmigkeitspraxis innerhalb des Bistums; noch im 18. Jahrhundert unterhielten Angehörige des Stiftsadel diese Einrichtung.<sup>60</sup> Auch der Einsatz von Jesuiten im Unterricht an Gymnasium und Universität, dessen Aktualität vom Wechsel des Personals lebte, konnte nicht nur die Mission selbst, sondern auch das damit verbundene neue Wissen, insbesondere das um die Relativität der eigenen Kultur und die grundsätzlich erreichbare fremde Kultur im Bewusstsein ihrer Kommunikationspartner verankern.<sup>61</sup> Im 18. Jahrhundert, als eine ganze Reihe von Jesuiten aus Ostindien (und Südamerika) zurückgekehrt war, die Jesuitenmartyrer in der Liturgie verankert waren, der „Weltbott“ erschien und damit auch Vorstellungen und Informationen über fremde Völker als Christen verbreitet wurden, konnten erstmals auch Daheimgebliebene die katholische Kirche als „Weltkirche“ erfahren.

Die jesuitischen Missionen hatten natürlich auch ihre Resonanz in Westfalen. Im heutigen Zustand ist allerdings an den Jesuitenkirchen in Münster und Büren wenig davon abzulesen; die Kirche in Münster ist leer, die Immaculatakirche in Büren thematisiert das Leben Mariens und weist nur durch eine Fassadenfigur Franz Xavers auf das weltweite Wirken des Ordens hin. In Paderborn hingegen stellen Wirken und Sterben des Missionars das Hauptthema des Altars dar. Auf dem untersten Altarbild ist Franz Xaver umgeben von „Indianern“, also quasi bei der Arbeit abgebildet. Die Repräsentation der jesuitischen Weltmission fand folglich im Kirchenraum sichtbar und an prominenter Stelle statt. Die Aussage liegt allerdings im weltumspannenden Wirken der Jesuiten und strebt keine Aufklärung der Betrachter darüber an, wie die fremden Menschen „tatsächlich aussahen“. Stratmanns Gemälde funktioniert über die Fremdartigkeit, nicht über empirische Präzision.

Gleiches gilt auch für andere Rezeptionen; die eigentliche Ursprungskultur ist bei der Artefakterstellung in Westfalen nahezu bedeutungslos. Die Bürener Jesuitenkirche weist süddeutsche und damit sekundär italienische Einflüsse auf, die natürlich ein Bezugssystem in das katholische Bayern, aber auch auf die Hauptkirche der Jesuiten „Il Gesu“ in Rom erlauben. Die Lösung von der Ursprungskultur bedeutet also nicht, dass alle Bedeutungen gekappt werden; sie bedeutet aber sehr wohl, dass ein Symbolkorpus zur Verfügung stand, aus dem sich Bauherren und Ausstatter bedienen und deren Bestandteilen sie mit ihrer Komposition eigene und mitnichten notwendig eindeutige Bedeutung verleihen konnten. Natürlich kann diese Komposition eine Frage von „Geschmack“ und „Potenz“ gewesen sein, doch meint es genau in diesem Fall, dass sie politisch wird und eine eigene Aussage

<sup>59</sup> Vgl. COLLANI, Claudia von: Die Förderung der Jesuitenmission in China durch die bayerischen Herzöge und Kurfürsten, in: EIKELMANN, Renate (Hg.), *Die Wittelsbacher und das Reich der Mitte. 400 Jahre China und Bayern*, München 2009, S. 92–104.

<sup>60</sup> Siehe VWA Rheder, Akten, Nr. 2384.

<sup>61</sup> Inwieweit auch Athanasius Kircher, der Herausgeber der „*China illustrata*“ in Paderborn und Westfalen tätig war oder Briefwechsel unterhielt, ist derzeit noch unklar.

bekommt: Die Arbeit mit Versatzstücken und deren Anpassung an die jeweiligen Standortbedingungen belegen, wie vernetzt Gelehrte, Höfe, Jesuiten, Architekten usw. waren und dass sie in der Lage waren, sich Fremdes, unabhängig vom Grad der Fremdheit, anzueignen. Auch dank der kosmopoliten Geistlichen blieb das Exotische nicht mehr fremd, sondern fand einen Platz und eine Funktion innerhalb des Eigenen.

Der geistliche Stand konnte folglich eine Vermittler- und Transformatorenrolle von Kultur annehmen, die über ein alltägliches Verständnis von „Mission“ und „Kirchenlehre“ hinausgeht. Insofern bildete er einen Gegensatz zu dem durch den Warenimport veränderten kulturellen Zeichenvorrat und ergänzte ihn damit um eine wesentliche Komponente: die Ausstattung des Fremden mit eigenen oder gemeinsamen Bedeutungen. Insbesondere der Jesuitenorden konnte als Aufstiegskanal genutzt werden, über den auch Angehörige unterer sozialer Gruppen eine gelehrte Karriere machen und unter günstigeren Bedingungen, als Soldaten oder Matrosen sie vorfanden, die Welt erfahren konnten. Über die Verbreitungsorgane des Ordens sowie dessen Publikationsorgane und Kommunikationsnetze hatten sie schnell Zugang zu aktuellen Nachrichten und neuem Wissen, was sie ihrerseits in die von ihnen seelsorgerisch oder erzieherisch betreuten Gruppen tragen konnten. Die Missionstätigkeit des Ordens gepaart mit der Gemeindegeseelsorge erlaubte eine Vergegenwärtigung und Durchdringung der christlichen Sozialstruktur mit dem Selbstbild der Weltgemeinschaft.

#### *Bürgertum und Dritter Stand*

Gemeinhin wird davon ausgegangen, dass das Bürgertum den Adel imitierte oder doch zumindest auf ihn und seine Moden reagierte. In der Folge bildete es einen quasi immer schon defizitären Stil aus. Hinsichtlich des Umgangs mit exotischen Waren allerdings ist das Bild wesentlich vielfältiger. Nicht umsonst gingen die Ausbildung bürgerlicher Macht und Staatlichkeit und der Handel mit Artikeln aus Übersee in den Niederlanden Hand in Hand. Kaufleute, auch lokale Händler, und Handwerker waren oft der erste Kontakt auch von Adligen zu exotischen Waren, da sie sie einfuhrten.

Liste der Kaufleute, Krämer und Apotheker, die mit überseeischen Importen handelten

- Münster: Werner Werneking, Johann Caspar Moll, die Familie Primavesi, Peter Moritz, Kaffeeschenk Franz Westhues, Jan Henrich Raeters, Kaufmann Molther und Kaufmann Nonne<sup>62</sup>,

<sup>62</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 18444. Stadtarchiv Münster [=StadtAMS], Archivische Sammlungen, Handschriften, Varia, HS 100. LAM Nachlass Giesbert von Romberg, B 3. StadtAMS Altes Ratsarchiv, A-RatA, A XI (Handel und Gewerbe) Nr. 42a. StadtAMS Altes Ratsarchiv, A-RatA, A VIII (Vermögen der Stadt), Nr. 143. LAM Fürstbistum Münster, Kabinettsregistratur, Nr. 3267. LAM Familie Primavesi Nr. 39. LAM Fürstbistum Münster, Kabinettsregistratur, Nr. 3049. VWA Rheder, Akten, Nr. 111. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Gemen), Akten Nr. 21463. LAM Fürstbistum Münster, Kabinettsregistratur Nr. 2188.

- Paderborn: Pedrazzino und Familie Bianco, Kaufmann Todt, Jonas Schlies, Heinrich Jonas, C. Kopp, Ignatius Feuerberg und Conrad Joseph Wiltkotten<sup>63</sup>,
- Warburg: Apotheker J.G. Wütenberg<sup>64</sup>,
- Warendorf: Robert Laroche und Steffen Hobbelink,
- Brakel: Moyses Hirsch,
- Wesel: Ernst Gottfried Roth<sup>65</sup>,
- Salzuflen: Otto Henrich Barckhausen und Georg Krome,<sup>66</sup>
- Detmold: Jost Hermann Crosman,<sup>67</sup>
- ohne Ortszuordnung: Jacob Levi, Jacob Katzenstein, der Schneider Franz Bernhard, die Witwe Caspar Bergmann, Antoine Renard, Moses Leßman, Joh. Leopold Schmölder<sup>68</sup>.

Die Verbreitung fremdländischer Lebensmittel erfolgte wie auch in anderen Teilen des Reichs zunächst wesentlich über Apotheken, auch, da die Pflanzen sowohl als Nahrung als auch – in bestimmten Zubereitungsarten, Dosen oder Kombinationen – als Medizin eingesetzt wurden. In Warendorf setzten die Apotheker Robert Laroche und Steffen Hobbelink 1691 eine Arzneitaxe auf, in der u.a. auch „Zinziber de China“ genannt wird: Ingwer.<sup>69</sup> Die „Zuständigkeit“ für einzelne Waren war in der Folgezeit wiederholt Anlass zu Auseinandersetzungen zwischen Krämern und Hökern, so dass eine Verordnung Clemens Augusts regeln musste, dass nur Mitgliedern des Krameramtes, also zünftig organisierten Kaufleuten, der Handel mit Kolonialwaren wie Gewürzen, Tee und Porzellan gestattet war.<sup>70</sup> Dass das Bürgertum nicht nur mit Exotika *handelte*, sondern sie natürlich auch in den eigenen Haushalt und in die eigenen Konsumgewohnheiten übernahm, zeigen Beschwerden von höherer Stelle:

„Eine schöne Service von gutem englischen Zinn könnte es in manchem vornehmen Privat-hause genugsam thun, daß man den grossen Herren und hohen ministris noch etwas vorauslassen könnte. [...] alles andere Tischzeug aber, als Wandleuchter und viel andere Meubles von Silber zu haben, ist et-

<sup>63</sup> VWA Rheder, Akten, Nr. 167 und 2966.

Todt: Ebd., Nr. 2839. Weitere: VWA Rheder Akten Nr. 1762.

<sup>64</sup> LAM Gesamtarchiv von Spiegel (Dep.), Akten Nr. 6691.

<sup>65</sup> LAM Gesamtarchiv von Romberg, Akten Nr. 6560.

<sup>66</sup> LINDE, Roland: Katholisches Bürgertum im 18. Jahrhundert. Die Paderborner Familien Unkraut und Dammers, in: BAUMEIER, Stefan/ SCHLUIMMGEN-EHMKE, Katharina (Hg.), Goldene Zeiten. Sauerländer Wirtschaftsbürger vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, Essen 2001, S. 122–141.

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten NR. 33208. LAM Gesamtarchiv von Spiegel (Dep.), Akten Nr. 6329. VWA Rheder, Akten Nr. 2966 und 2641. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 12080. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Gemen), Akten Nr. 18881. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Wewer), Akten Nr. 12774.

<sup>69</sup> LAM Fürstbistum Münster, Landesarchiv, Militaria, Nr. 200, fol. 48v.

<sup>70</sup> LAM Fürstbistum Paderborn, Hofkammer Nr. 403, fol. 8r.

was welches mit den jetzigen Zeiten und Läuften nicht übereinkommt und dannhero, so ein Privatus sich damit groß macht, einer Obrigkeitlichen scharffen Verwarnung gar wohl verdient.“<sup>71</sup>

Auch die Denkschrift des Clemens August Reichsfreiherr von Kerkerinck über den „Bürgerstand der Stadt Münster“ stößt ins gleiche Horn und kritisiert neben dem unstandesgemäßen Verhalten insbesondere die Verschwendung, die mit dem Konsum von Luxusgütern einhergehe.<sup>72</sup>

Das recht ausdifferenzierte, umfangreiche Warenangebot, das sowohl für Münster als auch über die Akziseliste für Paderborn überliefert ist, sowie die relative hohe Zahl der Händler, die mit ostindischen Waren handelte – darunter Apotheker, Kaufleute, Höker, Juden – lassen auf eine größere Konsumentengruppe als nur die Höfe schließen. Auch die Zahlungsmoral der Höfe kann die Kaufleute nicht dauerhaft über Wasser gehalten haben, wie das Beispiel des Paderborner Kaufmanns Bianco zeigt: Von Mengersen schuldete ihm 1740 insgesamt 1.251 Taler, 30 Schilling und 4 Pfening, von denen in der Folgezeit 406 Taler und 20 Schilling bezahlt wurden. 1743 erhielt Bianco erneut 100 Taler, womit laut übergebener Rechnung für den Zeitraum bis März 1743 noch rund 1.302 Taler offen waren. Für 845 Taler erhielt er eine Pension. 1744 stellte Bianco 1.515 Taler in Rechnung, von denen 100 direkt bezahlt wurden, weitere 100 noch einmal von einer anderen Person. 1745 belief sich die Summe auf 1.501 Taler, von denen nachweislich 100 per Assignment durch einen Herrn Käufflein in Frankfurt bezahlt wurden. Nach einigen Mahnungen und Zahlungen blieben 1746 noch immer 1.000 Taler offen. Aus den Dokumenten geht natürlich nicht hervor, inwieweit Bianco seinerseits diese Zahlungsmoral in die Kalkulation mit einbezog und die Lieferungen teurer veranschlagte, als nötig gewesen wäre. Doch bereits 1720 heißt es in einer Rechnungsnotiz aus dem Haus Rheder: „Juden Rechnungen – die ich nicht weiß ob sie bezahlt sind, in dubio aber für bezahlt zu achten sind“.<sup>73</sup>

Der Umstand einer größeren Konsumentengruppe als die der Höfe ist allerdings voraussetzungsreich: Kaufleute und Apotheker benötigten eine umfangreiche und präzise Warenkunde, Wissen um die Vertriebs- und Einkaufswege, Kenntnisse der Preiskurant. Bei Pflanzen, Gewürzen und Lebensmitteln mussten sie wissen, wie sie zubereitet werden mussten, damit sie schmackhaft bzw. hilfreich waren, mussten sich ggf. um Zubehör kümmern und somit nicht nur neue Lebensmittel, sondern auch neue Maschinen, Geschirr (und Geschirrformen) oder „Sekundärwaren“ wie Zucker einführen. Das Brühen von Kaffee und Tee setzte zudem voraus, dass den Konsumenten ausreichend frisches

<sup>71</sup> Art. „Service“ in: Johann Heinrich Zedlers Großes Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste, Bd. 37, Leipzig 1743, Sp. 242–244, hier Sp. 243.

<sup>72</sup> Die Denkschrift des Reichsfreiherrn Clemens August Maria von Kerkerinck zur Borg über den Zustand des Fürstbistums Münster im Jahre 1780, in: Westfälische Zeitschrift 69 (1911), S. 403–450, hier S. 426f, zitiert nach: WESTOFF-KRUMMACHER, Hildegard: Das Porzellanerbe. Großbürgerliches mit höfischen Akzenten, in: BAUMEIER/ SCHLUMMIGEN-EHMKE, Goldene Zeiten, S. 244–257, hier S. 250.

<sup>73</sup> VWA Rheder, Akten Nr. 2966 und 2305, fol. 9r.

Trinkwasser zur Verfügung stand – was uns so selbstverständlich scheint, doch war das Trinken von Wasser vor allem wegen des schwierigen Zugangs zu nicht verunreinigtem Wasser mitnichten alltäglich. Die Einfuhr von exotischen, fremdländischen Waren zog also eine Konsumrevolution nach sich, die über den Verzehr der eigentlich importierten Lebensmittel hinaus Haushaltsausstattung, lokales Wirtschaftsgefüge (Brauer vs. Kaffeehäuser) und die Notwendigkeit zur Versorgung mit Trinkwasser bedeutete. Zugespitzt: Ohne Exotika würden wir heute nicht mit Messer und Gabel von Porzellantellern essen und Wasser aus der Leitung trinken können.<sup>74</sup>

Doch nicht nur fremde Waren gelangten in die westfälischen Städte und Haushalte, auch Westfalen zog es in die Welt. In einem weitaus größeren Maßstab als dies gemeinhin angenommen wurde führen vornehmlich Männer mit der Vereinigten Ostindischen Handelskompanie (VOC) nach Asien. Sie verdingten sich als Soldaten und Matrosen bei der Kompanie, selten sind höhere soziale Gruppen wie Ärzte vertreten. Die Reziprozität dieser Bewegungen ist noch lange nicht erforscht.<sup>75</sup> Die geringe Rückkehrerquote wird die Landesherren veranlasst oder zumindest darin bestärkt haben, das „Hollandgehen“ (was auch die Saisonarbeiter in den Niederlanden einschloss und nicht nur Angestellte der VOC betraf) wiederholt zu verbieten. Beides, sowohl die Migration als auch die Verbote zeigen allerdings, dass während der europäischen Expansion der Horizont für alle Schichten ein weiterer wurde, dass in der eigenen Reise nach Übersee womöglich Risiken, vor allem aber Möglichkeiten und Hoffnungen, vielleicht auch nur Reize lagen. Und auch, wenn der Reisende nicht zurückkehrte, so sollten seine Angehörigen zumindest der Norm nach mit seine VOC-Anteile und ggf. persönlichen Besitz ausgehändigt bekommen. Falls dies der Fall war, so hatten mehr als 2000 Haushalte in Westfalen im 18. Jahrhundert Aktien der VOC und damit Anteile am Überseehandel.

Die Landesherren reagierten natürlich auf diese Veränderungen und die Risiken, die sich daraus für die öffentliche und soziale Ordnung ergaben. Ein prominentes Beispiel ist das des „Paderborner Kaffeelärms“ in Folge der fürstbischöflichen Kaffeedikte,<sup>76</sup> doch Paderborn stand damit nicht allein: Auch für Münster und Minden finden sich ähnliche Versuche, den Kaffee- und auch Teekonsum zu kontrollieren.<sup>77</sup> Gleichfalls wurde 1672 ein Handelsverbot mit niederländischen Kaufleuten in Münster verhängt<sup>78</sup>, es wurde gere-

<sup>74</sup> Siehe zu dem Prozess insgesamt, jedoch natürlich ohne Schwerpunkt auf Einflüsse der Expansion ELIAS, Norbert: *Über den Prozess der Zivilisation* 1, Frankfurt a. M. 1976.

<sup>75</sup> Siehe MENNE, Mareike: *Vormoderne Glokalisierung, oder: Was wussten Westfalen von der Welt?*, in: <http://mareikemenne.de/index.php/projekte>, 2.9.10.

<sup>76</sup> Siehe LINDE, Roland: *Der Paderborner „Kaffeelärm“ von 1781. Ein städtischer Konflikt in der Spätphase des geistlichen Staates*; in: *Westfälische Zeitschrift* 151 (2002), S. 361–373.

<sup>77</sup> LAM Verein für Geschichte und Altertumskunde, Manuskripte Nr. 375 i und 541. VWA Lembeck L, Akten 1, Nr. 78. LAM Fürstbistum Münster, Amt Bocholt, Nr. 179. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Wocklum), Akten Nr. 28184. LAM Kriegs- und Domänenkammer Minden, Nr. 393. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 32273.

<sup>78</sup> LAM Fürstbistum Münster, Edikte, Nr. 786, B. 2 fol. 58.

gelt, wer mit welchen Waren handeln durfte,<sup>79</sup> auf die importierten Waren wurden Steuern (z. T. auch eigens Luxussteuern) erhoben<sup>80</sup> und die Landeskinder am „Hollandgehen“ gehindert.<sup>81</sup>

Liste der Warenwege

- „Holland“, Den Haag, Amsterdam<sup>82</sup>
- Flandern<sup>83</sup>
- Bremen<sup>84</sup>
- Hamburg<sup>85</sup>
- Augsburg<sup>86</sup>
- Mannheim<sup>87</sup>
- Wetzlar<sup>88</sup>,

### Chinesisch? Niederländisch! – Französisch? Chinesisch!

Orangerien – also Sammlungen exotischer Pflanzen sowie die Bauten, die solche aufnahmen – eignen sich hervorragend, um die Frage nach Exotik, Fremdartigkeit und Rezeptionswegen anzustoßen. Die Orangeriegebäude lassen sich, abgesehen von ihrer Möglichkeitsbedingung, nämlich der aus China stammenden Orange, noch in zwei anderen Richtungen deuten: Sie bildeten zum einen aufgrund ihres ursprünglich provisorischen Charakters, ihrer Korrespondenz zu den eigentlichen Schlossgebäuden und aufgrund ihrer Bezüge zu den in ihnen beherbergten Schätzen die Architektur, die am einfachsten exotische Elemente aufnehmen konnte. Darüber hinaus entstand ihre Form und auch der Bedarf nach ihnen zeitgleich mit dem Eindringen der Exotika in großem Stil durch die Kompanien, die auch die nördlichen Teile Europas mit exotischen Waren versorgten, obwohl jene nicht an die klimatischen Bedingungen, wie dies im Mittelmeerraum der Fall

<sup>79</sup> Siehe z. B. LAM Fürstbistum Paderborn, Hofkammer Nr. 403, fol. 8.

<sup>80</sup> Siehe z. B. LAM Domkapitel Paderborn, Kapselarchiv 29.56.

<sup>81</sup> ALBRECHT, Theodor: Hollandgänger aus Schaumburg-Lippe, in: EYNCK, Andreas (Red.), *Wanderarbeit jenseits der Grenze: 350 Jahre auf der Suche nach Arbeit in der Fremde*, Assen 1993, S. 92–101. Verbote von 1759, 1779, 1781, 1782, Staatsarchiv Bückeburg, L2 H 14,14.

<sup>82</sup> StadtAMS Nachlaß Willing. LAM Grafschaft Rietberg, Akten Nr. 445. LAM, Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 33618. LAM, Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 20826. VWA Egelborg, Akten Nr. 1237. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 21910. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Velen), Akten Nr. 13898. LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Gemen), Akten Nr. 20344.

<sup>83</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Gemen), Akten Nr. 13924.

<sup>84</sup> StadtAMS Nachlaß Willing. LAM Grafschaft Ravensberg, Landstände, Nr. 185. StadtA Bielefeld, Bestand Hüffe, Akte 140 für 1775 und 1776.

<sup>85</sup> LAM Nachlass Giesbert von Romberg, B 3.

<sup>86</sup> LAM Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Raesfeld), Akten Nr. 20108.

<sup>87</sup> Ebd. Nr. 18542.

<sup>88</sup> Ebd. Akten Nr. 20056.

gewesen war, angepasst waren. Orangerien waren an Höfen und in Klöstern auch in Westfalen spätestens seit dem Barock weit verbreitet und gelten gemeinhin als französischer Import.

#### Liste der Orangerien in Westfalen

Adolfsburg, Ahaus, Altenkamp, Brake, Detmold, Drensteinfurt, Erpernborg, Hertent, Herdringen, Herzford, Hovestadt, Hünnefeld, Lette, Münster, Neuhaus, Niesen, Nordhausen, Rheda, Rheder, Schieder, Schötmar, Schwarzenraben, Venne, Vinsebeck, Velen, Wehrden, Welda, und die Klöster Clarholz, Corvey, Dalheim und Hardehausen.<sup>89</sup>

Auch wenn der Bautyp unmittelbar aus Frankreich übernommen wurde, so zählen zu ihren Möglichkeitsbedingungen doch die Herkunft der Pflanzen aus China, der Import der Orangen zunächst über die Seidenstraße in den Mittelmeerraum und schließlich der Import großer Mengen mit den Handelskompanien. Hinzu kommt die individuelle Anlage und Gestaltung, die für Westfalen kein einziges unmittelbar französisches Zitat nachweisbar macht.<sup>90</sup> Ähnliche Hybride finden sich auch bei anderen Elementen, denen nicht unbedingt Exotik zugeschrieben wird, sie aber ohne europäische Expansion und Aufnahme exotischer Elemente nicht denkbar wären. Die Nacherfindung des Porzellans und damit die Herausbildung spezifisch europäischer Tischdekore, -sitten und Geschirrformen ist nicht denkbar ohne die Neugier für die chinesische Technologie, ausreichend Rohstoffe und – in diesem Fall – individuelle Leidenschaften Augustus des Starken. Die Verwendung von Porzellan- oder Fayencekacheln resultiert aus einer verstärkten Orientrezeption, die wiederum einerseits im Versailler Trianon de Porcelaine, andererseits in den Küchen und guten Stuben der zu Reichtum gekommenen niederländischen Bürger Verwendung fand.<sup>91</sup> Zudem wurden sie nicht selten mit exotischen Motiven geschmückt. Der englisch-chinesische Garten, der in Westfalen, wie manch ein Gärtner sagte, nicht englisch angelegt, sondern englisch gelassen wurde, bedurfte Reisen nach China, Vorlagen aus Reiseberichten – also ein funktionierendes Verbreitungssystem, Austauschmöglichkeiten der Gartentheoretiker, exzentrische englische Adlige und hinreichend Pflanzen und Kleinarchitektur. Auch der Konsum exotischer Produkte kann nicht einfach als unmittelbares „chinesisches“ oder „arabisches“ Zitat verstanden werden – ursprüngliche Tischsitten, Bedeutungen oder kulturelle Rahmen wurden kaum übernommen, lediglich die Produkte eingeführt und mit eigenen Ausstattungselementen versehen.

<sup>89</sup> Zu den Nachweisen siehe oben v. a. SCHOPF: Barockgärten, zudem NINFA, Ursula: Die Orangerie von Schloss Velen, Münster 1997; BUFE, Gartenreise.

<sup>90</sup> Siehe SCHOPF, Barockgärten.

<sup>91</sup> Siehe KIBY, Ulrika: Die Exotismen des Kurfürsten Max Emanuel in Nymphenburg. Eine kunst- und kulturhistorische Studie zum Phänomen von Chinoiserie und Orientalismus im Bayern und Europa des 16. bis 18. Jahrhunderts; seine politische Relevanz, Hildesheim 1990, S. 88–107.



Was sich zunächst als Lücke erweist, nämlich ein Fehlen exakter Vorlagen, Beispiele oder Vorbilder in der Verwendung exotischer Produkte oder Stilelemente, scheint also auf ganz andere Rezeptionsgewohnheiten als die der reinen und unmittelbaren Imitation französischer Muster zu verweisen. Die Vielzahl an Exotika in Westfalen (wie vermutlich im gesamten Alten Reich) wurde in ein ausgesprochen bezugs- und voraussetzungsreiches System integriert, das ohne all die genannten Bezüge nicht denkbar wäre: französischer Hof und Gelehrtenengesellschaft, Handelskompanien und Kramerämter, Jesuiten und Plantagenwirtschaft, englischer Adel und chinesische Produkte, türkische Bäder und niederländische Küchen, italienische Architektur und westfälischer Boden.

## Gedächtnisanlässe und Geschichtspolitik in Paderborn

*Barbara Stambolis*

Für Paderborner Verhältnisse ist der Verein für Geschichte an der Universität Paderborn ein junger Verein und sein 25jähriges Bestehen im Jahre 2008 ein junges Jubiläum. Paderborn nennt sich gerne „Stadt an den Quellen“ und meint damit auch Quellen der Geschichte. Sie reichen ebenso wie zahlreiche „Gedächtnisanlässe“ in der Stadt weit ins Mittelalter zurück, was oft nicht ein datierbares Mittelalter ist, sondern mit Worten wie „graue Vorzeit“ umschrieben werden kann. „Wie eh und je“ wird nicht zuletzt das Jahreshauptfest, Libori, gefeiert, in dessen Mittelpunkt die Verehrung des Dom-, Stadt- und Bistums patrons steht. Dass Libori nicht nur Ausdruck frommer Verehrung eines Heiligen ist, sondern in vielfältiger Weise Anlass für ein wie auch immer im einzelnen geartetes Gedenken, Mahnen, Deuten und Interpretieren war und ist, mag nicht jedem Besucher deutlich sein, der den Feierlichkeiten beiwohnt und unbeschwert das Volksfest genießt.

Als ich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nach Paderborn zog, ging es mir so wie vielleicht vielen Außenstehenden, die – zufällig – an einem bestimmten Samstag im Juli in die Stadt kommen. Inzwischen nicht mehr vor Ort, habe ich diesen ersten Eindruck im Sommer 2008, also nach rund 20 Jahren, noch einmal rekonstruieren wollen. Am Samstag, den 26. Juli 2008 nahm ich an den Liboriusfeierlichkeiten teil, ging anschließend über den großen und den kleinen Domplatz, den Liboriberg und setzte mich mit einer Ausgabe der Neuen Westfälischen in ein Café mit Blick auf die Quellen der Pader und ließ sie gleichsam erinnerungsbewegt und Libori-gesättigt sprudeln: Da war zu lesen, dass Bauarbeiten während der Feierlichkeiten ruhen sollten, dass Libori-Bildchen vom Generalvikariat gedruckt seien. Von alljährlichen Libori-Hinguckern war die Rede, von Lichterträumen, Liboriherzen, „Libärchen“ und Paderlöwen. Abgesehen von letzteren war vieles so, wie es schon im Gründungsjahrzehnt des Vereins für Geschichte war:

Festrummel, könnte man sagen, der mich in den 1980er Jahren offenbar so beeindruckt hat, dass ich ein Buch über dieses für Paderborn so zentrale Fest schrieb. Als es herauskam, begann ich das Fest gleichsam persönlich und für das Familiengedächtnis bedeutsam werden zu lassen, indem ich ihm eine Widmung voranstellte: „Für meinen Sohn Johannes. 1985 in Paderborn zum Fest des heiligen Liborius geboren.“ Dass ich ihn in den Folgejahren auf einem Foto in einem Zeitungsartikel anlässlich eines Liborijubiläums mal mit einem Pappschrein des Bistumsheiligen in Szene setzte, gefiel ihm nicht, so wollte er für das Fest und seinen Patron nicht werben; heute wird er sich daran nicht einmal mehr erinnern.

All die Kinder, die 2008 im Hochstift Paderborn wieder zu Libori geboren wurden und von denen geradezu zwangsläufig eines mit Bild in der Neuen Westfälischen des 26. Juli 2008 zu sehen war, können nicht ahnen, was da auf sie, wenn sie in Paderborn bleiben, noch zukommt: Viel Libori, viele Gedächtnisanlässe, oft im Zusammenhang mit Libori und viel Mittelalter und Mittelaltergedenken zu unterschiedlichen Zwecken, im Dienste

religiöser Selbstvergewisserung, lokalen Identitätsmanagements, im Rahmen von Imagekampagnen und anderem mehr. Zu hoffen ist, dass sie nicht Geschichte studieren oder Historiker werden und sich methodisch und analytisch beispielsweise mit Geschichtspolitik befassen müssen. Bis sie erwachsen sind, wird allerdings der „cultural turn“ im Fach längst einem anderen sog. Paradigmenwechsel gewichen sein.

Mit kulturalistischen und somit erinnerungskulturellen Fragen seit Jahren befasst, bin ich zwar versucht, einen Zusammenhang zwischen der Gründung des Vereins für Geschichte, meinem zeitweiligen Lebensmittelpunkt in Paderborn, Libori und anderen geschichtsmächtigen Zusammenhängen vor Ort herzustellen, weiß jedoch, dass das natürlich nicht geht – da hätte 1986 (alle herausragenden Libori-Ereignisse beziehen sich bekanntlich auf das Jahr 836) mehr hergegeben als 1983, das Gründungsjahr des Vereins für Geschichte und 1985, das Geburtsjahr meines Sohnes.

„Gedächtnisanlässe“ in Paderborn reichen, wie bereits angedeutet, in der Regel weit ins Mittelalter zurück und sie sind christlich konnotiert. Gerne spricht man hier auch davon, die Paderborner Zeitrechnung beginne nicht mit der Geburt Christi, sondern im Mittelalter.<sup>1</sup> Im folgenden soll es lediglich um Gedächtnisanlässe und Geschichtspolitik der letzten 200 Jahre gehen.

Das Mittelalter erscheint in Paderborn besonders „nachhaltig“ in seinen Wirkungen,<sup>2</sup> weil es Teil der symbolischen Ortsbezogenheit ist; es gehört ebenso zum Stadtbild wie zum kommunalen Geschichtsverständnis.<sup>3</sup> Im Zusammenhang mit der 1200-Jahrfeier der Stadt und des Bistums im Jahre 1999 war die Denk- und Gedenkwürdigkeit des Mittelalters besonders deutlich. Der Historiker Rudolf Schieffer stellte 1999 fest, Denkwürdigkeit und Nachhaltigkeit des Mittelalters seien für Paderborn unbestritten, wobei die Frage, „was dies alles“, d.h. was das für Paderborn denkwürdige Mittelalter „uns Heutige noch angeht“, zweifellos am leichtesten die Paderborner selbst beantworten könnten, die sich an der glanzvollen Geschichte der Stadt im Frühmittelalter „erbauen können“.<sup>4</sup> Genau dies taten sie seit mehr als 200 Jahren immer wieder neu und anders, und stets ging es um Deutungen der mittelalterlichen Vergangenheit, um ‚Botschaften‘ für die Gegenwart, die aus den Quellen und Überresten abgeleitet wurden, um ein wie auch immer verstandenes ‚Erbe‘.<sup>5</sup> Das ist grundlegend für Gedächtnisanlässe und zwar nicht nur in Paderborn.

<sup>1</sup> Erzbischöfliches Generalvikariat Paderborn (Hg.): Erzbistum Paderborn. Kirche zwischen Weser und Ruhr, Paderborn 1986, S. 10.

<sup>2</sup> STIEGEMANN, Christoph: Ein Gipfeltreffen mit Folgen. Rückblick auf die Ausstellung ‚799 – Kunst und Kultur der Karolingerzeit. Karl der Große und Papst Leo III. in Paderborn‘, in: Alte und neue Kunst im Erzbistum Paderborn 40, 2000, S. 8–19, hier S. 9.

<sup>3</sup> HOLTSMANN, Everhard: Kommunale Identität als gesellschaftliche Inszenierung. Stadtjubiläen in der frühen Nachkriegszeit: 700-Jahr-Feiern in Kamen 1948 und Unna 1950, in: Westfälische Forschungen 41, 1991, S. 89–105.

<sup>4</sup> 799 – Kunst und Kultur der Karolingerzeit. Karl der Große und Papst Leo III. in Paderborn. Ausstellungseröffnung am 23. Juli 1999 – Dokumentation –, Paderborn 1999, S. 40.

<sup>5</sup> Vgl. OEXLE, Otto Gerhard: Die Moderne und ihr Mittelalter. Eine folgenreiche Problemgeschichte, in: SEGL, Peter (Hg.): Mittelalter und Moderne. Entdeckung und Rekonstruktion der mittelalterlichen

Was ehrwürdig und alt erscheinen sollte, wurde als mittelalterlich bezeichnet und dargestellt, ohne zugleich mit bedeutungsschweren Inhalten belegt zu werden. Die historischen Vereine des 19. Jahrhunderts verstanden Geschichte in erster Linie als „große Vergangenheit“ und rückten ein verklärtes Mittelalter ins Zentrum ihres Interesses.<sup>6</sup> Zurecht ist im Rückblick auf die Geschichte des Vereins für Geschichte und Altertumskunde in Paderborn und Münster die Rede von „der romantischen Versenkung in die Geschichte und der aus den damaligen politischen Zeitverhältnissen erklärlichen Flucht in die Vergangenheit (gewesen, B.S.), die für die Gründungsversammlung (des Altertumsvereins, B.S.) zu Paderborn im Jahre 1824 stimmungsmäßig den Hintergrund bildeten.“<sup>7</sup> Hermann Heimpel geht für die Gründungen historischer Vereine in den Jahren nach den Befreiungskriegen von einem „eher emotionale(n) Verhältnis ... zur eigenen Vergangenheit“ und damit auch zum Mittelalter aus.<sup>8</sup> Die Doppelgründung in Paderborn und Münster 1824/25 reiht sich ein in eine zeittypische Tendenz, die im Mittelalter „eine besonders ruhmreiche Epoche deutscher Geschichte und das große Vorbild für die nach Einheit strebende deutsche Nation“ sah.<sup>9</sup>

Große Bedeutung kommt den Gedächtnisinitiativen im Zusammenhang mit runden Jahreszahlen der Mittelaltererinnerung zu. Das 1100jährige Gedächtnis der Einführung des Christentums in Westfalen im Jahre 1872 kann geradezu als Auftakt einer Reihe von Mittelalterjubiläen bezeichnet werden. 1872 etwa heißt es in diesem Zusammenhang, die Christianisierung sei das bedeutendste und erinnerungswürdigste „Ereignis“ der westfälischen Geschichte in „grauer Vorzeit“.<sup>10</sup> Wilhelm Engelbert Giefers schreibt, im Jahre 772 hätten „christliche Priester ... an den Ufern der Diemel und Weser das erste Samenkorn des Christenthums aus(gestreut).“<sup>11</sup> Es gelte, an Karl den Großen zu erinnern, der das

Welt. Kongressakten des 6. Symposiums des Mediävistenverbandes in Bayreuth 1995, Sigmaringen 1997, S. 307–364.

<sup>6</sup> HARTLIEB VON WALLTHOR, Alfred: Ein Jahrzehnt Tag der westfälischen Geschichte, in: WZ 109, 1959, S. 197–210, hier S. 197.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Vgl. HEIMPEL, Hermann: Über Organisationsformen historischer Forschung in Deutschland, in: Historische Zeitschrift 189, 1959, S. 139–222. Heimpel unterscheidet bezogen auf die Gründungsjahre vier Gruppen, die erste umfasst Entstehungsjahre zwischen 1779 und 1819, die zweite zwischen 1819 und 1848, die dritte nach 1848, die vierte nach 1890. Vereine der zweiten Gruppe, zu denen auch die Paderborn/Münstersche Doppelgründung gehört, dienten, so Heimpel, der Bewahrung der mittelalterlichen Vergangenheit und waren dieser nahezu ausschließlich zugewandt: „Gegen Demokraten halfen nicht nur Soldaten, sondern auch Regesten.“

<sup>9</sup> PAPST, Klaus: Deutsche Geschichtsvereine vor dem Ersten Weltkrieg, in: Thomas-Morus-Akademie Bensberg (Hg.), Geschichtsvereine. Entwicklungslinien und Perspektiven lokaler und regionaler Geschichtsarbeit, Bergisch Gladbach 1990, S. 9–32, hier S. 17.

<sup>10</sup> GIEFERS, Wilhelm Engelbert: Die Einführung des Christentums in Westfalen und in den angrenzenden Landestheilen zur elfhundertjährigen Gedächtnisfeier derselben, Paderborn 1872, S. 4.

<sup>11</sup> Ebd., S. 3.

Kreuz mit dem Schwert verbreitet und grundlegend dazu beigetragen habe, „dass aus dem armseligen Dörflein Patrobrunnon allmählich die blühende Stadt Paderborn erwuchs.“<sup>12</sup>

Zweierlei lässt sich immer wieder beobachten: zum einen gibt es enge Verbindungen zwischen Liboriusfeiern und Erinnerung an das christliche Mittelalter und zum zweiten eine enge Verzahnung zwischen der Jubiläumspolitik der katholischen Kirche und des Altertumsvereins. Ein so gerichtetes Engagement beider für die Verbreitung bestimmter Mittelalterbilder wird besonders in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sichtbar. Ganz unter dem Einfluss des abflauenden bzw. vorübergegangenen Kulturkampfes wird bei Anlässen unterschiedlichster Art die mittelalterliche ideale Einheit von Staat und Kirche, Thron und Altar geradezu beschworen.<sup>13</sup>

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gehörte es selbstverständlich „zum gesellschaftlichen Ambiente der Jahresversammlungen fast aller großen Geschichtsvereine“<sup>14</sup>, das Erbe des Mittelalters zu beschwören. Das durfte auch in Paderborn 1899 nicht fehlen, als der Altertumsverein sein 75jähriges Bestehen festlich beging. Beredten Ausdruck fand hier die Mittelalterbegeisterung in einem „Mittelalter-Lied“, das nach der Melodie „O alte Burschenherrlichkeit“<sup>15</sup> während der Feierlichkeiten gesungen wurde. In dem wohl bekanntesten Studentenlied des 19. Jahrhunderts wird die unwiederbringliche Studentenzeit als „goldne Zeit“ besungen; sie ist zwar vergangen, lebt jedoch in der Erinnerung der als Lebensbund verstandenen Studentenverbindungen fort. Für den Altertumsverein ist zwar die mittelalterliche Herrlichkeit unwiderruflich vergangen, doch die Freude an der Beschäftigung mit seinen Überresten und das Gedächtnis bildeten ein „Band der Treue“, das das Mittelalter vergegenwärtigt. Anlässlich dieses Jubiläums wurde auch eine Speisekarte für das Festmahl gestaltet, auf der Mittelalterklischees zusammen mit Anspielungen auf andere historische Epochen und Stile zu sehen sind. Es handelt sich um ein zeittypisches Ensemble historisierender Elemente; ein engelartiger Herold mit dem Stadtwappen steht hier etwa auf einer dorischen Säule, auf der eine Ritterrüstung befestigt ist. Die Karte lässt sich, abgesehen von der Säule, insgesamt als „altdeutsch“ bezeichnen.<sup>16</sup>

Das Liborifest eignete sich besonders, die christlichen Anfänge der westfälischen Geschichte und die frühmittelalterliche Eintracht von geistlicher und weltlicher Macht hervorzuheben. 1888 wurde etwa zu Libori das verbreitete biblische Bild von der Bestellung

<sup>12</sup> Ebd., S. 4.

<sup>13</sup> Vgl. Zur konfessionellen Polemik in pointierter Form BENDIKOWSKI, Tillman: „Protestantische Geschichtslügen“. Die Geburt eines Kampfbegriffes aus dem Geist des konfessionellen Gegensatzes, in: ders. (Hg.): Geschichtslügen. Vom Lügen und Fälschen im Umgang mit der Vergangenheit, Münster 2001, S. 55–74; vgl. auch zu den konfessionellen Spannungen insgesamt BLASCHKE, Olaf: Das 19. Jahrhundert. Ein Zweites Konfessionelles Zeitalter? In: Geschichte und Gesellschaft 26, 2000, S. 38–75.

<sup>14</sup> PAPST: Deutsche Geschichtsvereine vor dem Ersten Weltkrieg, S. 20.

<sup>15</sup> Beispielsweise in Allgemeines Deutsches Kommersbuch, 156. Aufl., Lahr 1966<sup>2</sup>, S. 290f.

<sup>16</sup> Altertumsverein Paderborn, Acta 728. Zum Verständnis des „Altdeutschen“ auch: KROLL, Frank-Lothar: Herrschaftslegitimierung durch Traditionsschöpfung, Der Beitrag der Hohenzollern zur Mittelalter-Rezeption im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 274, 2002, S. 61–85, bes. S. 66.

des Ackers aufgegriffen. „Das heidnische Volk der Sachsen glich einem wild bewachsenen Anger,“ hieß es, in den Karl den „Same(n) der christlichen Lehre“ legte.<sup>17</sup> 1897, aus Anlass des 1500jährigen Gedächtnistages des Todes von Liborius findet sich der Hinweis darauf, dass ebenfalls 1897 die Protestanten den 100jährigen Gedächtnistag der Geburt Kaiser Wilhelms I. sowie die 400jährigen Gedächtnistage der Geburt Luthers und Melanchthons feierten. Die Katholiken, so wurde suggeriert, hätten die älteren Denkwürdigkeiten vorzuweisen.<sup>18</sup> Das religiös verankerte Gedächtnis unterschied sich und sollte sich unterscheiden von einem profanen, es sei „Quell(s) des reichsten Segens für Zeit und Ewigkeit.“<sup>19</sup>

Gedächtnispolitisch verschränken sich Jubiläen und Gedenkanlässe und werden für die Gegenwart mit Bedeutungen aufgeladen. Und das Erinnerungs- und Gedenk-Karussell dreht sich weiter: Den Jubiläumshöhepunkt im Zusammenhang mit dem Gedenken an das Mittelalter stellte für das 19. Jahrhundert zweifellos das Jahr 1899 in Paderborn dar. Mitte Juli wurde das 800jährige Gedächtnis der Kreuzzüge, bezogen auf das Jahr 1099, begangen.<sup>20</sup> Zu Libori 1899 wurde vor allem das 1100-jährige Jubiläum der Begegnung Karls und Leos III. an der Pader gefeiert. Karl erscheint insgesamt als die „bedeutendste und wirkungsmächtigste Figur“ unter den Herrschern des Mittelalters, als Herrscher, Heiliger, Stifter von Städten, Kirchen und Institutionen.<sup>21</sup> Es dürfte kein Zufall gewesen sein, dass Karl 1897 einer Paderborner Strasse den Namen gab<sup>22</sup> und dass seit 1892 ein Schwimmbad nach ihm benannt wurde.<sup>23</sup> Dabei schien die Erinnerung nicht möglich ohne Leo III. und nicht die historische Distanz war gefragt, sondern Nähe; nachfühlbar sollte die mittelalterliche Geschichte sein. Immer wieder finden sich Wendungen wie die folgende: „Es trug etwas Erschütterndes und Ergreifendes an sich, daß der Vater der Christenheit in seiner Not, mit den Wunden bedeckt, die ihm seine eigenen widerspenstigen Söhne geschlagen, sich in die Heldenarme Karls stürzte und bei ihm Schutz suchte.“<sup>24</sup>

Die Heimatbewegung akzentuierte in den 1920er Jahren die Mittelalterbilder des 19. Jahrhunderts neu, ohne sie grundsätzlich in Frage zu stellen. Das „Vaterland“ liege „am Boden“<sup>25</sup>, lautete eine verbreitete Zeitdiagnose; deshalb gelte es, sich auf landschaftliche

<sup>17</sup> Leo Nr. 30 vom 22.7.1888, S. 234.

<sup>18</sup> Leo Nr. 26 vom 27.6.1897, S. 203f.

<sup>19</sup> Vgl. auch Archiv des Erzbischöflichen Generalvikariats Paderborn (EBAP), Depositum Metropolitankapitel Bd. XIV, fol. 313.

<sup>20</sup> Leo Nr. 29 vom 16. Juli 1899.

<sup>21</sup> Vgl. MÜLLER, Ulrich / WUNDERLICH, Werner (Hg.): Herrscher, Helden, Heilige, St. Gallen 1996, (= Mittelalter-Mythen, Bd. 1), darin: GEITH, Karl-Ernst: Karl der Große, S. 87–100. hier S. 87.

<sup>22</sup> LIEDKE, Gerhard: Abbestraße bis Zwetschenweg. Straßennamen in Paderborn, hg. Vom Heimat- und Verkehrsverein Elsen e.V., Heimatverein Schloß Neuhaus 1909 e.V., Paderborn 1994, S. 137.

<sup>23</sup> Westfälisches Volksblatt (WV) vom 10.5.1892.

<sup>24</sup> Leo Nr. 30 vom 27.7.1902, S. 234f., hier S. 234.

<sup>25</sup> Heimatborn, Monatsschrift für Heimatkunde des ehemaligen Hochstifts Paderborn und d. angrenzenden Gebiete, in Verbindung m.d. Westf. Heimatbund Gruppe Paderborn, 1. Jg. Nr. 1, Oktober 1920, S. 1: Hermann Abels.

Traditionen zu besinnen. Westfalen wurde zunehmend als Sachsenland gedeutet, dessen Geschichte es zu bewahren gelte. Politisch enthielt die Beschäftigung mit mittelalterlicher sächsischer (Stammes)Geschichte im Kontext der Reichsreformdebatte der 1920er Jahre erhebliche Brisanz. Die Anfänge des Monumentalwerks „Der Raum Westfalen“ sind ohne diesen Hintergrund nicht verständlich.<sup>26</sup> Im Zuge der Debatte war vor allem das Argument, Niedersachsen sei eine historische Landschaft, „die ihre räumliche Ausdehnung und ihre politisch-stammesmäßige Prägung durch die Sachsen im Frühmittelalter erhalten habe“<sup>27</sup>, aus westfälischer Sicht inakzeptabel. Nach dieser Begründung hätte Westfalen kein Recht auf Eigenständigkeit gehabt. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen Johannes Gronowski formulierte deutlich die ablehnende Reaktion gegenüber dieser Art von Instrumentalisierung der Geschichte für politische Zwecke mit dem Ausspruch: „Hände weg von Westfalen!“ Geradezu als geschichtspolitische Gegenoffensive kann „Der Raum Westfalen“ verstanden werden, in dem vier eigenständige historische Westfalen begründet werden<sup>28</sup>, wobei ein maßgeblicher Schwerpunkt auf dem Mittelalter, d.h. der aufs Mittelalter zurückreichenden Raumverbundenheit liegt. Die historische Landschaft wird unter Rückgriff auf das Mittelalter als kulturelle und politische Einheit verstanden.<sup>29</sup> Es bedurfte „der Vorstellung eines Traditionszusammenhanges bis in das 8. Jahrhundert, um ein entsprechendes Landesbewußtsein zu schaffen.“<sup>30</sup>

Ein heroisches Sachsen rückt in den Mittelpunkt, in dem ebenso Platz für den zwar unbeugsamen, aber edlen Herzog Widukind war wie für Karl, seinen Bezwingen.<sup>31</sup> Sogar der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., ging 1926 in Paderborn auf die Versdichtung „Dreizehnlinden“ des beliebten Dichters Friedrich Wilhelm Weber ein, die die Christianisierung der Sachsen thematisiert.<sup>32</sup> Karl der Große, dessen

<sup>26</sup> Vgl. DITT, Karl: Prinzipien und Perspektiven Landschaftlicher Kulturpolitik in Westfalen, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 52, 2000, S. 30–42, ders.: Die westfälische Heimatbewegung 1871–1945. Eine kulturelle Bewegung zwischen Zivilisationskritik und politischer Instrumentalisierung, in: WEIGAND, Katharina (Hg.), *Heimat. Konstanten und Wandel im 19./20. Jahrhundert. Vorstellungen und Wirklichkeiten*, München 1997, S. 263–284.

<sup>27</sup> REULING, Ulrich: Zwischen politischem Engagement und wissenschaftlicher Herausforderung. Der Beitrag der Landesgeschichte zur Reichsreformdebatte der Weimarer Republik im regionalen Vergleich, in *Westfälische Forschungen* 34, 1996, S. 275–315, hier S. 302.

<sup>28</sup> Ebd., S. 305.

<sup>29</sup> DANIELS, Stephen and COSGROVE, Denis: Introduction: iconography and landscape, S. 1–10, in: COSGROVE, Denis / DANIELS, Stephen (Hg.), *The Iconography of Landscape. Essays on the symbolic representation, design and use of past environments*, Cambridge 1988.

<sup>30</sup> SCHNEIDER, Karl Heinz: Geschichtsvereine und ihre Geschichtslandschaften. Räumliche Organisation und regionale Probleme, in: *Thomas-Morus-Akademie Bensberg (Hg.): Geschichtsvereine. Entwicklungslinien und Perspektiven lokaler und regionaler Geschichtsarbeit*, Bergisch Gladbach 1990, S. 53–69, hier S. 59.

<sup>31</sup> Karl erscheint, das sei an dieser Stelle erwähnt, auch auf dem Paderborner Notgeld der Inflationszeit.

<sup>32</sup> Vgl. KEITER, Heinrich (Georg Kampfmuth): *Zeitgenössische Katholische Dichter Deutschlands*, Paderborn 1884, S. 184–224 zur katholischen Rezeption Webers. Weber wurde nicht in den „Kanon“ deutscher Literatur des ausgehenden 19. Jahrhunderts aufgenommen; Keiter brachte u. a. einen Ka-

Krone bereits im 19. Jahrhundert für die Sehnsucht nach einem starken, einigen Deutschland stand<sup>33</sup>, erscheint als religiöse Orientierungsgestalt in führerarmer Zeit, wenn es mit Bezug auf das Ende der Monarchie, die nostalgische Verklärung der Vorweltkriegszeit und im Zeichen der ausdrücklichen Hoffnung auf ein „drittes Reich“ heißt, als der letzte von Karls Nachfolgern, Wilhelm II., „die Krone niederlegte, da richtete das deutsche Volk seine Blicke auf Karl, als seinen Schutzgeist.“ Karl der Große wurde ausdrücklich in der Rolle Barbarossas im Kyffhäuser gesehen.<sup>34</sup> Auch im Paderborner Liederkranz war ein Gesang unter dem Titel „Kaiser Karl in der Johannnacht“ bekannt, der Karl den Großen als Retter des Reiches auferstehen lässt:

„Nun hebt er sich selber vom uralten Thron,  
Des einigen Deutschlands gewaltiger Sohn,  
...  
Da klingen die Glocken durchs schlummernde Land,  
Bewegt von unsichtbarer Geister Hand,  
Und über den Fluten melodischer Chor  
Der Kaiser hebt segnend die Hände empor:  
,Zieht hinaus ihr Wogen zum Rheinesstrand,  
Zieht hinaus ins schöne, ins Deutsche Land,  
Stimmt an mit der Wellen aufjubelnden Klang  
Von Treu und Ehre den ewigen Sang!‘<sup>35</sup>

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung blieb die Erinnerung an das Mittelalter als sächsisch-christliche Vergangenheit bestimmend. Friedrich Wilhelm Webers „Dreizehnlinden“ eignete sich nach wie vor, Vorstellungen von einer christlichen Vorzeit mit heroischen Sachsenbildern zu verknüpfen.<sup>36</sup> 1936 beging Paderborn drei Jubiläen, die solche Mittelalterbilder festigten. Zum einen feierte die gläubige Bevölkerung die 1100-Jahrfeier der Übertragung der Gebeine des Bistumsheiligen im Frühmittelalter, des weiteren wurde die 900-Jahrfeier der Busdorfkirche und schließlich der 900ste Todestag „des Sachsenbischofs“ Meinwerk begangen.<sup>37</sup> Zwei Zitate verdeutlichen stellvertretend für viele andere solche Deutungen: „Mögen im Jahre 1936 – im 900. Todesjahr ihres größten Bischofs – Stadt und Diözese Paderborn ihrem Bischof Meinwerk, der ein ganzer Mann, ein Sachse und ein Christ war, in Deutschheit und Christentum unverbrüchlich die Treue be-

tholischen Literaturkalender (Regensburg 1891 und 1914) heraus, weil er der Auffassung war, der Kürschner verfähre diskriminierend gegenüber katholischen Autoren.

<sup>33</sup> 1848. Aufbruch zur Freiheit, Ausstellung der Schirn-Kunsthalle Frankfurt und des Deutschen Historischen Museums Berlin vom 18.5.–18.9.1998, S. 72f.: Germania unter einer Eiche mit Reichsadler und Krone Karls des Großen, von Philipp Veit.

<sup>34</sup> Domarchiv Aachen (DoA) 68 (= Abt. C Fach 5 XI).

<sup>35</sup> Stadtarchiv Paderborn (StadtA PB) V 20, 66, Konzert am 6.11.1927.

<sup>36</sup> Lippspringer Anzeiger (LA) vom 23.7.1933.

<sup>37</sup> Westfalen im Bild, 10. Jg., Heft 7, 1937, S. 5f.: Paderborn, durch mehr als 1000 Jahre.



wahren.<sup>38</sup> Der Autor eines Lebensbildes Meinwerks schreibt: „Und die Namen der Sachsenkaiser und ihrer Bischöfe klingen nach weit über Land und Zeit. In ihnen leuchtet der Glanz von Heiligen, in ihnen zieht zugleich die Zeit der gewaltigsten deutschen Machtstellung im Abendland wieder herauf.“<sup>39</sup>

Die Mittelaltererinnerung des Jahres 1936 gipfelte, auch das sei hier angemerkt, in der vielleicht euphorischen, vielleicht aber auch nur ungenauen Formulierung, es werde 1100 Jahre Libori gefeiert.<sup>40</sup> 1926 hatte es bereits geheissen, die kirchliche Feier des Liborifestes werde „schon mit dem Liborifest 836 begonnen haben.“<sup>41</sup> 1936 wurde die lange und ununterbrochene Tradition erneut betont: „Das ist wohl eine gute Zeit, die elfhundert Jahre, die von der Verehrung des heiligen Liborius im Bistume Paderborn wissen“; Paderborn habe gute und schlechte Zeiten, Krieg und Frieden gesehen: „und in all den Zeiten haben sie Jahr für Jahr ihr ‚Sei gegrüßet, o Libori‘ gesungen ...Es muß also doch eine starke Kraft ausgehen von der Verehrung dieses Mannes aus grauer Vorzeit, anders wäre doch das Ganze in seiner unerschütterlich durchhaltenenen Stetigkeit gar nicht zu verstehen.“<sup>42</sup>

Das Mittelalter und Libori bilden den Mittelpunkt Paderborner Geschichtsbilder und ihre Deutungen, beziehungsweise die Deutungsakzente verändern sich je nach politischen Verhältnissen, geschichtlich bedeutsamen Zäsuren und nach Selbstversicherungsbedürfnissen: Nahtlos knüpfte die Kirche nach 1945 an Mittelalterbilder der Zwischenkriegszeit an. Der erste greifbare Aufbauerefolg inmitten der stark zerstörten Stadt stellte das Richtfest des Dombaches im Herbst 1946 zu Kleinlibori dar. Es wird unter Hinweis auf Wilhelm Richters Geschichte der Stadt Paderborn Bischof Meinwerks gedacht: „Aus Meinwerks Tagen stammt der ... Turmkoloß nebst dem Kerngemäuer des Westchores, sowie der Grundplan des ganzen Domes.“ Die Richtkrone in Form der Kaiserkrone<sup>43</sup>, neben Reichsapfel, Zepter und heiliger Lanze das Symbol für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, betonte die Bedeutung Paderborns als „Wiege des Reiches“<sup>44</sup>, wie die Berichterstattung glauben machen wollte: „An der Pader besprachen Karl der Große und

<sup>38</sup> OLDENBÜRGER, M.: Bischof Meinwerk. Ein Lebensbild zum 900. Todestag des größten Bischofs von Paderborn 1036–1936, Paderborn 1936, S. 43.

<sup>39</sup> Ebd., S. 7.

<sup>40</sup> Westfalen im Bild, 10. Jg. 1936, Nr. 7, Anzeigenseite.

<sup>41</sup> WV Nr. 205 vom 24./25.7.1926.

<sup>42</sup> Leo Nr. 29 vom 19.7.1936, Sei gegrüßet, o Libori!

<sup>43</sup> In Presseberichten heißt es, auch bei früheren Richtfesten der Paderborner Kathedrale wurde die Form der Reichskrone gewählt. Dies ließ sich nicht überprüfen, u.a. weil die Presseberichte für das Richtfest des Dombaches 1890 nicht überliefert sind; die Unterlagen des Dombauvereins geben keinen Aufschluss in dieser Frage.

<sup>44</sup> Die Würzburger Tagespost wies 1977 darauf hin, dass in der Pfalz zu Paderborn einst die Insignien des Reiches aufbewahrt wurden. Vgl. Käthe Sander-Wietfeld: Carolus Rex und Computer, in: Warte 16, Dezember 1977, S. 11f., hier S. 11.

Papst Leo III. jene Pläne, die zur Gründung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation führten.“<sup>45</sup>

Es gibt allerdings auch Beispiele dafür, dass sich das „Gedächtniskarussell“ nicht immer gleichmäßig weiterdreht, sondern manchmal stehen bleibt: 1956 etwa bestand in Paderborn ein offenbar verbreitetes Bedürfnis, eine Feier des 1150jährigen Bistumsjubiläums zu initiieren. Es war zunächst auf Skepsis im Generalvikariat gestoßen; erst nachdem Zweifel ausgeräumt waren, ob der Bezug zum Jahr 807 oder 806 vertretbar sei, wurde folgende Lösung gefunden: „Durch das Gedenken ‚1150 Jahre Bischofsstadt Paderborn‘ erhält die diesjährige Festfeier des Diözesanpatrons eine besondere Note.“ Wirklich groß wurde es nicht gefeiert, vielleicht, weil zuviel ‚Konstruktion‘ im Spiel war.

Ein zweites Beispiel zeigt, dass im Laufe der bundesrepublikanischen Jahrzehnte in Paderborn allmählich durchaus auch lockerer werdende Mittelalterbezüge möglich wurden. Abb. 7: Im Vorfeld der 1200-Jahrfeier der Stadt Paderborn – 1977 – ließ die Paderborner Brauerei eine Bierdeckelserie in „Erinnerung an das alte Paderborn“ herstellen. Ein großer Teil der Ansichten stammt aus dem 19. Jahrhundert; unter ihnen ragt eine Abbildung heraus: „Karl der Große vor den Sachsen in Paderborn Anno 777.“<sup>46</sup> Wiedergegeben ist ein Ereignis des Jahres 799. Entscheidend war hier, dass es sich um eine ansprechende Karlsdarstellung handelte; dass die dargestellte Szene keinen Jubiläumsbezug zum Jahr 1977 hat, spielte offenbar keine Rolle.<sup>47</sup>

Darüber hinaus wird 1977 deutlich, dass sich die Stadt allmählich aus seinem Image als ausschließlich „alte“ Stadt zu lösen begann. Zögernd machten sich Tendenzen bemerkbar, Paderborn „als alte Stadt“ darzustellen, „die auf erstaunliche Weise modern“ sei.<sup>48</sup> Gleichwohl bestand ein großes Bedürfnis, das Mittelalter und vor allem Karl den Großen sichtbar und greifbar zu machen. Locker gehandhabte Mittelalterfolklore findet sich seitdem in vielfältiger Weise bei Paderborner Gedächtnisanlässen, ohne geschichtspolitisch aufgeladene Mittelalter zu verkörpern.

Ein drittes Beispiel sei genannt, aus dem nun wiederum deutlich wird, dass es keineswegs im ausgehenden 20. Jahrhundert immer entspannt zugeht, wenn es galt, sich in Paderborn auf Gedächtnisanlässe vorzubereiten. Das bislang nicht übertroffene neuzeitliche Jubiläumsjahr stellt 1999 dar, in dem in Karl und Leo III. im Mittelpunkt standen.<sup>49</sup> Als Gedächtnisinstitutionen traten das Erzbistum, die Stadt, der Landschaftsverband und die historische Kommission für Westfalen hervor. Stadt, Erzbistum und Landschaftsverband Westfalen-Lippe zeigten die Ausstellung „799 – Kunst und Kultur der Karolingerzeit. Karl

<sup>45</sup> Zeitungsausschnitte, hier aus der Freien Presse, StadtA PB V7/43, Unterlagen des Heimatvereins.

<sup>46</sup> Neue Westfälische (NW) Nr. 299 vom 30.12.1976.

<sup>47</sup> Eine Kopie im Archiv des Altertumsvereins, Acta 706: Musée de Versailles, Galerie des Batailles – 4 – Ary Scheffer, Charlemagne reçoit à Paderborn la soumission de Witikind.

<sup>48</sup> Vgl. die Zeitungsausschnittsammlung zum Jubiläum 1977 im StadtA PB sowie C 275 ebd., u.a. zum Westfalentag 1977 in Paderborn.

<sup>49</sup> Auf die Feier des 1150jährigen Liborijubiläums im Jahre 1986 sei hier nicht gesondert eingegangen. WV vom 28.7.1986.

der Große und Leo III. in Paderborn,<sup>50</sup> begleitet von einem internationalen Symposium und einer Reihe wissenschaftlicher Vorträge.<sup>51</sup> Die Paderborner Ausstellung war Teil des europäischen Verbundprojekts zur Karolingerzeit „Charlemagne – The Making of Europe“, an denen Barcelona, Brescia, Split und Paderborn beteiligt waren.

Es galt, Paderborn- und Regionalspezifisches zu betonen, d.h., die Begegnung zwischen Karl und Leo szenisch zu vergegenwärtigen, als „lokal geerdet“ zu vermitteln und mit dem „genius loci“ zu verbinden.<sup>52</sup> Die Ausstellung wurde – wie könnte es anders sein – am 23. Juli, dem Festtag des heiligen Liborius, und zwar mit einem Festakt im Dom, eröffnet. Und die Reden machten noch einmal deutlich, wie unterschiedlich Gedächtnispolitik akzentuiert sein kann: Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt betonte, wie wichtig „wirkliche“ Erinnerung an das geschichtliche Ereignis des Jahres 799 sei. Im religiösen Sinne habe „Zeit“ stets einen heilsgeschichtlichen Bezug zu den christlichen Anfängen und einen Zukunftsaspekt, der auf das himmlische Jerusalem verweist. Urzeit und Endzeit bilden diesem Verständnis nach die Pole, zwischen denen ein Ereignis wie das des Jahres 799 seinen Platz habe.<sup>53</sup> Bundespräsident Johannes Rau nannte die historische Begegnung einen „veritablen G-2-Gipfel“, betonte die Anfänge einer „Vorstellung von Europa in den Köpfen“ als Fundament, an das man sich auf dem Weg der europäischen Einigung erinnern solle.<sup>54</sup>

Mit einem vierten und letzten Beispiel kann gezeigt werden, dass die Mechanik des Gedächtniskarusells, um im Bild zu bleiben, manchmal auch überdreht werden kann: 1996 sollte noch einmal ein besonders wichtiges Gedenk-Ereignis in Paderborn werden. 1996 erhielt Erzbischof Degenhardt zu seinem 70sten Geburtstag das Modell einer Bronze-Skulptur Heinrich Gerhard Bückers, das Kaiser Karl und Leo zu Pferd darstellt.<sup>55</sup> Das Modell sollte 1997 in der Bank für Kirche und Caritas aufgestellt werden, in einem Zusammenhang zur Stiftung der St. Liborius Medaille für Einheit und Frieden 1977 stehen und eine Brücke zum Jubiläumsjahr 1999 schlagen.<sup>56</sup> Dies sei überzogen, die Skulptur solle „zuviel auf einmal leisten: ... ein Zeichen der ‚historischen Bedeutung Paderborns sein‘, an den ersten Papstbesuch in Paderborn erinnern, auf den zweiten hinweisen, die

<sup>50</sup> Stiegemann, Christoph / WEMHOFF, Matthias (Hg.): 799 – Kunst und Kultur der Karolingerzeit. Karl der Große und Leo III. in Paderborn, Bd. 1–3, Mainz 1999.

<sup>51</sup> Vgl. JARNUT, Jörg: 799 und die Folgen, in: Westfälische Zeitschrift 46, 2000, S. 191–210.

<sup>52</sup> STIEGEMANN: Ein Gipfeltreffen mit Folgen, S. 10.

<sup>53</sup> 799 – Kunst und Kultur der Karolingerzeit. Karl der Große und Papst Leo III. in Paderborn. Ausstellungseröffnung am 23. Juli 1999 – Dokumentation –, Paderborn 1999, S. 12; Vgl. PIEPER, Josef: Über das Phänomen des Festes, Köln, Opladen 1963; ders.: Zustimmung zur Welt. Eine Theorie des Festes, München 1963, S. 77.

<sup>54</sup> Ebd., S. 17f. Vgl. auch WEMHOFF, Matthias: Gipfeltreffen in Paderborn, in: Archäologie in Deutschland 15, 1999, S. 16–19.

<sup>55</sup> WV vom 3.2.1996.

<sup>56</sup> WV vom 3.2.1996.

Gründung von Stadt und Bistum ins Gedächtnis rufen und ... ein Geburtstagsgeschenk ... sein<sup>57</sup> – so die Kritik.

Gibt es ein Fazit? Die Geschichte des christlich konnotierten Mittelalters als Quell von Gedächtnisanlässen und Geschichtspolitik ist sicher noch nicht zu Ende: Die wissenschaftliche Beschäftigung mit solchen Themen legt nicht nur „Erinnerungsschichten“ frei, sondern „fordert immer auch ein Element der Kritik ein“<sup>58</sup>, – nicht zuletzt, indem sie den Umgang mit den ‚Quellen‘ für die jeweilige Gegenwart in den Blick nimmt. – Eigentlich müsste anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Vereins für Geschichte auch der Liboritusch gespielt werden, der gleichsam konstant seit 1836 die Geschichte der Paderborner Gedächtnisanlässe begleitet und sicher auch beim 50-jährigen Jubiläum des Vereins noch zu hören sein wird: Vielleicht bei einem Festmahl, das sich mit dem des erwähnten des Alterstumsvereins im Jahre 1899 messen kann und bei dem sich Karl und Leo die Hand geben. Dem Verein für Geschichte sei ein Gedicht mit in die nächsten Jahre gegeben, das einen etwas melancholisch nachdenklichen Gang über ein Volksfest wie Libori begleiten kann und vielleicht auch zu sich wiederholenden Gedächtnisanlässen mit mehr oder weniger herausragenden Highlights gehört. Mit dem Stichwort Gedächtnis, „karussell“ ist bereits auf den Titel folgender Zeilen Rilkes hingewiesen: „Das Karussell“ oder „Jardin du Luxembourg“.

Mit einem Dach und seinem Schatten dreht  
sich eine kleine Weile der Bestand  
von bunten Pferden, alle aus dem Land,  
das lange zögert, eh es untergeht.  
Zwar manche sind an Wagen angespannt,  
doch alle haben Mut in ihren Mienen;  
ein böser roter Löwe geht mit ihnen  
und dann und wann ein weißer Elefant.  
...  
Und das geht hin und eilt sich, dass es endet,  
und kreist und dreht sich nur und hat kein Ziel.  
Ein Rot, ein Grün, ein Grau vorbeigesendet,  
ein kleines kaum begonnenes Profil.  
Und manchesmal ein Lächeln, hergewendet,  
ein seliges, das blendet und verschwendet  
an dieses atemlose blinde Spiel.

<sup>57</sup> WV vom 16.2.1996. Vgl. zu SCHLOCHTERN, Josef Meyer / HATTRUP, Dieter (Hg.): Geistliche und weltliche Macht. Das Paderborner Treffen 799 und das Ringen um den Sinn der Geschichte, Paderborn 2000.

<sup>58</sup> Ebd.

## 1989: Die Spuren des Mauerfalls

**Bericht über die 18. Tagung „Fragen der Regionalgeschichte“  
des Historischen Instituts der Universität Paderborn  
am 7. November 2009**

*von Moritz Schäfer*

Mit Vorträgen zum Themenkomplex der deutschen Wiedervereinigung befassten sich auf der diesjährigen Tagung, ausgerichtet von Prof. Dr. Frank GÖTTMANN in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Eva-Maria SENG, rund einhundert TeilnehmerInnen am Samstag, dem 7. November, im Auditorium Maximum der Universität Paderborn. Aus historischer, demographischer und sozialpsychologischer Perspektive beleuchtete die öffentliche Veranstaltung mit dem Titel „Zwei Jahrzehnte Mauerfall – Spiegelungen in Gesellschaft und Kultur“ die Ereignisse des Jahres 1989 und deren Folgen.

Nach begrüßenden Worten durch den Prorektor für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs Prof. Dr. Wilhelm SCHÄFER gab Prof. Dr. Frank Göttmann den TeilnehmerInnen eine inhaltliche Einführung in die Thematik. Der Mauerfall habe demnach diesseits und jenseits der ehemaligen Grenze sowohl in der Gesellschaft als auch in den Köpfen der Menschen tiefe Spuren hinterlassen. Die Folgen und die Bewältigung der Ereignisse des Jahres 1989 würden bis in unsere Gegenwart hineinreichen und seien noch längst nicht abgeschlossen. Gerade im Jubiläumsjahr 2009 werde allenthalben in der Öffentlichkeit und in den Medien der Ereignisse gedacht und aus unterschiedlichen Blickwinkeln von beteiligten Zeitgenossen und Beobachtern gewürdigt. Insbesondere im Bereich der Medien sei in diesem Kontext ein Schwanken zwischen seriöser Information einerseits und einem „Rummel-Event“ andererseits zu beobachten. Zeitzeugen würden befragt oder meldeten sich von selbst zu Wort, wo sie besser schweigen sollten. Die nachhaltigen Verwerfungen in der Alltagskultur und in der Mentalität der Menschen stelle ein schwieriges Thema dar, denn im Laufe der Jahre wandle sich die Erinnerung an historisches Geschehen und der Blick darauf, wodurch sich auch scheinbar fest gefügte historische Wirklichkeiten verändern würden. Besonders im Kontext des künftigen politischen und gesellschaftlichen Umgangs mit dem anhaltenden Integrationsprozess von West und Ost sei die Anerkennung dieser Tatsache unabdingbar.

Anschließend eröffnete Prof. Dr. Peter FÄBLER (Universität Paderborn) die Vortragsreihe mit seinem Beitrag „Als Ochs und Esel die SED-Herrschaft zu Fall brachten. Überlegungen zum Erfolg der Bürgerrechtsbewegung in der DDR 1989/90“, in dem er die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umstände, die zur Revolte der ostdeutschen Bevölkerung und zum Fall der Regierung in der DDR führten, betrachtete. Mehrere Faktoren seien schließlich dafür verantwortlich gewesen, so Fäßler, dass die Bürgerrechtsbewegungen der DDR in den 1980er Jahren einen so breiten Zulauf erfahren habe.

So habe die Wirtschafts- und Sozialpolitik der 1970er Jahre beispielsweise durch die Einfrierung der Lebensmittelpreise und durch mehrfache Rentenerhöhungen zwar dafür

gesorgt, dass die Menschen ausreichend Geld zur Verfügung gehabt hätten; durch die Refinanzierung dieser Subventionen hätten sich jedoch Einsparungen in den Bereichen wie der Industrie, dem Straßenbau oder der Telekommunikation ergeben, welche den geschaffenen Konsumkapazitäten nicht entsprachen. Fäßler stellte fest, dass sich das Konsumverhalten der Bevölkerung in eine Richtung entwickelte, die für die politische Führungsspitze des Landes nicht nachzuvollziehen war. Denn diese sei während der Weimarer Zeit oder davor, also in „Zeiten des Mangels“ sozialisiert worden und habe den neuen Bedürfnissen der Bevölkerung gegenüber nur mit Unverständnis begegnen können.

Gleichzeitig, so Fäßler weiter, schwand seit Mitte der 1970er Jahre der Rückhalt der SED-Regierung innerhalb ihrer sozialistischen Bruderstaaten. Sowohl wirtschaftliche Zuwendungen als auch die politische und militärische Unterstützung wurden ihr entzogen. Eine Investition in die Wirtschaft und in Versorgungsgüter höherer Qualität, die dem Einkommen der Bevölkerung entsprochen hätten, wurde unmöglich und Beschwerden über kaputte Werkzeuge, desolate Fabrikgebäude und Straßen mehrten sich.

Der Unmut von Seiten der Bevölkerung gegenüber den herrschenden Verhältnissen in der DDR wurde zudem durch die Vergleichsgröße BRD verstärkt, die zwar öffentlich in den Hintergrund gerückt war, jedoch privat durch das Westfernsehen noch immer ihren Weg in die ostdeutschen Wohnzimmer fand. Die beiden Ölkrisen in den Jahren 1973/74 sowie 1978/79 hatten zudem zu einem Rückgriff auf die heimische und kostengünstigere Braunkohle geführt, was für die Bevölkerung nicht nur als Rückschritt angesehen wurde, sondern auch eine Verschlechterung der Lebensumstände durch eine höhere Umweltbelastung bedeutete. Es folgte die Gründung zahlreicher Umweltbewegungen, die der Regierung eine mangelnde politische Transparenz vor allem im Bereich der Umweltverschmutzung vorwarfen. Diese wurde von der SED-Führung jedoch wegdefiniert. Umweltprobleme galten für sie als ein Charakteristikum kapitalistischer Länder und somit als bestenfalls kurzzeitiges, temporär bedingtes Problem, das sich schnell aufheben ließe. Die politische Elite der DDR erstarrte in einer Sprache, die das Volk letztlich nicht mehr verstand oder verstehen wollte. Vielmehr habe man das Gefühl gehabt, dass die Sorgen und Ängste der Bevölkerung von „denen da oben“ nicht registriert würden. Das Vertrauen in die SED-Regierung sei weithin verloren gegangen. Der Vorteil der Bürgerrechtsbewegung in der DDR habe letztendlich darin bestanden, so Fäßler abschließend, dass sie in Form und Inhalt ein „erfrischender Kontrapunkt“ zum Agieren der Partei darstellte.

Einen regional orientierten Blickwinkel eröffnete anschließend Michael WAHL (Statistikamt der Stadt Paderborn) mit seinem Vortrag „Der demographische Einfluß der Wende auf die Bevölkerungsstruktur der Stadt Paderborn“. Bereits seit dem Jahr 1987 sei demnach für die Stadt eine starke Bevölkerungszunahme zu verzeichnen gewesen. Wahl sah diesen Anstieg jedoch weniger im Zulauf von Republikflüchtlingen, sondern vielmehr in der Zuwanderung von Spätaussiedlern aus den Ostblockstaaten begründet. Die Zahl von Übersiedlern aus der DDR sei in den Jahren zwischen 1983 und 1989 relativ konstant bei 20 bis 50 Personen geblieben und habe sich daher kaum auf die Bevölkerungsstruktur der Stadt ausgewirkt. Ab dem Jahr 1989 sei die Anzahl der Zugewanderten aus den neuen

Bundesländern ebenfalls relativ konstant auf immerhin 250 bis 500 Personen angestiegen, wobei die Zugewanderten aus der ehemaligen DDR einen Anteil von vier Prozent der gesamten Zuzüge nach Paderborn ausgemacht hätten.

Der Zulauf aus dem Osten habe sich auch in Bezug auf die Religionszugehörigkeit bemerkbar gemacht. So habe die Anzahl der Personen mit römisch-katholischer Konfession leicht abgenommen, während sowohl die Zahl der Personen mit evangelischem Bekenntnis als auch diejenige der Personen mit anderer oder keiner Konfession zugenommen habe. Wahl sah den Anstieg vor allem der evangelischen oder konfessionslosen BürgerInnen durch die Spätaussiedler aus Russland begründet, wo die Bevölkerungsgruppe der ehemaligen Russlanddeutschen traditionell lutherisch oder evangelisch-freikirchlich organisiert war. Auch sei die Zahl der Russlanddeutschen deutlich höher als die Zahl der Spätaussiedler aus Polen, die traditionell römisch-katholisch seien. Insgesamt, so stellte Wahl fest, habe sich der Zulauf aus dem Osten vor allem auf das Durchschnittsalter der Paderborner ausgewirkt. Dieses beläuft sich demnach momentan auf 40,2 Jahre. Ausgehend von einem Durchschnittsalter von 35 Jahren bei den Spätaussiedlern, so Wahl, ließe sich errechnen, dass der Durchschnitts-Paderborner ohne diesen Zulauf ein Alter von 40,7 Jahren hätte.

Die Nachmittagsveranstaltung wurde von Privatdozent Dr. Hendrik BERTH (Technische Universität Dresden) eröffnet. Unter dem Titel „20 Jahre Mauerfall aus sozialwissenschaftlicher Sicht. Ergebnisse aktueller Untersuchungen“ vermittelte er den Tagungsteilnehmern einen Blick auf die Ergebnisse der „Sächsischen Längsschnittstudie“. Deren Initiatoren begleiten seit 1987 kontinuierlich eine repräsentative Gruppe junger Ostdeutscher auf ihrem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Damit zählt die Untersuchung mit derzeit 22 abgeschlossenen Erhebungswellen zu den weltweit am längsten andauernden sozialwissenschaftlichen Erhebungen. Die Studie dokumentiert den Wandel, der sich bei jungen Ostdeutschen des Geburtsjahrganges 1972 zwischen ihrem 14. und 34. Lebensjahr in Bezug auf ihr politisches Bewusstsein vollzogen hat. Berth machte deutlich, dass die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands bei den Befragten grundsätzlich befürwortet werde. Dennoch sei die Suche der Panelmitglieder nach einer neuen staatsbürgerlichen Identität auch heute noch keineswegs abgeschlossen. Diese würden sich, formal betrachtet, mehrheitlich schon als Bürger der Bundesrepublik fühlen, kämen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht und wüssten deren Möglichkeiten und Chancen zu schätzen.

Andererseits wüchse jedoch seit Jahren ihre Unzufriedenheit mit dem heutigen Gesellschaftssystem, insbesondere im Hinblick auf die Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik. Nicht zufällig schneide daher im direkten Systemvergleich zwischen DDR und BRD gerade auf diesen Gebieten die DDR zunehmend besser ab. Hier sei ein wesentlicher Grund dafür zu erkennen, dass für viele der Befragten eine Art staatsbürgerliche Doppelidentität typisch sei. Aus den langjährigen Trends gehe klar hervor, dass eine grundsätzliche Bejahung der deutschen Einheit keineswegs identisch sei mit der Zustimmung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Berth beschrieb weiter, dass die Forschungsfrage nach dem Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Gesundheit seit dem Jahr 2002 einen neuen

Schwerpunkt der Studie darstelle. Mehr als 70 Prozent der Befragten seien demnach seit der deutschen Einheit einmal oder mehrmals arbeitslos gewesen, was bei einer Mehrheit zu gesundheitlichen Beschwerden auf körperlicher und vor allem auf psychischer Ebene geführt habe. Besonders diejenigen Studienteilnehmer, die mehrfach arbeitslos gewesen seien, so Berth, würden deutlich häufiger unter Ängstlichkeit, Depressivität und einer allgemein erhöhten psychischen Belastung leiden. Schon die Angst vor Arbeitsplatzverlust würde neben der tatsächlich erlebten Arbeitslosigkeit zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Die Ausführungen Berths reichten nur wenig über eine kommentierende Vorstellung der Umfrageergebnisse hinaus. Weitergehende Interpretationsansätze oder mögliche politische Folgerungen aus den Erhebungen wurden kaum diskutiert.

Den Abschluss der Vortragsreihe bildete die Lesung von Daniela DANZ, einer jungen Autorin aus Halle an der Saale, die zu den herausragenden Nachwuchstalenten der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur zählt. Danz präsentierte eine Auswahl von Gedichten aus ihren beiden Lyrikbänden „Serimunt“ und „Pontus“ und ermöglichte so im Kontext der Tagung einen Brückenschlag vom wissenschaftlichen zum künstlerischen Blick auf die Folgen der Ereignisse um das Jahr 1989. So sind die von ihr gewählten Titel der beiden Gedichtbände als eine poetologische Metapher zu deuten. „Serimunt“ hieß im Mittelalter eine Gaugrafschaft im heutigen Sachsen-Anhalt – eine Region, der sich Danz besonders verbunden fühlt. „Pontus“ war der Name, den man in der Antike dem Schwarzen Meer mit seiner Küstenlandschaft gab. Beide Landschaften grenzen einen für die Autorin bedeutsamen Raum ein, der sich von Ostdeutschland über Osteuropa auf Europa als Ganzes ausweitet und damit den europäischen Erweiterungsprozess seit 1989 – sowohl politisch als auch mental – spiegelt.

Die Tagung ermöglichte den Teilnehmern facettenreiche Einblicke sowohl in Bezug auf die „Initialzündungen“, die zum Mauerfall und der deutschen Wiedervereinigung führten, als auch hinsichtlich der Auswirkungen auf die Menschen in Ost- und Westdeutschland, die dieser Prozess mit sich brachte. Dabei zeigte sich, dass die Bewältigung der Ereignisse von 1989 noch immer bis in unsere Gegenwart hineinreicht und längst nicht abgeschlossen ist. Darüber hinaus konnte verdeutlicht werden, welche Rolle die medialen und künstlerischen Repräsentationen im Kontext dieser Auseinandersetzung einnehmen.



## **Bischof Meinwerk – Ein Mann von Welt. Eine Glosse zur Paderborner Ausstellung**

*von Michael Wittig*

Mit Stolz zeigen Museums- und Stadtführer die steinernen Zeugen von Meinwerks Wirken in der Stadt Paderborn: Bartholomäuskapelle und Busdorfkirche. Hier soll auf einen meist nicht genannten Aspekt hingewiesen werden: Meinwerk zitiert mit diesen Bauten die ungeteilte Christenheit. Der Apostel Bartholomäus hat der Tradition nach in Indien missioniert; die kirchliche Organisation dort wurde von der syrischen Kirche aufgebaut. Der Vita des Bischofs Meinwerk folgend (Kapitel 155; wohl als Mitbringsel seiner in Kapitel 23 erwähnten Italienfahrt) holte dieser zum Bau dieser Kirche byzantinische Fachleute. Das Patronat der Busdorfkirche teilen sich die Apostel Petrus und Andreas. So, wie sich die römische Kirche auf Petrus zurückführt, sieht die griechisch-orthodoxe Kirche den Erstberufenen Andreas als ihren Fels an, auf dem sie gegründet ist.

Als Meinwerk in Paderborn als Bischof wirkte und baute, hat niemand die grundsätzliche Einheit der christlichen Oikumene in Frage gestellt. Wohl lebte man mit der Realität, dass in der Nachfolge des Imperium Romanum sowohl im Westen ein Kaiser als Beschützer des Christentums agierte und dafür auch auf die Zusammenarbeit mit dem römischen Oberhirten angewiesen war, als auch im Osten, wo der Kaiser in Konstantinopel ebenfalls mit der orthodoxen Kirche und deren Patriarchen für die Wahrung der überlieferten Tradition kämpfte. Als der römische Oberhirte seinem byzantinischen Amtsbruder im Jahr 1054 die Gemeinschaft aufkündigte, hat das kaum jemanden ernsthaft beunruhigt. Erst nachfolgende Generationen haben an diesem Datum einen Bruch zwischen östlicher und westlicher Kirche festgemacht – bis zum Treffen zwischen Papst Paul VI. und Patriarch Athenagoras.

Hier sei kurz an die ganz profanen Gründe des Auseinanderlebens von Ost und West erinnert. Im Jahr 324 hat Kaiser Konstantin die Hauptstadt des Römischen Reiches von Rom an den Bosphorus nach Byzanz verlegt, bzw. einen zweiten Regierungssitz dort gegründet und zur Metropole Konstantinopel ausgebaut. Er selbst residierte nun in dieser Stadt, den Senat aber beließ er in Rom. Mit dieser Aktion reagierte Konstantin auf militärische Notwendigkeiten und wirtschaftliche Gegebenheiten.

Mit der sog. germanischen Völkerwanderung begann der Zerfall des römischen Reiches in seiner westlichen Hälfte. Bedrängt von den Langobarden suchte der römische Oberhirte militärischen Beistand bei den Franken und erhob nach Pippin auch Karl den Großen zum Schutzherrn der Christenheit, letzteren schließlich auch mit dem Titel eines Kaisers. Schon beim Übergang der Königswürde von den Merowingern auf die Karolinger hatte die Kirche nach dem Grundsatz gehandelt, dass zum Titel auch die Macht gehört; wenn ein Königsgeschlecht diese nicht mehr hat, hat es das „Königshel“ verloren. Der Kirchenvater Augustinus hatte diese *ordo*-Theorie im 4. Jahrhundert formuliert, nach der *res* und *nomen* sich decken sollen; dieser Gedanke kam auch wieder beim Übergang des

Königtums auf den Sachsen Heinrich I. zum Tragen (mit dem Tod von Meinwerks Schulkameraden Heinrich II. erlosch dann diese sächsische Linie wieder).

Als sich dann auch noch turkstämmige Protobulgaren rund um Ohrid niederließen und die Verbindungsstraße zwischen Konstantinopel und Italien, die Via Egnatia, blockierten, konnte von hier erst recht keine militärische Unterstützung mehr in den Westen in Marsch gesetzt werden. Wohl aber versetzte dies die Seehandel treibende Lagunenstadt Venedig, die sich als Filiale von Byzanz im Westen gerierte, in die glückliche Lage eine Monopolstellung für byzantinische Luxuswaren aufzubauen – bis zu dem Punkt, an dem die Filiale die Hauptstelle dominierte: 1204 der „Kreuzzug“, der Konstantinopel eroberte und ein westliches Kaisertum dort installierte.

Auch in seiner östlichen Hälfte hatte das römische Reich an Macht und Glanz verloren; es war zum byzantinischen Reich geschrumpft. Araber und Perser hatten mit Ägypten und Syrien alte christliche Reichs-Provinzen erobert. Die Christen in Alexandrien und Antiochien gingen fortan ohne Kontakt zu Rom und Konstantinopel ihre eigenen Wege. Der Verlust dieser Provinzen und damit die Isolierung Ostroms, abgeschnitten von der Seidenstraße nach China und dem Zugang zum Indischen Ozean, führte zum Rückgang des Exports, dem Rückgang der Produktion hochwertiger Güter, dem Rückgang der Goldreserven und damit zu einer Veränderung der Gesellschaft. Nicht mehr die produzierende und Handel treibende Großstadtbevölkerung, sondern die Landbesitzer gaben fortan den Ton an. Als dann das Reich auch noch in Themen eingeteilt wurde, militärische Wehrkreise/Markgrafschaften, in denen militärische Einheiten stationiert wurden, begann der endgültige Zerfall der Zentralmacht. Die regionale Militäraristokratie agierte nach ihren partikularen Interessen. Um wirksame Hilfe zu erhalten, paktierten die byzantinischen Kaiser deswegen immer wieder auch mit dem römischen Papst, der dafür die westlichen Fürsten in den Krieg gegen Araber, Perser und Türken rief.

Mit dem Schwinden der Macht der staatlichen Zentralgewalt im Osten wie im Westen jedoch ging sowohl dem römischen als auch dem griechisch-orthodoxen Oberhirten die starke Hand des Kaisers verloren, der bislang Konzilien einberufen und die Umsetzung von deren Beschlüssen garantiert hatte.

Im Westen führte der Investiturstreit dazu, dass sich in Kirche und Staat jeder auf seinen Part konzentrierte, im Osten führte der Weg über die Liturgiesprachen der Griechen, Serben, Russen, Rumänen und Bulgaren zu den nationalen Kirchen, die zum Keim künftiger Staatlichkeit wurden.

Bartholomäuskapelle und Busdorfkirche aber sind Zeugnisse einer oikumenischen Weltläufigkeit, mit denen schon vor 1000 Jahren *Paderborn überzeugt* hat.

## Von der Sommerfrische zum Wanderparadies

### Das Sauerland: ein konstruiertes Urlaubsziel<sup>1</sup>

von Philipp Wiegers

War das Reisen für lange Zeit ein Privileg der Oberschicht, so entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus einem Individual-Tourismus langsam der so genannte Massentourismus. Dieses geschah nicht nur auf überregionaler Ebene, auch innerhalb Westfalens entstand zwischen Ruhrgebiet und Sauerland ein reger Tourismus. Bei der Urlaubsregion Sauerland handelte es sich allerdings nicht um ein natürlich gewachsenes Naherholungsgebiet. Vielmehr konstruierte man in Kaiserreich und Weimarer Republik ein künstliches Bild der Region, welches die verstärkt auftretenden Urlauber in eine vormals touristisch unerschlossene Gegend locken sollte. Mit welchen – mal mehr, mal weniger erfolgreichen – Mitteln dieses bewerkstelligt wurde, soll im Folgenden näher betrachtet werden.

#### Voraussetzungen

Bevor der Massentourismus entstehen konnte, mussten zunächst mehrere Rahmenbedingungen erfüllt werden. Allen voran musste ein Urlaub dem normalen Bürger zeitlich möglich sein. Dieses war nur durch ein gewisses Maß an frei planbarer Freizeit möglich. Weiterhin benötigte man eine ausreichend ausgebaute Infrastruktur, um Urlauber transportieren, unterbringen und verpflegen zu können und gleichzeitig für alle Schichten erschwinglich bleiben sollte. Zusätzlich sollte dem potentiellen Urlauber bei der Planung seiner Freizeit unter die Arme gegriffen und seine Interessen vertreten werden.<sup>1</sup> Diese Vorbedingungen und ihre Entwicklung sollen in diesem Beitrag, mit besonderem Augenmerk auf die Region Westfalen, genauer untersucht werden.

Aufgrund der zahlreichen, ungefähr einhundert pro Jahr, kirchlichen Feiertage verfügte der einfache Arbeitnehmer zum Ende des Mittelalters noch über ein hohes Maß an persönlicher Freizeit. Dieses sollte sich in den folgenden Jahrhunderten jedoch drastisch ändern. Ab dem Beginn der Neuzeit bis hin zur Säkularisierung wurde die Freizeit der arbeitenden Bevölkerung massiv beschnitten. In katholischen Regionen reduzierte sich die Anzahl der kirchlichen Feiertage drastisch und in protestantischen Gegenden fielen, bis auf wenige Ausnahmen, alle Feiertage weg. Tarifvertraglich definierter Urlaub für Arbeitnehmer kam in Deutschland erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts vereinzelt wieder vor. Vor der Jahrhundertwende gestanden gerade einmal 100 Betriebe, diese von hauptsächlich kleiner oder mittlerer Größe, ihren Arbeitnehmern Urlaubstage zu. Weiterhin waren diese

<sup>1</sup> Vgl. FRESE, Matthias: Die Herausbildung des Massentourismus in Westfalen. Tourismusförderung, organisierte Reisen und Individualtourismus während der Weimarer Republik und der NS-Zeit, in: Westfälische Forschungen 47 (1997), S.561–584, hier: S. 561.

Zugeständnisse oftmals nicht von den Gewerkschaften initiiert, sondern waren vielmehr ein Mittel der Arbeitgeber, ihre Angestellten an das eigene Unternehmen zu binden – in der Regel wurde dieser Urlaubsanspruch jedoch nicht auf die Arbeiter ausgedehnt. Ein tariflich zugesichertes Recht auf Urlaub kam in Deutschland erst nach Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution auf. Aber auch dann standen den Arbeitern keine, mit heutiger Zeit vergleichbare, Urlaubsansprüche zu. Bestenfalls konnte man sich Wochenendausflüge leisten, ausgedehntere Urlaubsreisen blieben weiterhin ein Privileg der besser gestellten Bürger.<sup>2</sup>

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts galt das Sauerland noch gemeinhin als eine größtenteils unerschlossene, karge und für den Tourismus gänzlich ungeeignete Gegend. Erst durch den fortschreitenden Ausbau des Eisenbahnnetzes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand touristisches Interesse an der Region. Zwar handelte es sich bei den potentiellen Touristen noch um eine sehr kleine Gruppe der Bürger, dennoch fanden sich hier genügend Urlaubswillige, die die hohen Kosten einer ausgedehnten (Fern-)Kurzreise scheuten, bzw. nicht aufbringen konnten, und dafür lieber auf Sommerfrischen in der näheren Umgebung ausgewichen wären. Animiert durch nun auch die Mittelgebirge beschreibende Reiseführer, richtete eben diese Gruppe ihr Interesse auf das Sauerland. Was einstmals trostlos und verlassen schien wurde nun als idyllisch und entspannend aufgefasst.<sup>3</sup>

Die Infrastruktur des Sauerlandes war auf dieses neu aufgekommene Interesse allerdings nicht vorbereitet. Anbindungen an das Schienennetz existierten zwar bereits, waren aber nicht für den Transport größerer Touristenmengen konzipiert. Zusätzlich zu den Schwächen der Verkehrsanbindung traten teils massive Probleme mit den nötigen Übernachtungsmöglichkeiten auf:

Wiederholt klagten Reisende über schlechte Ausstattung der Unterkünfte, fehlende oder nur beschränkt vorhandene sanitäre Anlagen und generell über ein ungenügendes Engagement der Gastwirte z.B. bei Urlaubsanfragen, Zimmernachweis und Dienstleistungen.<sup>4</sup>

Um diesen Problemen Herr werden zu können, war eine übergreifend organisierende Instanz nötig: ein Dachverband.

Als Vorgänger der modernen Fremdenverkehrsvereine entstanden zunächst kleine, lokale Vereine. Diese wurden von örtlichen Geschäftsleuten, mit der Absicht ihren Ort attraktiver zu gestalten, gegründet. Vorrangig war den Mitgliedern daran gelegen, ihre Stadt besser an das bestehende Eisenbahnnetz anzubinden. Besonders in den Ferienmonaten wünschte man sich den verstärkten Einsatz von Sonderzügen. Darüber hinaus wur-

<sup>2</sup> Vgl. HACHTMANN, Rüdiger: *Tourismus Geschichte*, Göttingen 2007, S. 98–101.

<sup>3</sup> Vgl. FRESE, Matthias: *Tourismus zwischen Marketing und Identität. Das Sauerland und Westfalen im späten 19. und 20. Jahrhundert (1890–2000)*, in: *Westfälische Forschungen* 52 (2002), S. 371–419, hier: S. 376.

<sup>4</sup> Ebd., S. 378.

den bereits erste Versuche der aktiven Werbung für den jeweiligen Ort unternommen, so verteilte man unter Anderem Prospekte und hing Plakate an Bahnhöfen aus. Schließlich übernahmen die Vereine Aufgaben im Bereich der Fahrplanauskunft sowie des Kartenverkaufs. In Verhandlungen mit den staatlichen Eisenbahnen waren die Vereine allerdings ohne einen übergeordneten Dachverband nur bedingt durchsetzungsfähig.<sup>5</sup> Mit dem Verband der Westfälischen Verkehrsvereine (WVV) wurde 1907 in Dortmund dieser Dachverband gegründet. Hervorgegangen aus dem Dortmunder Verkehrsverein sollte der Verband Probleme und Wünsche seiner Mitglieder sammeln um diese zu koordinieren und dann den zuständigen Stellen, z.B. der Eisenbahndirektion, vorzulegen.<sup>6</sup> In diesem Zusammenhang ist weiterhin der Sauerländische Gebirgs-Verein (SGV) zu nennen. Schon 1890 gegründet, verfolgte er ähnliche Interessen und kooperierte ab 1907 auch mit dem WVV.<sup>7</sup> Zusätzlich zu den Verbesserungsbemühungen auf genanntem Gebiet wurde der Wintersport im Sauerland verstärkt beworben. In den Städten Fredeburg, Schmallenberg und Winterberg sollte neben der Sommerfrische eine zweite Urlaubssaison eingeführt werden.<sup>8</sup>

Da nun die nötigsten Rahmenbedingungen erfüllt waren, konnten sich Ansätze eines Massentourismus im Sauerland entwickeln. Durch Kriegsbeginn 1914 kam die Tourismusförderung allerdings fast vollständig zum Erliegen und sollte sich bis zum Ende der Ruhrbesetzung auch nicht wieder erholen.<sup>9</sup>

### Die Zeit der Weimarer Republik

Zu Beginn der Weimarer Republik lässt sich in Deutschland eine beachtliche Anzahl an Zusammenschlüssen zur Förderung des Fremdenverkehrs nachweisen. Von 272 reichsweit befragten Städten besaßen vier Fünftel entweder ein Verkehrsamt, einen Verkehrsverein oder beides.<sup>10</sup> Dieses verdeutlicht, welcher Stellenwert dem Tourismus von kommunaler sowie von privater Seite zugemessen wurde. Hier fallen dabei deutliche Unterschiede zwischen privaten und staatlichen Organisationen auf. Zwar wurden die staatlichen Verkehrsämter von den Städten betrieben und durch diese unterstützt, dennoch entwickeln sich die privaten Verkehrsvereine in weit größerer Anzahl.<sup>11</sup> Von Seiten der Städte versuchte man, kommunale Reisebüros aufzubauen. Diese – mit der Lizenz

<sup>5</sup> Vgl. ebd., S. 342f.

<sup>6</sup> Vgl. FRESE, Matthias: Naherholung und Ferntourismus. Tourismus und Tourismusförderung in Westfalen 1900–1970, in: REININGHAUS, Wilfried/TEPPE, Karl (Hg.): Verkehr und Region im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 1999, S. 339–386, hier: S. 344.

<sup>7</sup> Vgl. FRESE, Marketing, S. 376ff.

<sup>8</sup> Vgl. ebd., S. 380.

<sup>9</sup> Vgl. ebd., S. 380f.

<sup>10</sup> Vgl. FRESE, Massentourismus, S. 563.

<sup>11</sup> Vgl. ebd., S. 563.

des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER) berechtigt, Bahnfahrkarten ohne Zuschlag verkaufen zu dürfen – standen in Konkurrenz zu bereits etablierten privaten Reisebüros.<sup>12</sup>

Neben einer Belebung der lokalen Wirtschaft versprachen sich die Kommunen von den in städtischer Aufsicht befindlichen Reisebüros, daß sie „dem reisenden Publikum alle Vergünstigungen und Bequemlichkeiten“ boten und den Bekanntheitsgrad und Werbeeffekt für die Stadt erhöhten. Doch lösten die kommunalen Reisebüros ihre Aufgaben sehr unterschiedlich ein. Insbesondere machten ihnen die Konkurrenz der privaten Reisebüros und z.B. im Fall Münster die reservierte Haltung der Bevölkerung zu schaffen, die in dem kommunalen Reisebüro in erster Linie einen Informationsschalter für Zugverbindungen erblickte.<sup>13</sup>

Zunächst mit Anlaufschwierigkeiten konfrontiert, entwickelten sich die kommunalen Reisebüros in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre stetig. Ihre Aufgaben umfassten neben dem schon genannten Kartenverkauf und der Fahrplanauskunft unter anderem Stadtführungen, Reiseberatungen und Übernachtungshilfen. So konnte das Verkehrsbüro der Stadt Bochum im Geschäftsjahr 1929/1930 durchschnittlich ca. 250 Kunden pro Tag vorweisen.<sup>14</sup>

Trotz der steigenden Urlauberzahlen herrschten immer noch die schon vor dem Ersten Weltkrieg bekannten Probleme vor. Durch Krieg und Ruhrbesetzung von seiner Arbeit abgehalten, war es dem WVV erst 1925 wieder möglich, seinen eigentlichen Aufgaben nachzugehen. Im Prinzip knüpfte man dabei wieder genau dort an wo man elf Jahre zuvor aufgehört hatte. Noch immer waren die ungenügenden Zugverbindungen eines der gravierendsten Probleme. Zum einen wurde die zu geringe Anzahl an Ferien- und Sonderzügen kritisiert; viele potentielle Urlauber wären zwingend auf diese angewiesen, um eine Erholungsreise antreten zu können. Zum anderen drängte man auf eine Lockerung der Bestimmungen für ermäßigte Wochenendfahrkarten. Diese waren zunächst nur für jeweils einen bestimmten Bahnhof und Rückfahrten an Sonntagen erhältlich. Im Besonderen auf Wunsch der Wandervereine wollte man nun die Wahl des Rückfahrt-Bahnhofes freistellen sowie die möglichen Rückfahrzeiten auf Samstag und Montag ausweiten. Begründet wurde dieses mit der Förderung der Volksgesundheit durch bessere Wandermöglichkeiten sowie mit der zu erwartenden Entlastung der überfüllten Züge.<sup>15</sup> Hoffnungslos überfüllte Züge, welche gerade sonntagabends ein massives Problem darstellten, galt es unbedingt zu vermeiden.

<sup>12</sup> Vgl. FRESE, Massentourismus, S. 564.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Vgl. ebd.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., S. 564f.

Das Verkehrsamt Dortmund klagte 1925 beispielsweise, es dürfe nicht mehr vorkommen, „wie dies früher schon häufig der Fall gewesen ist [...], daß hundert und noch mehr Ausflügler, die in dem letzten, in Löttringhausen ankommenden, vollbesetzten Zug keinen Platz mehr finden können, ihre Heimreise zu Fuß antreten müssen“<sup>16</sup>

Durch derartige Entzerrungen des Wochenendverkehrs versuchte man nicht nur den Tourismus in der näheren Umgebung zu stärken, man wollte auch davon bisher ausgeschlossene Bevölkerungsschichten einbinden. Waren die potentiellen Urlauber vor dem Ersten Weltkrieg noch eine relativ kleine Gruppe, so strebte man nun an, auch diejenigen zu erreichen, die sich zwar keinen mehrwöchigen Urlaub leisten konnten, einen Kurz- oder Wochenendurlaub aber durchaus mit ihren Mitteln bestreiten konnten. Im Zuge der Öffnung des Tourismus für breitere Bevölkerungsschichten und dem fortschreitenden Massentourismus kamen diverse neue Urlaubskonzepte auf, oder bestehende wurden stärker gefördert. So wurde der schon existierende Wintersportverkehr, auf Bestreben des SGV, weiter ausgebaut und bei den Sommergästen aktiv angepriesen, um diese möglichst zwei Mal pro Jahr in die Region zu locken. Der Winter als zweite Urlaubssaison sollte weiter etabliert werden und zusätzlich wollte man die möglichen Aktivitäten für Sommerurlauber erweitern. So drängten WVV und SGV unter anderem auf die Öffnung der Sauerländer Talsperren für Badegäste.<sup>17</sup> Die künstlich geschaffenen Seen standen dabei nicht im Kontrast zu dem sonst sehr naturnahen Sauerlandbild, vielmehr wurden sie als Symbole der Moderne und Meisterwerke der Technik angesehen.<sup>18</sup> Weiterhin forderte der Verkehrsverband mehr Angebote im Bereich von günstigen Kurzreisen, den Ausbau von Wanderwegen und Fahrradwegen sowie direktere Bahnverbindungen zwischen den Industrie- und den Urlaubsstädten.<sup>19</sup> Durch den entstandenen Zuwachs an Urlaubern entwickelten sich diese immer mehr zum „wirtschaftlichen Rückgrat der Erholungsgebiete“.<sup>20</sup> Trotz der Öffnung für weite Bevölkerungsschichten waren der Mittelstand sowie gut verdienende Arbeiter weiterhin die bevorzugten Gäste. Als diese im Zuge der Wirtschaftskrise nicht mehr pauschal als Kunden eingeplant werden konnten, versuchte man das Sauerland mit einem neuen Image von den konkurrierenden Naherholungsgebieten abzugrenzen. Urlaub im Sauerland sollte zwar weiterhin ansprechend, aber vor allem bezahlbar sein. So wurde nun verstärkt auf bisher vernachlässigte Gruppen, wie z.B. Rucksack-Touristen, eingegangen. Eben diese verursachten einen enormen Anstieg der Übernachtungszahlen in den

<sup>16</sup> FRESE, Massentourismus, S. 566.

<sup>17</sup> Vgl. FRESE, Marketing, S. 384f.

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 380.

<sup>19</sup> Vgl. FRESE, Massentourismus, S. 566.

<sup>20</sup> Ebd., S. 569.

Jugendherbergen der Region.<sup>21</sup> Zählten die Herbergen 1925 noch 87.416 Übernachtungen, so waren es 1930 schon 272.378. Gaststätten sowie Herbergsbetreiber wurde dazu angehalten die Rucksack-Touristen gut zu behandeln, um diese möglichst auf Dauer an die Region zu binden und mit ihnen die zukünftigen Sommerfrischler zu gewinnen.<sup>22</sup> Ein verstärkter Drang in die Natur soll hier nicht unerwähnt bleiben, allerdings dürfte der Rucksack-Tourismus in diesem Fall vorrangig als Alternative zu einer, nicht mehr finanzierbaren, mehrwöchigen Reise fungiert haben.

Ferner wollte man nun verstärkt sein Werbespektrum ausbauen. So wurde versucht, auch auswärtige Urlauber zu einer Reise in das Sauerland zu bewegen. Nachdem Vertreter des WVV Anfang 1929 feststellen mussten, dass Westfalen, und im Besonderen das Sauerland, bei ihren niederländischen Kollegen fast gänzlich unbekannt waren, entschloss man sich seine Außenwerbung zu verstärken. Zum einen sollte dieses durch stärkere Präsenz auf Tourismus-Messen und Ausstellungen geschehen, und zum anderen sollten private Buslinien Urlauber direkt in die sauerländischen Ortschaften bringen.<sup>23</sup> Zusätzlich wurden Plakate, Prospekte und Werbefilme speziell für niederländische Urlauber entwickelt und verbreitet. Wie erfolgreich diese Bemühungen im Einzelnen waren, lässt sich leider nicht genau bestimmen, allerdings stieg der Anteil niederländischer Urlauber während der folgenden Wirtschaftskrise stark an.<sup>24</sup> Zusätzlich nahm man auch Urlauber aus deutschen Großstädten in seine Zielgruppe auf. So fanden sich Angebote in Berliner Kaufhäusern, welche einen 14-tägigen Pauschalurlaub in Westfalen für 100 Reichsmark versprachen.<sup>25</sup>

Besondere Erwähnung verdient der Einsatz von Filmen als neues Medium in der Werbung. Wohl von der Faszination des damals noch jungen Mediums angesteckt, engagierte sich der WVV ab 1925 für die Produktion eines Heimatfilms mit der Absicht diesen, zu Werbezwecken in Berlin aufführen zu lassen.<sup>26</sup> Zwar war das Projekt erst nach vier Jahren Arbeit vollendet, erntete aber nach seiner Uraufführung am 5. März 1929, unter dem Titel „Durch das schöne Westfalen“, durchweg positive Kritiken. Weitere Aufführungen sollten nicht nur in den wichtigsten Städten Westfalens und des Deutschen Reiches, sondern weltweit folgen. So wurde der Film unter Anderem in Österreich, Ungarn, Norwegen und

<sup>21</sup> Der Jugendherbergsgedanke ging vom sauerländischen Altena aus. Vgl. REULECKE, Jürgen/STAMBOLIS, Barbara (Hg.): 100 Jahre Jugendherbergen. 1909–2009. Anfänge – Wandlungen – Rück- und Ausblicke, Essen 2009.

<sup>22</sup> Vgl. Ebd., S. 569f.

<sup>23</sup> Vgl. FRESE, Marketing, S. 386.

<sup>24</sup> Vgl. FRESE, Naherholung, S. 350.

<sup>25</sup> Vgl. Ebd., S. 353.

<sup>26</sup> Vgl. JAKOB, Volker: „Durch das schöne Westfalen“. Zur Entstehungsgeschichte eines Heimatfilmes, in: Durch das schöne Westfalen. Anmerkungen zu einem Film von Hubert Schonger aus dem Jahr 1929. Beiheft zum Film, Münster 2004, S. 16.



sogar Brasilien gezeigt. Weiterhin war eine niederländische Ausgabe geplant, deren Existenz allerdings nicht belegbar ist.<sup>27</sup>

Den zahlreichen Bemühungen der Verkehrsverbände zum Trotz scheiterte das Sauerland weiterhin oftmals daran, für seine bevorzugte Zielgruppe, den Mittelstand und die gehobenen Arbeiterschichten, attraktiv zu wirken. Zum einen mag dieses an der schlechten Kooperation zwischen WVV und den ortsansässigen Wirten gelegen haben. Es war fast unmöglich, die Wirte von der Notwendigkeit guter Photographien für Kataloge zu überzeugen. Zum anderen standen die immer noch teilweise mangelhaften Unterkünfte unter harscher Kritik von Seiten des WVV:

Es war seiner Ansicht nach „kein Geheimnis, dass vielfach westfälische Sommerfrischen, besonders im Sauerland, wegen der unzulänglichen Unterkunftsverhältnisse gemieden werden“. Der Verband sei „weit davon entfernt“ von den Fremdenverkehrsarten zu erwarten, dass im Sauerland „Luxushotels“ gebaut werden, zumal dies nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen dieser Jahre entspreche. Er forderte aber „mehr als bisher“ zumindest „gute, bequeme und saubere Unterkunfts-möglichkeiten“.<sup>28</sup>

Ähnliches wurde parallel auch von dem SGV verlangt. Man legte den Wirten eine Anleitung für akzeptable Sommerfrischen in Katalogform vor, um diese zu angemesseneren Preisen, mehr Sauberkeit und freundlicherem Service zu animieren. Andernfalls hätte, laut WVV, eine massive Abwanderung der Urlauber in Schwarzwald und Harz gedroht.<sup>29</sup>

Diese Abwanderung der Urlauber lässt sich zwar nicht erkennen, wohl aber ein Wandel in ihrem Urlaubsverhalten. Während die längerfristigen Übernachtungen in Gasthöfen stark abnahmen, erlebten die Jugendherbergen, wie schon erwähnt, einen starken Zuwachs. Hier fiel im Jahr 1931 besonders der Anstieg älterer Gäste in den Jugendherbergen auf.<sup>30</sup> Es zeichnete sich ein deutliches Bild ab: Reduzierung der mehrwöchigen Sommerfrischen zugunsten von Massentourismus im Kurzurlaub. Am Beispiel der ständig wachsenden Besucherzahlen der, noch recht jungen, Möhneseebäder zeigte sich, wie stark diese neue Art von Urlaub von den Gästen angenommen wurde.<sup>31</sup>

### Fazit

Der während der 1920er Jahre im Sauerland vorherrschende Trend zu Kurz-, Gruppen- und Wanderreisen zeichnete sich zwar auch im restlichen Deutschland ähnlich ab, spielte hier aber aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte des nahen Ruhrgebiets eine besondere

<sup>27</sup> Vgl. ebd., S. 20–22. Die Aufführungen im entfernteren Ausland dürften wohl eher zu Unterhaltungsdenn zu Werbezwecken durchgeführt worden sein. Bei der niederländischen Ausgabe hingegen scheint der Werbegedanke wesentlich greifbarer.

<sup>28</sup> FRESE, Marketing, S. 382.

<sup>29</sup> Vgl. ebd., S.382.

<sup>30</sup> Vgl. FRESE, Naherholung, S. 353.

<sup>31</sup> Vgl. ebd., S. 355.

Rolle und zeigte deutlich, dass nun auch die unteren Schichten ihrem Drang nach, wenn auch verbilligtem, Urlaub nachkommen wollten und konnten. 50 Jahre zuvor war Tourismus im Sauerland, mit Ausnahme weniger Sommerfrischler, noch fast undenkbar und von enormen Problemen begleitet. Durch die beachtlichen Anstrengungen des WVV und des SGV konnte jedoch eine vormalig touristisch fast unerschlossene Region in ein florierendes Naherholungsgebiet gewandelt werden und so die freiwerdenden Urlaubermassen aufnehmen.

## Deutsche Historiker Jahrgang 1943, u. a. mit Blick auf ihre lebensgeschichtlichen und berufsbiographischen Bezüge zu Nordrhein-Westfalen<sup>1</sup>

von Barbara Stambolis

### Das „43er“-Projekt

„Zufall“ ist bekanntlich lediglich ein „Motivationsrest der Geschichte“ und stellt für Historiker zweifellos eine besondere Herausforderung dar: Zufälle stehen in der Regel nicht im Mittelpunkt ihrer Forschungen.<sup>2</sup> Damit ist bereits ein erster Zugang zu dem Projekt eröffnet, das hier vorgestellt werden soll, und in dem die Frage nach dem „Zufälligen“ bereits im Zusammenhang mit der Auswahl der Probanden nahe lag – die Frage nämlich, ob 44 deutsche Universitätshistoriker des Jahrgangs 1943, lebensgeschichtlich befragt, mehr als durch die Zufälligkeit ihrer Geburt miteinander verbunden sind, ob also die mit ihnen zwischen September 2007 und März 2008 geführten etwa zweistündigen Interviews Material für verallgemeinerbare Aussagen zu Lebens- und Karrierewegen der in den Jahren des Zweiten Weltkriegs geborenen Altersgruppe in der „Zunft“ der Historiker boten. Lebens-, zeit- und wissenschaftsgeschichtlich wurden die 44 Interviewten porträtiert, wozu nicht zuletzt die Beantwortung von Fragen nach ihrem Herkommen gehörte sowie nach den Umgebungen, in denen sie aufwuchsen, erwachsen wurden und in denen sie erste Berufsentscheidungen trafen. Der überwiegende Teil der Interviewpartner stammte nicht aus bürgerlichen Elternhäusern, sie waren vielmehr oft die Ersten in ihren Familien, die studierten. Neben den Nachkriegserfahrungen im Elternhaus, in der Schule und oft auch in altershomogenen Jugendgruppen erwiesen sich die sechziger Jahre – das Jahrzehnt ihrer universitären Sozialisation und beruflichen Orientierung – als besonders bestimmend für die Lebenswege der „43er“. Auf diese Jahrzehnte seien hier die vorgestellten Aspekte des umfangreichen Projekts beschränkt.<sup>3</sup> Dass lebensgeschichtlich und/oder berufsbiographisch betrachtet für einen keineswegs geringen Teil der Befragten

<sup>1</sup> Barbara Stambolis: *Leben mit und in der Geschichte. Deutsche Historiker Jahrgang 1943*, Essen 2010.

<sup>2</sup> Reinhart Koselleck: *Der Zufall als Motivationsrest in der Geschichtsschreibung*, in: ders.: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M. 1979, S. 158–175, hier S. 158.

<sup>3</sup> Das Projekt wurde mit einer eigenen Stelle für die Verfasserin von der DFG gefördert; mittlerweile sind über das Buch hinaus mehrere vertiefende Aufsätze entstanden und der Entwurf für ein entsprechendes, wenn auch ganz anders zu konzipierendes Frauenprojekt liegt bereits vor. Vgl. Barbara Stambolis: *Wehrpflichtige und Zeitsoldaten, Jahrgang 43: Kriegskinder zwischen Autoritätserziehung, Autoritätsverlust und Autoritätskritik*, in: Helmut Hammerich, Rudolf Schlaffer: *Aufbaugenerationen der Bundeswehr* (hg. vom Militärischen Forschungsamt), im Druck; dies.: *Beruf und Berufung(en). Historiker des Jahrgangs 1943 im Rückblick auf ihre Leben mit der Geschichte*, in: Rainer Schwinges u. a.: *Zur Geschichte des Berufungswesens an den Universitäten Mitteleuropas*, im Druck; dies.: *Lebens- und Karrierewege deutscher Universitätshistoriker des Jahrgangs 1943*, in: Nathalie Chamba, Eberhard Demm, Jaroslav Suchoples (Hg.): *Akademische Lebenswelten von Gelehrten in Deutschland (19. und 20. Jahrhundert)*, im Druck.

Orten bzw. Universitäten in Nordrhein-Westfalen eine erhebliche Bedeutung zukam, lässt sich im Folgenden zeigen. Ein Interviewpartner, Hagen Schulze, ging sogar auf seine frühen Jahre in der westfälischen „Provinz“ selbstironisch ein. Schulze, der in Tanger geboren wurde, wörtlich: „Wir sind dann erst '47 zurück nach Deutschland gekommen, nach Detmold, was auch nicht gerade große Ausblicke auf deutsche Geschichte wirft.“

### Kindheits- und Jugenderfahrungen der „43er“

Gemeinsame Erfahrungszusammenhänge als „43er“ ergaben sich zunächst ganz klar aus den Erlebnissen der Kindheit und den Erinnerungen an sie. Insofern überraschte es nicht, dass sich viele Interviewpartner in diesem Projekt, das zwischen Generationen- und Wissenschaftsgeschichte anzusiedeln ist, als Kriegs- und Nachkriegskinder sahen. Einige der Befragten hatten bei ihren Antworten auch diese Altersgruppe im Blick, nicht nur den eigenen Geburtsjahrgang, und überlegten, was die um wenige Jahre Älteren oder Jüngeren für Erfahrungen gemacht hatten, die ihren eigenen ähnelten oder sich von ihnen unterschieden. Es stellte sich heraus, dass die „43er“ mit der Generation der Kriegskinder, den zwischen 1929/30 und 1945/46 Geborenen, *charakteristische* Erfahrungen, und innerhalb dieser generationellen *Großgruppe* wiederum *typische* mit denjenigen teilten, die gegen Ende des Zweiten Weltkriegs geboren wurden: Flucht und Vertreibung, insgesamt häufige Ortswechsel, oder Wechsel von Bezugspersonen, materiell instabile Verhältnisse und vor allem dauerhafte und/oder zeitweise väterliche Abwesenheit.

Achtzehn der Befragten berichteten in den Interviews von Evakuierungen, ebenso viele von Fluchterfahrungen. Unter den *Geburtsorten* der „43er“ finden sich Breslau, Dresden, Königsberg, Peest und Pyritz, Schweidnitz, Stolp, Waldenburg und Wünschelburg, um nur einige Beispiele zu geben, die bereits auf den ersten Blick Flucht- und Vertreibungsgeschichten vermuten lassen. *Aufgewachsen* ist etwa die Hälfte der Befragten dann in Nordrhein-Westfalen, das neben Schleswig-Holstein und Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg eines der klassischen Flüchtlingsaufnahmeländer war. Insbesondere ein häufigerer Ortswechsel gehört zu den prägenden Eindrücken dieser Gruppe in dem Sample, die unter folgenden Schlag- beziehungsweise Stichworten benannt werden können: das Kennenlernen verschiedener Welten, Fremdheitsgefühle und die Notwendigkeit, sich einzugewöhnen und anzupassen.

Die Wahrnehmungen der Interviewpartner konzentrierten sich mit Blick auf das soziale Umfeld des Aufwachsens auf mehrere Beobachtungsfelder. Da gab es etwa die dörfliche Gesellschaft, in die es eine unvollständige Familie mit einem Statusselbstverständnis, das von dem der Mehrheitsbevölkerung deutlich abwich, buchstäblich verschlagen hatte. In dieser Umgebung hatten es Kinder als „Zugezogene“ nachweislich ausgesprochen schwer, sich zu behaupten. Zum weiteren gab es die bürgerliche Familie, die darum besorgt war, ihr Sohn könne keinen „angemessenen sozialen Umgang“ haben. Solchen Erfahrungen sind andere, ganz anders geartete Wahrnehmungen und Erfahrungen gegenüberzustellen: Ein „43er“ aus ärmlichen Verhältnissen spielte als Junge in dem Garten

einer Villa, die ihm drastisch klar werden ließ, dass es ein ganz anderes soziales Leben als das der eigenen Familie gab.

Auffallend waren die intensiven Wahrnehmungen sozialer Milieus, überhaupt von Milieus, auch konfessionellen, sowie von weiteren gesellschaftlichen Segmentierungen. Von denen, die in den Interviews ausdrücklich Erwähnung fanden, sei eines genannt: Konfessionelle und überkonfessionelle Jugend-Gruppen, unter ihnen solche, die sich jugendbewegten Aufbruchstraditionen der Jahrhundertwende verpflichtet fühlten, stellten für die Befragten attraktive Angebote dar, sich außerhalb der Schule zu engagieren. Neben den Pfadfindern, konfessionell gebundenen oder überkonfessionellen, wurde etwa der katholische Schülerbund Neudeutschland<sup>4</sup> – 1919 als seelsorgerischer Versuch des Erhalts der Kirchenbindung von Schülern höherer Lehranstalten gegründet und nach 1945 noch einmal ausgesprochen mitgliederstark – in den Interviews mehrfach, sieben- oder sogar achtmal, genannt. Konfessionell lebensweltliche Grenzen und Einhegungen gehörten zu selbstverständlichen Gegebenheiten des Aufwachsens der meisten Befragten des Projekts. Zwar konnte nicht bei allen, sondern lediglich bei rund zwei Dritteln die Konfession festgestellt werden, es lässt sich aber sagen, dass sich die katholischen und protestantischen „43er“ in eben diesen zwei Dritteln des Samples ungefähr die Waage halten, die zumeist noch ohne Zweifel an der Selbstverständlichkeit lebensweltlicher religiöser Orientierungen und Gewohnheitsbindungen in Familien, im Schulalltag und in der Freizeitgestaltung aufwuchsen. Die Konfessionszugehörigkeit betreffend, die in den fünfziger und frühen sechziger Jahren „ausweislich aller statistischen und demoskopischen Befunde eine Zeit ungewöhnlicher Stabilität“<sup>5</sup> war, repräsentieren die „43er“ eindeutig die bundesdeutschen Verhältnisse mit rund 45 Prozent Protestanten und etwa ebenso vielen Katholiken. Regionale Ausprägungen mit ihren Besonderheiten, etwa im Katholizismus an der Mosel und im einstmalig kurkölnischen Sauerland wurden sehr stark empfunden, wie etwa Diethelm Klippel mitteilte. In Neheim-Hüsten sei doch das Katholische wesentlich ernster betrieben worden, so sein Eindruck. Religiöse Differenzenerfahrungen konnten beim Spielen gemacht werden, beim elterlichen Verbot des Umgangs mit „anders“gläubigen Kindern, die nicht selten aus Flüchtlingsfamilien kamen, sie waren Teil des ‚normalen‘ Schulalltags und sind szenisch noch heute gegenwärtig, etwa in Form eines Drahtzauns, der in den Pausen Protestanten von Katholiken trennte, wie Dieter Langewiesche sich erinnerte: „Wer einen Freund aus der anderen Konfession hatte, musste sich von ihm in der Pause trennen.“

### Aufstiegswege

Der großen Zahl der Projektbeteiligten, die – anders als die Generation(en) ihrer akademischen Lehrer – nicht aus akademischen oder insgesamt gesehen bürgerlichen

<sup>4</sup> Vgl. Rolf Eilers: Konfession und Lebenswelt. 75 Jahre Bund Neudeutschland 1919–1994, Mainz 1998.

<sup>5</sup> Axel Schildt: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007, S. 21.

Familien stammten, boten sich mehrere Möglichkeiten, sich aus den Begrenzungen ihrer Herkunft zu lösen, von denen hier folgende angedeutet werden sollen: Eine Aufstiegs-schleuse bildeten die Kollegs, Einrichtungen des im Ausbau befindlichen Zweiten Bildungsweges, deren erfolgreicher Besuch zur Erlangung der Hochschulreife führte. Die erste Gründung dieser Art von Bildungseinrichtung erfolgte 1949 in Braunschweig; an diesem Kolleg machten, wie bereits einleitend erwähnt, unter anderem Uwe Timm und Benno Ohnesorg, zwei durchaus exemplarische Aufsteiger in der um 1940 geborenen Altersgruppe, das Abitur. Eine weitere Schulvariante für Aufstiegswillige stellten die Abendgymnasien dar, von denen lange vorwiegend männliche Jugendliche und junge Erwachsene profitierten. Sie erlebten in den sechziger Jahren eine Hochkonjunktur und eine neue Gründungswelle; ihre Förderung und ihr Ausbau sind sowohl vor dem Hintergrund der großen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, als auch des allgemeinen, gesellschaftlich intensiv geführten Bildungsdiskurses zu sehen; genannt seien für letzteren nur Georg Pichts „Die deutsche Bildungskatastrophe“ aus dem Jahre 1964 und Ralf Dahrendorfs „Bildung ist Bürgerrecht“, das 1965 erschien.<sup>6</sup>

In den Interviews mit Dieter Langewiesche, Reiner Pommerin und Karl Teppe sind Aufstiegswege dieser Art (in NRW!) anschaulich beschrieben; ersterer berichtete über seine Ausbildung zum Industriekaufmann im Ruhrgebiet: ausdrücklich betonend, nicht zum Einzelhandelskaufmann, und seine Entscheidung für das Abendgymnasium nach Abschluss der Lehre. Vor allem habe sein Vater es für wichtig gehalten, dass sein Sohn nicht Arbeiter, sondern Angestellter – „sauber, mit Krawatte“ – werde. Auch Reinhold Kaiser konnte im Gespräch eine ähnliche Aufstiegserfahrung mitteilen; einer seiner Brüder besuchte die Hauptschule und wurde zunächst Schreiner, entschloss sich dann aber im Alter von zwanzig Jahren, das Abitur auf dem 1951 in Wuppertal gegründeten Abendgymnasium nachzuholen; er sollte dann ein später noch ein Lehramtsstudium absolvieren und wurde Direktor eben dieses Gymnasiums, das ihm gewissermaßen den Aufstieg mit geebnet hatte.

### **Erste berufsbiographische Entscheidungen der „43er“**

Im Hinblick auf den Studienbeginn können drei Gruppen der „43er“ unterschieden werden, *erstens* diejenigen, die sofort nach dem Abitur, also in der Regel 1962/63 an die Universität gingen, nicht zuletzt die vaterlosen, die nicht zur Bundeswehr mussten; *zweitens* mit einer Verzögerung von anderthalb bis zwei Jahren die Wehrpflichtigen, und *drittens* diejenigen, die (mit oder ohne Wehrdienst) auf dem zweiten Bildungsweg zum Abitur kamen und ebenfalls zeitversetzt ins Studium gingen. Das Studieneintrittsalter und das Jahr des Studienabschlusses differieren in dem Sample erheblich. Und nicht nur das: Je nach Elternhaus, aus dem sie kamen, waren sie mehr oder weniger auf den „Erfahrungs-

<sup>6</sup> Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg i.Br. 1964; Ralf Dahrendorf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965.

raum“ Universität vorbereitet, und möglicherweise unterschieden sie sich auch in ihren Erwartungen und dann in ihren Wahrnehmungen der Umgebung, die für die meisten von ihnen schließlich als Hochschullehrer berufsbiographisch prägend werden sollte. Dass zwischen Abitur und Studium Welten lagen, hat Elmar Schwertheim, der in Münster aufwuchs und dort auch sein Studium absolvierte, eindrucksvoll deutlich gemacht: Er beschrieb eine Szene in seiner Familie, die einem Schwellenritual im Sinne klassischer *Rites de Passage*<sup>7</sup> gleichkommt, einem Ritual, das für ihn den Übergang vom Schüler zum Studenten markierte und ihn die Bedeutung dieses Schritts auch damals schon ahnen ließ, als einziger seiner Geschwister das Abitur gemacht zu haben und nun als erster der Familie die Universität zu betreten. Da sein Vater schon nicht mehr lebte, übernahm – vielleicht feierlicher, als es der Vater hätte tun können – ein Onkel die Aufgabe, „unter Männern“, hochoffiziell, das heißt im schwarzen Anzug, die Bedeutung des Übergangs vom Schüler zum Studenten zu inszenieren und diesen Tag unvergesslich zu machen: Er lud den angehenden Studenten Schwertheim zu einem festlichen Frühstück ein und überreichte ihm einen Geldbetrag. Die Universität erschien einer Reihe „43er“ als fremde Welt, in die als Aufsteiger einzutreten einerseits mit gewissen Unsicherheiten, andererseits aber dann auch mit hohen Erwartungen verbunden war, die sich auf die neuen Horizonte und Möglichkeiten richteten und auch als Anspruch und als Verpflichtung gesehen wurden, diesen gerecht zu werden.

Die Vorstellungen von dem nun folgenden Studium mit den sich damit eröffnenden Horizonten waren bei vielen „43ern“ vage. Etwa ein Drittel der Interviewten hatte zu Studienbeginn kein klares Berufsziel; ein weiteres Drittel wollte Lehrer werden. Eine Tätigkeit als Journalist, Archivar oder in einem Verlag konnten sich zu Studienbeginn nur wenige vorstellen. Vor allem Jura war offenbar als Alternative zum Studium der Geschichte attraktiv; „Juristerei“, beispielsweise im Staatsdienst als Richter tätig zu sein, versprach, einen Brotberuf zu haben, der mit gesellschaftlicher Anerkennung verbunden war und hoch eingeschätzt wurde. Nur eine kleine Minderheit hielt eine universitäre Laufbahn für denk- und wünschbar. Für viele mag die Entscheidung zu studieren mit den Stichworten zu beschreiben sein, die für die Uwe Timm und seinen Freund Benno Ohnesorg gegolten haben mögen: „Neugierde, Regsamkeit, die Lust am Aufbruch, auch an dem Wagnis, sich etwas abzuverlangen, das nicht mit Sicherheit Erfolg“ bedeuten musste:<sup>8</sup> „Der Wunsch nach sozialem Aufstieg trieb sie, sicherlich, aber auch noch etwas anderes [...] Sie wollten genau das studieren, was sie [...] interessierte.“<sup>9</sup>

Während des Studiums war für die meisten „43er“ also ein Brotberuf das Naheliegende, es spielten in diesem Zusammenhang verständlicherweise Argumente eine Rolle, die mit Stichworten wie „materielle Absicherung“, „späterer Beamtenstatus“ und so weiter

<sup>7</sup> Vgl. Arnold van Gennep: *Übergangsriten*, Frankfurt a.M. 1986 (französischer Originaltitel: *Les rites de passage*, 1909).

<sup>8</sup> Uwe Timm: *Der Freund und der Fremde*, München 2007, S. 56.

<sup>9</sup> Ebd.

angedeutet oder unter dem Slogan „Keine Experimente“ zusammengefasst werden können, wobei doch auch schon die Faszination eines in mancherlei Hinsicht selbstbestimmten Fragestellens, neugierig vorsichtiger Grenzüberschreitungen und Horizonterweiterungen erkennbar ist, denn die meisten Befragten hatten weit gefächerte Interessen und studierten mehr als zwei Fächer; einige besuchten zeitweise Veranstaltungen in drei oder vier Disziplinen. Der universitäre Raum erschien insgesamt als Raum weitreichender Entscheidungsfreiheiten und Freiräume für das Entdecken immer wieder neuer Perspektiven und Möglichkeiten, sich mit reizvoll herausfordernden Themen und Gegenständen zu beschäftigen. Dem Ziel, das Studium zügig und ohne Umschweife zum Abschluss zu bringen, stand die Breite der Fächerwahl keineswegs entgegen. Trotz grundsätzlicher Vorsicht erschienen die Möglichkeiten, nicht nur des Studiums an sich, sondern auch die Chancen insgesamt zu einem ausgesprochenen Optimismus zu berechtigen. Insgesamt gab es offenbar eine zwiespältige Wahrnehmung: eine grundlegende Reserve gegenüber jeglicher Selbstüberschätzung der eigenen Möglichkeiten und zugleich eine positive Grundbefindlichkeit angesichts der Chancen, die sich mit dem Studium für die weitere berufliche Zukunft aufboten, und dann auch allmählich sogar eine Universitätslaufbahn ins Auge zu fassen.

### **Zwischen Studium und Promotion**

Vielleicht ist ein Abschnitt des Interviews mit dem „43er“ Rainer Schwinges, der übrigens in Paderborn geboren wurde, durchaus typisch für die Entscheidungsoffenheit, die bei vielen der Befragten bis zum Studienabschluss und zur Promotion bestand; sie sei deshalb ausführlicher zitiert, und zwar im Zusammenhang mit seinem Studienwechsel von Münster nach Gießen, der privat motiviert war: „Jedenfalls, als ich aus Münster wegging, standen diese drei Fächer, Soziologie, Geschichte und Philosophie, für mich fest bis hin zu einem Abschluss, ein Staatsexamen brauchte ich nicht, einen Magister konnte man noch nicht machen, so war vollkommen normal, dass am Ende eine Promotion stand. Dann bin ich aus Zufall, das muss ich sagen, an die Universität Gießen geraten. Der Zufall war meine spätere erste Frau, die aus Gießen stammte. Dort habe ich mir die Universität angesehen, die entsprechenden Institute, es gefiel mir. Auch kannte ich vom Studium in Münster her ein paar Namen, so etwa den Historiker Martin Göhring, der aber kurz darauf verstorben ist, und in der Soziologie war Helge Pross, die ich von ihren Arbeiten her kannte. [...] Ich habe bei ihr dann weiterstudiert bis ins Rigorosum der Doktorprüfung, neben Geschichte und Philosophie. Unterwegs dazu stand ich aber vor einer entscheidenden Frage. Helge Pross hatte mir ein Dissertationsthema angeboten und zur gleichen Zeit ein Historiker, der Mediävist Hans-Dietrich Kahl in Gießen, dessen Lehrveranstaltungen ich mehrfach besucht hatte. Ja, nun musste ich mich wirklich entscheiden, und da gab es den Ausschlag am Ende doch für die Geschichte. Ich kann das heute nicht mehr wirklich begründen. Ich hätte das eine wie das andere machen können. Irgendwie war die Neigung zur Geschichte dann doch stärker.“ Schwinges berichtete in dem Interview von einer weiteren Begegnung, nämlich der mit František Graus, die zwar wichtig, aber eben auch



nicht bestimmend für seinen beruflichen Weg gewesen sei: „Und dann war es eigentlich wiederum mehr als alles andere ein Hineinwachsen in die wissenschaftliche Berufswelt. Ich habe nie von Anfang an gedacht: ‚Du wirst einmal Professor für Geschichte‘, und schon gar nicht für ‚Mittelalterliche Geschichte‘. Das hat sich erst später so ergeben.“

Gießen gehörte natürlich nicht zu den Universitäten, die man als Hochburgen der Studentenbewegung bezeichnen kann, indes hatten die meisten ‚43er‘, sowohl diejenigen, die etwa in Tübingen oder Marburg studierten, als auch andere, die im Bezug auf die „Bewegungs“-Zentren ereignisferner, etwa in Bonn, ihr Examen ablegten, eine distanzierte Einstellung gegenüber den sich gegen Ende der sechziger Jahre zunehmend radikalisierenden studentischen Gruppen von ‚68ern‘. Dieter Langewiesche hat das vielleicht am deutlichsten gemacht; ihm habe als „Aufsteigerkind aus dem Arbeitermilieu“ die radikale Studentenbewegung „nichts bedeutet“, sie sei eine „bürgerliche Spielwiese“ gewesen. Und denjenigen, die Kultur als ‚hohes Gut‘ in der von einem ausgesprochenen Kulturhunger und zugleich von materieller Knappheit bestimmten Nachkriegszeit erfahren hatten – das war die Mehrheit – erschien beispielsweise die Zertrümmerung eines Klaviers als „Event“, wie Dieter Dowe sich erinnerte, schlicht als „Barbarei [...] allerersten Ranges“. Die Mehrheit der Interviewten gehörte wohl eher zu einer großen Gruppe Studierender, die die sich wandelnde Gesellschaft kritisch wahrnahmen, ohne zur Studentenbewegung im engeren Sinne zu gehören.<sup>10</sup>

Zu dieser kritischen Wahrnehmung gehörte auch der Blick auf die Professoren, seien sie nun akademische Lehrer im engeren oder weiteren Sinne, von denen einige einen ausgesprochen „ordinariellen Habitus“ an den Tag legten. Erst einmal berufen, konnten es sich Professoren eben leisten, das Korrigieren studentischer Arbeiten auf Assistenten oder sogar Hilfskräfte abzuwälzen, und vor allem, schier uneingeschränkt über letztere zu verfügen, wie Hagen Schulze zu berichten wusste: „Und da war vor allem mein späterer Doktorvater Michael Freund entscheidend, bei dem ich sehr früh eine Hiwi-Stelle bekam und zur Strafe dafür jeden Sonntag nach dem Mittagessen bei ihm im Direktorenzimmer zum Schach spielen herbeizitiert wurde. Das dauerte den ganzen Sonntagnachmittag über.“ Über sichtbare Hierarchien und ungeschriebene Gesetze bei offiziellen Veranstaltungen teilte Horst Möller aus seiner Göttinger Studienzeit ein weiteres bezeichnendes Beispiel mit: „Und dann war da eine hierarchische Struktur im Hörsaal, die vielleicht für eine Karikatur reif war: Die ersten Reihen blieben frei bis die Ordinarien kamen, dann kamen die Extraordinarien, dann die apl. Professoren, die Privatdozenten, die Assistenten und erst in die folgenden Reihen setzten sich Studenten. Da stand nicht ‚reserviert‘, das war sozusagen von unsichtbarer Hand geregelt.“

Als Gegensatz zu dieser ordinariellen Welt musste Diethelm Klippel etwa Dieter Schwab in Gießen empfinden, seinen akademischen Lehrer, den er bei der ersten Begeg-

<sup>10</sup> Vgl. Boris Spix: Abschied vom Elfenbeinturm. Politisches Verhalten Studierender 1957–1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008.

nung als Hochschullehrer gar nicht erkannte, dies wohl deshalb, weil er auch ‚habituell‘ dem Ordinarius nicht entsprach und dann in der Folge auch unkomplizierter und offener Klippel Zugang zu Vorhöfen der Macht oder wissenschaftlichen Unternehmen großen Stils ermöglichte, in denen der Schüler buchstäblich als „Mäuschen“ Einblicke in faszinierende Großprojekte gewinnen konnte. Klippel sollte darüber hinaus schon bald sogar die Mitarbeit an einem solchen, nämlich an den „Geschichtlichen Grundbegriffen“ zuteilwerden. Er beschrieb dies in einer Weise, die an den Vergleich des Eintritts in die wissenschaftliche Welt, eine „Gelehrtenwelt“ mit Initiationsriten erinnert, in die eingeweiht, sich „der sich heilige Geist [...] auf den Neuling herab“ senke, dem nun „bisher Unsichtbares [...] sichtbar“ werde. Ethnologisch gesehen handelt es sich um den Eintritt in eine bisher unbekannte Welt, in die Neuankömmlinge auch nur stufenweise aufgenommen werden, wie bereits Ludwig Fleck betont hat; es gebe „eine stufenweise Hierarchie des Eingeweihtseins“, die für diejenigen von zentraler Bedeutung sei, die sich in der wissenschaftlichen Welt etablieren und in ihr bewegen wollten.<sup>11</sup>

Unbestritten ist, dass Aufstiegsmöglichkeiten in den sechziger Jahren in einer Weise existierten, wie wir sie uns heute nur noch erträumen können, gekennzeichnet von einer geradezu atemberaubenden Offenheit und einem großen Bedarf an Nachwuchs: Mit dem Schülerzuwachs an den höheren Schulen erhöhte sich der Lehrerbedarf, mit den neu gegründeten Hochschulen der Bedarf im Bereich des Mittelbaus. Hochgradig chancenreich waren gleichwohl nur wenige Jahre, und je nach Karrieregeschwindigkeit lassen sich rasante, in den Gesprächen mit den „43ern“ oft als „Zufall“ beschriebene Möglichkeiten und genutzte Chancen ausmachen. Ein erheblicher Teil schloss sein Studium, ganz im Sinne der ursprünglichen Berufspläne, mit dem Staatsexamen ab, konnte sich dann zum einen aufgrund der guten beruflichen Perspektiven einer Promotion zuwenden. Andere beendeten ihr Studium direkt mit der Promotion, woraus sich dann auch für den einen oder anderen die Möglichkeit, ohne weitere Hürden eine Universitätskarriere zu machen, ergab: Eine mehrjährige Assistentur und nochmalige Jahre der „Bewährung und Bewerbung“ nach der Habilitation mit Lehrstuhlvertretungen und neuerlichen Unsicherheiten blieben ihnen erspart. Es verwundert nicht, dass manchmal von „Glück“ und „glücklichen Umständen“ oder „glücklichem Zufall“ gesprochen wurde, besonders, wenn das Thema Karrieregeschwindigkeit angesprochen war. Dieter Langewiesche beispielsweise sagte im Interview, er habe es Zufällen und nicht zuletzt zufälligen Begegnungen mit zu verdanken, dass er Möglichkeiten, die außerhalb seiner Vorstellungswelt lagen, ergreifen konnte. Das hätten möglicherweise Uwe Timm und Benno Ohnesorg auch sagen können, und Ähnliches gilt auch für die Mehrzahl der in dem „43er“-Projekt Befragten.

Bis zum Jahre 1969 hatte etwas weniger als die Hälfte der „43er“ ihr Studium beendet, die weitaus meisten dann bis zum Jahre 1973. Mit dem Ersten Staatsexamen, meistens für

<sup>11</sup> Ludwik Fleck: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv, Frankfurt a.M. 1980, S. 137.

das höhere Lehramt, schlossen mindestens sechzehn ihr Studium ab, allerdings absolvierten nur fünf auch die zweite Staatsprüfung. Rund zwei Drittel schloss das Studium mit Promotion ab, davon mehr als die Hälfte bis zum Jahre 1971 (1967/68 waren bereits die ersten promoviert). Die Chance, ohne Habilitation eine Professorenstelle zu bekommen, bestand nur in Ausnahmefällen.

Interviewauszüge zu „Orientierungen zwischen Studienbeginn und Promotion“ (zu *einigen* nordrhein-westfälischen Universitäten) :

#### *Bochum*

[...] zuvörderst mit Rudolf Vierhaus, der ganz anders als die meisten, die ich vorher überwiegend kennengelernt hatte, neue Fragestellungen aufgriff und neue Strömungen der Internationalen Geschichtsforschung kannte. Und bald kam Hans Mommsen dazu, ein Zeithistoriker mit der Fähigkeit zu pointierender Zuspitzung auf der Höhe zeithistorischer Kontroversen. Auch in den anderen Fächern gab es interessante Leute, etwa Reinhart Koselleck, der dann nach Bielefeld ging. Er lehrte in Bochum Politikwissenschaft. Oder der Philosoph Hermann Lübbe, den ich gerade in der politischen Philosophie als sehr anregend empfand; ich habe von ihm, der sich damals als konservativer Sozialdemokrat verstand, einiges gelernt. (*Bernd Faulenbach*)

Ich bin nicht in eine gewachsene Umgebung gekommen, wo die anderen Bescheid wussten und ich war der Neuling, sondern ich war Neuling mit vielen anderen Neulingen, die aber aus gewachsenen Umgebungen in diese neue Welt kamen und sich erst mal vielmehr umstellen mussten als ich. Das heißt, nach einem Semester war ich derjenige, der gefragt wurde, wie läuft's denn hier überhaupt – als Anfänger. Ich habe mich also schneller reingefunden, das war auch der Pioniergeist. Zur Mensa stapfte man praktisch durch die Baustellen fast. Und diesen Pioniergeist [...] Ich habe dann vier Semester in Bochum auch durchgehalten, war Hilfskraft beim Althistoriker Franz Kiechle ab dem zweiten Semester. Da war natürlich mein Latein und Griechisch das Entree, aber auch, dass ich einem aufgefallen war im Proseminar, ich hätte aber genauso gut bei Rudolf Vierhaus zum Beispiel auch was werden können. Da hatte ich eigentlich auch einen guten Kontakt zu den Vierhaus-Leuten, auch bei Franz-Josef Schmale im Mittelalter, also, das ist eigentlich ganz gut gelaufen, das waren übrigens auch schon ein paar Namen, die ich jetzt fallen lassen hab, die auch schon eine gewisse Wirkung hatten. (*Ralf Urban*)

Ich persönlich habe von dieser Reformdiskussion und -euphorie durchaus profitiert, zunächst an der PH in Hamm, später an der Ruhr-Universität in

Bochum. Das hing vor allem mit einzelnen Dozenten zusammen wie zum Beispiel mit Rita Süßmuth, die damals selbst noch am Anfang ihrer akademischen Karriere stand und bei der ich Allgemeine Pädagogik studiert habe, oder mit Konrad Pfaff, einem ungemein anregenden Soziologen, und schließlich mit dem Historiker Wolfgang Brüggemann. Sie alle haben es verstanden, wissenschaftliche Neugierde und akademischen Ehrgeiz anzuspornen. Entscheidend aber war, und insofern sprechen sie zu Recht von einer "Öffnung von Bildungschancen", dass der von mir genutzte sogenannte 'Zweite Bildungsweg' auch den Zugang zur "Allgemeinen Hochschulreife" eröffnete, und zwar dann, wenn man die erste Staatsprüfung an der PH mit "sehr gut" abgeschlossen hatte. Da dies bei mir der Fall war, konnte ich nunmehr – wie ein Abiturient – an einer Universität studieren, was ich auch tat. Ich immatrikulierte mich an der Universität Bochum mit den Fächern Geschichte, Pädagogik und Sozialwissenschaften, was ich als eine besondere Form von Satisfaktion empfunden habe. [...] Bei meiner Entscheidung für Bochum hat das Kriterium Traditions- beziehungsweise Reformuniversität keine maßgebliche Rolle gespielt. Wichtiger für mich waren einzelne Professoren vor allem im Bereich der Neueren Geschichte wie zum Beispiel Hans Mommsen und Rudolf Vierhaus. *(Karl Teppe)*

#### *Bonn*

Von den akademischen Lehrern haben mich wenige geprägt. Das gilt auch für meinen Doktorvater Ludwig Petry, der ein renommierter Landeshistoriker war, der aber nicht die Geschichte so betrieben hat, wie ich mir das vorgestellt habe. [...] Von meinen Mainzer akademischen Lehrern im Fach Geschichte hat mich in der Endphase vielleicht noch am ehesten Hermann Weber geprägt, auf den ich noch in einem anderen Zusammenhang zu sprechen kommen werde, und, wie erwähnt, der Quasi-Historiker Hans Buchheim. Das waren die beiden Personen, die ich als wichtige Begleiter meines Studiums ansehen würde. *(Heinz Duchhardt)*

Doch schon am Anfang hat mich in Bonn Karl Dietrich Bracher fasziniert, der junge Bracher, der damals als sehr progressiv galt und der auch schon Vorlesungen über die NS-Diktatur, etwa über Innenpolitik des Nationalsozialismus, hielt. Mir gefiel bei ihm, dass er Zeitgeschichte und Politikwissenschaft verband. Weniger glücklich war ich in der Neuesten Geschichte etwa über Max Braubach, der mir als wandelnder Gebhardt erschien, oder über Walther Hubatsch, ein konservativer Historiker, Reserveoffizier der Bundeswehr. *(Bernd Faulenbach)*

Wie ein Schwamm habe ich alles in mich aufgesogen und war ganz begeistert von den vielen neuen Eindrücken. Mein Vater war es dann, der mich stets ermahnte, das Studium mit dem Staatsexamen abzuschließen. In diesem Rahmen musste ich auch ein Proseminar und eine Vorlesung in Alter Geschichte belegen. So besuchte ich die Vorlesung von Johannes Straub über Kaiser, Reich und Kirche im 4. Jahrhundert. Dieser mitreißende und rhetorisch so gewandte Gelehrte eröffnete mir neue Perspektiven der Geschichtsbetrachtung – kurz: Über Johannes Straub bin ich zur Alten Geschichte gekommen. Das hatte zur Folge, dass ich seitdem auch noch Lateinische Philologie studierte. (*Raban von Haebling*)

### *Köln*

Zu Theodor Schieders Hauptseminaren kamen teils Hunderte von Personen, sodass eine persönliche Ansprache überhaupt nicht möglich war. [...] Prägend fürs Geschichtsstudium sind dann auch noch Wissenschaftliche Assistenten gewesen, die später bedeutende Historiker wurden – wobei mich weniger Wolfgang J. Mommsen faszinierte als Hans-Ulrich Wehler, in dessen Proseminar es einige hochschuldidaktische Vorzüge gab, eine kleine Gruppe und auch eine persönliche Zuwendung. (*Michael Klöcker*)

### *Münster*

Denn ich hatte meinen Bruder, der gerade eine Banklehre gemacht hatte, und das, nein, das wollte ich auf keinen Fall. Und da war dieses Thema für mich sofort gestorben. Nein, das wollte ich nicht: Banklehre und dann studieren, nein, das wollte ich nicht. Und dann bin ich arme Wurst – ich war natürlich ein bisschen ratlos – ins Fürstenberghaus gegangen. Und da saß ein Schulkamerad, ehemals, der keinen Bund hinter sich hatte – ich hatte ja zwei Jahre Bundeswehr hinter mir. Ich fragte: "Conny, was soll ich denn jetzt mal machen?" Und der sagte: "Ja, hör mal, du hast doch Deutsch, Griechisch und Geschichte in der Schule immer ganz gern gemacht, das hat dich doch interessiert, da hast du irgendwie auch ganz gute Noten gehabt – mach das doch!" Da habe ich dann gesagt: "Ja, ist gut, dann werde ich Lehrer und studiere Germanistik und Geschichte." (*Elmar Schwertheim*)

Während meines ganzen Studiums habe ich eigentlich später keine Vorlesung mehr so gern gehört wie die von Heinz Gollwitzer. Das wird viele überraschen, die ihn nur von seinen Schriften her kennen, weil er eigentlich

aufs Ganze gesehen kein sehr auffälliger Historiker war. Während Fritz Fischer: Ich hatte ihn zwar auch sehr verehrt, aber bei seinen Vorlesungen: Das war ein Gebrabbel, da konnte man nicht mitschreiben, das war auch viel zu sehr durcheinander – also ein begnadeter Redner ist er nicht gewesen. (*Joachim Radkau*)

Ich habe mich zwar entschieden und gesagt: "Gut, ich studiere jetzt Geschichte mit", wobei Münsteraner Einfluss sicher eine Rolle spielte, in erster Linie wohl Gerhard A. Ritter und Heinz Gollwitzer. Auch in der Soziologie gab es Leute, die historisch dachten, Schelsky selbst, Luhmann und andere, dazu die Philosophen Joachim Ritter und Josef Pieper, beide sehr prägende Figuren, und das passte für mich dann alles gut zusammen, so dass ich mich, glaube ich, regelrecht habe hineinziehen lassen. Dann kamen natürlich Studienfreunde hinzu, die ähnliche Kombinationen studierten. So wird es wohl gewesen sein. Jedenfalls, als ich aus Münster wegging, standen diese drei Fächer, Soziologie, Geschichte und Philosophie, für mich fest bis hin zu einem Abschluss, ein Staatsexamen brauchte ich nicht, einen Magister konnte man noch nicht machen, so war vollkommen normal, dass am Ende eine Promotion stand. (*Rainer Schwinges*)

Wenn sie da als Student ankamen: Die Veranstaltungen waren fürchterlich überfüllt und der Professor, wie eben der Chefarzt, der kam mit Gefolge und so weiter und so fort. Selbst sich vorzustellen, dass sie da mal Professor werden würden, wäre ihnen unter den Umständen gar nicht in den Sinn gekommen. (*Hans-Joachim Braun*)

### **Ausblick**

Es sei der Lektüre des Buches „Leben mit und in der Geschichte“ vorbehalten, die weiteren Stationen der Berufsbiographien der „43er“ – durchaus auch mit Blick auf Nordrhein-Westfalen – zu verfolgen. Bielefeld etwa kommt hier ins Spiel. Als die „43er“ ihre Examina abgelegt hatten, in der Regel um 1970, und Assistenten wurden, erlebten die Universitäten – nach der Gründung der Ruhr-Uni 1965, an der bereits einige studiert hatten, eine weitere Expansion, 1966 etwa mit der Universitätsgründung in Konstanz, 1971 in Bremen. In Nordrhein-Westfalen wurden 1968/69 die Universitäten Dortmund und Bielefeld gegründet; mit dem 1972 verabschiedeten Gesamthochschulerrichtungsgesetz wurde der Weg für die Gründung der Gesamthochschulen in Duisburg, Essen, Paderborn, Wuppertal und Siegen frei. An den genannten Gesamthochschulen verbrachte indes keiner der „43er“ seine „universitären Lehrjahre“ zwischen „Gesellen“- und „Meisterbrief“, um es in der „Zunft“-sprache auszudrücken.

Dass fünf der Befragten in Münster lehrten und dort auch noch nach Vollendung ihres 65sten Lebensjahres hochgradig engagiert wirken, mag auf ein noch zu schreibendes Kapitel der „43er“-Geschichte hinweisen: Sofern sie nicht durch Krankheit und persönliche Schicksalsschläge zu einem Um- bzw. ganz neuen Nachdenken über die Bedeutung der eigenen Karriere und des eigenen Lebensentwurfs für das Alter gezwungen sind, gilt für die „Entpflichteten“, was Heinz Duchhardt im Herbst 2007 mit Blick auf seine bevorstehende Verabschiedung sagte: „Wissenschaftler, vielleicht Historiker besonders, werden nie einen wirklichen Ruhestand haben, deswegen freue ich mich auch nicht auf das Jahr X [...], ich freue mich nicht auf den Tag X, weil ich glaube, dass sich auch nach diesem Termin nichts wesentlich ändern wird. [...] Ich glaube, der Unterschied zwischen der Zeit vor dem Ruhestand und der Zeit des Ruhestands wird so gewaltig nicht sein.“

Die „43er“ haben sich – um es zusammenzufassen – an der Schwelle zu ihrem 65sten Lebensjahr in einem ungewöhnlichen Projekt für ein Kollektivporträt zur Verfügung gestellt. Sie haben über ihre Kindheits- und Jugenderfahrungen gesprochen, sie haben sich zu Studienentscheidungen, Karrierechancen, –risiken, u.a. mehr geäußert. Sie haben auch die Frage nach ihrer „Generationalität“ zu beantworten versucht. Dass sie sich für ein Jahrgangsporträt zur Verfügung stellten, mag mit auf den Umstand zurückzuführen sein, dass sich die Mehrzahl seit 2008, lebensgeschichtlich gesehen dem Schwellenjahr, in dem ihre Berufslaufbahn zu Ende ging, in einem fragilen und zugleich befreienden Stadium der „Liminalität“ befinden: ‚Betwixt and between‘ hat der Ethnologe und Anthropologe Victor Turner (1920–1983) das genannt: ‚at once no longer classified and not yet classified [...] neither one thing nor another; or may be both; or neither here nor there; or may even be nowhere.‘ Ein „Nicht-mehr“ und „Noch-Nicht“, seltsam schwebend, schwer zu definieren. Liminale Situationen verunsichern und faszinieren. Das gilt offenbar nicht nur Ethnologen, sondern auch selbstreflexive Menschen, die sich in solchen befinden: nicht zuletzt für *Universitätsprofessoren*, die ihren Beruf rückblickend keineswegs nur als „Maloché“ oder Broterwerb ansehen, sondern als eine auf *unbestimmte* (!) Dauer angelegte, sinnerfüllte selbstbestimmte Tätigkeit<sup>12</sup>, die sie gerne im Ruhestand fortsetzen möchten. Vielleicht treffen sich die „43er“ noch einmal und stellen sich dann noch einmal die Frage „Wer sind eigentlich wir 43er“?

<sup>12</sup> Jens Thiel: Akademische „Zinnsoldaten“? Karrieren deutscher Geisteswissenschaftler zwischen Beruf und Berufung, in: Rüdiger vom Bruch/Uta Gerhardt/Aleksandra Pawliczek (Hg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2006, S. 167–194, hier S. 174.

**KARIN DENGLER-SCHREIBER: Heinrich und Kunigunde. Ein Herrscherpaar, Bamberg: Heinrichs-Verlags GmbH, Bayerische Verlagsanstalt 2008, 136 Seiten, 120 Abb., 25,00 €.**

Kaiser Heinrich II. und seine Frau Kunigunde. Dieses Herrscherpaar ist mit der mittelalterlichen Geschichte der Stadt Paderborn wie kein Zweites verbunden. In Paderborn wurde Kunigunde am 10. August 1002 vom Mainzer Erzbischof Willigis zur Königin gekrönt.<sup>1</sup> Heinrich war mindestens achtmal mit seinem Gefolge zu Gast in der von den Bischöfen Rethar und Meinwerk erbauten Kaiserpfalz und sorgte durch großzügige Schenkungen, häufig auf Intervention seiner Gattin, für den wachsenden Wohlstand der Bischofsstadt. Heinrich und Kunigunde sind später heilig gesprochen worden, der Beginn einer Verehrung die sicherlich auch dazu beitrug, dass sie bis heute in Paderborn präsent sind.

Mit diesem für die Geschichte der Stadt Bamberg freilich weitaus bedeutenderen Herrscherpaar befasst sich Karin Dengler-Schreiber (D.-S.). Sie hat fast 30 Jahre als ehrenamtliche Heimatpflegerin in Bamberg gewirkt, eine Tätigkeit für die sie im Jahre 2004 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden ist. Zu ihren geschriebenen Werken gehört neben diversen Stadtführen auch ein Kriminalroman (veröffentlicht unter ihrem Pseudonym Anna Degen), der in Bamberg spielt. In dem vorliegenden Buch, das sie in der Einleitung als ein „sehr persönliches“ bezeichnet, findet sie einen Zugang zum Leben des Kaiserpaars über Erinnerungen an Geschichten und Legenden, die ihr in ihrer Kindheit und Jugend über Heinrich und Kunigunde erzählt worden sind. Doch schreibt sie hier, als ausgebildete Historikerin und Kennerin der Quellen, keine „Geschichtchen“, sondern kann – auch wenn ihre Bewunderung für die Protagonisten immer wieder durchscheint – einen guten Einblick in Leben und Wirken des Herrscherpaars geben. Am Beginn des Buches (erstes und zweites Kapitel) stehen zunächst biographische Einordnungen von Kunigunde, Heinrich und ihren Familien, bevor gefragt wird, ob ihre im Sommer/Herbst 997 abgehaltene Hochzeit eine „Liebesheirat“ gewesen sein könne. Eine Frage, die von der Autorin eindeutig positiv beantwortet wird, gleichwohl im Wissen um den Ausnahmeharakter einer so zustande gekommenen Verbindung in der Zeit des ersten Jahrtausendwechsels. Historische Belege fehlen denn auch. Hinsichtlich ihres durch spätere Legendenbildung als „Josefsche“ beschriebenen gemeinsamen Lebens befindet D.-S. aber, dass sie eine solche tatsächlich (natürlich!) nicht gelebt hätten, dieses Motiv vielmehr erst nachträglich als vermeintliche Erklärung ihrer Kinderlosigkeit, aufgekommen sei. Die Kinderlosigkeit war zweifelsohne eine große Belastung für Heinrich und Kunigunde, fehlte doch so ein Nachfolger für den Königsthron. Heinrichs eigener Weg an die Macht wird im vierten Kapitel des Buches ebenso geschildert wie die kurze Zeit später ausge-

<sup>1</sup> Vgl. Matthias Wemhoff (Hg.): *Kunigunde – empfang die Krone*, Paderborn 2002 und Stefanie Dick/Jörg Jarnut/ Matthias Wemhoff (Hg.): *Kunigunde – consors regni*. Vortragsreihe zum tausendjährigen Jubiläum der Krönung Kunigundes in Paderborn (1002–2002), München 2004.



richtete Krönung Kunigundes in Paderborn (der Hof reiste bereits im Juli, nicht im August wie D.-S. im Text irrtümlich angibt, aus Merseburg ab und zog dann über Grone und Corvey nach Paderborn, richtig die Karte S. 71). Weitere Kapitel des Buches behandeln die Rolle des Kaiserpaares bei der sog. Moselfehde um die Vorherrschaft in Trier, Probleme des permanent reisenden Hofes sowie Heinrichs Italienzug und seiner 1014 in Rom erfolgten Kaiserkrönung. Im neunten und elften Kapitel stellt D.-S. ausführlich die Bedeutung Heinrichs und Kunigundes für die von ihnen gegründete Stadt und das Bistum Bamberg heraus und präsentiert darüber hinaus, was an Ausstattung aus jener Zeit noch rekonstruiert werden kann. Viel ist dies freilich nicht, aber immerhin hatte das Kaiserpaar Bamberg als Grablege bestimmt, aus der rasch eine Pilgerstätte werden sollte. Im Schlusskapitel knüpft D.-S. an ihre Einleitung an, indem sie auf die Heiligsprechungen zu sprechen kommt. Diese waren sicher auch Ausgangspunkt der sich im Laufe der folgenden Jahrhunderte ausspinnenden Legenden. So soll die hl. Kunigunde im Zweiten Weltkrieg durch einen Schleier aus Wolken dafür gesorgt haben, dass Bamberg von den Bombern der Alliierten verschont blieb.

D.-S.s Buch bereitet – auch wenn einige ihrer Ansichten und Darstellungen einer historisch-kritischen Quellenanalyse wohl nicht standhalten würden – ein kurzweiliges Lesevergnügen, die zahlreichen Farbabbildungen in ausgezeichneter Qualität sorgen dafür, dass es auch zum einfachen „Durchblättern“ taugt.

Guido M. Berndt, Nürnberg/Erlangen

**JOACHIM RÜFFER: Vererbungsstrategien im frühneuzeitlichen Westfalen. Bäuerliche Familien und Mentalitäten in den Anerbengebieten der Hellwegregion (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 51), Stuttgart: Lucius & Lucius 2008, 324 S., Abb., 64,00 €**

Die Studie von Joachim Rüffer geht auf seine 2005 an der Universität Paderborn abgeschlossene Dissertation zurück. Im Zentrum steht die Praxis von Besitztransfers. Das Ziel ist, Zusammenhänge zwischen der allgemeinen ökonomischen Situation sowie jener der einzelnen Höfe, sozialem Wandel und der Erbpraxis herauszuarbeiten. Der Autor kombiniert eine Reihe von Quellen aus dem kirchlichen, grundherrlichen und landesherrlichen Kontext. Diese werden in der Einleitung ausführlich vorgestellt und kommentiert. Die reiche Materialgrundlage erlaubt es, die Konstellationen und Situationen der einzelnen Familien, die Abläufe der Besitzübertragungen und Heiratsmuster zu rekonstruieren. Zeitlich liegt der Schwerpunkt auf den 150 Jahren nach dem Dreißigjährigen Krieg bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, räumlich auf einer ländlichen Region im Norden des Herzogtums Westfalen mit vorherrschendem Meier- und Eigenbehörigkeitsrecht. Die Kapitel zwei und drei, die auf die Einleitung folgen, sind den entsprechenden erbrechtlichen und herrschaftlichen Rahmenbedingungen gewidmet. Zu überlegen wäre hier, ob die Achse zwischen Grundherrschaft und Bauern nicht zu stark in eine Richtung gezogen ist, wenn etwa die „Hofsprachen“, die jährlich einberufen werden sollten, als effizientes Instrument

der Kontrolle, Herrschaftsausübung und Disziplinierung interpretierten werden (S. 99). Neuere Forschungen haben darauf hingewiesen, dass es sich dabei zumeist nicht um einseitige Normierungsprozesse gehandelt hat, sondern um ein Aushandeln oder ein sich aufeinander Zubewegen, das trotz Machtgefälle von einer gewissen Gegenseitigkeit der Interessen geprägt war.

Das vierte Kapitel zeigt Logiken der Partnerwahl und die finanziellen Arrangements rund um Erbe und Heirat auf: Beim Antritt der Besitznachfolge fällige Gebühren konnten über den Brautschatz, den der zuheiratende Teil unabhängig vom Geschlecht bei der Eheschließung einbrachte, bestritten werden, ebenso die Abfindungen für die weichenden Geschwister. Diese konstituierten deren Brautschatz; dessen Höhe war für die Heiratschancen mit entscheidend. Damit wird zugleich sichtbar, dass nicht nur der Erbgang sowie Haus und Hof, sondern auch der heiratsbezogene Transfer von Ressourcen eine ökonomisch in mehrfacher Hinsicht relevante Größe dargestellt hat, mit Implikationen über die konkret geschlossene Ehe hinaus. Sogar als Witwe konnte man damit ‚Heiratspolitik‘ machen: Wenn etwa die Stiefmutter verfügte, dass ihr Brautschatz nur dann als Kapital auf der Mühle liegen bleiben solle, wenn der Stiefsohn eine mit ihr Verwandte heiraten würde. Er nahm tatsächlich deren Nichte zur Frau – und ließ seine schwangere Verlobte stehen (S. 71).

Für fast 4.000 Trauungen des Kirchspiels Horn hat Joachim Ruffer die geografischen Heiratskreise ausgewertet, wobei sich innerhalb eines Radius von zehn Kilometern die größte Dichte zeigte. Bei einer Reihe von lokal exogamen Eheschließungen ließen sich bereits im Vorfeld bestehende Beziehungen zwischen den Familien nachweisen – etwa die ursprüngliche Herkunft aus demselben Ort. Dieser Befund kann – ebenso wie die des Weiteren ausgewerteten über 17.000 Patenschaftsbeziehungen, die ein ähnliches Bild ergaben –, als ein Indiz für soziale Kontakträume auch über gewissen Distanzen hinweg gelesen werden.

Den konkreten Besitzwechsellern spürt der Autor in Kapitel fünf „Die Besitz- und Erbfolgen“ für dreizehn nach bestimmten Kriterien ausgewählte Höfe und sieben Kotten im Detail nach. Die im Untersuchungsraum übliche Anerbenpraxis sah keine Bevorzugung eines bestimmten Kindes – des ältesten oder des jüngsten – vor; sowohl Söhne als auch Töchtern waren zur Besitznachfolge berechtigt. Daher ist die Frage, auf welcher Grundlage die Auswahl eines Erben oder einer Erbin erfolgte, von besonderem Interesse. Die dahinter stehenden Logiken erschließen sich nicht immer aus dem bearbeiteten Material, beispielsweise aus Verträgen, so dass zwar die formalen Abläufe und der Kreis an infrage kommenden Personen rekonstruiert, über Beweggründe und Argumente oft aber nur Vermutungen angestellt werden können, etwa dass der Sohn vermutlich deshalb vorgezogen worden sei, „weil er seinem Vater in dessen Lebensjahren bei der Bestellung der Äcker zur Seite stand.“ (S. 146, siehe auch S. 190) Auffällig sind die häufigen horizontalen Besitzfolgen über Wiederverhehlung. Hof 8 ging beispielsweise in 100 Jahren nur zweimal an eines der Kinder (S. 154f) und Hof 12 in 150 Jahren nur dreimal an die nächste Generation (S. 164) – obwohl es auch die Institution der zeitlich begrenzten Inte-

rimswirtschaft gab, die an sich den Anspruch der Kinder auf die Besitznachfolge sichern sollte.

Welches dieser Handlungsmuster zum Einsatz kam – ob der Besitz vertikal oder horizontal weitergegeben wurde – davon handelt das sechste Kapitel. Der vom zuheiratenden Teil eingebrachte Brautschatz begründete das Recht, den Hof zu bewirtschaften, solange die Kräfte dafür ausreichten (S. 192). Einen Erklärungszusammenhang für die horizontale Besitzweitergabe könnte hier das Ehegüterrecht liefern, denn streng genommen handelt es sich in diesem Fall nicht um Erbrecht. Vielmehr waren es die unterschiedlichen Ehegüterregime, die die Implikationen von Anerbenrecht beträchtlich veränderten. Stärker darauf zu achten, stellt in der bisherigen Forschung insgesamt ein Desiderat dar. Grundsätzlich hing die Entscheidung des Besitzantritts durch Kinder auch von den sich bietenden Alternativen ab. Einen entscheidenden Grund für die Wahl einer Tochter als Haupterbin sieht Rüffer in der Aussicht der Eltern auf Betreuung im Alter, während das Vertrautsein mit den konkreten Arbeitserfordernissen und Eigenheiten des landwirtschaftlichen Besitzes für die Übergabe an einen Sohn sprechen konnte.

Auf das Resümee folgt ein umfangreicher, insgesamt 60 Seiten umfassender Anhang. Dieser enthält mehrere Verzeichnisse: darunter eines zu den Herkunftsorten der Paten und EhepartnerInnen sowie eines, das die Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse der im Hauptteil untersuchten Höfe und Kotten chronologisch auf Basis der verfügbaren grundherrschaftlichen Informationen auflistet. Die zahlreichen Diagramme und Grafiken, die in dem Band abgedruckt sind, veranschaulichen die Ergebnisse; die Karten sind sehr nützlich zur Orientierung.

Gesamt gesehen, bietet der Band, der auf der Basis intensiver Quellenarbeit differenzierte Ergebnisse erzielen kann, einen wichtigen Beitrag zur Geschichte von Besitz, Erbe und Partnerwahl. Schwierig erscheint jedoch die Rückkehr der Mentalitäten, die im Titel stehen und die den Band durchziehen. Spätestens Ende der 1980er Jahre hatte man sich davon verabschiedet, da Mentalitäten in letzter Konsequenz – einem ‚Gefängnis‘ gleich – kein ‚Ausbrechen‘ der historischen Akteure und Akteurinnen erlauben. Theoretisch-methodisch praktikabler wären beispielsweise Zugänge über Aneignungsprozesse, strukturierte Handlungsrepertoires oder über die Frage nach dem *land family bond* gewesen. Warum Bauern versuchten, wirtschaftlich relativ gut dastehende Höfe tendenziell in der Familie zu halten, kann auch über das soziale und ökonomische Interesse an einer solchen Existenzgrundlage erklärt werden. Für die angenommenen „spezifischen mentalen Bindungen der einzelnen Kolonen mit ihrem Gut“ (S. 114) fehlt es nicht zuletzt an quellenmäßig greifbarer Evidenz auf der Ebene der Wahrnehmungen. Eine solche Sichtweise läuft vor allem auch Gefahr, Vorstellungen und Ideologien des 19. Jahrhunderts zu reproduzieren.

Margareth Lanzinger, Wien

**HEINZ WIEMANN (Hg.): Geschichte der Dörfer Schlangen, Kohlstädt, Oesterholz und Haustenbeck (Band 1 = Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, 83), Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2008, 372 S. mit zahlr. Abb., 24,00 €.**

Der vorliegende, von seinem äußeren Erscheinungsbild her beeindruckende und voluminöse Band im A-4-Format hat es sich zum Ziel gesetzt, die Geschichte der vier im Titel genannten Dörfer auf wissenschaftlicher Grundlage umfassend darzustellen. Er behandelt unter Einbeziehung angesehener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Verfasser vorwiegend die älteren Epochen sowie die Kirchen-, Religions- und Schulgeschichte; die jüngere Geschichte wird einem zweiten Band vorbehalten sein. Dr. Elke Treude und Dr. Michael Zelle stellen die Archäologie der Gemeinde Schlangen vor. Ihr mit vielen anschaulichen Abbildungen versehener Text wird beschlossen von einem Katalog der ur- und frühgeschichtlichen Bodendenkmäler und Funde in der Gemeinde Schlangen, der in 100 Nummern alles Relevante abdeckt. Dr. Birgit Meineke hat die Entstehung der Ortsnamen der Gemeinde Schlangen in den Blick genommen. Ihrem Beitrag ist eine Zusammenfassung vorangestellt, die die Ergebnisse auch für Fachfremde nachvollziehbar macht. Dabei kann sie u. a. zeigen, dass und wie die älteren Volksetymologien für den Namen Schlangen vor allem an ihrer methodischen Schwäche gescheitert sind, denn als ursprünglicher Name lässt sich eine Form *\*Langen* erschließen, die sie mit der 1015 belegten Form *Lanchel* identifizieren kann. Frank Huismann M. A. betrachtet die Dörfer Schlangen, Kohlstädt und Oesterholz im Mittelalter, Haustenbeck als jüngere Siedlung, die einem Truppenübungsplatz weichen musste, bleibt dabei naturgemäß ausgeschlossen. Bemerkenswert ist die lange Kontinuität der Verbindung dieser drei Orte miteinander, die sich seit der ältesten fassbaren kontinuierlichen Besiedlung im Frühmittelalter fassen lässt. Die Rollen des Bistums Paderborn und der späteren lippischen Landesherrschaft in ihren prägenden Auswirkungen bilden die wichtigsten Punkte der mittelalterlichen Geschichte der Region. Einen ungeheuer umfangreichen Beitrag zur Geschichte der Kirchengemeinden Schlangen und Haustenbeck hat der frühere Staatsarchivdirektor Dr. Hans-Peter Wehlt beigesteuert. Auf über 120 Seiten breitet er ein Panorama aus, das von der Gründung einer auch archäologisch nachgewiesenen Kilianskirche in Schlangen in karolingischer Zeit bis in die Pfarrergeschichte des vergangenen Jahrhunderts reicht. Es ist im Rahmen einer Rezension unmöglich, auch nur die wichtigsten Ergebnisse zusammenzufassen. Ergänzt wird Wehlts Beitrag durch den folgenden von Dr. Heinrich Stiewe, der der Baugeschichte der kirchlichen Gebäude in Schlangen und Haustenbeck gewidmet ist, also den Kirchen, Pfarr- und Küsterhäusern sowie den Schulen. Hier ist von besonderer Bedeutung die klare Erläuterung der vorromanischen und romanischen Baugeschichte der Kirche in Schlangen. An dieser Stelle kann die Archäologie der recht spät einsetzenden schriftlichen Überlieferung zum Trotz Einblicke in Jahrhunderte geben, in denen die Quellen schweigen. Da auch das ursprüngliche Kilianspatrozinium erst vor wenigen Jahrzehnten aufgedeckt werden konnte, herrschten lange Zeit unzutreffende Vorstellungen über die Frühzeit Schlangens vor, die nun korrigiert werden. Dina van Faassen M. A. hat sich der Schulge-

schichte in den vier Dörfern bis zum Ende der Weimarer Republik zugewandt und blickt von den ersten lippischen Kirchen- und Schulordnungen des 16. Jahrhunderts bis zum Unterricht in den Schulen der Dörfer am Beginn des 20. Jahrhunderts, wobei Fotos der Schulgebäude, einiger Klassen und Lehrer sowie ein Lehrplan für ein Halbjahr der elf- bis vierzehnjährigen Kinder diese Epoche sehr anschaulich repräsentieren. Dieselbe Autorin hat sich mit der jüdischen Gemeinde Schlangen-Haustenbeck beschäftigt, die 1675 erstmals in den Quellen greifbar ist. Nach zunächst zögerlichen Anfängen kam es zu einer Verstetigung jüdischen Lebens in den Dörfern, das zahlenmäßig allerdings stets gering blieb, ganz im Gegensatz etwa zu Detmold. Immerhin wurde eine eigene Synagoge errichtet und betrieben. In der NS-Zeit verließen unter dem immer stärkeren politischen und sozialen Druck etliche jüdische Familien Schlangen-Haustenbeck, um in die Emigration zu gehen. Andere blieben ihrer Heimat treu und bezahlten dafür im NS-Terror mit dem Leben. Eine Liste der zwischen 1933 und 1945 in Schlangen und Hustenbeck ansässigen Juden komplettiert den Beitrag. Dr. Annette Hennigs schließt den Band mit einem Beitrag über Schlangen als Grenzdorf ab. Nicht nur staatliche, sondern auch Hudegrenzen hat sie in ihrem interessanten Text berücksichtigt.

Zusammenfassend ist zu bemerken, dass ein Band auf hohem Niveau entstanden ist, der die Geschichte der vier Dörfer für die dort zu behandelnden Epochen und Themen in großer Breite und Tiefe darstellt. Dies entsprach offenbar den Intentionen des Herausgebers Heinz Wiemann, wie er in seinem Vorwort betont. Dass nun immer „noch Lücken aufzufinden“ sein sollen, erscheint beinahe etwas unglaublich. Bei allem Lob für die wissenschaftliche Qualität des Bandes muss aber doch die Frage gestellt werden dürfen, wie er bei den – doch wohl mindestens mit – intendierten Leserinnen und Lesern vor Ort ankommt. Ortsgeschichtsschreibung sollte sich ihrer identitätsstiftenden oder -bewahrenden resp. -modifizierenden Wirkung stets bewusst bleiben. Allzu ambitionierte Projekte laufen Gefahr, von denen, über deren Geschichte sie Auskunft geben sollen, nicht mehr rezipiert zu werden, weil sie diese Rezipienten schlicht überfordern. Nur zu oft hört man dann als Reaktion auf die Frage nach einem solchen Werk, dass die Bilder schön seien, was in der Regel bedeutet, dass die Texte nicht gelesen wurden und werden. Dieses Schicksal möge dem hier zu besprechenden Band erspart bleiben.

Jürgen Römer, Lichtenfels-Dalwigksthall

**WILHELM HAGEMANN: Vörden. Geschichte einer Ackerbürgerstadt im östlichen Westfalen, unter Mitwirkung von Karin Föckel, Horst-D. Krus, Hildegard Hecker, Gisbert Lücke, Willi Rohde und Ursula Simon, hg. v. Heimat- und Kulturverein Marienmünster (= Studien und Quellen zur Westfälischen Geschichte, Bd. 61), Paderborn: Bonifatius 2008, 733 S. m. z. T. farb. Abb.**

Um es vorwegzunehmen: Dem Autor Wilhelm Hagemann und seinen Mitautoren ist eine vorbildliche Veröffentlichung zu verdanken. Wenn im Titel des Buches von einer „Geschichte“ Vördens die Rede ist, so kann von einer Untertreibung gesprochen werden; wenn die „Geschichte“ auch insgesamt einem chronologischen Längsschnitt folgt, so geben die immer wieder vorgenommenen Querschnitte dem Buch schon fast einen enzyklopädischen Charakter.

Das Werk ist in zwanzig aufeinander abgestimmte Kapitel unterteilt, die systematisch die Geschichte Vördens, die zugehörigen Rahmenbedingungen und ihre einzelnen Teilbereiche und Facetten abdecken. Die ersten Beiträge „Das Werden der Landschaft um Vörden“ (Krus), „Frühe Geschichtszeugnisse und untergegangene Siedlungen um Umkreis von Vörden“ (Hagemann, Lücke) führen den Leser „Zu den Anfängen der Siedlung Vörden“ (Hagemann). „Stadtwerdung und Stadtrechte“ (Hagemann), „Vörden als bischöfliche Stadt 1324–1802“ (Hagemann), „Vörden im 19. Jahrhundert“ (Hagemann) und schließlich „Vörden im 20. Jahrhundert“ (Hagemann) zeichnen die politische Geschichte von gut 700 Jahren nach. Die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Seite einer kleinen Ackerbürgerstadt wird in drei Beiträgen geschildert: „Das Erscheinungsbild der Stadt“ (Hagemann), „Brau- und Brennstätten sowie Gasthäuser“ (Hagemann), „Mühlen in Vörden“ (Hagemann, Föckel). Einzelne Bürger wie soziale Gruppierungen sind unter den verschiedenen Blickwinkeln erfaßt: „Burgvögte, Burgmänner und Pfandinhaber“ (Hagemann), „Die Vördener Schützengesellschaft“ (Hagemann, Föckel), „Vereine und Vereinsleben“ (Hagemann, Föckel, Hecker, Simon) – zehn Vereine werden vorgestellt –, „Schulen, Lehrer, Lehrerinnen“ (Hagemann), „Alte bürgerliche Familien und Hausstätten“ (Hagemann, Föckel, Hecker, Simon). Die „Kirche und religiöses Leben“ (Hagemann, Föckel, Hecker, Simon), die jahrhundertlang die Abläufe in der Stadt und das Leben der Menschen bestimmt haben, bieten parallel zum eigentlichen politischen Geschehen einen Längsschnitt des geistig-religiösen Lebens. Verdienstvoll ist es, dass flüchtigere Erscheinungsformen des Zusammenlebens der Bevölkerung nicht vergessen werden: „Gereimte Heimatklänge“, „Das Vördener Platt“ (Hagemann, Rohde) und „Geschichten und Dönekes“ vermitteln einen Eindruck der menschlich-kulturellen Seite.

Die Verknüpfung der Vördener Geschichte mit dem engeren und weiteren Umfeld Vördens über den Rahmen der (Stadt-)Geschichte hinaus ist ein großer Vorteil gegenüber vielen vergleichbaren Veröffentlichungen. Mit welcher Akribie andererseits alle verwertbaren Quellen und Darstellungen ausgewertet wurden, machen die Auflistungen deutlich. Nicht vernachlässigt wurde die gute Lesbarkeit bzw. Benutzbarkeit, ein Gesichtspunkt, der oft sträflich vernachlässigt wird. Der Text ist übersichtlich untergliedert, Monotonie wird vermieden, indem Massen gleichartiger Informationen geschickt in Tabellen und Über-

sichten zusammengefasst werden; Ermüdung des Lesers ist nicht zu befürchten. Damit ist es gelungen, unzählige Bruchstücke, Einzelbeiträge und Quellen zu einem in sich schlüssigen Gesamtwerk zusammenzufassen.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass Zahl und Art der teils farbigen Abbildungen, der Karten und Skizzen den Text in gelungener Weise abrunden. Die Handhabung des in seiner Anlage sowieso schon gut gegliederten und überschaubaren Textes wird durch mehrere Register erleichtert und vereinfacht. Hinsichtlich des wissenschaftlichen Apparates möchte der Rezensent allerdings einen kleinen Einwand anmelden: Es war sicher richtig, die Belegstellen knapp zu halten und nicht zu einem Subtext aufzublähen. Ein Großteil der Nachweise ist für den interessierten Leser gleichwohl so wichtig, dass er sie gern mitlesen würde. Die Tatsache, dass die Belegstellen jeweils am Kapitelende zusammengefasst sind, zwingt zu lästigem Hin- und Herblättern; diese Erschwernis für den Leser hätte durch Fußnoten jeweils unten auf der Seite vermieden werden können.

Erfreulich an dem Buch ist schließlich, dass bestimmte Krankheiten von Ortsgeschichten glücklich vermieden wurden, indem Fachhistoriker und an ihrer Heimatstadt interessierte historische Laien in sinnvoller Arbeitsteilung zusammengearbeitet haben. Das unschätzbare, lebenslang gesammelte Wissen der Bürger, die zudem noch auf eine oft vernachlässigte, aber hochinteressante und sachlich relevante mündliche Überlieferung zurückgreifen können, wurde in vorbildlicher Weise mit den methodischen Fähigkeiten des Fachmannes verknüpft, so dass statt einer gut gemeinten eine gut gelungene Veröffentlichung vorgelegt werden konnte, eine Veröffentlichung, die ohne Konzessionen an die Wissenschaftlichkeit dennoch gut verständlich ist. Zweifellos ist das Buch nicht nur „das“ Standardwerk für Vörden, sondern in seiner Anlage eine Arbeit, die vergleichbaren anderen Städten ohne Einschränkung als Vorbild empfohlen werden kann.

Friedhelm Golücke, Paderborn

**ANSGAR KÖB/ PETER RIEDEL (Hg.): Kleidung und Repräsentation in Antike und Mittelalter (MittelalterStudien, Bd. 7), München: Wilhelm Fink Verlag 2005, 139 S., 21 farbige und 22 schwarz-weiße Abbildungen.**

Die Visualisierung von sozialem Prestige und Herrschaftsansprüchen von Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen durch Bauten, Schmuck und Bekleidung ist in den vergangenen beiden Jahrzehnten vielfach in Monographien und Sammelbänden thematisiert worden. Auch der erste vom berufsbezogenen Paderborner MittelalterKolleg „Kloster und Welt“ am Institut zur Interdisziplinären Erforschung des Mittelalters und seines Nachlebens (IEMAN) vorgelegte Band verfolgt das Ziel, die Bedeutung von „Kleidung und Repräsentation in Antike und Mittelalter“ weiter zu erhellen. Er enthält die überarbeiteten Beiträge, die im November 2002 während eines Kolloquiums am IEMAN vorgelesen wurden, in dessen Rahmen die Grenzen von Epochen und Disziplinen überschritten werden sollten (Vorwort der Herausgeber, S. 7). Diesem Anspruch sind die insgesamt acht AutorInnen, darunter sowohl DoktorandInnen wie renommierte Lehrstuhlinhaber-

rInnen, in unterschiedlicher Weise nachgekommen. So stellt Martin Leutzsch (Grundbedürfnis und Statussymbol: Kleidung im Neuen Testament, S. 9–32) zahlreiche Bekleidung betreffende Einzelaspekte aus Evangelien, Apostelgeschichte, Briefen und Offenbarung vor, ohne jedoch dabei eine Fragestellung erkennen zu lassen. Xavier Arce (Dress control in late Antiquity: Codex Theodosianus 14.10.1–4, S. 33–44) beschreibt die in den spätantiken Gesetzessammlungen enthaltenen Kleiderordnungen, welche die optische Wahrnehmung der ständisch organisierten Gesellschaft gewährleisten sollten. Lediglich die Verordnungen gegen das Tragen langer Haare und die Nutzung von Lederbekleidung waren gegen die immer zahlreicher gewordenen barbarischen Angehörigen des römischen Heeres gerichtet. Der Bedeutung von Textilien in der Architektur der Spätantike widmet sich Gisela Ripoll (Los tejidos en la arquitectura de la antigüedad tardía. Una primera aproximación a su uso y función, S. 45–62) und zeigt, wie vielfältig Vorhänge, Altardecken, Kissen und ähnliche Produkte textiler Werkstätten in königlicher, adliger ebenso wie liturgischer Repräsentation eingesetzt wurden. Auch im Gabentausch waren sie beliebt und fanden so Eingang in zahlreiche Kirchen- und Kathedralschätze, denen sie ihre häufige Erhaltung verdanken. Götz Hartmann („Ein alter Mann in einem Kleid aus Fellen.“ Der christliche Wundertäter der Spätantike und sein Kostüm, S. 63–69) gibt anhand einer Erzählung Gregors von Tours (Liber Vitae Patrum 1.5) über den Burgunderkönig Chilperich und den felltragenden Juravater Lupicinius Einblick in den zeichenhaften Habitus von Eremiten und Äbten asketischer Mönchsgemeinschaften und weist auf deren Vorbilder hin, die ebenfalls in Tierfellen auftretenden Propheten des Alten Testaments.

Die beiden folgenden Beiträge gehen von materieller Hinterlassenschaft aus, um die Bedeutung bestimmten Ornats für Bischöfe und Äbte zu beschreiben. Gudrun Sporbeck (Der Bischofsornat in Bestattungen des Mittelalters, S. 71–82) widmet sich Paramenten und byzantinischen Seidentextilien, die den teilweise schon mittelalterlich oder in der frühen Neuzeit geöffneten Gräbern und Reliquienschreinen der Kölner Erzbischöfe Heribert (999–1021), Brun (953–965) und Anno II. (1056–1075) zugerechnet werden. Diese als Reliquien verehrten Stoffe wurden nach ihrer Auffindung noch vielfach verändert, weisen aber dennoch durch ihre ferne Herkunft auf „die Nähe des Kölner Episkopats zum kaiserlichen Herrscherhaus“ (S. 82). Thomas Vogtherr (Bischofsstäbe und Abtsstäbe im frühen und hohen Mittelalter, S. 83–90) ruft zur interdisziplinären Erforschung kirchlicher Herrschaftszeichen auf (S. 90) und glaubt, trotz romanischer Etymologie der dafür verwendeten Worte und offensichtlich ohne Kenntnis der zahlreichen Abbildungen antiker Krummstäbe wie auch des Germanus-Stabes von Moutier Grandval, an „germanische Neuerfindungen“ (S. 87) dieser sakralen Hirtenstäbe, von deren Aussehen angeblich kaum etwas bekannt sei (S. 89).

Den Abschluß des Bandes bilden ein Abstract zur „Bedeutung von Körper und Kleidung zur Herstellung von Distinktion im Gesandtschaftswesen“ (Michael Jucker, Kleidung und Körper: Wahrnehmung symbolischer Ordnung im spätmittelalterlichen Gesandtschaftswesen, S. 91–94) und ein Aufsatz zur Mandeville-Rezeption (Alexandra Nusser, Zu spätmittelalterlichen Autorenbildern am Beispiel der Überlieferung von Jean



de Mandevilles „Reisen“ in Europa, S. 95–116). Dabei wurden die mit den kontinental- und insularfranzösischen Abschriften der Texte und den deutschen Übersetzungen produzierten Abbildungen untersucht, um der Vorstellungswelt der Leser der zwar fiktiven, jedoch aus älteren Vorlagen kompilierten Reisebeschreibung von deren ebenso wenig zu identifizierendem Autor auf die Spur zu kommen. Die Autorenbilder, die wohl den Wahrheitsanspruch des Reiseberichts Mandevilles unterstreichen sollen, zeigen ihn als reisenden Ritter oder Pilger mit geistlichen Attributen; in den deutschen Handschriften wird jedoch der Übersetzer Otto von Diemeringen dargestellt (S. 110–115).

Die Übersicht über die in dem Band gesammelten Beiträge, denen ein Anhang mit 21 Farbabbildungen (S. 119–132) und ein Register (S. 133–135) folgt, zeigt die ganze Problematik dieser Veröffentlichung. Alle diese Aufsätze vereint lediglich, dass es in ihnen irgendwie um Kleidung, Textilien oder an der Person getragene Herrschafts- oder Amtszeichen geht. Es gibt weder eine anfangs formulierte Fragestellung, noch eine Zusammenfassung, in der auch nur versucht worden wäre, ein Ergebnis der akkumulierten Einzelaufsätze zu formulieren. In diesem Manko zeigt sich die fehlende Erfahrung der „Stipendiatinnen und Stipendiaten“ des Paderborner MittelalterKollegs, die zwar ein Kolloquium mit teilweise gehaltvollen Vorträgen zu einem bedeutenden Thema organisiert haben, bei der Veröffentlichung jedoch leider deutlich unter ihren Möglichkeiten geblieben sind.

Matthias Hardt, Leipzig.

**JENS SCHNEIDER (Hg.): Klosterforschung. Befund, Projekte, Perspektiven, (MittelalterStudien des Instituts zur Interdisziplinären Erforschung des Mittelalters und seines Nachwirkens, Bd. 10), München: Wilhelm Fink Verlag 2006, Abb., 221 S., 22,90 €.**

Wenn in einer Buchbesprechung ein Werk vorgestellt wird, das bereits 2006 erschienen ist, wird der Leser im Jahr 2010 zunächst wohl einen „Ladenhüter“ erwarten. Aber ganz im Gegenteil! Der schon „unanständig“ lange Zeitraum vom Erscheinen bis zur Rezension ist für mich nur so erklärlich, dass hier in der Zwischenzeit viele Nutznießer aus einzelnen enorm anregenden Artikeln „Honig gesaugt“ haben. Eine Rezension im eigentlichen Sinne ist vier Jahre nach Erscheinen eines Sammelbandes mit unterschiedlich gearteten Beiträgen (Grundlagenforschung, Berichte über Projekte/Werkstattberichte, Entwürfe neuer Ansätze zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit Klöstern) auch nicht mehr nötig und möglich – auf welche Forschungsergebnisse sollte man hier gegebenenfalls wen zensierend hinweisen.

Der Herausgeber, Jens Schneider, hat den Band mit einer klugen Einleitung zusammengebunden und strukturiert; die Reihenfolge, in die er die einzelnen Artikel gestellt hat, ist inhaltlich stimmig und macht diesen Band zu mehr als einem Sammelwerk. Schneider stellt uns die Beiträge mit den spezifischen Fragen ihrer jeweiligen Disziplin als Zwischenergebnisse, Standortangaben vor, die er als typisch für die Arbeit des Paderborner Mittelalterinstituts (IEMAN) charakterisiert – durchaus eine Werbung für diese Einrichtung.

Maria-Elisabeth Brunert hebt die Pauliner ins Bewusstsein des westlichen Publikums. Diese „Experten für Marienkult und Wallfahrtswesen“ (so im polnischen Tschenstochau wie im österreichischen Maria Trost bei Graz) haben ihren Ursprung im ungarischen Kernland, der Diözese Pécs; mit Ungarn verbunden, von den Habsburgern beherrscht, haben die Kroaten dank der Pauliner (Kloster Dubica) das Bewusstsein ihrer Eigenständigkeit bewahrt. Die Beschäftigung mit der Geschichte dieses Ordens führt uns also nicht nur in die Geschichte des östlichen Mitteleuropa, sondern bringt uns auch die Mentalität der östlichen Völker nahe, die in Jahrhunderten unter Fremdherrschaft der Habsburger, der türkischen Osmanen oder der Sowjets ihre Identität mittels der eigenen (allerdings meist orthodoxen) Kirche bewahrten und formten.

Martin Fuss überrascht bei seinen Reflexionen über die Althochdeutsche Benediktinerregel gleich eingangs mit der Aussage, dass das Kloster der Ort war, in dem sich die deutsche Schriftsprache entwickelt hat. Mittels zahlreicher Beispiele belegt er, wie durch die Glossierung lateinischer Texte diese nicht nur erschlossen wurden, sondern auch die adäquate deutschsprachige Terminologie gebildet wurde. Wer die Beschreibung des Verfahrens der Interlinearversion liest, mag sich an eigene, schülerhafte Bemühungen zur Lektürevorbereitung eines Horaz oder Ovid erinnern fühlen; eine Glied-für-Glied-Übertragung, die in solcher Tradition ihre nachträgliche Legitimation erhält; eine „cuatchundida“ (=Evangelium/gute Kunde), auf dem mühsamen Weg zu einer Übersetzung.

Barbara Haupt reichert unser Wissen über klösterliches Leben in der mittelhochdeutschen Laienliteratur mit dem Hinweis an, warum so mancher tapfere Ritter, saft- und zahnlos geworden, ins Kloster gegangen ist; nachdem man ein Leben in Macht und Ansehen genossen hat, müht man sich kurz vor Schluss, „seiner armin sele“ zu helfen. Dieses „Altersmönchtum“ entsprach dem Lebensmuster des Adels im 12. Jahrhundert und war ein Akt adliger Selbstheiligung, der zudem noch der Legitimation ihrer weltlichen Herrschaft diente.

Zu diesem Konzept gehörte auch die klösterliche Erziehung des adligen Nachwuchses; sie zielte auf höhere Bildung und die Vorbereitung auf eine vorbildliche Herrschaft nach Gottes Willen. In der Gemeinschaft der Klosterschule festigte sich auch die mittelalterliche Gesellschaft, deren Ordnung nicht in Frage gestellt wurde; Prügel gab es für alle Ungehorsamen, über alle Standesgrenzen hinweg. Die Erziehung der edlen Sprösslinge trug den Klöstern Macht und Reichtum, aber auch Kritik ein. Ist es bei Hartmann von Aue und Walter von der Vogelweide noch der Einsiedlermönch, der dem fragenden und suchenden Menschen Orientierung gibt, so predigt Wolfram von Eschenbach im Parzival die Laienfrömmigkeit als einzig sicheren Heilsweg; der Einsidel Trevrizent, kein Priestermonch, nimmt Parzival die Beichte ab. Manche der hier angestoßenen Diskussionen wirken angesichts der Tagesthemen sehr aktuell.

Konsequent schließt sich hier ein Beitrag über die Stadthöfe der Klöster Hardehausen und Dalheim in Paderborn an; waren diese doch integrierter Teil von deren Wirtschaftsbetrieb. Es wäre nun zu billig, darauf zu verweisen, dass Ansgar Köb seinen Artikel selbst als „erste oberflächliche Betrachtung“ charakterisiert, aber der Leser fragt sich bei diesem

Beitrag schon nach der Kernaussage; streckenweise wähnt man sich in einem Steinbruch für einen kunstgeschichtlichen Stadtführer. Die offenen Fragen gehen in verschiedene Richtungen. Sie richten sich wohl an die interdisziplinäre Kollegiatengemeinde.

Zu den Ausgrabungen im barocken Konventgarten des ehemaligen Augustiner-Chorherren-Klosters Dalheim entführt uns Matthias Preissler. Vor unserem inneren Auge soll das Bild der Anlage im frühen 18. Jahrhundert entstehen. Dabei helfen die Bilder von Fabritius und Schonlau unserer Phantasie auf die Sprünge; eine aktuelle Karte mit dem Verlauf „der modernen Fahrstraße entlang des Südflügels“ hätte auch den weniger Ortskundigen einen leichteren Zugang verschafft.

Offen bleibt hier die Frage nach der Bedeutung des Gartens für das Kloster, mit dem die Mönche ja signalisiert haben, inwieweit sie auch dieses Stück Natur „im Griff haben“. Aber das wäre wohl ein Thema für einen weiteren Beitrag und einen anderen Autor gewesen.

Peter Riesel stellt die Arbeit am Brandenburgischen Klosterbuch vor. Ein Ertrag dieses Artikels ist sicher, dass so mancher einheimische Regional- oder Kirchenhistoriker, der das Werk von Karl Hengst, Westfälisches Klosterbuch, mit großer Selbstverständlichkeit nutzt, die Leuchtturmfunktion dieses Lexikons erkennen und neu schätzen wird. Zeigt die Übersichtskarte zur brandenburgischen Klosterlandschaft das reichhaltige Erbe, so erkennt man in den Worten Riedels die Kärnerarbeit – in Bezug auf Quellen, weiterführende Literatur sowie Einbindung von geeigneten Fachleuten –, die sich vor dem Autorenteam des Klosterbuches türmt.

Geradezu als gesegnet präsentiert uns dagegen Wolfgang Rose das Projekt „Nieder-rheinisches Klosterbuch“. Will man sich auch hier am Gliederungsschema des Westfälischen Klosterbuches orientieren, so beansprucht man doch durch die Skizzierung der Revitalisierung des Klosterlebens im 19. und 20. Jahrhundert „in zeitlich-methodischer Hinsicht“ den Status eines „Pilotprojektes“. Gänzlich verspricht man sich diesen Status in dem Genre der Klosterbücher durch die Idee, das Werk auch über das Internet zugänglich zu machen (die in 2006 angegebene Seite aufzurufen, war mir allerdings im Mai 2010 nicht möglich).

Als „*beati possidentes*“ trotz aller franziskanischen Armut präsentiert Bernd Schmies die Forscher an der Geschichte der Sächsischen Franziskanerprovinz. Eingebettet in ein Netz von Kooperationspartnern, flankiert von Zuträgern aus verschiedenen Disziplinen, von Tagungen und Spezialpublikationen soll hier eine „wissenschaftlich, methodisch und konzeptionell auf der Höhe der Zeit stehende Darstellung“ wachsen, „die die Einbindung der Provinz in Orden, Kirche und Welt ebenso herausarbeitet, wie umgekehrt das Einwirken der Provinz auf Orden, Kirche und Welt“. Man darf gespannt sein, welcher Bettelorden den Mut hat, der Einladung Folge zu leisten, sich von den „richtungweisenden Anstößen“ zu ähnlich großen Taten animieren zu lassen.

Matthias Wemhof, der „*spiritus rector*“ vom Klostermuseum Dalheim, hat für seine Nachfolger sowie die interessierte Öffentlichkeit quasi als Vermächtnis sein Konzept unter dem Titel „Ein Landesmuseum für Landeskultur“ für diese neue Einrichtung aufge-

schrieben; es ist stimmig, will einen Rundgang durch die westfälische Klostergeschichte bieten, die Anlage Dalheim selbst erlebbar machen, vor wie nach der Säkularisation, und ein breites Info- und Relaxangebot für Besucher parat halten. Nun müssen diese nur noch kommen – und das ist vielleicht der schwierigste Teil für ein Museum.

Über eine sehr exklusiven Tätigkeit von Klosterfrauen berichtet Marita Bombek: Klösterliche Textilproduktion als kulturelles Vermöchtis von Frauen in Klöstern und Damenstiften im „Niederer Sachsen“. Die Damen von Stande bewiesen mit diesen „wollenen Fürlegern“ Bildung und Geschick. Mit dem Tristant Teppich zeigen sie uns ihr Selbstverständnis als Bräute Christi, dessen Liebe über alle Konventionen geht. Handarbeit wird hier zu einem „beseelten Zeitgegenstand“ geadelt. Die Teppiche stehen in der aus Bayeux bekannten Tradition; der Großraum Hannover aber liegt näher.

Die „Verstetigung von Zeit“ ist das Thema von Wolfgang Ernsts Beitrag zur Medienmonastik. Er erklärt die Räderuhr, und in ihrer Konsequenz die „Einführung der getakteten Zeit“ zum „fundamentalsten Erbe klösterlicher Kultur“. Und zur Erklärung: Nur durch die „Entkoppelung von natürlichen und artifiziellen Zeitgebern ... ist eine Mitternachtsmesse möglich.“ Teilt bei der Räderuhr die Spindelhemmung eine unaufhörliche Bewegung in zwei gegenläufige, so ist der Taktgeber beim Computer die Frequenz; hier beginnt für Ernst dann ein „ganz spezieller benediktinischer Klostergesang“. Augustinus schreibt in Buch XI seiner Confessiones: „Es gibt drei Zeiten, eine Gegenwart in Hinsicht auf die Gegenwart, eine Gegenwart in Hinsicht auf die Vergangenheit und eine Gegenwart in Hinsicht auf die Zukunft.“ Oder gemäß der aristotelischen Bewegungslehre: „Aller Ursprung ist im Vollzug aufgehoben.“ Wer wird es da noch wagen zu jammern, dass ihm die Zeit zwischen den Fingern davonrinnt!

Régine Le Jan schaut auf die Klöster und Kirchen in der Karolingerzeit aus dem Blickwinkel von Geschichte und Sozialwissenschaften. Adelsfamilien haben Eigenkirchen errichtet und Klöster gestiftet, diese mit Gütern und Einkünften beschenkt. Sie haben damit Netzwerke gesponnen, um sich abzusichern und ihren Einfluss zu mehren. Aber allein durch die damit auch gestiftete Memoria haben die Stifter überlebt.

Wenn Jürgen Römer über die Klöster in Waldeck referiert, tut er dies als einsamer Rufer in der Wüste. Zeigt die Karte des Waldecker Landes gleichwohl ein reiches Erbe klösterlicher Institutionen, so ist hier doch buchstäblich Gras drüber gewachsen. Römer propagiert wohl auch deswegen dafür, hin und wieder den Schritt aus dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm auf populärwissenschaftliches Niveau zu wagen, um so besser aufgestellte Mittäter mit Zugang zu den Fleischtöpfen der Tourismusbranche zu gewinnen. Inhaltlich sieht er einen Vorteil auch darin, dass man dann das Ausmalen des Bildes vom Mittelalter nicht mehr kampflos den Gauklern auf den Mittelaltermärkten überließe, oder die Frage nach der Überlagerung und Inbesitznahme vermeintlicher germanischer Heiligtümer durch fremde Römlinge (und in deren Folge der Klöster) den Missionaren des edlen, freien Germanentums. Römer plädiert dafür, Kultur und Geschichte „vermarktungsfähig“ zu machen.

In dieser Konsequenz hat der Herausgeber denn auch an den Schluss des Buches einen Anhang mit einer Auswahl „von neueren deutschsprachigen Publikationen zur Klosterforschung beigegeben“, aber auch Ausstellungskataloge, Angaben zu Internetseiten sowie „eher touristisch ausgelegte Führer“ aufgelistet.

Als Fazit wird man mitnehmen, dass das IEMAN interessante Arbeit leistet, von der man sich gerne noch mehr Anregungen erwartet.

Michael Wittig, Wewer

**NORBERT BÖRSTE/ GERD DETHLEFS (Hg.): Die Sammlung Nachtmann. Antiken – Glas – Keramik. (Studien und Quellen zur Westfälischen Geschichte, Bd. 57), Paderborn: Bonifatius 2008, 269 S., Abb., 66,00 €.**

Der von Norbert Börste und Gerd Dethlefs zusammengestellte Katalog behandelt die Antiken-, Glas- und Keramiksammlung Hans Joachim Nachtmanns, die dieser in einer mehr als 50-jährigen Sammlertätigkeit zusammengetragen hat. Seit 2002 ist die Sammlung im Historischen Museum im Marstall in Schloß Neuhaus ausgestellt. Die antiken Sammlungsobjekte setzen sich vor allem aus Hohlgläsern und Lampen aus dem nördlichen Afghanistan, Nordafrika und Europa zusammen und decken somit einen großen geographischen Raum und eine Zeitspanne von etwa 2500 Jahren ab. Die übrigen Gläser aus der Sammlung Nachtmann stammen aus dem Mittelalter und der Neuzeit. Sie geben einen weitreichenden Einblick in die europäische Glasproduktion, Tischsitten und Hausinventare aus fünf Jahrhunderten, weshalb der Sammlungsbestand von überaus großem kulturhistorischem und kunstgeschichtlichem Interesse ist. Der Sammlungsteil „Keramiken“ setzt sich aus Steinzeug und Irdenware zusammen und repräsentiert einen Zeitraum vom 12. bis zum 17. Jahrhundert. Die Steinzeuge stammen aus den bekannten rheinischen Töpfereizentren wie Siegburg, Frechen, Raeren und Westerwald. Bei den Irdenwaren liegt der Schwerpunkt bei der Werra- und Weserware.

Der Katalog wird durch zehn wissenschaftliche Aufsätze sachbezogen ergänzt. Diese verfügen allesamt über einen umfangreichen Fußnotenteil, in dem die grundlegende und aktuelle Literatur zum jeweiligen Thema aufgenommen ist. Der interessierte Leser kann somit Detailfragen, die den Rahmen eines Katalogaufsatzes sprengen würden, leicht nachgehen oder sich in die Forschungsgeschichte einlesen. Dazu zwei Beispiele: Oliver Brehm (Die Antiken der Sammlung Nachtmann, S. 21–34) bemerkt zu den römischen Öllampen, dass „die Deutung und die Interpretation ihrer Ikonographie und die Einbettung der Motive in ihren kulturhistorischen Kontext ... im Rahmen eines Kataloges nur sehr eingeschränkt bzw. gar nicht erfolgen“ (S. 29) könnten. In der zugehörigen Fußnote nennt er mit F. Fremersdorf und A. Mlasowsky zwei Wissenschaftler, die sich ausgiebig mit dieser Thematik beschäftigt haben. Uta Halle („schusselen oder becken mit malwerk und außstreichungen“. Die Werra- und Weserware der Sammlung Nachtmann, S. 123–133) wiederum, bezieht sich in ihren Ausführungen regelmäßig auf H.-G. Stephan. Damit führt

sie einen Wissenschaftler an, der vor allem zur Keramik Südniedersachsens grundlegend und langjährig forscht.

Besonders positiv hervorzuheben ist auch, dass die Beiträge bei der Beschreibung bestimmter Glas- und Keramikformen direkt auf die im Katalogteil genannten Sammlungsobjekte verweisen. Somit entsteht eine unmittelbare Nähe zwischen Text und Objekt sowie eine einfache Nachvollziehbarkeit des Geschriebenen. Die Katalogbeiträge gehen aber weit über die Beschreibungsebene hinaus und geben zusätzliche Informationen zu Handel, Produktion, Technik, Verwendung, Laufzeiten und der kulturellen Einbettung der Sammlungsgegenstände. So informiert Hildegard Wiewelhove („Gläserne Phantasten“. Über den Gebrauch und das Sammeln von Gläsern im Rahmen europäischer Tafelsitten, S. 75–92) ausführlich über die Verwendung von Gläsern im Kontext der europäischen Tafelsitten; Sveva Gai (Von Luxusgut zur Massenware. Die Produktion und Verbreitung von Gebrauchsgläsern im deutschsprachigen Raum des 15. bis 19. Jahrhunderts, S. 35–48) skizziert neben der Beschreibung der renaissancezeitlichen und neuzeitlichen Glastypen die Entwicklung der Glasproduktion im deutschsprachigen Raum; Bernd Steinbring (Steinzeug aus dem Rheinland, S. 106–122) nennt zusätzlich Herstellungstechnik, Produktionsräume und die zeitliche Einordnung des rheinländischen Steinzeugs; Gerd Dethleffs (Die frühneuzeitlichen Schau- und Gebrauchsgläser, S. 64–74) bezieht Glasmacher und Glashütten in die Beschreibung der behandelten Gläser ein, so dass eine umfassende Zusammenschau entsteht. Besonders interessant ist auch der Beitrag von Marianne Moser und Judith Stahl † (Sammlerstücke und Bodenfunde. Ein Vergleich von Gläsern unterschiedlichster Herkunft, S. 49–63). Sie zeigen anhand zahlreicher Beispiele, dass ein Vergleich der meist vollständig erhaltenen Sammlungsobjekte mit den sehr häufig nur fragmentarischen Bodenfunden für beide Objektgruppen einen ungemeinen Erkenntnisgewinn bedeutet. Der Aufsatz von Robert Gündchen (Rekonstruktion von Gefäßformen der mittelalterlichen Töpferei in Neuenheerse, S. 119–122) liefert eine willkommene Ergänzung zu der bisherigen Veröffentlichung der Grabungsergebnisse einschließlich des keramischen Materials von Neuenheerse.<sup>1</sup>

Ergänzende Beiträge, die nicht direkt auf die Objekte des Katalogs eingehen sondern deren Kontext aufgreifen, bereichern zusätzlich den Band. Norbert Börste (Die Sammlung Nachtmann, S. 14–20) beschreibt die Person Nachtmann und die Entstehung seiner Sammlung, deren hohen kulturhistorischen Wert er besonders hervorhebt. Andreas Neuwöhner (Glashütten im frühneuzeitlichen Hochstift Paderborn, S. 93–105) berichtet anhand ausgewählter Beispiele u. a. der Glashütten Emde, Siebenstern und Kohlstädt über die Lebensumstände der Glasmacher und die notwendigen Rohstoffe für die Glasproduktion.

<sup>1</sup> LOBBEDEV, Uwe/ SANKE, Markus: Ein Töpferofen des 12. Jahrhunderts in Neuenheerse (Bad Driburg, Kr. Höxter), in: Bèrenger, D. (Hg.), Archäologische Beiträge zur Geschichte Westfalens. Festschrift für Klaus Günther zum 65. Geburtstag, S. 271–298.

Der Katalogteil überzeugt aus mehreren Gründen. Zum einen hat er eine klare und strukturierte Gliederung, die im Inhaltsverzeichnis abgedruckt ist. Dies ermöglicht einen schnellen Einstieg und eine gezielte Objektsuche. Besonders hervorzuheben ist, dass alle Sammlungsgegenstände – insgesamt 478 – abgebildet sind. Die Mehrzahl wird mit einem Schwarzweißfoto dargestellt. Besondere Gegenstände werden in einem Tafelteil farbig abgebildet.

Die Objekte erhalten allesamt eine ausführliche Beschreibung mit entsprechenden Literaturverweisen und – wenn möglich – mit Vergleichsstücken, so dass eine tiefgehende Beschäftigung mit bestimmten Gegenständen schnell und einfach erfolgen kann.

Es fallen allerdings kleinere Übertragungsfehler auf. So verweisen die Ölkännchen auf der Farbtafel 9 unten auf die Katalognummern 164 und 165. Im Katalogteil sind es aber tatsächlich die Nummern 160 und 162. Einen ähnlichen Übertragungsfehler gibt es auch auf Farbtafel 54 unten. Dort werden die abgebildeten Gefäße in der Abbildungsunterschrift als „Pingsdorfer Ware“ bezeichnet, obwohl es sich um Faststeinzeug handelt. Außerdem ist der dort abgebildete Becher rechts nicht Kat.-Nr. 382 sondern Kat.-Nr. 381.

Dies schmälert aber die Qualität des vorliegenden Kataloges nicht im Geringsten, so dass hier ein Buch vorliegt, das sehr zu empfehlen ist. Denn es richtet sich gleichermaßen an Spezialisten (Archäologen und Kunsthistoriker) sowie an alle, die Interesse und Freude an antiken, mittelalterlichen und neuzeitlichen Keramiken und Gläsern haben. In diesem Kontext ist noch zu erwähnen, dass in einem Glossar 57 Fachbegriffe von Alabastron bis Zinnmontur eingehend und verständlich erklärt werden.

Ralf Mahytka, Paderborn

**BETTINA BRAUN/ MAREIKE MENNE/ MICHAEL STRÖHMER (Hg.): Geistliche Fürsten und Geistliche Staaten in der Spätphase des Alten Reiches, Epfendorf/Neckar: bibliotheca academica 2008, 285 S., 39,00 €**

Die Geschichte der Geistlichen Staaten im Alten Reich ist in den letzten Jahren verstärkt zum Thema historischer Untersuchungen avanciert. Dabei konnten bisher vorherrschende, letztlich auf Verdikten der Aufklärung beruhende Meinungen vielfach revidiert werden. Alternative Aspekte weltlicher und geistlicher Herrschaft traten in den Vordergrund, wodurch das Spektrum der Möglichkeiten frühneuzeitlicher geistlicher Staaten in territorialer, reformerischer, religiös-katholischer oder familiärer Hinsicht sichtbar wurde.

Der Fokus lag bisher primär auf den geistlichen Territorien selbst; die Protagonisten der Herrschaft, die geistlichen Fürsten, wurden von der Forschung hingegen vorwiegend stiefmütterlich behandelt. Diesem Versäumnis ist der vorliegende Sammelband geschuldet, welcher das verschriftlichte Ergebnis einer Tagung ist, welche im Oktober 2006 in Paderborn stattgefunden hat. Zentral für die Beiträge ist – in unterschiedlichen Kontexten – stets das Selbstverständnis der geistlichen Fürsten, welche sich durch die geistliche Dimension ihrer Herrschaft grundlegend von den weltlichen Herrschaftsträgern des Alten Reichs unterschieden. Auch die Einbindung in die römischen Hierarchien, ihre Bindung

an den Papst, unterstellte die geistlichen Fürsten Autoritäten außerhalb der engeren Reichsgrenzen.

Elf Beiträge befassen sich mit vier unterschiedlichen Themenfeldern, welche kurz wohl am treffendsten mit „fürstbischöfliche Rollen“ (Jürgensmeier, Schraut, Wüst), „Verwaltung, Justiz, Politik“ (Härter, Rudolph, Ströhmer, Schindling), „Netzwerke“ (Samerski, Scherbaum) und „visuelle Politik“ (Süßmann, Heinz) umschrieben sind. Einen theoretischen Ausblick bietet der zwölfte Text von Mareike Menne.

In einem einleitenden Artikel untersucht Friedhelm Jürgensmeier, inwiefern die am Konzil von Trient beschlossenen Anforderungen an Bischöfe in den geistlichen Reichsterritorien umgesetzt wurden. Er beschreibt die ungewöhnliche Situation der Fürstbischöfe, welche auch die weltliche Herrschaft ausübten, worauf jedoch in den Konzilsbeschlüssen nicht ausdrücklich Bezug genommen worden war. Konkret beleuchtet Jürgensmeier die Frage der Weihbischöfe, die Praxis der Bischofswahl sowie den Ausbildungsgang der Amtsinhaber. Den Spagat zwischen weltlicher und geistlicher Herrschaft schließlich beschreibt der Autor am Beispiel der Schönborn, die in drei Generationen geistliche Fürstenämter im Reich innehatten.

Sylvia Schraut befasst sich in ihrem Beitrag mit den unterschiedlichen Rollen, welche die zahlreichen Funktionen eines geistlichen Fürsten mit sich brachte. Er hatte nicht nur den Ansprüchen zu genügen, welche an ihn als religiöser Oberhirte und weltlicher Herrscher gestellt wurden, sondern war zudem noch in Familien-, Standes-, Freundschafts- oder Patronagenetzwerke eingebunden. Die in älteren biographischen Nachschlagewerken vorherrschenden monokausalen oder simplifizierenden Erklärungen, welche für bischöfliche Entscheidungen politischer oder persönlicher Natur meist gegeben werden, bedürfen daher einer differenzierteren Analyse.

Am Beispiel des Hochstifts Augsburg, welches gegen Ende des 18. Jahrhunderts durch die Person des Bischofs Clemens Wenzeslaus von Sachsen mit dem Erzbistum Trier in Personalunion verbunden war, zeigt Wolfgang Wüst die unterschiedlichen weltlichen und geistlichen Pflichten des Herrschers auf. Zugleich macht er auf das Machtvakuum aufmerksam, welches sich durch die zeitweilige Abwesenheit des Fürsten öffnete und „Schattenregenten“, nämlich den Statthaltern, einen eigenen Handlungsspielraum einräumte. Dieser konnte auch zu Amtsmissbrauch genutzt werden. Darüber hinaus hinterfragt Wüst das Ausmaß der Herrschaftsfülle von geistlichen Fürsten und betont die Rolle der Domkapitel als Kontrollinstanz insbesondere in Bezug auf die Finanzverwaltung der Bistümer.

Mit dem Corpus Catholicorum auf dem Immerwährenden Reichstag befasst sich Karl Härter. Im Zentrum seiner ausführlichen Untersuchung steht die kooperative Reichspolitik der geistlichen Reichsstände, galt die geistliche Bank doch in der Forschung lange als in sich zersplittert, völlig vom Kaiser abhängig und unfähig zur Formulierung eines eigenen politischen Konzepts. Dieses Verdikt bestätigt Härter nicht, sondern macht im Gegenteil aufmerksam auf die aktive Präsenz der geistlichen Reichsfürsten in Regensburg, welche wichtige Reichstagsämter besetzten, ihre Stimmen durch Vertreter ebenso abgaben, wie sie



auch selbständig Anträge stellten und in verschiedenen Fragen gezielt und eng mit den kaiserlichen Gesandten zusammenarbeiteten. Auch innerhalb des Corpus Catholicorum betrieben die geistlichen Reichsstände eine umfassendere und energischere Politik als von der Forschung bisher angenommen wurde. Dieses Gremium bot ihnen die Möglichkeit, ihre religionspolitischen Anliegen, gestützt durch die mächtigeren weltlichen katholischen Reichsstände und den Kaiser, als Anliegen des gesamten katholischen Reichsteiles aufzuwerten. Generell ist die Politik der geistlichen Reichsstände auf dem Reichstag durch einen ausgleichenden, kompromissbereiten Zugang gekennzeichnet, welcher sich auch auf die evangelischen Stände und das Corpus Evangelicorum erstreckte. Besonders aufschlussreich für die Analyse der Beziehungen zwischen den weltlichen und geistlichen katholischen sowie evangelischen Reichsständen und dem Kaiser erweisen sich die 1780er Jahre, als die bestehenden Bündnisse im Reich durch verschiedene politische Entwicklungen aufgeweicht wurden und sich so die Möglichkeit zur Bildung neuer Allianzen ergab.

Mit dem Strafrecht und der Strafpraxis der geistlichen Reichsfürsten setzt sich Harriet Rudolph in ihrem Beitrag auseinander und vergleicht diesen Herrschaftsbereich mit der Rechtspflege in weltlichen Reichsterritorien. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass im Justizbereich in den geistlichen Gebieten keineswegs ein genereller Reformstau zu konstatieren ist, sondern dass auch hier die Rechtspflege zunehmend verschriftlicht, verrechtlicht, bürokratisiert und professionalisiert wurde. Als Initiator der Reformen fungierte in der Regel jedoch nicht der Fürstbischof, sondern die jeweilige territoriale Zentralbehörde. Da deren Personal beim Tod des Herrschers nicht grundsätzlich ausgewechselt wurde, konnte sich hier vielfach eine kompetente Beamtschaft ausbilden, welche bisher in der Forschung meist übersehen wurde. Als Besonderheit der Justizpflege in geistlichen Territorien sind die geistlichen Sanktionsinstanzen zu betrachten, welche in den weltlichen Territorien inexistent waren. Diese begünstigten, so die These Rudolphs, ein milderes Regiment in den geistlichen Staaten, zumal in diesen auch die materielle Machtbasis für die Durchsetzung von Sanktionen weltlicher Gerichte zumeist schmal war. Doch gerade dazu, wie auch zum Fragenkomplex der Gnadenpraxis, stehen sowohl für weltliche als auch geistliche Reichsgebiete noch Untersuchungen aus.

Michael Ströhmer führt in seinem Beitrag ein Paradoxon auf, das sich aus der Anwendung des Modernisierungsparadigmas auf geistliche Territorien, im konkreten Fall auf das Hochstift Paderborn, ergibt. Er weist nach, dass teleologische Fortschrittsmodelle für geistliche Reichsterritorien nicht greifen, da sie in ihrer mangelnden Differenziertheit „Reform“ mit „Fortschritt“, und im staatlichen Bereich „Fortschritt“ mit „Herrschaftsdurchdringung/Herrschaftsverdichtung“ gleichsetzen. Konkret analysiert Ströhmer die Aufhebung des Dringenberger Freistuhls durch den als Reformbischof geltenden Wilhelm Anton von der Asseburg (reg. 1763–1782). Der aus dem Spätmittelalter stammende Freistuhl zählte zum fürstbischöflichen Niedergerichtswesen und stand in Konkurrenz zu ständischen Partikulargewalten wie der Ritterschaft, Klöstern, Städten etc., welche für ihren Gerichtsbezirk die Niedergerichtsbarkeit (und die daraus anfallenden Gebühren) beanspruchten. Im Laufe des 18. Jahrhunderts hatten die fürstbischöflichen Rentmeister

es verstanden, ihre richterliche Kompetenz sukzessive auszudehnen, sorgten für Herrschaftsdurchdringung und Herrschaftsverdichtung und entsprachen – wenn auch mit einem konservativen Modell – den Forderungen, welche das Modernisierungskonzept betreffend Durchstaatlichung vorsieht. Die Abschaffung des Freistuhls 1763 durch den Reformbischof stellt aus dieser Perspektive ein Paradoxon dar, das jedoch den persönlichen Verbindungen und Verpflichtungen des neuen Herrschers geschuldet war. Dieser hatte sich nämlich bereits in seiner Wahlkapitulation zu diesem Schritt verpflichtet/verpflichten müssen.

Mit den Universitäten in den geistlichen Reichsterritorien setzt sich Anton Schindling auseinander. In Hinsicht auf den Fürstbischof, welcher als Gründer dieser Institution auftrat, bedeuteten sie nicht nur einen Ort der Memoira, sondern fungierten auch als Symbol kulturpolitischer Ambitionen und nicht zuletzt als Wahrzeichen der Förderung der Katholischen Kirche. Das entscheidende Spezifikum der Universitäten in den geistlichen Reichsterritorien lag nämlich auf der Heranziehung eines befähigten Priesternachwuchses, welcher in der Regel von den Jesuiten ausgebildet wurde. Eine Ausnahme stellt die von Fürstbischof Paris Graf Lodron 1622 begründete Benediktineruniversität in Salzburg dar, welche im Lauf des 18. Jahrhundert ein weit ausstrahlendes Zentrum der katholischen Aufklärung darstellte. Gegen Ende des 18. Jahrhundert weichte sich die konfessionelle Frontstellung zwischen katholischen und evangelischen Universitäten im Reich auf, evangelische Reformuniversitäten wie Göttingen oder Halle a. d. Saale übten eine Vorbildfunktion auch für katholische Hochschulen aus. Dennoch stellt die Erforschung zahlreicher Aspekte in der Geschichte der geistlichen Universitäten ein Desiderat dar; etwa die Rollen und Funktionen, welche dem Herrscher im Rahmen der Hochschule zukamen, die Beziehungen zum Domkapitel oder Fragen der Ikonographie und Emblemik.

Mit den verschiedenen Kölner Nuntien in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts befasst sich Stefan Samerski. Er analysiert deren Verwandlung von einem Schrittmacher der Katholischen Reform nach dem Konzil von Trient hin zu einem „Friedensvermittler“ beim Westfälischen Frieden. Der fortschreitende Episkopalismus im Reich, welcher die Machtfülle des Papstes herausforderte, sowie die immer größeren Interessensdivergenzen zwischen Kurie und geistlichen Fürsten führten zu einem Bedeutungsverlustes dieses Amtes, welcher in der Forderung nach der gänzlichen Abberufung des Nuntius gipfelte. Darüber hinaus weist Samerski auf die wichtige Rolle hin, welche die individuelle Persönlichkeitsstruktur des jeweiligen Nuntius für seine Durchsetzungsfähigkeit und Akzeptanz in seinem Amtsbereich spielte.

Bettina Scherbaum behandelt in ihrem Beitrag eine diplomatiegeschichtliche Fragestellung, indem sie den Verbindungen zwischen wittelsbachischen Bischöfen und der römischen Familie Scarlatti im späten 17. und beginnenden 18. Jahrhundert nachspürt. Die Scarlattis fungierten seit der Mitte der 1760er Jahre als Vertreter für die kurbayerischen Wittelsbacher am Heiligen Stuhl und profilierten sich zuerst als Gesandte des weltlichen Herrscherzweiges der Familie. Erst mit Clemens August, seit 1723 Kölner Fürstbischof, etablierten sich die Scalatti als offizielle Repräsentanten auch der geistlichen

Wittelsbacher in Rom. Die besondere Position zwischen verschiedenen Familienzweigen und der Kurie brachte den Scalatti jedoch nicht nur Einkünfte aus verschiedenen Quellen, sondern positionierte sie zuweilen auch im Spannungsfeld konträrer Interessen.

Den Auftakt zum vierten Themenschwerpunkt des Bandes, der visuellen Politik, bildet der Text von Johann Süßmann. Dieser befasst sich mit der Bautätigkeit des Fürstbischofs Johann Philipp Franz von Schönborn in seiner Residenzstadt Würzburg, welche er während seiner Amtszeit (1719–1724) grundlegend umgestaltete. Neben dem bekannten Schloss erweiterte er das Stadtgebiet durch eine militärische Potenz signalisierende neue Fortifikation und ließ Kasernen errichten. Das Gesamtbild der Stadt wurde geprägt durch eine an alle Stände gerichtete Bauverordnung, welche vom Autor als Versuch gedeutet wird, die Gleichheit der Bevölkerung visuell an der Bauweise der Gebäude symbolisch darzustellen. Über der egalitären Kommune stünde nur mehr der Fürstbischof, welcher in seiner prachtvollen Residenz herrsche. Die gesamte Politik Johann Philipp Franz' habe „im Bauen [ihren] Kern“ (S. 232).

Weniger auf den dies-, sondern auf den jenseitigen Bereich ausgerichtet ist der Beitrag von Stefan Heinz, welcher sich mit der Inszenierung des (Schönen) Todes anhand fürstbischöflicher Grabplastiken beschäftigt. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Grabmäler für den Mainzer Erzbischof Anselm Franz von Ingelheim (gest. 1695) und für den Trierer Erzbischof und Wormser Bischof Johann Philipp von Walderdorff (gest. 1768), die als Demi-Grisant ausgeführt wurden. Beide verweisen auf ein früheres Vorbild, nämlich das Grabmal für den Archidiakon und Chorbischof Karl von Metternich (gest. 1636) in der Trierer Liebfrauenkirche. Heinz deutet die Grabmäler ikonographisch, diskutiert den Symbolgehalt der jeweiligen Aufstellungsweise sowie des Aufstellungsorts und zeigt detailliert ihre jeweiligen typologischen Abhängigkeiten auf.

Mit einer kulturgeschichtlich-theoretischen Synthese schließlich rundet der Ausblick von Mareike Menne den Sammelband ab. Sie kontextualisiert die verschiedenen Beiträge in Hinblick auf vier, dem *cultural turn* in den Geschichtswissenschaften zuzuschreibenden Konzepte: *Gender*, *Spatial turn*, *Governance* und Biographie. Die methodische Erweiterung, welche der *cultural turn* bietet, erweist sich für die Erforschung der geistlichen Territorien sowie der Fürstbischöfe selbst als äußerst fruchtbar, werden hier doch traditionelle Schemata aufgebrochen und althergebrachte Urteile unter neuen Fragestellungen aufgerollt. Durch die größere Offenheit dieser Methoden gegenüber herkömmlichen Zugängen erscheinen geistliche Territorien weniger als problematischer „Sonderfall“, sondern als Variante(n) in einem breiten Spektrum an Möglichkeiten, welche für zukünftige Forschungsvorhaben ein dankbares Gebiet darstellen.

Summa summarum ist festzuhalten, dass der Band gelungen die vielfältigen Rollen, Handlungsoptionen sowie Politik- und Herrschaftsverständnisse der Fürstbischöfe im Alten Reich zwischen Westfälischem Frieden und Reichdeputationshauptschluss aufzeigt, analysiert und in einen weiteren Zusammenhang stellt. Das „dritte Deutschland“ erscheint dabei nicht als Hort der Reaktion, der schlechten Verwaltung und reformunfähiger Rechtspflege, sondern als heterogenes Mosaik von individuell gestalteten Experimentier-

feldern, als Varianten von Herrschaft, die durchaus Alternativen zum Modernisierungsparadigma teleologischer Durchstaatlichung bieten. Darüber hinaus ist jedoch, abseits inhaltlicher Aspekte, die ansprechende Gestaltung des Bandes hervorzuheben, die sich etwa in der aufwändigen Formatierung der Fußnoten zeigt. Eine zusätzliche Erschließung der Texte ist schließlich durch ein Personenregister gegeben.

Karin Schneider, Wien

**INSTITUT FÜR VERGLEICHENDE STÄDTEGESCHICHTE – MÜNSTER (Hg.): Die Speicherstadt Münster. Heeresverpflegungsamt und Reichstypenspeicher – Konversion und Denkmalschutz, Münster: Ardey Verlag 2008, 320 S., 48,00 €.**

Der Umgang mit den architektonischen Zeugnissen aus der Zeit des Nationalsozialismus ist seit den 1990er Jahren nicht nur zentraler Bestandteil des Diskurses unter Architekturhistorikern, sondern er stellt insbesondere Denkmalpfleger vor theoretische, methodische wie praktische Herausforderungen.<sup>1</sup> Der üblicherweise für Erhalt, Pflege und Restaurierung argumentierte „positive Wert“ eines Denkmals greift substantiell bei den Gebäuden des NS-Systems mit seiner menschenverachtenden Ideologie nicht. Ihre flächendeckende Erfassung, Dokumentation und historische Aufarbeitung stellt jedoch eine wichtige Voraussetzung dar, um sie als Bestandteil einer deutschen Erinnerungskultur zu konstituieren. Bislang kaum in den öffentlichen Fokus gerückt, sind zahlreiche heute unscheinbar im städtischen und ländlichen Stadtbild aufgegangene ehemalige Militärbauten, die „das quantitativ größte architektonische Erbe der NS-Zeit“<sup>2</sup> darstellen. Ein Grund hierfür liegt in der teilweise bis zum heutigen Tag erfolgten Weiternutzung durch Alliierte Truppen nach 1945, später durch die Bundeswehr und die Nationale Volksarmee. Heute stehen vor allem Kommunen und Denkmalschutzbehörden vor der Aufgabe, diese Bauten einer sinnvollen Neunutzung zuzuführen, ohne dabei ihren historischen Kontext zu verharmlosen oder gar auszublenden.

Der Darstellung eines solchen langwierigen Konversionsprozesses widmet sich das Institut für vergleichende Städtegeschichte Münster mit der Publikation „Die Speicherstadt Münster. Heeresverpflegungsamt und Reichstypenspeicher – Konversion und Denkmalschutz“, anlässlich des zehnjährigen Jubiläums dieses erfolgreichen Umnutzungsprojektes. In insgesamt 14 interdisziplinär ausgerichteten Fachaufsätzen aus Militär-, Wirtschafts- und Technikgeschichte, Kunst- und Architekturgeschichte, Denkmalpflege und Stadtsoziologie werden dem Publikationstitel entsprechend zwei inhaltliche Schwerpunkte fokussiert: zum einen wird der Bau des ehemaligen Heeresverpflegungshauptamts

<sup>1</sup> Einen für diesen Forschungsbereich zentralen Beitrag leistete die Publikation des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz von 1993: DURTH, Werner/ NERDINGER, Winfried (Hg.): Architektur und Städtebau der 30er und 40er Jahre, Bonn 1997.

<sup>2</sup> Zit. n.: NERDINGER, Winfried: Umgang mit den Spuren der NS-Vergangenheit – Indizien zu einer Geschichte der Verdrängung, in: HÖLZ, Christoph/ PRINZ, Regina (Hg.): Architektur Macht Erinnerung, München/ Berlin/ New York 2004, S. 136.

Münster-Coerde in einen militär- und wirtschaftshistorischen Kontext eingebettet und seine Funktion und Bedeutung als Teil des Aufrüstungsprogramms des NS-Regimes herausgestellt. Zum anderen wird der Prozess der Konversion nach der Öffnung des ehemaligen, zuletzt bis 1994 durch das britische Militär genutzten Geländes nachgezeichnet und Schwierigkeiten der Kommunen im Umgang mit solchen Brachflächen problematisiert. Grundlegende Forschungsarbeit für die historische Verortung der Anlage leistete die Kunsthistorikerin Angelika Oeleklaus, der ein überwiegender Anteil der Aufsätze zu verdanken ist.

Der überwiegend deskriptive erste Beitrag des Architekten Heinz Terlau (S. 15–48) zeigt, mit Bildmaterial anschaulich belegt, den Funktionswandel der heutigen „Speicherstadt Münster-Coerde“ von einem ehemaligen Proviantamt zu einem „Ort der Kommunikation und Dienstleistung“ auf. Überzeugend wird der Erfolg der Konversion von neun ehemaligen Speichergebäuden an den Beginn der Publikation gestellt. Aufgrund der hohen Deckentragfähigkeit der Boden- und Silospeicher durch die Stahlbetonskelettbauweise und des raffinierten Belüftungssystems stellten die ehemaligen Kornkammern optimale klimatische Bedingungen bereit, um sie zu Magazinen und Archiven umzufunktionieren. Heute beherbergen die sanierten Gebäude beispielsweise Bestände der LWL-Archäologie für Westfalen, des Landesarchivs NRW, des Staatsarchivs und des Stadtarchivs Münster.

Die folgenden fünf Aufsätze des Historikers Bernhard Sicken (S. 49–68) und der Kunsthistorikerin Angelika Oelgeklaus (S. 69–181) rekonstruieren die Entstehungsgeschichte der Speicherstadt im Nationalsozialismus und analysieren ihre Funktion in einem erweiterten militär- und wirtschaftsgeschichtlichen Kontext. Dabei weist Sicken die bislang in der Forschung wenig beachtete Bedeutung der Logistik des Heeres als Voraussetzung der Kriegsvorbereitung nach. Mit der strukturellen Umorganisation der Wehrmacht und der Truppenaufstockung seit 1934 gingen große bauwirtschaftliche Anstrengungen einher. Die in diesem Zusammenhang stehende flächendeckende Errichtung eigenständig wirtschaftender Versorgungseinrichtungen – wie das Heeresverpflegungshauptamt in Münster mit großen Getreidespeichern – und ihre infrastrukturelle Anbindung ans Schienennetz und Wasserstraßen stellt der Autor eindrucksvoll als bislang „unbeachtete Elemente der Aufrüstung“ deutlich heraus. Der Bau von Getreidespeichern ist, Oelgeklaus’ These zufolge, nicht nur Teil der militärischen Kriegsvorbereitung, sondern darüber hinaus auch im Kontext einer ideologischen Vorbereitung der Bevölkerung auf den Krieg zu interpretieren. Mittels einer Analyse des seit September 1936 in Kraft getretenen und in mehreren amtlichen Mitteilungsschriften veröffentlichten Vierjahresplans zeigt die Kunsthistorikerin die Verknüpfung einer Politik der Getreidevorratswirtschaft mit einer propagandistischen Strategie der Stimmungsmache auf. Über sprachliche Wendungen wie *Ernährungsfreiheit*, *Ernährungskrieg* oder *Ernährungsschlacht* wurden wirtschaftliche Autarkiebestrebungen des Deutschen Reiches propagiert und in äußerster Konsequenz imperialistische Ansprüche gerechtfertigt. Durch einen Rückbezug auf eine „Aushungerungspolitik im Ersten Weltkrieg“ wurde die Notwendigkeit der Steigerung landwirtschaftlicher Produktionen, insbesondere der Getreidewirtschaft betont. Damit einher gingen, wie Oelgeklaus im nächsten

Aufsatz zeigt, rege Bautätigkeiten durch den Reichsnährstand und die Wehrmacht, nachdem im Jahr 1938 die Getreideproduktion in einem Maße gesteigert worden war, dass Engpässe bei den Lagermöglichkeiten auftraten. Die Autorin untersucht den zu diesem Zweck entwickelten neuen Bautyp, den „Reichstypenspeicher“. Die Konstruktionsweise mit typisierten Elementen im Skelettbau unter Verwendung von Stahlbeton schreibt Oelgeklaus folgerichtig modernen Architekturströmungen der 1920er Jahre zu. Obwohl das Neue Bauen, wie mehrfach in Forschungsarbeiten nachgewiesen, von den Nationalsozialisten als „bolschewistisch“ verfeimt gänzlich abgelehnt worden war, fanden seine architektonischen Grundsätze nach 1933 weiter Verwendung, so auch bei der Konstruktion von Reichstypenspeichern. Diese Kontinuität versucht die Autorin durch einen Exkurs anhand des sozialen Wohnungsbaus nachzuzeichnen. Der auf der Hand liegende Vergleich der Speichertypen mit dem rationellen Industriebau der 1920er Jahre bleibt an dieser Stelle leider aus. Bezüglich der äußeren Gestaltung der Speichergebäude distanzieren sich die Nationalsozialisten sehr bewusst von einer rationalistischen Fassadengestaltung. Unter dem Schlagwort des „landschaftsgebundenen Baugestaltens“ erfolgte eine strenge Reglementierung, die die optische Anpassung der Typenspeicher an regionale Bauspezifika einforderte. Dieses Spannungsfeld zwischen Normierung und Heimatschutz deutet die Autorin unter dem Aspekt der Tarnung der Anlage im städtischen Umfeld. Mit der Erstellung einer Architekturtopographie werden erstmals Umfang und Lage der Heeresverpflegungshauptämter und Heeresverpflegungsämter im ehemaligen Deutschen Reich erfasst. Damit schließt Angelika Oelgeklaus eine Forschungslücke, der eine zweijährige grundlegende Quellenforschung in zahlreichen Archiven vorausging, um ehemalige Heeresverpflegungsämter mit zahlreichen Speichergebäuden überhaupt zu lokalisieren. Die Ergebnisse sind in einer eigens hierfür angefertigten Karte zusammengefasst, die der Publikation beiliegt. Ein übersichtlicher Katalog stellt eine kleinere Auswahl heutiger ungenutzter Anlagen, überwiegend aus Nordrhein-Westfalen, vor.

In drei weiteren Beiträgen von Angelika Oelgeklaus (S. 181–204 und S. 227–238) und dem Regionalgeschichtsforscher Alfons Eggert (S. 205–226) wird noch einmal differenzierter auf die Baugeschichte der Anlage eingegangen und alltägliche Funktionsabläufe des Heeresverpflegungshauptamtes Münster-Coerde mit sämtlichen Verwaltungs- und Speichergebäuden, der Heeresbäckerei sowie dem Pferdelaazarett nachgezeichnet sowie alltagsgeschichtliche Zusammenhänge durch Zeitzeugeninterviews hergestellt.

Die Zeit der Besetzung durch das britische Militär von 1945–1994 wird in zwei Aufsätzen des Historikers Thomas Tippach (S. 239–249) und Angelika Oelgeklaus (S. 250–263) vorgestellt und die bislang kaum erforschte Bedeutung der britischen Truppen für die Stadt Münster sowie das Verhältnis zwischen Soldaten und Zivilbevölkerung und die Folgen der Dislozierung der Truppen untersucht. Nicht zuletzt durch Zeitzeugeninterviews deutscher Arbeitskräfte wie englischer Militärs wird ein Stück Alltagsgeschichte des Sperrgebiets der seit 1945 umbenannten „Winterbourne-Barracks“ nachgezeichnet.

Für die Publikation von zentraler Bedeutung erweist sich der Beitrag von Regierungsbauinspektor Bernd Wuschansky (S. 264–292). Er widmet sich dem Problem der durch den

Abzug der Alliierten und der Umstrukturierung der deutschen Bundeswehr seit den 1990er Jahren verursachten Aufhebung militärischer Liegenschaften. Neben strukturpolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Standortschließungen, etwa dem Verlust von Arbeitsplätzen, sinkenden Steuereinnahmen oder dem Nachlassen der Kaufkraft, sahen sich Kommunen durch die plötzliche Freigabe zahlreicher militärischer Anlagen und Gebäuden in Ost- wie Westdeutschland vor die schier unlösbare Aufgabe gestellt, Brachflächen, Kasernen, Munitionsdepots, Flughäfen etc. einer neuen Nutzung zuzuführen. Wuschansky zeigt in dem Beitrag auf, wie sich das Brachfallen militärischer Liegenschaften nach Art, Zahl und räumlicher Lage vor allen Dingen in NRW entwickelte und wie Städte, Gemeinden, Bund und Europäische Union mit dieser neuen Herausforderung umzugehen versuchten. Dabei erläutert er anschaulich rechtliche Verfahrensweisen, Modelle, Strategien und Konfliktfelder. Unter besonderer Hervorhebung des Standorts Münster stellt er katalogähnlich 18 Projekte erfolgreich abgeschlossener Konversionen Nordrhein-Westfalens vor.

Strategien der Vermarktung der Münsteraner Anlage im Zuge des Konversionsprozesses wird im Folgenden noch einmal ausführlich von Heinz Terlau erörtert (S. 293–297). Dabei stellt der Autor städtebauliche und denkmalpflegerische Positionen der 1998 unter Denkmalschutz gestellten Anlage heraus. Im Ergebnis gelang es, das Gebäudeensemble im Ganzen zu erhalten, sämtliche Auflagen des Denkmalschutzes zu erfüllen, dem historischen Charakter der Gebäude Rechnung zu tragen, die Wirtschaftlichkeit der Anlage zu gewährleisten sowie auf einer ehemaligen Brachfläche Raum für 600 Arbeitsplätze zu schaffen.

Der empirischen Studie von Geograph Dominik Olbrich (S. 299–310) zufolge fällt die öffentliche Wahrnehmung des erfolgreichen Stadtentwicklungsprojektes eher gering aus. Zurückgeführt wird diese Tatsache auf die rein gewerbliche Nutzung des Areals, das durch seine städtebauliche Randlage keinen direkten Besucherverkehr erfährt.

Den Denkmalwert der Speicherstadt Münster-Coerde diskutiert Kunsthistoriker Joseph Lammers im letzten für die Publikation zentralen Aufsatz (S. 311–317). Dabei fasst der Autor anschaulich die in den 1980er Jahren von Wissenschaft und Denkmalpflege geführten Diskussionen über Denkmalwert und Denkmalschutz von Bauten aus der Zeit des Nationalsozialismus zusammen und geht auf die besondere Problematik der Militärbauten ein. Er argumentiert für den Denkmalwert von Münster Coerde und leitet ihn zum einen aus der historischen Militärtradition der Stadt ab; zum anderen rückt er städtebauplanerische Überlegungen in den Fokus, da bis Ende der 1930er Jahre die Innenstadt Münster sukzessive mit einem „Kranz von Militäranlagen“ umbaut worden ist. Ferner stehe die Anlage aufgrund ihrer Größe, der Vollständigkeit und des guten Erhaltungszustands beispielgebend für einen rationellen Industriebau der späten 1930er Jahre. Eine Antwort auf die vom Autor am Ende des Beitrags formulierte Frage, ob die „Verschönerung“ der konvertierten Bauten nicht im Widerspruch zu ihrem Zeugnischarakter stünden, bleibt er leider schuldig. Gerade die Gegenüberstellung kontroverser Positionen und das Aufzeigen eines methodischen Konfliktes, der sich für die Denkmalpflege aus der

Thematik des Umgangs mit nationalsozialistischen Bauten ergibt, wären relevant und für die Publikation von Bedeutung gewesen. Dass dieser Beitrag erst am Ende des Buches steht, mag nicht ganz einleuchten.

In der thematischen Vielseitigkeit der Publikation mit unterschiedlichen fachlichen Herangehensweisen und methodischen Ansätzen, die von einer fundierten historischen Quellenarbeit, über kunsthistorische Bauanalysen, Oral History-Forschung bis hin zu empirischen stadtsoziologischen Studien reichen, liegen Stärken wie Schwächen. So ist es für den Leser stellenweise nicht einfach, der Logik des inhaltlichen Aufbaus zu folgen. Durch die thematische Nähe einiger Beiträge kommt es zu inhaltlichen Überschneidungen und Wiederholungen. Insgesamt jedoch vermag diese gelungene, umfassende und detailreiche Fallstudie, den Leser in komplexe historische wie aktuelle denkmalpflegerische Prozesse und Positionen einzuführen. Die Speicherstadt Münster wird zurecht als Paradebeispiel eines modernen denkmalpflegerischen Konzeptes präsentiert, wobei der Umgang mit seiner Geschichte differenziert und kritisch erfolgt.

Katrin Müller, Paderborn

**BERNHARD FLUCK: „Ein Bild vom Antlitz seiner Herde“. Die Lage der Pfarreien im Bistum Paderborn nach den Protokollen der Visitation Dietrich Adolfs von der Recke 1654–1656, hg. v. Roman Mensing, Reinhard Müller und Hermann-Josef Schmalor (= Festschrift für Prof. Dr. Karl Hengst, = Veröffentlichungen zur Geschichte der Mitteldeutschen Kirchenprovinz, Bd. 21, = Studien und Quellen zur Westfälischen Geschichte, Bd. 65), Paderborn: Bonifatius 2009, 352 S., 36,80 €**

*Ein Geschenk muss dem Beschenkten gefallen.*

Dass eine Festschrift für Karl Hengst die Generalvisitation Fürstbischof Dietrich Adolfs von der Recke 1654 bis 1656 als Beitrag zur Paderborner Kirchengeschichte, zudem noch in der sowohl strukturell als auch hinsichtlich der Überlieferung schwierigen Zeit nach dem 30jährigen Krieg thematisiert, ist stimmig. Dass diese Schrift eine bislang unveröffentlichte Dissertation enthält, betont Hengsts Wirken als akademischer Lehrer. Dass dieser Dissertation bislang unveröffentlichtes Quellenmaterial in Transkription und Originalsprache beigegeben ist, unterstreicht das Geschichtsbild, das Verfasser, Jubilar, Reihen- und Buchherausgeber eint und sie quasi in eine überzeitliche Autorschaft mit dem ursprünglichen Schöpfer der Quellen einordnet: Der Glaube an die Beweiskraft schriftlicher Zeugnisse, die Intentionen und Zustände offenlegen und für die Gegenwart erschließen können; quellenbasierte Forschungsorientierung, die „Bilder“ (siehe Titel) entstehen lässt, wo zuvor nur diffuse Schatten herrschten.

Bernhard Fluck war ein gründlicher Kenner des Archivmaterials und ein fleißiger Arbeiter in der Aufbereitung der mühsam zugänglichen, bisweilen schwer zu entziffernden und nur bedingt mit Parallelüberlieferungen abzugleichenden Visitationsakten. Der erste Teil seiner Arbeit ist nach Orten gegliedert, wobei es sich meist um eine Sammlung und



(auch sprachliche) Übertragung der Visitationsprotokolle und Beiakten handelt. Im zweiten Teil wählt er als *tertia comparationis* Pfarrkirchen und -klerus sowie die Pfarreien – auch als soziale Einheit –, um ein „Bild“ des Hochstifts entstehen zu lassen; hier verfolgt er die gleiche Intention wie der ursprüngliche Autor der Visitation. Darin liegt das Verdienst seiner Arbeit: Sie ebnet den Zugang zu einer aus heutiger Sicht schwer zu interpretierenden, fremden Zeit und einer schwierigen Quellensituation. Das aufbereitete Material, das von den Herausgebern ebenso wie die Anhänge mit Erläuterungen und aktuellen Ergänzungen versehene Literaturverzeichnis versorgt viele aktuelle Fragestellungen mit Rohstoff – unterschiedliche kulturgeschichtliche Ansätze, lokale Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Mentalitätsgeschichte, Sachkultur –, freilich ohne selbst einen theoretischen Transfer anzustreben.

Fluck bemüht sich in den Fußnoten immer wieder darum, die in der Visitation erhobenen Daten zu ergänzen bzw. zu verifizieren. Er benutzt insofern die Protokolle nicht nur als Quelle eines Verwaltungsvorgangs, sondern auch als Quelle für die in diesem Vorgang erhobenen Daten selbst als historisch valide, z. B. für die Gründungsdaten von Pfarreien oder Kirchen.<sup>1</sup> Es bleibt zu fragen, inwieweit Visitationsakten dies leisten können (im Fall der Gründungsdaten wohl eher als in der Schilderung anderer Zustände), nach Überlieferungswegen und der zeitgenössischen Strategie, Überliefertes zu verifizieren (also nach kultureller Praxis, Autorität und Oralität), folglich nach der Beweiskraft. Weiter gefragt: Warum ist es für uns Heutige wichtig, ob die Gründungsdaten korrekt sind? Resultieren daraus Rechtsverbindlichkeiten, kulturelle Identität, erleichtert es eine Eindeutigkeit der Geschichte?

Selten finden sich Dissertationen, die eine solche sprachliche Lebhaftigkeit wie die vorliegende Arbeit aufweisen. Der Lesefluss ist so zwar trotz des heute etwas befremdlichen Duktus gewährleistet, der Anspruch des Verfassers, ein „Bild“ zu zeichnen, wird erfüllt, allerdings wissenschaftlich teuer erkaufte: Fluck wertet, ist emotional und tendenziös (s. z. B. S. 19, 22). Er reflektiert nicht die Brille, durch die der Visitor schaute, hinterfragt nicht seine eigene Perspektive, hinterfragt insonderheit auch nicht die Kontinuität der katholischen Weltdeutung (z. B. S. 31). Mit Blick auf die Protagonisten des Buches – Fürstbischof, Autor, Jubilar, Reihe – erscheint dies stimmig, und vielleicht ist es falsch, dem Werk seinen Referenzrahmen vorzuhalten.

<sup>1</sup> Vgl. auch die entsprechende Verwendung bei BRANDT, Hans-Jürgen/HENGST, Karl: Geschichte des Erzbistums Paderborn, Bd. 1: Das Bistum Paderborn im Mittelalter (= Veröffentlichungen zur Geschichte der Mitteldeutschen Kirchenprovinz, Bd. 12), Paderborn 2002.

*Der Tod des Autors<sup>2</sup>*

„[E]in Text besteht aus vielfachen, mehreren Kulturen entstammenden Schreibweisen, die untereinander in einen Dialog, eine Parodie, ein Gefecht eintreten; nun gibt es aber einen Ort, an dem sich diese Vielfalt sammelt, und dieser Ort ist nicht, wie bisher gesagt wurde, der Autor, sondern der Leser.“<sup>3</sup>

Die Rezensentin ist befangen: Das nun veröffentlichte Manuskript habe ich mehrfach für meine eigene Arbeit herangezogen und insofern von Fleiß und Wahrheitsdrang Flucks nicht unwesentlich profitiert. Meine postmoderne Mythologie lässt den physischen Tod des Autors im Jahr 1977 zudem beziehungsreich zu meiner Arbeit erscheinen – es ist mein Geburtsjahr. Über die Theorie hinaus erscheint es also geradezu notwendig, dass ich das Buch nicht nur in seinem Urheberkontext belasse, sondern es mir aneigne(te). Folglich entspricht meine Lektüre nicht der Intention der Autoren, sie schöpft vielmehr Bedeutung aus meinen eigenen *Schreibweisen* und versieht mich mit Aufgaben.

Fluck verstand seine Arbeit als „Beitrag zur Pfarr- und Kulturgeschichte“ (S. 15). Die Pfarrgeschichte im Sinne der Geschichten lokaler, über Ort und Gemeinde definierten Einheiten löst er zuverlässig und für mehr als eine Zielgruppe ein – insofern leistet er einen Beitrag zur Identitätsbildung. Die „Kulturgeschichte“ hingegen ist schon schwieriger auszumachen und lässt sich eher als Reaktion auf eine „Kirchengeschichte von oben“ oder eine Selbstverortung in Brauchtumsnähe (S. 15) lesen. Darüber hinaus fehlen jedoch die theoretischen und methodischen Erweiterungen, die eine Kulturgeschichte ausmachen – auch schon zur Entstehungszeit. Wünschenswert ist also auf der Grundlage der Quellenexpertise ein ernsthafter Dialog, in dem neue theoretische Ideen und Konzepte, Interdisziplinarität und Ambiguitätstoleranz nicht allzu leicht ignoriert, als „Neusprech“ abgetan oder mit Hinweis auf die *Lange Dauer* und Wahrheitsleistung der Institution Kirche als unerheblich eingestuft werden. In diesem Dialog treffen zwei Welt- und Wissenschaftsauffassungen aufeinander, die unvereinbar erscheinen und sich doch brauchen: der ernsthafte Drang nach Wissen und die Freude an Entdeckung und Experiment. Wir sollten ihnen einen gemeinsamen, *Dritten Raum* öffnen.<sup>4</sup>

Die Herausgeber haben ihre eigene und die Arbeit Flucks nicht nur Karl Hengst geschenkt, sondern einer Öffentlichkeit, die nicht nur aus kirchen- und klassischer regionalhistorischer Leserschaft besteht. Natürlich waren sie sich dessen bewusst und haben z. B. mit dem Glossar und dem erweiterten Literaturverzeichnis Servicearbeit geleistet. Die Quellenbeigaben lassen dennoch stutzen: *Indictio* und *Relatio* – zwei Quellen, die über

<sup>2</sup> Die folgenden Überlegungen haben ihre Ursache in BARTHES, Roland: *Der Tod des Autors* [1968], in: DERS., *Das Rauschen der Sprache* (Kritische Essays IV), Frankfurt am Main 2006, S. 57–63, hier S. 63.

<sup>3</sup> BARTHES, *Der Tod des Autors*, S. 63.

<sup>4</sup> Das Konzept des Dritten Raumes ist entwickelt bei BAHBHA, Homi K.: *Die Verortung der Kultur*, Tübingen 2000.

den eigentlichen Visitationsvorgang hinaus von großer Aussagekraft für die Nachkriegszeit im Hochstift, aber auch für Herrschaftsauffassung und Netzwerkarbeit Dietrich Adolfs sind – sind ausschließlich in Latein abgedruckt. Auch wenn ich in meinem inneren Ohr die Frage vernehme, (sinngemäß:) was für Historiker es denn sein können, die des Lateinischen nicht mächtig sind?, so ist dieses Phänomen längst ebenso legitim wie Realität. Andere Kompetenzen – mediale, solche der Bewertung, aktive Sprachkenntnisse, neue Textformen wie den Antrag und veränderte universitäre Arbeitsabläufe bzw. Berufsfelder – haben insbesondere bei der jüngeren Historikergeneration Latein abgelöst oder zumindest dessen Bedeutung relativiert. Unabhängig von einer Bewertung ist dies zunächst einmal zu akzeptieren; nicht notwendig haben diese Kolleginnen aber kein Interesse an der Frühen Neuzeit oder Kirchengeschichte. Die Festschrift verweist also auf den Umbruch und die Pluralität, die die Identität der Historiker derzeit ereilen, erschüttern und zu Stellungnahmen zwingen.

Eine grundsätzliche Frage schließt sich an und ab: Was leistet das Medium Buch? Hier reproduziert und vervielfältigt es die archivalischen Unikate und macht sie auf diese Weise unabhängig von Aufbewahrungsorten und deren Öffnungszeiten. Darüber hinaus ist es in Ausstattung und Layout schöner und leserfreundlicher als die Originale es sind und versieht jene mit Querverweisen und handwerklichen Ergänzungen. Leistet es mehr? Sollte oder könnte es das? Es erspart uns die Mühe des Archivs, aber nimmt uns auch dessen Reiz und den Zugang zum intrinsischen Wert der Dokumente. Es erspart uns die Mühe der Transkription, aber nicht die der Übersetzung. Nun muss die Diskussion einsetzen, die ein Buch abbilden kann, anstoßen kann, die aber auch z. B. in begleitenden elektronischen Medien moderiert werden könnte. Wäre es nicht vorstellbar, dass Historiker der „Alten Schule“ auf der Grundlage der Publikation sprachliche, Historiker der neuen Generation mediale Übersetzungsleistungen erbrächten? Dann können Flucks von Fleiß und Kenner-schaft gekennzeichnete Arbeit und die Mühe und editorische Sorgfalt der Herausgeber zu neuem Leben erweckt werden, statt in einem nun ansehnlicheren, vervielfältigten, selbstgewissen Bette zu ruhen.

Mareike Menne, Stuttgart/ Paderborn

**MARGARETE NIGGEMEYER: Eine Wolke von Zeugen. Die Heiligen im Hohen Dom zu Paderborn. Mit Fotos von Ansgar Hoffmann, Paderborn: Bonifatius 2007, 219 S., 29,90 €.**

In repräsentativer Aufmachung stellt die bereits durch mehrere „Dombücher“ (siehe „Zum Geleit“ von Dompropst Dr. Wilhelm Henze, S. 15) bekannte Autorin<sup>1</sup> die „Wolke von Zeugen“ (Hebr 12,1) vor, die den Dom „bevölkern“, in der großen Zahl von annähernd 300 Heiligen für das „geistige Haus der Kirche aus lebendigen Steinen“ (1 Petr 2,5) (ebd.) stehen.

In sieben Kapiteln entfaltet Margarete Niggemeyer deren Botschaft, seien es die Patrone des Bistums beziehungsweise des Domes, seien es die Apostel als „Säulen der Kirche“, seien es Heilige, die mit der Bistumsgeschichte oder mit dem Leben von Stiftern verbunden sind.

In einem 1. Kapitel, „Nachdenkliches über eine Schar, die niemand zählen kann“, werden wir zum rechten Verständnis der Heiligenverehrung angeleitet. Kapitel 2, „Der Dom – Baugeschichte und Ausstattung“, führt zur ersten Begegnung mit all denjenigen Heiligen, die uns dann in den folgenden Kapiteln unter verschiedenen Gesichtspunkten wieder begegnen, so in Kapitel 3, „Eine Wolke von Zeugen – Die Patrone des Domes“, Kapitel 4 „Eine Wolke von Zeugen – Heilige in Gruppen und in Bildprogrammen“ und Kapitel 5 „Eine Wolke von Zeugen – Heilige an verschiedenen Standorten“.

Kapitel 4 ist dabei als ein Rundgang durch den Dom gestaltet, bei dem die Heiligen vor Ort in dem Gotteshaus positioniert werden. Die nächste „Wolke von Zeugen“, Kapitel 5, birgt deren Gliederung nach biblischen Heiligen, Nothelfern, Märtyrern der frühen Kirche, heiligen Bischöfen, Seelsorgern und Eremiten. Der „Dom-Heiligenkalender“ in diesem Kapitel eröffnet die Möglichkeit, den Besuch des Gotteshauses mit dem Tagesheiligen oder gemäß individuellen Ehrentagen zu beginnen.

Dankbar wird manch Nutzer sein für die Dokumentation und Übersetzung des Großteils der im Dom zu findenden „Inschriften an Epitaphen, Grabplatten, Kapellen und Altären“ in Kapitel 6. im Anhang, Kapitel 7, werden in einem „Glossar“ die Fachbegriffe der Kunsthistoriker und Theologen erklärt. Das Personenregister nennt noch einmal alle Heiligen, listet aber auch die Bauherren, Baumeister und Künstler auf. Skizzen helfen bei der Orientierung, ob es um die zahlreichen Kapellen oder die Epitaphe geht.

Die annähernd 200 Farbbilder, ansprechende Fotografien, teils aus neuen Perspektiven und in gelungenen Detailaufnahmen, des als Fachmann ausgewiesenen Fotografen Ansgar Hoffmann, tragen die Botschaft Niggemeyers mit, die mit diesem Werk nicht nur informieren, sondern den, der das Buch in die Hand nimmt, der wirkkräftigen Gegenwart der Heiligen, die die Heilsgeschichte bezeugen, versichern will.

<sup>1</sup> Margarete Niggemeyer, geboren 1932, Dr. theol., bis 1972 im Schuldienst, bis 1994 Professorin für Religionspädagogik an der Katholischen Fachhochschule Norddeutschland Osnabrück-Vechta, lebt heute in Paderborn.

Das Inhaltsverzeichnis (Seiten 5–13) ist beinahe schon verwirrend detailliert; die vielen „Wolken“, die über den Leser hinwegziehen verdunkeln eher die Sicht auf die verschiedenen Blickwinkel, die in den Kapiteln 3 bis 5 geboten werden.

Kapitel 1 (Seiten 18–21) darf als Einleitung für das Werk gesehen werden. Hier wird manchen Leser irritieren, dass das ein oder andere Detail zum Beispiel aus der Liturgie genau beschrieben, anderes dagegen als bekannt vorausgesetzt wird (so Präfation, S. 18). Auch bei der Erläuterung der den Evangelisten zugeordneten Symbole wären weitere erklärende Worte für das Gros der Leser sicher hilfreich.

Kapitel 2 beschreibt die Baugeschichte. Wer sich bereits in die Thematik zum Beispiel mit „Hans Jürgen Brand, Karl Hengst, Das Bistum Paderborn von der Reformation bis zur Säkularisation 1532–1802/21, Paderborn 2007“ eingearbeitet hat, wird bei Niggemeyer Hinweise vermissen, wie sie dort in Kapitel VII Roman Mensing in seinem Beitrag „Das Gotteshaus und seine Ausstattung“ gibt, der Wechsel in der Sichtweise der Heiligen als Bewohner des Himmels zu Gefährten auf dem Weg dorthin; dies würde dem entsprechen, was auf der Rückseite des Bucheinbandes bei Niggemeyer angekündigt ist, wo es heißt: „Zugleich erschließen sich die unterschiedlichen Stilepochen der Kunst und das Verständnis von Heiligenverehrung in ihrer wechselseitigen Einwirkung auf die Kunst und von der Kunst auf die Heiligenverehrung.“ (Das Gleiche wäre auch in Bezug auf die – nach dem Tridentinum einheitliche römische – Liturgiefeier und die Auswirkungen auf die Gestaltung des Kirchenraumes zu sagen.)

Auch in Kapitel 2 findet sich der wiederum nicht einheitliche Duktus bei der Ausführlichkeit der Erklärungen: was ein Tabernakel (S. 35) ist, lernt ein Kind spätestens bei der Firmvorbereitung. Dafür dürfte der Bezug manches Heiligen zu Paderborn (S. 35) nicht Jedem geläufig sein. Ebenso würde mancher Nutzer des Buches sicher auch gerne eine Erklärung annehmen, warum wir in den Fenstern „paarweise zusammengehörende Heilige erkennen“ (S. 43); nicht nur manch Paderborn-Tourist, der den Dom besucht, wird sich schwer tun, Scholastika dem Benedikt, oder Martin dem Liborius zuzuordnen.

Die Kapitel 3–5 stellen uns die „heiligen Bewohner“ des Domes thematisch geordnet etwas detaillierter vor, angereichert durch charakteristische Texte aus der liturgischen Überlieferung; dies ist ein schöner Beleg für den Strom der Glaubenstradition, die auf verschiedenen Wegen auf uns überkommen ist. In Kapitel 4 wäre die Chance gegeben, durch entsprechende Hinweise bei dem Apostel Andreas (S. 109f.), dem Erstberufenen, der seinen Bruder Petrus zu Jesus gebracht hat, und der eine ganz besondere Bedeutung für die östliche Christenheit besitzt, auf die wichtige Funktion, die das Erzbistum Paderborn in dem ökumenischen Dialog der gesamten Christenheit einnimmt, hinzuweisen (siehe auch Cyrill und Method, S. 29 u. 133ff.). Ebenso könnte man in Kapitel 5 auch anmerken, dass es nicht jeder Heilige leicht gehabt hat, in Paderborn zur Ehre der Altäre erhoben zu werden (so der seliggesprochene Adolph Kolping, S. 165). Warum Domdechant und Dompropst Arnold von Horst mit seiner Memoria (S. 202) in den Anhang „verbannt“ worden ist, erschließt sich ebenfalls nicht sofort.

Diese Anmerkungen aber können den guten Gesamteindruck des Werkes nicht schmälern. Es ist wohl insgesamt eher jenem zu empfehlen, der den Paderborner Dom öfter besuchen kann oder gerne Besucher durch ihn führt. Dabei geht es aber über ein Arbeitswerkzeug hinaus, da es durchweg über die historische und kunstgeschichtliche Betrachtung zum religiösen Gehalt der Ausstattung des Domes durchdringt und somit geistliche Anregung bietet.

Michael Wittig, Wewer

**HANS-JOACHIM BEHR: „Recht muß doch Recht bleiben“. Das Leben des Freiherrn Georg von Vincke (1811–1875) (Studien und Quellen zur Westfälischen Geschichte, Bd. 63/ Beiträge zur Märkischen Geschichte, Bd. 1), Paderborn: Bonifatius 2009, 462 S., Abb., 36,80 €.**

In der Geschichte des politischen Liberalismus in Preußen und Deutschland zwischen Vormärz und Reichsgründungszeit spielen zwei Westfalen herausragende Rollen. Beide waren adlig und Juristen, beide amtierten zumindest zeitweise als Landrat im südlichen Westfalen. Der ältere von beiden, Florenz Heinrich von Bockum-Dolffs (1802–1899), von 1837 bis 1852 Landrat in Soest, wurde zu einer der Leitfiguren der politischen Opposition während des preußischen Verfassungskonflikts am Anfang der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, als das von ihm geleitete „Linke Zentrum“ zum wichtigsten Partner der 1861 gegründeten Deutschen Fortschrittspartei im Preußischen Abgeordnetenhaus wurde. Bockum-Dolffs selbst war bis zum Beginn der achtziger Jahre als liberaler Land- und Reichstagsabgeordneter aktiv.

Die „Glanzzeit“ des jüngeren von beiden, des 1811 geborenen Georg von Vincke, lag schon in den Jahrzehnten zuvor und umfasst die Jahre des Vormärz, die Revolution von 1848 und schließlich das daran anschließende Jahrzehnt der innenpolitischen Reaktion in Preußen. Ihm hat Hans-Joachim Behr eine Biographie gewidmet. Sie war lange überfällig, denn obwohl Vinckes Bedeutung als Parlamentarier seit dem 19. Jahrhundert häufiger gewürdigt worden ist, fehlte eine umfassende Lebensbeschreibung bislang.

Populär wurde der älteste Sohn des legendären ersten Oberpräsidenten von Westfalen Ludwig von Vincke, nach juristischer Ausbildung und Prädikatsexamen seit 1837 Landrat von Hagen, durch sein beherztes Eintreten für eine preußische Verfassung auf dem Provinziallandtag von 1845, auf dem er die märkische Ritterschaft vertrat. Zwei Jahre später, auf dem vereinigten Landtag von 1847 gehörte er erneut zu den Wortführern der liberalen Opposition. Seit dieser Zeit besaß er den Ruf des begnadeten Debattenredners, und schon hier lieferte er sich scharfe Auseinandersetzungen mit dem Vertreter der monarchisch-konservativen Partei, dem jungen Otto von Bismarck. 1852 wurde die politische Auseinandersetzung zwischen diesen beiden nach einer Landtagssitzung sogar in einem (unblutigen) Duell ausgetragen.

1848 sowohl in die Deutsche Nationalversammlung als auch in die Preußische gewählt, nahm Vincke für viele überraschend das Mandat für Frankfurt an. Hier schloss er sich,

ebenfalls zur Überraschung vieler Gesinnungsgenossen, indessen nicht der Linken, sondern der Rechten um den General und späteren preußischen Außenminister v. Radowitz an. In diesem Schritt kam Vinckes Grundeinstellung zum Ausdruck. Bei allem tatkräftigen Bemühen, Rechte wie das Verfassungsversprechen von 1815 gegenüber der Krone einzuklagen – Vinckes Motto „Recht muss doch Recht bleiben“ bildet den passenden Titel des Buches –, so war und blieb Vincke doch Vertreter des preußischen Adels und der Monarchie. Folglich unterstützte er die kleindeutsche Partei, die eine Einigung Deutschlands unter preußischer Führung anstrebte. Der von Vincke und anderen repräsentierte „Adelsliberalismus“ war weit von einem revolutionären Leitbild wie der Volkssouveränität entfernt. Ziel Vinckes war und blieb eine Verständigung mit der Krone, im Sinne einer konstitutionellen Monarchie nach englischem Vorbild. Das Angebot Friedrich Wilhelms IV. vom Sommer 1848, die Regierungsgeschäfte in Preußen zu übernehmen, lehnte er trotz fast flehentlicher Bitten des Königs dennoch ab.

Behr sieht darin zu Recht die zentrale Problematik von Vinckes Wirken: Bei aller rednerischen Begabung und kämpferischen Eintreten für politische Forderungen habe er keinen Machtwillen besessen und nicht versucht, seine politischen Ziele durch Regierungshandeln umzusetzen. Offensichtlich fehlte dem großen Parlamentsredner Vincke, wie schon Heinrich von Treitschke festgestellt hat, der schöpferische, staatsmännische Geist. (S. 11)

Nachdem Vincke schon 1848 auf sein Landratsamt verzichtet hatte, um als oppositioneller Beamter nicht in Loyalitätskonflikte zu geraten, setzte er in den fünfziger Jahren seine Abgeordnetentätigkeit weiter fort. Die nach ihm benannte Fraktion wurde in dem Jahrzehnt der Reaktion in Preußen zum einzigen Sprachrohr der Opposition, die „Partei Vincke“ zum Inbegriff des (gemäßigten) Liberalismus in der Ära Manteuffel. Als sich Ende der fünfziger Jahre mit dem Beginn der Neuen Ära in Preußen politische Bewegungen wieder freier entfalten konnten und sich die innenpolitische Lage im Zuge des Verfassungskonfliktes zuspitzte, zerfiel seine Partei, da nun die Fortschrittspartei und andere zum Sprachrohr des zunehmend vom Bürgertum getragenen Liberalismus wurde.

1867 in den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt, beteiligte sich Vincke noch an der Verfassungsdiskussion. Wie viele Liberale stimmte er der Bismarckschen Politik nun zu und stellte die Einheit über die Freiheit. Offensichtlich haben ihm seine Wähler dies verübelt, denn er verlor sein Reichstagsmandat noch im selben Jahr an Friedrich Harkort von der Fortschrittspartei. 1870 zog sich Vincke aus der Politik zurück und widmete sich der Verwaltung seiner Güter. 1875 verstarb er 64-jährig an einem Schlaganfall.

Behrs verdienstvolle Biographie schließt eine Lücke in der politischen und parlamentarischen Geschichte des 19. Jahrhunderts wie auch der westfälischen Geschichte. Auch reicher Quellenkenntnis schöpfend entwickelt er ein differenziertes Bild Vinckes mit seinen Stärken, aber ohne die menschlichen und politischen Schwächen zu vernachlässigen. „Aristokratisches Selbstbewusstsein, ausgeprägtes Rechtsgefühl und brillante Redekunst waren Georg Vinckes auffallende Charaktereigenschaften“, so sein Fazit (S. 347),

doch nennt er auch Vinckes „reizbare, heftige Natur“. Zeitgenossen erschien er zuweilen als „egoistisch, eitel und zynisch und rücksichtslos“. (S. 376)

Der Darstellung sind neben dem üblichen Apparat vierzehn zum Teil längere Quellentexte beigegeben, darunter vor allem der Briefwechsel Vinckes mit Friedrich Wilhelm IV. und Prinz Wilhelm um die Frage seiner Ministertätigkeit. Reden Vinckes aus der Paulskirche und dem preußischen Abgeordnetenhaus bilden einen zweiten Schwerpunkt. Eine Reihe von Karikaturen aus der Revolutionszeit belegen die öffentliche Wahrnehmung von Vinckes parlamentarischer Tätigkeit mit den Mitteln der Zeit, als es noch keinen politischen „Massenmarkt“ gab. Es ist zu hoffen, dass auch Vinckes Zeitgenosse und zeitweiliger Wegbegleiter Bockum-Dolffs bald zum Gegenstand einer ähnlich umfassenden Biographie werden wird.

Wolfgang Maron, Lippstadt

**PETER KRACHT (Hg.): Sassendorf. Vom Sälzerdorf zum Heilbad. Münster: Aschendorff Verlag 2009, 592 S. mit vielen teilweise farbigen Abb. und Karten, 24,80 €.**

Im Jahr 2009 jährte sich zum 200. Mal die Napoleonische Kommunalreform im Großherzogtum Berg, durch die auch das spätere Amt Lohne in der Soester Börde gebildet wurde. Teile dieses Amtes wurden 1969 mit einigen anderen Dörfern zur heutigen Gemeinde Bad Sassendorf zusammengeschlossen. Diese beiden Daten nahm die Gemeinde zum Anlaß eine Ortschronik zu publizieren. Historiker sollten „Wissenswertes“ über die Geschichte des Kurortes und seiner Ortsteile zusammentragen, um eine bessere Orientierung für die zukünftige Entwicklung zu erhalten. Erfreulicher Weise ist es bei einer chronikalischen Darstellung nicht geblieben. Auch dass sich der vorliegende Sammelband nicht auf die Ortsgeschichte des Hauptortes Sassendorf beschränkt, wie der Untertitel „Vom Sälzerdorf zum Heilbad“ zunächst vermuten lässt, ist zu begrüßen. Der umfangreiche Band fasst die einzelnen Kapitel in groben Themenbereichen zusammen: Die ersten beiden Teile widmen sich der älteren und neueren Geschichte, die die Entwicklung der Gemeinde vom Mittelalter bis in die jüngste Zeit (z. T. sehr ausführlich) beschreiben. Im dritten Teil werden die Ortsteile, Straßen und Gebäude und im vierten Teil Güter und Familien vorgestellt.

Die Anfänge Sassendorfs – ob das Land oder das Salz für die Besiedlung ausschlaggebend waren – bleiben im Dunkeln: Weder die Namengebung des Ortes (nach der Interpretation von Michael Flöer) noch die archäologischen Funde seiner Vor- und Frühgeschichte (Eva Cichy) ergeben konkrete Anhaltspunkte. Die archäologischen Befunde deuten allerdings auf eine bisher noch nicht nachgewiesene Salzproduktion im Bereich des heutigen Sälzerplatzes hin, die hier bereits lange vor dem 12. Jahrhundert existiert haben könnte. Über die für den Ort seit dieser Zeit ökonomisch wichtige Salzgewinnung und den Wandel der Salznutzung, der die Gründung des Kurbetriebs nach sich zog, informieren die Ausführungen von Wolfgang Bockhorst, Hans-Walter Schmuhl, Katrin Brüntrup,



Peter Kracht, Katrin Minner, David Paulus und Horst Baukmann. Die Salzhütten standen wohl größtenteils zunächst im geistlichen Besitz des Stiftes Meschede und der Klöster St. Walburgis in Soest, Flechtdorf und Liesborn, die das Nutzungsrecht der Salzwässer in Erbpacht ausgaben. Die seit dem 13. Jahrhundert nachweisbare Genossenschaft der Sälzer schuf die Voraussetzung für einen prosperierenden Umsatz. Als wirtschaftlich mächtige Gruppe erlangten die Sälzer bald in der benachbarten Stadt Soest Einfluß und konnten sich sogar noch sozial in der patrizischen Gesellschaft ‚auf dem Stern‘ innerhalb der städtischen Führungsschicht von dieser abgrenzen. Als Salzbeerbte erreichten sie im 17. und 18. Jahrhundert eine Steuerbefreiung gegen Abschlagszahlungen, technische Innovationen sicherten außerdem die Rentabilität der Salzwerke. Erst im 19. und 20. Jahrhundert reichten die Erträge nicht mehr aus, um sich gegenüber den konkurrierenden Produktionswerken behaupten zu können. Der nach 1850 entstandene Kur- und Badebetrieb sowie die Kinderheilanstalten konnten die kommunalen Verluste der Salzwerke zunächst noch ausgleichen, aber die endgültige Einstellung der Produktion nach dem Zweiten Weltkrieg nicht verhindern. Doch auch der Kur- und Klinikbetrieb bedurfte der finanziellen Förderung, um die Besucher und Gäste an den Ort zu binden. Als geeignetes Mittel galt und gilt die Modernisierung und Sanierung des Ortskerns und der Kuranlagen neben der Erweiterung des Freizeitangebots. Die bäuerlichen Höfe und Kotten sowie das Gradierwerk sollten das kulturelle Leben der Kurgäste bereichern und das Bild einer ländlichen Idylle von Sassendorfs Vergangenheit schaffen. Zu diesem Zweck wurden die verbliebenen Betriebe an den Ortsrand verband und an ihre Stelle repräsentative Fachwerkhäuser aus anderen Dörfern bei Unna und Nieheim in den Ortskern transloziert. Diese großen Gebäude täuschen nur allzu bewusst über die Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung in den vergangenen Jahrhunderten hinweg. Das vermag auch der Aufsatz von Barbara Scheffran-Pieper kaum ändern. Er beleuchtet die Besitzverhältnisse der Landbevölkerung und ihr Alltagsleben in der Frühen Neuzeit. Die Autorin beschreibt die Verhältnisse der Bauern zu ihren Grundherren (im Soester Raum Erbherren genannt) vor dem Hintergrund des für die Soester Börde angelegten ‚Bördekatasters‘ von 1685. Dieses publizierte Kataster mit sehr ausführlichen Informationen über die ländlichen Hofstätten (Hofgröße, Pachtlaufzeit, Erbherr etc.) gibt jedoch nur eingeschränkt Auskunft über die bäuerlichen Abhängigkeitsverhältnisse und die Rechtsstellung der ländlichen Bevölkerung. Die von der Verfasserin angesprochenen bäuerlichen Besitz- und Arbeitsverhältnisse wurden außerdem vor allem nach der älteren Forschungsliteratur nachgezeichnet und deren Aussagen viel zu unkritisch übernommen. Die Belastungen der Hofwirtschaften und deren Erträge hingen nämlich entscheidend von der persönlichen Abhängigkeit der Menschen ab, also von den Besitzverhältnissen nach Meier- oder Eigenbehörigkeitsrecht. In der Regel wurden die Bauern von ihren Erbherren nicht ausgebeutet, um die Hofwirtschaften nicht in den Ruin zu treiben. Vor allem wenn marodierende Soldaten (und wohl nicht ‚verwilderte‘ Soldaten) die Ernte auf den Feldern zerstörten, konnten die Grundherren froh sein, wenn zumindest Teile ihres Landes bestellt wurden. Die Auswertung ungedruckter Quellen wäre daher sinnvoll gewesen. Hierdurch hätte man auch präzisere Angaben über die Besitzfolge

der aufgeführten Höfe (beispielsweise über den Sassendorfer Hof Cosmann) machen können. Die Frage, inwieweit die Salzgewinnung mit der Landwirtschaft verwoben war (wie z.B. auf dem Kotten Bauerrichter<sup>1</sup>), ist sicherlich für die Ortsgeschichte von einiger Bedeutung, bleibt aber leider unangesprochen. An dieser Stelle wäre ferner nach der demographischen Entwicklung zu fragen. Zog die Salzproduktion vielleicht auch verstärkt Arbeiter aus der näheren und weiteren Umgebung nach Sassendorf? Und kam es womöglich zu einem beschleunigten Wandel von Transformationsprozessen wie möglicherweise bei der Taufnamengebung?<sup>2</sup> Aber diesen Fragen hätten auch noch andere Autoren nachgehen können, da man sich den frühneuzeitlichen Lebenswelten auf dem Lande nur sehr mühsam und mit hohem Zeitaufwand nähern kann. Die äußerst knappe Darstellung über die Soester Hexenverfolgung um die Wende zum 17. Jahrhundert von Elke Liermann resultiert wohl ebenfalls aus dieser Problematik sowie der spärlichen Quellenlage.

Die politische und verwaltungsgeschichtliche Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts, die den Anlaß zu dieser Ortsgeschichte bot, runden die Gesamtdarstellung ab. Bärbel Cöppicus-Wex wandte sich dem 19. und Hans-Walter Schmuhl dem folgenden Jahrhundert zu. Beide Aufsätze bieten einen guten Überblick. Besonders die Veränderungen, die sich im 19. Jahrhundert auch für die einfache Bevölkerung bei der Regulierung der aufgehobenen Abhängigkeitsverhältnisse bemerkbar machten, zeigen, dass diese Prozesse nicht ohne Widerstände seitens der Grundherren verliefen und kleinere bäuerliche Stätten leicht in finanzielle Notlagen geraten konnten. Die Darstellung von Hans-Walter Schmuhl lässt leider einige Hintergründe der Kommunalpolitik der 1920er und 1930er Jahre offen, die durch biographische Informationen über die namentlich aufgeführten Gemeinderatsmitglieder des Jahres 1933 hätten einsichtiger sein können. Eine etwas erweiterte Perspektive auf die ausgesiedelten Bauernhöfe während der Sanierungsmaßnahmen in den 1970er Jahren hätte die Entwicklung des Kurortes vielleicht in einem etwas anderen Licht erscheinen lassen. Womöglich sollte man sich auch fragen, wieviel ‚heile Welt‘ ein Kurort verkraften kann.

Diese allgemeinesgeschichtlichen Aufsätze ergänzen einige kürzere Artikel. Die Kirchengeschichte Sassendorfs von Ernst H. Wulfert fasst aus älteren Publikationen Bekanntes kurz zusammen. Interessanter sind die Beobachtungen zur Baugeschichte von Fred Kas-

<sup>1</sup> Joachim Ruffer, Erbfolgerecht und bäuerliche Vererbungsstrategien in den Anerbengebieten Westfalens im 17. und 18. Jahrhundert, in: Historisch demographische Forschungen. Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven. Mit Fallbeispielen zur Sozial- und Alltagsgeschichte Westfalens (14.–20. Jahrhundert), hg. von Frank Göttmann und Peter Respondek (Paderborner Historische Forschungen, Bd. 11). Köln 2001, S. 70–93, hier S. 88, 93.

<sup>2</sup> Zur Namengebung vgl. Joachim Ruffer und Carsten Vorwig, Kulturelle Wandlungen am östlichen Hellweg. Die Taufnamengebung in den Kirchspielen Sassendorf und Dinker vom Anfang des 18. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, in: Historisch demographische Forschungen. Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven. Mit Fallbeispielen zur Sozial- und Alltagsgeschichte Westfalens (14.–20. Jahrhundert), hg. von Frank Göttmann und Peter Respondek (Paderborner Historische Forschungen, Bd. 11). Köln 2001, S. 138–165.

par und Peter Barthold, die sie bei der Sanierung des Dachwerks und Turmhelms vor allem durch dendrochronologische Untersuchungen gewinnen konnten. Neben der Geschichte des Hauptortes Sassendorf wird auch die Geschichte der heutigen Ortsteile Bettinghausen, Beusingsen, Elfsen, Enkesen im Klei, Heppen, Herringsen, Lohne, Neuengeseke, Opmünden, Ostinghausen und Weslarn von Ernst H. Wulfert und Patric Dalhof beleuchtet, die Geschichte der adeligen Güter Sassendorf, Düsse (Ostinghausen) und des ehemaligen Sassendorfer Haupthofes des Stiftes Meschede stellen Albert Simons von Bockum-Dolffs und Ernst H. Wulfert vor. Obwohl gerade die Ausführungen zu den Ortsteilen von Ernst H. Wulfert nur sehr knappe Einzelbeobachtungen (ohne Anmerkungen) präsentieren, erweitern sie doch das Gesamtbild. Außer Acht gelassen wurde dagegen die Geschichte der jüdischen Minderheit, die in Ostinghausen neben einer Betstube und einer Privatschule einen eigenen Friedhof unterhielt. Die Ausführungen Patric Dalhoffs über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Dorfes Bettinghausen während des Dreißigjährigen Krieges verfallen in dasselbe Interpretationsmuster wie das von Barbara Scheffran-Pieper: In den Quellen stößt man immer wieder auf die Klagen von Bauern, weshalb diese sehr kritisch zu beurteilen sind, was nicht heißen soll, dass sie hier und da berechtigt waren. So mussten die Bauerschaften Berglar und Bettinghausen nicht erst 1627 von dem Herrn Hildebrand von der Berswordt zu Rudolfslohe die hohe Summe von 100 Reichstalern aufnehmen, sondern hatte bereits ein Jahr zuvor 73 Reichstaler von ihm geliehen, um vier verschleppte Dorfbewohner auszulösen, die von dem in Wiedenbrück einquartierten Kriegsvolk entführt worden waren.<sup>3</sup> Andererseits hatten einige Bauern während des Krieges und in der Nachkriegszeit immer noch genügend Ernteerträge, um ihre Pacht zumindest teilweise entrichten zu können.<sup>4</sup> Verstecktes Geld blieb sogar vereinzelt lange Zeit unentdeckt, wie ein Münzfund aus Herringsen aus der Anfangsphase des Dreißigjährigen Krieges zeigt, über den Peter Illisch berichtet.

Insgesamt gesehen, vermittelt der Band durchaus sehr viel „Wissenswertes“, wie es sich Bürgermeister Antonius Bahlmann in seinem Vorwort wünschte. Auch die beigelegten Abbildungen und Karten bereichern das Werk. Eine etwas klarere Gliederung der Ortsgeschichte und genauere Abgrenzung der einzelnen Aufsätze im Vorfeld wäre allerdings wünschenswert gewesen. Bei einer besseren Planung wären einige Redundanzen vermeidbar gewesen, da einige Sachverhalte in den verschiedenen Artikeln mehrfach wiederholt werden. Zudem hätte die Gemeinde durchaus – wie angesprochen – die demo-

<sup>3</sup> Adelsarchiv Haus Hovestadt (von Plettenberg-Lenhausen), Akte C 12, Obligation vom 27. Mai 1626.

<sup>4</sup> Adelsarchiv Haus Hovestadt (von Plettenberg-Lenhausen), Akten K 257–263, Intradendenregister des Hauses Rudolfslohe (17. Jahrhundert), passim.

graphische Entwicklung (die ja für Sassendorf aufgrund seiner derzeitigen Altersstruktur nicht ganz unwichtig ist) untersuchen lassen können. Auch wäre dem Band die Geschichte der ortsansässigen Minderheiten und eine etwas ausführlichere Darstellung der Ortsteile nicht abträglich gewesen.

Joachim Ruffer, Soest

**HENNER SCHMUDE: Militärgeschichte des Paderborner Landes (Geschichte eingekreist: Westfalen, Bd. 3) Paderborn: Bonifatius Verlag 2009, 203 S., 19,90 €.**

Das vorliegende Werk von Henner Schmude erscheint in der Reihe „Geschichte eingekreist: Westfalen“ und richtet sich vornehmlich an eine breite, lokal interessierte Leserschaft. Vor dem Hintergrund einer bis dato bestenfalls in Ansätzen aufgearbeiteten Militärgeschichte der heutigen Kreise Paderborn und Höxter stellt dieses Buch erstmals einen Versuch dar diese Lücken zu füllen. Es soll sowohl einen Abriss der Geschichte des Militärwesens im Paderborner Hochstift unter Einbeziehung politischer, kultureller, soziologischer und technologischer Faktoren als auch eine handbuchartige Überblicksdarstellung des Themas liefern.

Schmude berücksichtigt in seinen Ausführungen eine Fülle von Literatur, einerseits die regional zu verortender Autoren, andererseits die bekannter Historiker und Zeitzeugen. Während das Literaturverzeichnis dementsprechend durchaus ausführlich ausfällt, werden Quellen nur zu einigen wenigen Kapiteln des Buches herangezogen. An dieser Stelle wäre mehr möglich und wünschenswert gewesen, denn so muten viele Kapitel eher wie der Versuch eines Einstiegs in das jeweilige Thema als wie eine analytische Auseinandersetzung mit diesem an. Dabei stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Intention des Autors. Besonders in Abschnitten, in denen das Wirken von militärischen Einheiten aus dem Paderborner Land in verschiedenen Kriegen dargestellt wird, bleibt es oft bei der bloßen Erwähnung von Einsatzort und Einsatzdauer, an einigen Stellen werden noch die Ausrüstung der Soldaten und etwaige Verluste beigefügt. Über die Wirkung des Einsatzes dieser Einheiten erfährt der Leser in der Regel wenig bis nichts. So wäre es, vor allem im Bezug auf die beiden Weltkriege, durchaus von Interesse beispielsweise etwas über eine mögliche Verbindung zwischen lokalen militärischen Einheiten und Kriegsverbrechen zu erfahren.

Die Darstellungen des Autors beginnen beim Militärwesen im Fürstbistum Paderborn, behandeln das der preußischen Provinz Westfalen, die Reichswehr, die Wehrmacht und enden schließlich mit einem Überblick über die Aktivitäten der Bundeswehr im Raum Paderborn und Höxter seit ihrer Gründung bis zum Beginn des dritten Jahrtausends. Der Schwerpunkt des Buches liegt hierbei eindeutig auf dem 20. Jahrhundert, was unter Berücksichtigung zweier Weltkriege und der Bundeswehr vor dem Hintergrund des Kalten Krieges als sinnvoll und angebracht erscheint. Erfreulicherweise ist an dieser Stelle anzumerken, dass das bereits 2001 erschienene Werk „Reichswehr und Wehrmacht im Paderborner Land 1920–1945“ von demselben Autor nicht eins zu eins reproduziert worden ist,

wenngleich inhaltliche Überschneidungen nicht zu vermeiden und auch folgerichtig sind. Im aktuell vorliegenden Werk entfernt sich der Autor zunehmend von allzu pathetischen Darstellungen des tapfer kämpfenden und zu verklärenden deutschen Soldaten. Sprache und auch Art und Weise der Darstellung werden zunehmend sachlicher und neutraler. Dennoch kann von einer kritisch hinterfragenden und differenziert analysierten Militärgeschichte, besonders im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen, noch keine Rede sein.

Manch ein Leser mag hinter dem Titel „Militärgeschichte des Paderborner Landes“ eine umfassendere Darstellung vermuten, zumal dieser weder zeitliche noch nationale Einschränkungen vornimmt. Man kann sich also fragen, warum der Autor die Militärgeschichte des Paderborner Landes in der Frühen Neuzeit beginnen lässt und warum er so das Mittelalter und die Antike nahezu vollständig ausblendet. Des Weiteren stellt der Leser schnell fest, dass die seit 1945 im untersuchten Raum vorhandenen alliierten Truppen kaum erwähnt werden, obwohl gerade in Paderborn nahezu sämtliche Kasernenanlagen seit dem Zweiten Weltkrieg von britischen Einheiten genutzt werden. Außerdem ist im Jahr 2008 von Stefan Westhoff eine Monographie zum Kriegsende in Paderborn erschienen, welche ebenfalls keine Berücksichtigung findet. Auch die Tatsache, dass im Paderborner Umland bis vor wenigen Jahrzehnten sogar belgische Truppen stationiert waren, ist nur wenigen Personen im Gedächtnis geblieben und erfährt auch bei Schmude keine Beachtung.

Schmudes Arbeit stellt einen Versuch dar einige weiße Flecken der lokalen militärgeschichtlichen Publikationen auszufüllen. Der Titel verspricht jedoch mehr, als der Inhalt hält. Dem Selbstanspruch nach einer handbuchartigen Überblicksdarstellung wird das Werk nur zum Teil gerecht. Vielmehr wird an vielen Stellen die Notwendigkeit betont, dass es aus militärhistorischer Sicht in der Geschichte des Paderborner Landes noch einiges an Aufarbeitung und Forschung bedarf.

Patrick Knüttel, Paderborn

**DIETMAR KLENKE: Schwarz – Münster – Paderborn. Ein antikatholisches Klischeebild, Münster: Waxmann Verlag 2008, 233 S., 21,90 €.**

Ein auf dem ersten Blick ungewöhnliches Buch mit einem Titel, der Interesse weckt. Warum Klenke sich diesem heiklen Thema widmet, wird deutlich, wenn man seine wissenschaftliche Laufbahn betrachtet, die Münster und Paderborn als wichtige Stationen nennt. Der Autor soll ein „Déjà-Vu-Erlebnis“ gehabt haben, als er den Ruf der Universität Paderborn angenommen hat.<sup>1</sup> Da zusätzlich der ‚politische Katholizismus‘ einer seiner Forschungsschwerpunkte ist und er sich bereits in mehreren Publikationen mit der jeweili-

<sup>1</sup> HALBERSCHIEDT, Wolfgang, Schwarz – Münster – Paderborn? Nein: MS schafft den Imagewandel (12.03.2008), in: echo-muenster.de. Das Online-Stadtmagazin. URL: <http://www.echo-muenster.de/node/21468> (Aufruf vom 23.02.2010).

gen Stadtgeschichte und den Klischeebildern der beiden westfälischen Bischofsstädte beschäftigt hat<sup>2</sup>, darf der Leser eine interessante Auseinandersetzung mit dem Thema aus vergleichender Perspektive erwarten. Diese Annahme wird nicht enttäuscht: Die Monographie ist kurzweilig, informativ und gut lesbar. Durch die Lektüre der ausgewählten Beispiele aus der jüngeren Stadtgeschichte wird ein guter Einblick in die damalige Zeit vermittelt. Nach einer kurzen thematischen Einführung und einem historischen Rückblick in die Zeit vor 1945 behandelt der Autor in den beiden Hauptkapiteln die mit Vorurteilen behafteten Vorstellungen Münsters und Paderborns seit der Nachkriegszeit. Auf ein Literaturverzeichnis wird ebenso verzichtet wie auf die Schilderung des Forschungsstandes, was zu der Annahme führt, dass die Untersuchung offensichtlich für einen breiteren Leserkreis geschrieben worden ist. Die zum Teil etwas übertriebene Benennung einzelner Unterkapitel („Viererbände“, „Götterdämmerung“, „Super-Gau“) findet sich allerdings im Inhaltsverzeichnis nicht wieder, so dass dadurch kaum das Interesse eines potentiellen Lesers geweckt werden kann. Klenkes Ziel ist es, den „wahren Kern“ (S. 25) der antikatolischen Klischeevorstellung zu erforschen. Spätestens wenn er Münster als „Wohnstadt“ (S. 132) auswärts arbeitender Akademiker bezeichnet, wird deutlich, dass er nicht nur veröffentlichte Quellen benutzt hat, sondern auch persönliche Erfahrungen einbringt und sein privates Umfeld ‚angezapft‘ hat.

Für seine Thesen vom Imagewandel Münsters und Imagebestand Paderborns nennt er mehrere Gründe: Die Münsteraner CDU hat seit den 1980er Jahren aus einer Oppositionserfahrung heraus mehr Bürgernähe als die Paderborner Christdemokraten entwickelt, die wiederum noch stärker im lokalen, kirchennahen Milieu verwurzelt sind. Klenke weist den Paderborner Bischöfen Jaeger und Degenhardt nach, dass sie für die stark konservative und ‚schwarze‘ Außenwahrnehmung der Stadt an der Pader mitverantwortlich gewesen seien. Dagegen hatte der Münsteraner Bischof von Galen aufgrund seiner NS-kritischen Äußerungen ein besseres Image (S. 148). Studenten waren während und nach ihrem Studium prägender für die Entwicklung Münsters als für Paderborn, da sich in der ostwestfälischen Stadt mit ihrem ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkt kaum eine akademische Subkultur entwickelte (S. 30). Im Gegensatz zu Paderborn konnte sich Münster zu der Fahrradstadt Deutschlands entwickeln und sich damit ein modernes und ökologisches Image zulegen (S. 125–131). Bei der Darstellung der Kultur- und Ausstellungspolitik Paderborns (S. 191–212), der Klenke einen starken Einfluss auf das Image einer Stadt zurechnet, wird deutlich, was den Autor offenbar auch zum Schreiben des Buches angespornt hat: Die Verärgerung an der Art des Zustandekommens der Canossa-Ausstellung 2006, an der Klenke selbst beteiligt war. Er bescheinigt den städtischen, kirchlichen und

<sup>2</sup> Die Sexualmoral und der Constanze-Prozeß, in: Alles was Recht ist. Zur Geschichte des Gerichtswesens in Münster 793–1993, hrsg vom Landgericht Münster u.a., Münster 1993, S. 191–197. Das „schwarze Paderborn“. Geschichte eines zählebigen Klischeebildes, in: Die Warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter, Heft 3, 2005, S. 5–10. Mozart im Paderborner Exil. Das Spätwerk des großen Genies, Münster u. a. 2006.

kulturellen Entscheidungsträgern Paderborns wenig kulturpolitische Kompetenz und sieht Münster auf diesem Feld im Vorteil. Andererseits ist dem Autor ein lokalpatriotisches Interesse am Image der beiden Städte kaum abzusprechen. Darunter leidet das Buch jedoch ebenso wenig wie durch das Ausbleiben der Schilderungen der vergeblichen Versuche Paderborns, sich als ‚Sportstadt‘ zu positionieren oder des Kinofilms *Junimond*, in dem sich der Protagonist Paderborn als provinzielle Kleinstadt aussucht, um ein neues Leben zu beginnen.

Arne Thomsen, Bochum

**DIETER RIESENBERGER: Den Krieg überwinden. Geschichtsschreibung im Dienste des Friedens und der Aufklärung. Mit einem Geleitwort von Karl Holl (Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 14), Bremen: Donat Verlag 2008, 443 S., 29,80 €.**

In einem Sammelband legt der emeritierte Paderborner Geschichtsdidaktiker und Zeit-historiker Dieter Riesenberger dem Leser achtzehn Beiträge vor, die in unterschiedlicher Perspektive und Dichte um das Leitthema ‚Frieden gegen Krieg‘ kreisen. Sie bieten als Frucht langjähriger Tätigkeit in Forschung und Lehre einen Querschnitt seiner historischen Veröffentlichungen. Einen thematisch-systematischen Schwerpunkt des Bandes bilden die Studien zur Geschichte des Pazifismus, speziell in Deutschland, der deutschen Friedensbewegung sowie des Internationalen und des Deutschen Roten Kreuzes. Beiträge zu Einzelaspekten dieser Fragestellung, wie Militarismuskritik im Kaiserreich oder Widerstand gegen den Einsatz von Gas als Mittel der Kriegsführung, ordnen sich ihm sachlich unter. Dies gilt desgleichen für die biographischen Porträts des Zionisten Hans Kohn, des Republikaners Hermann Schützinger und des als Paderborner Priester in Paris tätigen Standortpfarrers im Nebenamt und späteren Leiters des „Priesterseminars hinter Stachel-draht“ in Chartres, Abbé Franz Stock.

Die übrigen Beiträge des Bandes tangieren mit einer Palette historischer Detailstudien unter politisch-ethischer Fragestellung die Friedensthematik im weiteren Sinne. Es finden sich dort neben einer breit ausholenden – 1466 ansetzenden und bis zum Wendejahr 1990 hinaufgezogenen – historischen Skizze des deutsch-polnischen Verhältnisses Themen mit einem zeitlich enger begrenzten Fokus, wie die deutsche Emigration in die Schweiz während des Ersten Weltkriegs, die Entwicklung Österreichs von „der innenpolitischen Deformation zur außenpolitischen Handlungsunfähigkeit“ 1932 bis 1938 oder das diplomatische Tauziehen zwischen Bonn und Moskau um die Entlassung deutscher Kriegsgefangener 1952 bis 1955. Die Vertrautheit nicht zuletzt mit lokalhistorischer Fragestellung und den einschlägigen Quellen zeigt beispielhaft die Studie über Salzkotten im Kaiserreich.

Trotz des erfreulich bibliophil gestalteten Erscheinungsbildes bietet der Band in zweifacher Hinsicht dem Leser keine ganz leichte Lektüre. Der erste, formale Grund betrifft einmal die bunte Reihung der Beiträge, ohne eine sachliche oder zeitliche Gliederung, sodann die Anmerkungen, die man jeweils im Anhang des Bandes nachschlagen muss. Für

den zweiten Grund hat man dem Autor allerdings dankbar zu sein. Er betrifft die anspruchsvolle Wahl und nicht leichte Kost der Themen, die das Buch lesenswert machen. Viele der Beiträge lassen sehr nachdenklich werden und weiterfragen. Sie regen ebenso dazu an, festgefügte historische Vorurteile zu überprüfen wie neue Wege in der Forschung zu beschreiten.

Hans Jürgen Brandt, München



**Autorenverzeichnis**

PROF. DR. THEOL. HABIL. HANS JÜRGEN BRANDT, geb. 1938, Kirchenhistoriker des Mittelalters und der Neuzeit; seit 1980 Professor für Katholische Theologie/ Christliche Gesellschaftslehre und Direktor des Instituts für Theologie und Gesellschaft an der Universität der Bundeswehr München.

PROF. DR. PETER FÄBLER, Professur für Neueste Geschichte mit Schwerpunkt Zeitgeschichte am Historischen Institut der Universität Paderborn; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Veröffentlichungen u.a. zur Firmen- und Wissenschaftsgeschichte, Globalisierungsproblematik und Umweltgeschichte.

DR. FRIEDHELM GOLÜCKE, geb. 1941, Historiker, Gründer und Ehrenvorsitzender des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn, zahlreiche Publikationen zur Studenten- und Hochschulgeschichte.

DR. MATTHIAS HARDT ist Fachkoordinator für mittelalterliche Geschichte und Archäologie am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig. Forschungsschwerpunkte: Politische sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte des frühen und hohen Mittelalters; Frühzeit Ostmitteleuropas.

PATRICK KNÜTTEL, geb. 1982, Studium der Geschichte und Theologie an der Universität Paderborn. Dienstzeit in der Bundeswehr von 2002 bis 2003, seitdem aktiver Reservist und Mitglied der Reservistenkameradschaft Paderborn. (patrickknuettel@web.de)

DR. MARGARETH LANZINGER ist Inhaberin einer Elise Richter-Stelle am Institut für Geschichte der Universität Wien mit dem Habilitationsprojekt „Verwandtenehen. Katholische Dispenspolitik und Dispenspraxis im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert“. Forschungsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechtergeschichte sowie Historische Anthropologie und Mikrogeschichte zu den Themen: Verwandtschaft, Ehe, Witwenschaft, Erben – Besitzen – Verfügen, Normen und Praxis.

RALF MAHYTKA, M.A., 1995 bis 2003 Studium der Ägyptologie, Ur- und Frühgeschichte und Koptologie an der Georg-August-Universität Göttingen und der Universität Leipzig; 2004–2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Georg-August-Universität Göttingen; 2007–2009 Wissenschaftlicher Volontär am Museum in der Kaiserpfalz Paderborn; 2009–2010 Wissenschaftlicher Referent ebendort.

DR. WOLFGANG MARON: Pädagoge und Historiker, Realschulrektor in Wadersloh. 1985 Promotion in Paderborn bei Prof. Dr. Karl Hüser. Arbeitsschwerpunkte: Neuere Geschichte, Regionalgeschichte und Geschichtsdidaktik; dazu zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt u. a.: NRW – Ein Land mit Geschichte, Münster 2006; Aus der Geschichte des Kreises Soest, Münster 2008; Sechzig Jahre deutsche Geschichte. 1949–2009, Münster 2009 (mit Jörg Engelbrecht).

KATRIN MÜLLER M. A., Studium der Kunstgeschichte und Empirischen Kulturwissenschaft in Tübingen und Paris, seit Okt. 2007 Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lehrstuhls für Materielles und Immaterielles Kulturerbe UNESCO an der Universität Paderborn.

PROF. DR. DIETER RIESENBERGER, geb. 1938, emeritierter Professor für Neueste und Zeitgeschichte an der Universität Paderborn; u. a. Veröffentlichungen zur Geschichte des Roten Kreuzes und der Friedensbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts.

DR. JÜRGEN RÖMER, geb. 1962, in Marburg Studium der Geschichte und Europäischen Ethnologie, dort 1997 Promotion in den Hist. Hilfswissenschaften, wiss. Mitarbeiter an der Uni Marburg, danach für ca. zehn Jahre für die Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck in verschiedenen Funktionen tätig, aktuell hauptamtlicher Leiter des Regionalmuseums Wolfhager Land, wiss. Mitarbeiter an der Uni Kassel sowie Vorsitzender der Schriftleitung des Waldeckischen Geschichtsvereins, Lehraufträge an den Unis Kassel, Konstanz, Marburg und Paderborn, zahlr. Veröffentlichungen zur Kirchen-, Kloster- und Landesgeschichte.

MORITZ SCHÄFER, seit 2003 Studium der Neueren deutschen Literatur, Medienwissenschaften und Geschichte an der Universität Paderborn. Seit 2007 studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Materielles und Immaterielles Kulturerbe UNESCO.

DR. KARIN SCHNEIDER, Studium der Geschichte, Publizistik und Kommunikationswissenschaften in Wien, Lehrgang für Archiv- und Historische Hilfswissenschaften in Wien. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte und Ethnologie, Universität Innsbruck, Kernfach Österreichische Geschichte. Mitarbeiterin des vom /FWF) Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung geförderten Projekts: Der Wiener Kongress und das europäische Friedenssystem, angesiedelt an der Universität Klagenfurt.

ARNE THOMSEN: Magisterstudium der Alten Geschichte, Neueren und Neuesten Geschichte, Politikwissenschaft an der Universität Paderborn. Doktorand an der Ruhr-Universität Bochum mit einem Dissertationsprojekt über katholische Krankenhäuser im 19. Jahrhundert.

PHILIPP WIEGERS: Studium der Fächer Anglistik und Geschichte im Rahmen des 2-Fach-Bachelor-Studienganges in der Fakultät für Kulturwissenschaften an der Universität Paderborn seit 2005.

DR. PHIL. HABIL. MICHAEL WITTIG, Kirchenhistoriker, Erster Vorsitzender des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn, u. a. Redaktion der Schriftenreihe „Kultur im Kreis Höxter“ der Sparkassenstiftung.

Alle nicht genannten Rezensenten sind i. d. R. Mitglieder der Redaktion, deren Kontaktadressen Sie im Impressum finden.

## Lektora,

*die Kommunikationsagentur:*

- **Texte**
- **Lektorat**
- **Bewerbungscoaching**
- **PR**

Es gibt viele Möglichkeiten. Wir bieten alle.

[www.lektora.de](http://www.lektora.de)

## Lektora,

*der Verlag:*

- **Ihr Buch**  
*Romane, Erzählungen, Gedichte oder Sachbücher*

- **Lektorat**
- **Gestaltung**
- **Druck**

Lektora. Es ist Ihr Buch.

[www.lektora-verlag.de](http://www.lektora-verlag.de)

## Der Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.

Der Verein für Geschichte (VfG) ist 1983 gemeinsam von Studierenden und Lehrenden an der Paderborner Hochschule gegründet worden. Ziel war und ist es nach wie vor, Forschungen zur Geschichte – insbesondere des westfälischen Raumes – zu fördern und durch Publikation einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck gibt der VfG mehrere Buchreihen heraus: Die *Paderborner Historischen Forschungen* (PHF), die *Paderborner Beiträge zur Geschichte* (PBG) und, in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Paderborn, die *Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte*.

Unsere Mitglieder erhalten von den seitens des Vereins für Geschichte herausgegebenen Büchern je ein kostenloses Exemplar als Arbeitsgrundlage. Ältere Veröffentlichungen können zu einem günstigen Mitgliederpreis erworben werden.

Daneben existiert mit den vorliegenden *Paderborner Historischen Mitteilungen* (PHM) ein weiteres Publikationsorgan, welches im Wesentlichen für kleinere Arbeiten gedacht ist. Neben regionalgeschichtliche Fragen behandelnden Aufsätzen und Miscellen, die den inhaltlichen Schwerpunkt bilden, ist hier Raum für Beiträge aus dem gesamten Spektrum historischer Forschung.

Ein weiteres Anliegen des VfG betrifft den Informations- und Gedankenaustausch zwischen historisch Interessierten. Ein Forum hierzu bietet der *Historische Gesprächskreis*, der etwa dreimal jährlich unter einer bestimmten Themenstellung stattfindet. Die Termine werden jeweils in

den *Mitteilungen* und auf unserer Homepage angekündigt.

Wir arbeiten übrigens ehrenamtlich. Der VfG finanziert sich allein durch die Mitgliedsbeiträge (derzeit 30,00 € pro Jahr/Studierende 15,00 €) und Spenden.

Sie möchten auch Mitglied werden? Kein Problem!

Sie können uns schreiben:

**Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.**  
**c/o Die Sprachwerkstatt GmbH**  
**Stettiner Straße 40–42**  
**33106 Paderborn**

Oder anrufen:

**Hubert Tietz M.A. 05251/77999-0**

Oder eine E-Mail schicken:

**vfg@die-sprachwerkstatt.de**

Wir freuen uns! Übrigens – als neues Vereinsmitglied erhalten Sie mit dem „Paderborner Künstlerlexikon“ ein attraktives und hochwertiges Begrüßungsgeschenk.

Ansprechpartner an der Universität:

Dr. Michael Ströhmer  
 (N2.343; Tel. 60-3167)

Prof. Dr. Frank Göttmann  
 (N 2.329; Tel. 60-2437)

Sie können uns auch auf unserer Homepage besuchen:

**www.vfg-paderborn.de**

### Vereinsveröffentlichungen

Die vom Verein für Geschichte herausgegebenen Bücher erhalten Sie im Buchhandel. Sie können jedoch auch direkt beim Verlag bestellen:

SH-Verlag GmbH, Auerstraße 17, 50733 Köln  
Tel. 0221/956 17 40, Fax 0221/956 17 41, E-Mail: info@sh-verlag.de

Vereinsmitglieder können, sofern sie direkt beim Verlag bestellen, unter Angabe ihrer jeweiligen Mitgliedsnummer unsere Veröffentlichungen zu einem ermäßigten Preis beziehen!

#### **Paderborner Historische Forschungen (PHF)**

Bd. 1: MARGIT NAARMANN, Die Paderborner Juden 1802–1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert, Schernfeld 1988, 504 S., Abb.

Bd. 2: UDO STROOP, Preußische Lehrerinnenbildung im katholischen Westfalen. Das Lehrerinnenseminar in Paderborn (1832–1926), Schernfeld 1992, 262 S., Abb.

Bd. 3: FRIEDHELM GOLÜCKE, Der Zusammenbruch Deutschlands – eine Transportfrage? Der Altenbekener Eisenbahnviadukt im Bombenkrieg 1944/45, Schernfeld 1993, 336 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 4: LUDGER GREVELHÖRSTER, Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993, 253 S., Abb.

Bd. 5: THEODOR FOCKELE, Schulreform von oben. Das Paderborner Elementarschulwesen im 19. Jahrhundert zwischen Tradition und Neuordnung. Entwicklung, Lehrer, Schullokale, Vierow 1995, 400 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 6: LUDGER GREVELHÖRSTER/ WOLFGANG MARON (Hg.), Region und Gesellschaft im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien zur neueren Geschichte und westfälischen Landesgeschichte. Karl Hüser zum 65. Geburtstag, Vierow 1995, 183 S.

Bd. 7: MARGIT NAARMANN, Paderborner jüdische Familien, Vierow 1998, 350 S., Abb.

Bd. 8: KARL HÜSER, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Das Amt Kirchborchen und seine Gemeinden im „Dritten Reich“ 1933 bis 1945, Vierow 1997, 155 S., Abb.

Bd. 9: DETLEF GROTHMANN, „Verein der Vereine?“ Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik, Köln 1997, 618 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 10: KARL HÜSER, „Unschuldig“ in britischer Lagerhaft? Das Internierungslager No. 5 Staumühle 1945–1948, Köln 1999, 128 S., Abb.

Bd. 11: FRANK GÖTTMANN/ PETER RESPONDEK (Hrsg.), Historisch-demographische Forschungen. Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven. Mit Fallbeispielen zur Sozial- und Alltagsgeschichte Westfalens (14.–20. Jahrhundert), Köln 2001, 198 S., Abb.

Bd. 12: BIRGIT BEDRANOWSKY, Neue Energie und gesellschaftlicher Wandel. Strom und Straßenbahn für das Paderborner Land, Köln 2002, 271 S., Abb.

Bd. 13: BARBARA STAMBOLIS (Hg.), Frauen in Paderborn. Weibliche Handlungsräume und Erinnerungsorte, Köln 2005, 494 S., Abb.

Bd. 14: HERMANN FREIHERR VON WOLFF METTERNICH, Ein unbehagliches Jahrhundert im Rückblick, Köln 2007, 275 S., Abb.

#### NEU:

Bd. 15: KLAUS HOHMANN (Hg.), Die Paderborner Friedhöfe von 1800 bis zur Gegenwart, Köln 2008, 672 S., 400 Abb.

Bd. 16: SIMONE BUCKREUS, Die Körper einer Regentin – Amelia Elisabeth von Hessen-Kassel (1602–1651), Köln 2008, 196 S., 7 Abb.

#### **Paderborner Beiträge zur Geschichte (PBG)**

Bd. 1: DIETER RIESENBERGER, Der Friedensbund deutscher Katholiken. Versuch einer Spurensicherung, Paderborn 1983, 31 S., Abb.

Bd. 2: REINHARD SPRENGER, Landwirtschaft und Bauern im Senneraum des 16. Jahrhunderts, Paderborn 1986, 99 S.

Bd. 3: DIETMAR WÄCHTER, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Paderborn 1989, 148 S., Abb.

Bd. 4: JOSEF KIVELITZ, Zwischen Kaiserreich und Wirtschaftswunder. Mein Leben in Paderborn, bearb. von Friedhelm Golücke, Paderborn 1990, 143 S., Abb.

Bd. 5: DIDIER VERSHELDE/ JOSEF PETERS, Zwischen zwei Magistralen. Zur Geschichte der Eisenbahnstrecke Paderborn–Brackwede(–Bielefeld) 1845–1994, Vierow 1995, 151 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 6: KIRSTEN HUPPERT, Paderborn in der Inflationszeit. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1919 und 1924, Vierow 1998, 115 S., Abb.

Bd. 7: MARC LOCKER/ REGINA PRILL/ EVA MARIA KÜHNEL/ MELANIE KNAUP/ CARSTEN SCHULTE u. a. (Bearb.), Als die Bomben fielen... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939–1945, Vierow 1998, 175 S., Abb.

Bd. 8: BARBARA STAMBOLIS, Luise Hensel (1798–1876) Frauenleben in historischen Umbruchzeiten, Vierow 1999, 114 S., Abb.

Bd. 9: KLAUS ZACHARIAS, Zur Geschichte des Kapuzinerklosters in Paderborn 1612–1834. Das „Jahrbuch der Kapuziner in Paderborn“ des P. Basilius Krekeler von 1859, Vierow 1999, 109 S., Abb.

Bd. 10: MARGIT NAARMANN, Ein Auge von Zion... Das jüdische Umschulungs- und Einsatzlager am Grünen Weg in Paderborn 1939–1943, Köln 2000, 184 S., Abb.

Bd. 11: UDO SCHLICHT, „Holtzhauer“ und feine Gefäße. Die Glashütten im Fürstbistum Paderborn zwischen 1680 und 1800, Köln 2000, 149 S., Abb.

Bd. 12: BRITTA KIRCHHÜBEL, Die Paderborner Intelligenzblätter (1772 bis 1849), Köln 2003, 162 S., Abb.

Bd. 13: BETTINA BRAUN/ FRANK GÖTTMANN/ MICHAEL STRÖHMER (Hg.), Geistliche Staaten im Nordwesten des Alten Reiches. Forschungen zum Problem frühmoderner Staatlichkeit, Köln 2003, 304 S., Abb.

Bd. 14: DELPHINE PRADE, Das Reismann-Gymnasium im Dritten Reich. Nationalsozialistische Erziehungspolitik an einer Paderborner Oberschule, Köln 2005, 214 S., Abb.

Bd. 15: ULRICH CHYTREK, Der Telegraph von Prof. Gundolf aus Paderborn von 1850. Eine zeitgeschichtliche Einordnung, Köln 2006, 120 S., Abb.

#### **Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte**

UTE KAMPMANN-MERTIN, Paderborner Bibliographie 1578–1945, Paderborn 1992, 229 S.

ANDREAS GAIDT, Paderborner Bibliographie 1946 bis 1979. Das Schrifttum über Paderborn, Paderborn 2002, 630 S.

ROLF-DIETRICH MÜLLER u. a., Paderborner Bibliographie 1980/81 ff., Paderborn 1988 ff.

ALEXANDRA MEIER/ ROLF-DIETRICH MÜLLER/ HEIKE THEBILLE, Paderborner Bibliographie 1990–1994 (mit Nachträgen aus früheren Jahren), Paderborn 1999, 132 S.

DETLEF GROTHMANN, Die Warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter. Gesamtverzeichnis der Jahrgänge 1 (1933) bis 60 (1999), Köln 2000, 402 S.

#### **Weitere Veröffentlichungen/ Mitherausgeberschaften**

IRMHILD KATHARINA JAKOBI-REIKE, Die Wewelsburg 1919 bis 1933. Kultureller Mittelpunkt des Kreises Büren und überregionales Zentrum der Jugend- und Heimatpflege (Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg 3), Paderborn 1991, 163 S., Abb.

FRIEDERIKE STEINMANN/ KARL-JOSEF SCHWIETERS/ MICHAEL ASSMANN, Paderborner Künstlerlexikon. Lexikon Paderborner Künstlerinnen und Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts in der Bildenden Kunst, Schernfeld 1994, 309 S., Abb.

BEATE PFANNSCHMIDT, Die Abdinghofkirche St. Peter und Paul. Wandmalerei 1871 – 1918 – 1945, Köln 2004, 159 S., Abb.